

Das größte Fachmagazin für

KOMMUNAL

136 Seiten
Alles über den 57. Österreichischen
Gemeindetag & die KOMMUNALMESSE

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

THEMA

Vergabewesen: Fehlt in Österreich der Mut zur Vereinfachung? ▶ 40

PRAXIS

Seniorengerechtes Bauen: Daheim statt im Heim ▶ 84

CHRONIK

Gemeindewappen: Geschützt wie das Logo einer Firma ▶ 94

THEMA

Gemeinden fordern Gerechtigkeit

Mehr als 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindemandatäre und Gemeinbedienstete füllten die imposante Grazer Stadthalle – sie demonstrieren ungebrochenen Gestaltungswillen auch in schwierigen Zeiten

ab SEITE 6

DVR: 0930 423



Womit decken wir unser Dach? Eine Frage der Verantwortung.

Globale Entwicklungen zeigen, dass viele unserer Ressourcen nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, bei der Auswahl von Baumaterialien verstärkt auf ihre ökologische Verträglichkeit zu achten. Wer ökologisch und nachhaltig bauen will, baut beim Dach am besten auf Bramac Dachsteine.

- **Dachsteine sparen CO₂, weil nur der Zement-Anteil – 20% des gesamten Rohstoffs – gebrannt werden muss.**
- **Dachsteine sparen Energie, weil sie nur einige Stunden bei moderaten 60°C getrocknet werden und danach einfach am Lager aushärten.**
- **Dachsteine schonen Wiesen und Wälder, weil sie weniger Stickoxide und Schwefeldioxide verursachen als andere beliebte Bedachungsmaterialien.**
- **Dachsteine verursachen eine geringere Feinstaub-Belastung. Und je niedriger die Feinstaub-Konzentration, desto höher die Lebensqualität!**

www.bramac.at

SAG' BRAMAC ZUM DACH. **BRAMAC**

Gemeindetag: Finanzausgleich hält, Pflege wird verhandelt

Gestalten statt verwalten

Der Österreichische Gemeindetag in Graz war zweifellos wieder die bedeutendste und größte kommunale Veranstaltung Österreichs. Mehr als 2000 Gemeindepolitikerinnen und Gemeindepolitiker, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie höchst prominente Gäste kamen zusammen, um einerseits die anstehenden Probleme und Aufgaben zu diskutieren, aber auch sich über das Erreichte zu freuen. Und trotz der großen Sorgen der Gemeinden werfen die Bürgermeister nicht die Flinte ins Korn, sondern stellen sich den gewaltigen Herausforderungen der Zukunft, die sicher nicht einfach wird, aber zu einem ganz großen Teil von der Arbeit in den Gemeinden geprägt wird. Neben den alltäglichen Anforderungen, wie es die ständig wachsenden Aufgaben bei gleich bleibenden oder sogar weniger werdenden Mitteln sind, wird es notwendig sein, dass wir uns natürlich mit den Fragen der Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen, dass die Gemeinden wieder einmal Vorreiter und Pioniere sind und dass unkonventionelle Ideen nicht als Spinnerei abgetan, sondern auch umgesetzt werden.

Darüber hinaus wird es unumgänglich sein, dass wir unsere Strukturen durchleuchten, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern auch erklären müssen, dass nicht alles und jedes von der Gemeinde erledigt werden kann, sondern auch Eigenverantwortung gefragt ist. Auch das Potenzial aus mehr Zusammenarbeit ist sicher noch nicht ganz ausgeschöpft. Das sind die Botschaften, die wir für die künftige Arbeit mitnehmen müssen.

Aber es gab auch ganz konkrete Ergebnisse dieses Gemeindetages, der naturgemäß von den wirtschaftlich schwierigen Umständen der Kommunen begleitet war. So sicherte der Finanzminister öffentlich zu, dass der bis 2014 ausverhandelte Finanzausgleich auf Punkt und Beistrich

eingehalten wird. Das war nicht selbstverständlich, weil immer wieder darüber diskutiert wurde, ob man nicht doch Einnahmequellen schaffen soll, die ausschließlich dem Bund zustehen und die Länder und Gemeinden leer ausgehen. Es ist uns schon klar, dass der Bund mit seinen Konjunkturpaketen im Vorjahr die Krise ganz wesentlich entschärft hat und Österreich heute wesentlich besser dasteht als andere Länder, aber die Gemeinden sind nach wie vor die regionalen Wirtschaftsmotoren, die ohne große Bürokratie vor allem Arbeitsplätze der heimischen Klein- und Mittelbetriebe sichern. Und deshalb muss es im Interesse des Gesamtstaates sein, dass diese Gemeinden nicht nur bestens funktionierende Verwaltungs-, sondern lebendige Gestaltungsgemeinden sind.

Umso notwendiger wird es sein, dass man sie von Belastungen befreit, die sie nicht beeinflussen können, aber zu einem großen Teil finanzieren müssen. Wir wollen uns weder vor der enorm wachsenden Dynamik der Kinderbetreuung noch vor dem Mega-Thema Pflege drücken, aber Tatsache ist, dass ohne neue Strukturen diese Aufgaben die Gemeinden in den wirtschaftlichen Ruin treiben. Umso wichtiger war gerade deshalb die Ankündigung des Finanzministers, dass im großen Reformpaket die Pflege ein wichtiger Verhandlungsgegenstand sei. Nun wissen wir auch, dass Ankündigungen und Zusagen noch nicht die Umsetzung sind, aber Aussagen vor 2000 Kommunal-Verantwortlichen wiegen doch schwerer als populistische Wahlkampfphrasen. Wenn nun auch die Taten folgen, dann war der Gemeindetag 2010 nicht nur ein großes, schönes, sondern auch erfolgreiches Ereignis, das uns Mut für die Arbeit in den Kommunen gibt.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Wir wollen uns weder vor der enorm wachsenden Dynamik der Kinderbetreuung noch vor dem Mega-Thema Pflege drücken, aber Tatsache ist, dass ohne neue Strukturen diese Aufgaben die Gemeinden in den wirtschaftlichen Ruin treiben.



THEMEN

Gemeindebund

- 38 Ideen- und Informationsaustausch auf hohem Niveau in Linz: Die klima:aktiv-Tour
- 40 Gemeindebund fordert das Bleiben der aktuellen Vereinfachungen im Vergabewesen
- 44 Ministerin Maria Fekter im Interview: Gemeinde ist Heimat, der Bezirk steht nur am Autokennzeichen
- 47 2050 knapp mehr als neun Millionen Österreicher: Ballungszentren boomen weiter, Landgemeinden darben weiter
- 56 Kommentar der anderen: Wissenschaftsministerin Beatrix Karl zur LehrerInnenausbildung NEU
- 65 Lebensminister Niki Berlakovich: Klima und Energiemodellregionen haben positive Vorbildwirkung

Recht & Verwaltung

- 57 Internet für die Menschen auf dem Land: Gemeinden müssen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen
- 60 Das schnelle Netz von St. Martin im Waldviertel

Europapolitik

- 52 Open Days 2010: Eine Woche im Zeichen der Gemeinden, Städte und Regionen
- 54 Europäischer Tourismus: Nachhaltigkeit ganz vorne auf der Agenda



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipper

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at

DTP & Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)

Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GW der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipper (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **35.103**
(Halbjahresdurchschnitt 2010)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der Reed Messe Wien, der Denios GmbH und des Forums Mobilkommunikation bei.

- 6 Arbeiten wir gemeinsam, feiern wir gemeinsam ...: Die Eröffnung des 57. Gemeindetages und der Messe
- 8 Der Festakt: Ungebrochener Gestaltungswille auch in schwierigen Zeiten
- 14 Thema Finanzen beherrschte den Bundesvorstand
- 16 Der Tätigkeitsbericht des Generalsekretariats: Gemeinden müssen finanziellen Freiraum erkämpfen
- 20 Die KOMMUNALMESSE 2010: Begeisterung bei Besuchern und Ausstellern
- 28 Graz und seine 1000-jährige Geschichte
- 29 Die Steiermark, das grüne Herz Österreichs
- 31 Am Anfang stand der alte Josef Krainer: Die Geschichte des Steiermärkischen Gemeindebundes
- 33 Steiermark Spezial: Künstlerische Interventionen, jugendliche Freiäume



PRAXIS

Bauen & Pflege

- 84 Studie über seniorengerechtes Wohnen: Der richtige Platz für das Alter ist daheim und nicht im Heim

CHRONIK

- 120 Über die Verwendung von Hoheitszeichen: Wappen sind geschützt wie die Logos von Firmen
- 124 KfV: Positive Bilanz im 1. Halbjahr 2010
- 126 Aus den Bundesländern
- 130 Personalien, Termine, Buch-Tipps & Info-Mix
- 134 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, Liebe Leser!

Der 57. Österreichische Gemeindetag in Graz ist gut zu Ende gegangen und die zugehörige Kommunalmesse war ein voller Erfolg. Mehr als 2.000 Bürgermeister und Kommunalpolitiker sowie höchste Repräsentanten des Staates wie Bundespräsident, Vizekanzler und Außenminister nutzten die größte Kommunikationsplattform der Kommunalpolitik und der Kommunalwirtschaft in unserer Republik. Mehr als 140 Unternehmen, Organisationen und Institutionen präsentierten in Graz auf mehr als 6600 Quadratmetern Ausstellungsfläche ihre Angebote, Produkte und Leistungen für Österreichs Gemeinden.

Und Österreichs Kommunalpolitiker demonstrierten auf dieser



Michael Zimmer
Geschäftsführer

Wirtschaftschau wieder eindrucksvoll, wie sie auf die aktuellen Herausforderungen, die ihnen gestellt werden, hervorragend reagieren. Die Messe wurde genutzt, um ganz konkrete Lösungen auf tagespolitische Aufgaben zu finden. Aussteller wurden als Experten herangezogen und Berufskollegen wurden zu intellektuellen Sparringpartnern. Die Kommunen als die größten öffentlichen Investoren brauchen für die erfolgreiche Bewältigung vielfältiger Aufgaben leistungsstarke Partner aus

der Wirtschaft, das hat sich wieder klar herausgestellt – und die Kommunalmesse hat es erneut geschafft dafür die richtigen Personen zusammenzubringen, die richtige Umgebung zu bieten und eine angenehme Atmosphäre zu schaffen.

Die jüngste Ausgabe unseres Fachmagazins, die mit einem Gesamtumfang von 136 Seiten wieder einen verlegerischen Höhepunkt darstellt, soll Österreichs effizientesten Managern im Öffentlichen Bereich weitere Unterstützung für die täglichen Herausforderungen bieten.

Eröffnung des 57. Österreichischen Gemeindetages und der KOMMUNALMESSE

Arbeiten wir gemeinsam, feiern wir gemeinsam ...

Sowohl in Mödlhammers Begrüßung als auch aus den eröffnenden Worten von Erwin Dirnberger und Sigi Nagl sprach die Sorge um die Zukunft der Gemeinden. Beide Präsidenten sprachen aber auch von der Kraft und dem Pioniergeist der Gemeindeführer, die trotz aller Schwierigkeiten „den Kopf nicht hängen lassen“. „Arbeiten wir gemeinsam, feiern wir gemeinsam, freuen wir uns auf die kommenden beiden Tage in Graz“, so Mödlhammer.

Der Gemeindebundpräsident wies vor allem auf triste Finanzsituation in den Gemeinden hin, die sich allerdings zu entspannen beinnt – von einem niedrigen Niveau aus. In dem Zusammenhang konnte er sich auch einen kleinen Seitenhieb auf den Grazer Bürgermeister Sigi Nagl nicht verkneifen: „Du beschwerst dich ja immer darüber, wie arm Graz ist – das sehen wir eh, wie ‚arm‘ das blühende Graz ist. Und überhaupt ist ja Graz die größte Stadt Österreichs,

weil Wien ja auch Bundesland ist und deswegen nicht gewertet wird.“

Neben dem praktisch vollzählig versammelten Bundesvorstand begrüßte Mödlhammer auch die Gemeindeführer von Kärnten, Josef Martinz, und Oberösterreichs, Sepp Stockinger, den Zweiten Landtagspräsidenten Niederösterreichs, Herbert Nowohradsky, sowie Bundesratspräsident Martin Preiner. Dies ist nur ein Auszug der Festgäste. Stellvertretend für die Ehrenmitglieder des Gemeindebundes seien an dieser Stelle Ferdinand Reiter, der Doyen der österreichischen Kommunalpolitik, und Hermann Kröll, ehemals Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, genannt. Nach Mödlhammer begrüßten noch Erwin Dirnberger und Sigi Nagl die Gäste. Auch ihre Beiträge befassten sich mit der Finanzlage der Gemeinden und damit, dass eine machtvolle Zusammenkunft wie der Gemeindefest die beste Gelegenheit sei, die „Köpfe nicht hängen zu lassen“.



Alle Fotos: Boltz/Horvath/Hahn

Unter der denkmalgeschützten Dachkonstruktion der Halle B der Grazer Messe fand vor 2043 – so die offizielle Zahl – Delegierten aus praktisch allen österreichischen Gemeinden die Eröffnung des 57. Österreichischen Gemeindetages und der KOMMUNALMESSE statt. In seinen Begrüßungsworten legte Helmut Mödlhammer auch gleich die Marschrichtung vor: „Erhaltung der kommunalen Finanzkraft.“

Aktion: KOMMUNAL unterstützt „Nachbar in Not“

Spendenfreudige Mandatäre helfen den Flutopfern in Pakistan

Gelungener Start der Aktion „KOMMUNAL unterstützt ‚Nachbar in Not‘“. Außenminister Michael Spindelegger und KOMMUNAL-Chef Michael Zimmer spendeten für die Flutopfer in Pakistan (Bild links). Weitere prominente Spender waren Bundespräsident

Heinz Fischer, Vizekanzler Josef Pröll sowie zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Reißenden Absatz fanden die T-Shirts mit den Aufschriften „Das letzte Hemd“; sie waren nach sechs Stunden alle verkauft, das letzte

einem KOMMUNAL-Mädchen vom Leib weg. Und bevor Missverständnisse aufkommen: Sie ist sich umziehen gegangen. Die Shirts mit der Aufschrift „Wunder-Wuzzi“ waren am zweiten Tag zu Mittag alle weg.





Auch der Bundespräsident findet auf der KOMMUNALMESSE Interessantes. Hier begutachtet der passionierte Wanderer Heinz Fischer Spezialschuhwerk von Rukapol für kommunale Bedienstete.

Die Prominenz des Gemeindetages

Bundespräsident, Vizekanzler und Außenminister



Der Grazer Bürgermeister Sigi Nagl und Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll posieren mit den „Model-Kindern“ für die KOMMUNAL-Warntafeln für einen sicheren Schulweg.



Sein Ministerium hatte sogar einen eigenen Infostand auf der KOMMUNALMESSE: Außenminister Michael Spindelegger (2. v. l.), hier mit seinem Mitarbeiter Harald Stranzl (li.) und Kommunalverlags-Chef Michael Zimper sowie der Messeverantwortlichen Johanna Mandorff, stellt den Besuchern der Messe seine Initiative der „Europa-Gemeinderäte“ vor.

Auf Wiedersehen 2011 in Tirol



Der 58. Österreichische Gemeindetag wird am 9. und 10. Juni 2011 in Kitzbühel in Tirol stattfinden.

Jubiläum

Der goldene Hubert Waibel



Fast wäre das besondere Jubiläum des Hubert Waibel im Trubel der Feierlichkeiten untergegangen. Der rüstige Vorarlberger erzählte so nebenbei, dass er das erste Mal 1960 Gast bei einem Gemeindetag war – damals noch als junger Delegierter seiner Gemeinde. Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer ließ es sich daraufhin nicht nehmen, dem Gemeindebund-Ehrenmitglied Waibel zu gratulieren. Auf 50 Gemeindetage kann nicht wirklich jemand zurückblicken. Was der ehemalige Chef des Vorarlberger Gemeindeverbandes trocken mit den Worten quittierte: „Was uns net umbringt, macht uns nur härter.“

Geburtstagskinder

Im Dienste der Gemeinden



Drei Geburtstagskinder gab es am 8. und 9. September im Rahmen der Tagung des Bundesvorstandes auch zu feiern: Johann Urschler, Bürgermeister von Großwilfersdorf (li.), Martin Ozimic (2. v. l.) vom Steiermärkischen Gemeindebund und Otto Huslich (2. v. r.), Bürgermeister der Waldviertler Gemeinde Litschau, hier mit Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer (Mitte) und Steiermarks Erwin Dirnberger (re.). Der gelernte Fermmeldemonteur Johann Urschler, Jahrgang 1946, lebt seit 1978 in Großwilfersdorf und ist seit 1985 Gemeinderat, seit 1992 Bürgermeister und seit 1995 Gemeindebund-Obmann im Bezirk Fürstenfeld. Martin Ozimic, Jahrgang 1967, folgte 2007 dem langjährigen Geschäftsführer des Steiermärkischen Gemeindebundes, Klaus Wenger, im Amt nach. Otto Huslich (1949), ist seit 20 Jahren Gemeinderat und seit 16 Jahren Bürgermeister. Davor war Huslich in vielen Positionen der Stadtgemeinde Litschau tätig.



57. Österreichischer Gemeindetag und KOMMUNALMESSE in Graz

Ungebrochener Gestaltungswille auch in einer schwierigen Zeit

Das Präsidium des 57. Österreichischen Gemeindetages: Am Tisch Leo Radakovits (Burgenland), Hans Hingsamer (Oberösterreich), Hans Ferlitsch (Kärnten), Alfred Riedl (Niederösterreich), Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes), Erwin Dirnberger (Steiermark), Ernst Schmid (Burgenland), Rupert Dworak (Niederösterreich), Ernst Schöpf (Tirol) und Wilfried Berchtold (Vorarlberg). Am Rednerpult Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

Foto: Boltz





Mehr als 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindevorstände und Gemeindebedienstete füllten die imposante Grazer Stadthalle und machten den 57. Österreichischen Gemeindetag zu einer Demonstration der Geschlossenheit über parteipolitische und regionale Grenzen hinweg.

Der Gemeindetag stand unter dem Motto „Energie und Nachhaltigkeit“, aber naturgemäß auch im Zeichen der schwierigen finanziellen Situation der Gemeinden, besonders der kleinen Gemeinden. Und er hat, wie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in seinem Schlusswort betonte, eindrucksvoll bewiesen, dass der Gestaltungswille der Kommunalpolitiker auch in schwieriger Zeit ungebrochen ist. Auch heuer haben zahlreiche

meine Bundespräsidenten, Ferdinand Reiter, den Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Roland Schäfer, sowie Delegationen aus Nordrhein-Westfalen, Bayern, Tschechien, Südtirol und Lettland begrüßen.

Stagnierende Einnahmen, steigende Ausgaben

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, warnte, die Kommunen könnten aus finanziellen

Gründen von Gestaltungswieder zu Verwaltungsgemeinden herabsinken, denn ihre finanzielle Lage habe sich dramatisch verschlechtert. Einerseits seien sie von der Kri-

se mit voller Härte getroffen worden, die Einnahmen vor allem aus den Ertragsanteilen stagnieren oder sinken. Selbst

wenn es wirtschaftlich nur mehr aufwärts gehen sollte – was noch lange nicht sicher sei –, werde es Jahre dauern, bis die Gemeindeeinnahmen wieder das frühere Niveau erreicht haben. Sicher aber werde die wirtschaftliche Erholung nicht gefördert, wenn die größten öffentlichen Investoren, die Gemeinden, finanziell ausgehungert werden. Auf der anderen Seite seien die Ausgaben der Gemeinden rasant gestiegen, vor allem für Soziales, Gesundheit und Pflege. Die Gemeinden könnten diese Kosten nicht beeinflussen, sie „zahlen zu einem sehr großen Teil die Zeche für Reformen, die uns der Bund und die Länder beschert haben“.

Auch Gemeindehaushalte müssen saniert werden

Immer mehr Gemeinden seien nicht mehr in der Lage, ihren Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen, und bei allen schmelze die freie Finanzspritze, die es den Bürgermeistern erst ermöglicht, gestaltend zu wirken. Manche Kommunen seien nicht mehr in der Lage, ihre Straßen und Wege zu sanieren – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft – andere Bürgermeister sehen sich gezwungen, schweren Herzens die Zuschüsse für Vereine und Veranstaltungen zu kürzen, was letztlich einen Verlust an Gemeinschaft und Lebensqualität, an Heimat bedeute.

Alles das müsse zu einer weiteren Abwanderung führen und nage an den Existenzgrundlagen des ländlichen Raumes. Eindringlich mahnte Mödlhammer: „Wenn wir uns hoffentlich einig sind, dass es im allgemeinen Interesse liegt, diesen ländlichen Raum als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu erhalten und zu stärken, dann kann die Konsequenz für unsere Partner nur lauten: Lassen wir die kleinen und mittleren Gemeinden im ländlichen Raum nicht im Stich!“

Neben dem Bundeshaushalt und den Länderbudgets müssten auch die Gemeindehaushalte saniert werden, betonte der Präsident des Gemeindebundes und leitete daraus konkrete Forde-



Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Das weiß keiner besser als ein Kommunalpolitiker, denn im überschaubaren Bereich der Gemeinde ist es kaum möglich, den Bürgern etwas vorzumachen.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer

Ehrengäste die Einladung zur größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs angenommen und damit, so Präsident Mödlhammer, „ihre Wertschätzung gegenüber den Gemeinden, vor allem aber ihre Bereitschaft, sich unsere Argumente anzuhören, gezeigt“. Er konnte unter anderen Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, Landeshauptmann Mag. Franz Voves und LH-Stv. Hermann Schützenhofer, den Grazer Bürgermeister Dr. Siegfried Nagl als Vertreter des Städtebundes mit Generalsekretär Dr. Thomas Weininger, den evangelischen Landes-Superintendenten Hermann Miklas, die Landesräte Dr. Josef Stockinger (Oberösterreich) und Dr. Josef Martinz (Kärnten), zahlreiche Mandatäre zu den gesetzgebenden Körperschaften, den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Ing. Christian Meidlinger, den Ehrenpräsidenten des Ge-



Foto: Nadlinger

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, den Bundeshaushalt und die Länderbudgets zu sanieren, halten wir klipp und klar fest: Auch die Gemeindehaushalte müssen saniert werden!

derselbe



Foto: Boltz

Suchen nach dem Platz unter tosendem Applaus von mehr als 2000 Delegierten: Landeshauptmann Voves und Bundespräsident Fischer nach links, Vizekanzler Pröll, Bürgermeister Nagl nach rechts. Interessanterweise schien es dabei eine Trennung nach Coleurs zu geben, saßen doch Burgenlands ehemaliger Landtagspräsident Walter Prior ebenfalls links, während Niederösterreichs Landtagspräsident Hans Penz rechts Platz nahm. Aber aus protokollarisch versierten Kreisen war zu vernehmen: Alles Zufall.

rungen ab. Ein Belastungsstopp für die Gemeinden sei ein Gebot der Stunde. An Einnahmen aus Steuererhöhungen bzw. an neuen Steuern müssten auch die Kommunen entsprechend beteiligt sein. Und wenn der Bund seinen Voranschlag 2011 erst im Dezember vorlege, müsse auch den Gemeinden, die vorher nicht wissen, was auf sie zukomme, erlaubt sein, ihre Voranschläge erst im Dezember oder Jänner zu erstellen.

Kostenfallen Pflege und Kinderbetreuung

Die dringendste Forderung aber betreffe die Pflege und Betreuung der älteren Mitbürger. Sehr rasch müsse ein tragfähiges System für eine nachhaltige Finanzierung erarbeitet werden. Dabei sollte man die Bürger nicht unterschätzen. Die Menschen seien gerade in diesem Bereich sicher gerne bereit, selbst einen finanziellen Beitrag zu leisten, wenn ihnen dafür die Sicherheit geboten wird, im Alter bei Bedarf eine professionelle und vor allem auch menschenwürdige Pflege und Betreuung zu erhalten. Rasant steigende Kosten gebe es auch bei der Kinderbetreuung. Präsident Mödlhammer meinte, gerade in diesem Bereich seien die Rahmenbedingungen und die Bedürfnisse in der Stadt und auf dem Land höchst unter-

schiedlich: „Man soll nicht alles und jedes bis ins kleinste Detail mit Gesetzen regeln. Unsere Bürgermeister kennen die lokalen Verhältnisse bestens. Wenn man ihnen die nötigen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten lässt, dann können sie vieles besser, menschlicher und noch dazu billiger lösen als die schönsten Paragraphen.“

Größer ist noch lange nicht billiger

Die Gemeinden und ganz besonders die kleinen Gemeinden hätten immer sehr sparsam gewirtschaftet und seien auch bereit, weiterhin ihren Beitrag zu Einsparungen der öffentlichen Hand zu leisten. Das größte Einsparungspotenzial – bis zu 100 Millionen Euro – liege in der interkommunalen Zusammenarbeit. Es gebe hunderte Beispiele für erfolgreiche Kooperationen, wobei das Kunststück darin bestehe, Sparpotenziale zu nutzen, ohne dass die Bürgernähe, das größte Plus der Gemeinden, auf der Strecke bleibt. Entschieden abgelehnt werden erzwungene Gemeindezu-

sammenlegungen, weil sie, so Mödlhammer, „den Menschen Heimat nehmen, ohne tatsächlich etwas zu bringen. Größer heißt noch lange nicht billiger! Manche, die Zusammenlegungen fordern, sollten ernstlich überlegen, ob nicht gerade das kritiklose und rücksichtslose Streben nach Größe eine der Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise war.“ Bezogen auf die Einwohnerzahl kämen die kleinen Gemeinden mit weniger Personal aus, hätten einen geringeren Verwaltungsaufwand und investieren wesentlich mehr als die größeren Städte. Alles das sei selbstverständlich überprüfbar. Denn, betonte Mödlhammer, die Gemeinden „haben gar nichts gegen das Überprüfen“. Sie seien allerdings bereits die am stärksten kontrollierte Gebietskörperschaft und wehren sich gegen noch mehr Kontrollen, noch mehr Bürokratie, gegen Anschläge auf die Gemeindeauto-

Wir bekennen uns zu einer sachlichen und gründlichen Kontrolle der Gemeinde, warnen aber entschieden davor, die Kommunen zu Tode zu kontrollieren.

derselbe



nomie und damit letztlich gegen ein verfassungsrechtlich mehr als zweifelhaftes Vorgehen.

Nicht Privilegien, sondern Gerechtigkeit

Der Gestaltungswillen der Kommunalpolitiker sei ungebrochen, damit das aber in Zukunft so bleibe, brauche man neben den finanziellen Mitteln auch Männer und Frauen, die bereit und in der Lage sind, zu gestalten. Ein Grund dafür, dass sich immer weniger Kandidaten für das Bürgermeisteramt finden, sei sicher die mangelnde soziale Absicherung. Hier bestehe dringen-

sentlich ausgebaut werden. Er schloss sich der Forderung von Präsident Mödlhammer an, dass an neuen Einnahmen alle Gebietskörperschaften partizipieren müssten, und erklärte, bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen müssten im Sinn der Gerechtigkeit die Sorgen der kleinen Gemeinden ernst genommen werden.

Kooperation ist der richtige Weg

Es sei Aufgabe der europäischen, der Bundes- und der Landespolitik, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die kleinen Gemeinden zu erhalten, erklärte Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Darüber seien sich in der Steiermark SP und VP einig. Er habe daher bereits vor drei Jahren gemeinsam mit Landeshauptmann-

Stellvertreter Hermann Schützenhofer sechs Regionalkonferenzen für Bürgermeister durchgeführt, in der Folge seien auf freiwilliger Basis 80 Klein- und sieben Großregionen eingerichtet worden.

Man werde die Abwanderung nicht stoppen können, müsse aber alles daran setzen, sie zumindestens abzumildern. Ziel müsse es sein, die Jugend in ihren Heimatgemeinden zu halten; Voraussetzung dafür seien natürlich entsprechende Arbeitsplätze.

Zum Thema Pflege meinte der steiermärkische Landeshauptmann, das Ziel „Alt werden in Würde für alle“ werde ohne eine

neue Finanzierungshilfe nicht zu erreichen sein.

Mehr denn je müsse die interkommunale Zusammenarbeit forciert werden, forderte Landeshauptmann Voves. Es gebe noch ein großes Potenzial für Kooperationen, das könne er auch als Bürger einer kleinen Gemeinde im Grazer Umland immer wieder feststellen. Voves: „Kooperation ist der richtige Weg, um das Herzstück der Demokratie und der Lebensqualität, die Gemeinde, zu erhalten!“

Ein Motto für die Zukunft

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der in seiner bisherigen Amtszeit jeden Österreichischen Gemeindetag besucht hat, meinte, dieser sei „immer wieder eine sympathische, bunte und harmonische Veranstaltung“. Mit dem Motto „Energie und Nachhaltigkeit“ werde heuer ein Thema angesprochen, das von größter Bedeutung für die Zukunft sei. Die Übernutzung der Natur stelle die Menschheit vor eine gewaltige Herausforderung. Die Mitwirkung der Gemeinden sei dabei unbedingt notwendig. Viele österreichische Gemeinden hätten diese Notwendigkeit erkannt und die Konsequenzen gezogen, lobte der Bundespräsi-

Foto: Boltz



Städtebund und Gemeindebund halten zusammen! Dabei wird es bleiben!

Bürgermeister Siegfried Nagl

der Handlungsbedarf. Mödlhammer: „Wir verlangen keine Privilegien, sondern wir fordern die Beseitigung von Diskriminierungen. Wir fordern Gerechtigkeit! Damit sich auch in Zukunft die besten Köpfe und die fleißigsten Hände auf kommunaler Ebene einbringen!“

Städte fordern keine Eingemeindungen

Der Grazer Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl übermittelte die Grüße des Städtebundes sowie dessen Präsidenten Bürgermeister Dr. Michael Häupl und unterstrich die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden kommunalen Interessenverbänden. Es sei durch zahlreiche Studien bewiesen, dass 80 Prozent der öffentlichen Investitionen von den Gemeinden getätigt werden. Könnten sie nicht mehr investieren, sei der Wirtschaftsaufschwung gefährdet. Die Städte, betonte der Grazer Bürgermeister, fordern keine „Eingemeindungen“, sondern setzen auf Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden. Die kleinen Gemeinden seien für die Menschen wichtig, die Zusammenarbeit könnte aber noch we-

Foto: Nadlinger



Präsident Mödlhammer bringt seine Forderungen so charmant, dass sich die Miene des Finanzministers kaum verfinstert hat.

Bundespräsident Heinz Fischer

Foto: Nadlinger



Auch als Bürger einer kleinen Gemeinde im Grazer Umland erlebe ich immer wieder, dass es noch ein großes Potenzial für Kooperationen gibt.

Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves

dent und nannte als Beispiele das burgenländische Güssing, die echte Pionierarbeit leistete, und jene drei Vorarlberger Kommunen, die kürzlich mit einem europäischen Preis für Energieeffizienz ausgezeichnet wurden. Eine große Herausforderung stelle auch das Defizit im Staatshaushalt dar. Der Bundespräsident appellierte an alle Verantwortlichen, sich beim notwendigen Mix von einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen nicht vom Gerechtigkeitsgefühl der Menschen abzukoppeln. Das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit dürfe nicht aus den Augen gelassen werden. Die Justiz müsse beweisen, dass rechtsstaatliche Prinzipien in angemessener Zeit und ohne Ansehen der Person durchgesetzt werden. Er warne aber auch davor, das Fehlverhalten Einzelner zu generalisieren, wie das oft geschehe.

Was ausgemacht ist, muss gelten

„Auch ich stamme aus einer kleinen Gemeinde, die große Sorgen hat“, begann Vizkanzler Finanzminister Dr. Josef Pröll sein Referat. Es stehe außer Frage, dass Politik besonders authentisch auf Gemeindeebene stattfindet, sie sei „Schule der Demokratie“. Es liege ihm am Herzen, dass die Gemeinde Chancen für die Zukunft hat. Dabei komme es darauf an, nicht das Gegenüber der Gebietskörperschaften zu schüren, sondern die Gemeinsamkeiten zu pflegen.

2009 sei für die Bundesregierung ein Bewährungsjahr gewesen, ein Meilenstein. Die Aufgabe sei gut bewältigt worden, Österreich sei besser durch die Krise gekommen als andere Länder. Er sei aber nicht so optimistisch, dass die Krise bereits vorüber sei. Pröll: „Wir haben noch eine große nationale Kraftanstrengung vor uns.“ Entschieden verteidigte der Finanzminister die Verschiebung des Budgetfahrplans. Einerseits gehe es ihm um ein Gesamtpaket einschließlich der Verwaltungsreform, andererseits gebe es noch sehr widersprüchliche Voraussagen über die Wirt-



Foto: Horvath

schaftsentwicklung 2011. Er wolle aber möglichst valide Daten für die Budgeterstellung. Es gehe keinesfalls darum, Wahlen zu beeinflussen, aber umgekehrt dürfe nicht eine solide Budgeterstellung durch Wahlkämpfe gefährdet werden.

Der Wunsch der Gemeinden, an neuen Einnahmen zu partizipieren, sei verständlich, er gebe aber auch zu bedenken, dass die kostspieligen Konjunkturprogramme fast ausschließlich als

henden Finanzausgleich zu rütteln. Was ausgemacht ist, muss gelten!“

Zur politischen Kultur betonte der Vizkanzler, die Eigenverantwortung müsse viel mehr in den Vordergrund gestellt werden. Es gelte, das Ehrenamt zu fördern und zu stärken. Eine große Herausforderung stelle die Pflege dar, nachdem Österreich und Europas Gesellschaft immer mehr altere. Das Thema müsse Eingang in einen neuen Stabilitätspakt für Österreich finden. Er, Pröll, biete Verhandlungen an, betone aber, dass sich die Gemeinden sicher auch in Zukunft einbringen werden müssen.

Im Bildungsbereich sprach sich der Vizkanzler für Entflechtungen und klarere Zuständigkeiten aus, es gehe nicht an, „dass die einen bestellen, die anderen zahlen“. Die Effizienz sei zu verbessern, aber keinesfalls dürfe Österreich in Bildungsregionen zerfallen. Es müsse ein Schulsystem mit bundesweit einheitlichen Standards geben. Abschließend gratulierte Pröll zum Motto des Gemeindetags „Energie und Nachhaltigkeit“. Österreich sei auf diesem Gebiet

Ich habe nicht vor, am laufenden Finanzausgleich zu rütteln. Was ausgemacht ist, das muss gelten!

Vizekanzler Finanzminister
Josef Pröll



Foto: Nadlinger

Bundesaufgabe gesehen wurden. Nun müsse es gelingen, das Defizit und den gewaltig gestiegenen Schuldenstand in den Griff zu bekommen, denn „Schulden fressen die Zukunft auf“. Das erfordere einen Mix aus einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen.

Es sei selbstverständlich, dass die Gemeinden ebenso wie der Bund und die Länder Freiraum für Investitionen brauchen. Der Finanzausgleich habe auch für die kleineren Gemeinden Dynamik gebracht, erklärte der Finanzminister und stellte klar: „Ich habe nicht vor, am beste-

europaweit federführend. In der Umwelttechnologie hätten heimische Unternehmen eine Führungsrolle übernommen. Es gelte eben auch hier: „Nehmen wir die Herausforderung als Chance!“

Eine Ehrung, ein Danke und eine Einladung

Auch das ist schon Tradition: Am Ende des 57. Österreichischen Gemeindetages stand eine verdiente Ehrung. Präsident Mödlhammer überreichte dem langjährigen Präsidenten des Oberösterreichischen Gemein-

debundes, Franz Steininger, die Ehrenmitgliedschaft und das Ehrenzeichen des Österreichischen Gemeindebundes.

Franz Steininger wurde 1973 erstmals in den Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Garsten gewählt, er kann somit auf 37 Jahre in der Kommunalpolitik zurückblicken. 26 Jahre war er Bürgermeister, 19 Jahre gehörte er dem Bundesvorstand des Gemeindebundes an, acht Jahre stand er als Präsident an der Spitze des Oberösterreichischen Gemeindebundes. Präsident Mödlhammer schlug in seiner Laudatio einen Bogen zum beruflichen Lebensweg Steiningers, der 30 Jahre lang als Lebensmittelkontrollorgan wirkte: „Das ist ein Beruf, für den man neben dem entsprechenden Fachwissen sehr viel Genauigkeit, eine gute Portion Skepsis, Fingerspitzengefühl und nicht zuletzt Teamfähigkeit braucht. Alles das hat Franz Steininger auch in die Kommunalpolitik und in die Interessenvertretung eingebracht.“

Der Präsident des Gemeindebundes dankte allen, die den Gemeindetag auch heuer wieder zu einem großen Erfolg gemacht haben, insbesondere dem Steiermärkischen Gemeindebund mit seinem Präsidenten LAbg. Erwin Dirnberger und Landesgeschäftsführer Dr. Martin Ozimic sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Rednern und den Ehrengästen, dem Generalsekretär Dr. Robert Hink und seinem Team im Wiener Büro, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KOMMUNAL, „die wieder in unwahrscheinlich kurzer Zeit eine bunte Sonderausgabe herausgebracht haben“, sowie den hunderten Helferinnen und Helfern vor und hinter den Kulissen.

Und er schloss mit einer Einladung: „Auf Wiedersehen in neun Monaten, im Juni 2011, beim 58. Österreichischen Gemeindetag im heiligen Land Tirol, im wunderschönen Kitzbühel!“

Resolution

Österreichs Gemeinden haben in den vergangenen Jahren einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilität des gesamtstaatlichen Haushaltes erbracht. Bis zum Jahr 2008 konnte der Staat sogar mit Überschüssen der Gemeinden (ohne Wien) rechnen, in den Jahren 2006 und 2007 bewegten sich diese bei rund 200 Millionen Euro, 2008 betrug diese nur mehr 67 Millionen Euro. Die Finanzierungssalden („Mastricht-Salden“) der Gemeindebudgets haben sich in den letzten Jahren somit merklich verschlechtert, so dass nicht nur das Stabilitätsziel von Null Prozent Neuverschuldung nicht mehr eingehalten

werden kann, sondern auch immer mehr Gemeinden ihren Haushalt trotz vorsichtiger Budgetierung und Sparsamkeit nicht mehr ausgleichen können. Für die Gemeinden (ohne Wien) brachte das Jahr 2009 nach den vorläufigen Werten ein Defizit in Höhe von rund 440 Millionen Euro. Angesichts der sich immer schneller öffnenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird den Gemeinden jeglicher finanzieller Handlungsspielraum genommen. Die dringend benötigte positive Entwicklung und Stabilisierung der regionalen Wirtschaft wird von einem Investitionsstopp der Gemeinden ebenso getroffen

und zurückgeworfen werden wie der österreichische Arbeitsmarkt. Die österreichischen Gemeinden appellieren daher angesichts der dramatischen Entwicklung an die Bundesregierung und die Bundesländer:

Kommunale Einnahmensituation verbessern: **Die Gemeinden müssen in einem adäquaten Ausmaß an der einnahmenseitigen gesamtstaatlichen Budgetkonsolidierung partizipieren.**

Kommunaler Belastungsstopp: Gemeinden werden laufend mit kostenintensiven Aufgaben belastet. Angesichts der bereits ausge-

Gemeindefinanzen dominierten Bundesvorstand

414 Millionen Defizit allein bei Transferleistungen

Erster Fixpunkt jedes Österreichischen Gemeindetages ist die Sitzung des Bundesvorstandes. In den Statuten festgeschrieben, werden hier nicht nur die aktuellsten politischen Stimmungen diskutiert, sondern wird auch eine Resolution formuliert. Schon in früheren Jahren war das Thema Finanzen vorherrschend, aber selten so dominant wie heuer.

Helmut Mödlhammer stellte gleich zu Beginn fest, dass „an sich die Lage bei den Ertragsanteilen nicht so schlecht ist“. Nach den jüngsten Zahlen ist es im Bereich des Möglichen, dass die Gemeinden bei den Ertragsanteilen ein leichtes Plus haben. Aber, so schränkte Mödlhammer gleich ein, „immer vorausgesetzt, dass

die Wirtschaft nicht einbricht“. In diesem Zusammenhang stellte Mödlhammer kurz die Lehner-Studie vor, jenes Dokument, das diese Woche in Wien präsentiert wurde und großes Aufsehen erregte. Thema der Studie ist die Darstellung der „finanziellen Verflechtungen und Transfers zwischen Ge-



Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes tagt. Präsident Helmut Mödlhammer (vorne Mitte) referiert und gibt den Delegierten einen Überblick über die Aktivitäten. Ihm zur Seite Vizepräsident Ernst Schmid und „General“ Robert Hink (links) sowie Vizepräsident Alfred Riedl und (leider verdeckt) der „Hausherr“ des 57. Österreichischen Gemeindetages und Steiermärkischer Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger.

meinden und Bundesländern“. Kernaussage der Studie: 2002 gab es ein Missverhältnis der Transfers zwischen Ländern und Gemeinden zu Lasten der Kommunen. Damals haben die Gemeinden jährlich 63 Millionen Euro mehr an die Länder überwiesen, als sie bekommen haben. Dieser Negativsaldo hat sich zwischen 2002 und 2008 versiebenfacht. Das heißt, dass die Gemeinden 2008 414 Millionen Euro mehr an die Bundesländer beziehungsweise Landesfonds überwiesen haben, als sie bekommen haben. Mödlhammer: „Ein erschreckendes Ergebnis.“ Die zweite Studie von Prof. Dr. Gerhard Lehner wurde am

Donnerstag vorgestellt, sie handelt von den „finanziellen Problemen der kleineren Gemeinden“. KOMMUNAL berichtet auf den Folgeseiten und wird in der



Keine Angst, die Grundsteuer wird nicht verdoppelt.

Erwin Dirnberger, Alfred Riedl, Helmut Mödlhammer, Robert Hink und Ernst Schmid beruhigen alarmierte Delegierte.

Oktober-Ausgabe beide Studien sowie die Rückschlüsse daraus ausführlich vorstellen.

Für Diskussionen sorgten die anhaltenden Gerüchte über die Grundsteuer, wonach sogar eine Verdoppelung dieser Massensteuer im Raum steht. Hauptargument: „Die Bürger würde ein derartiges ‚über den Kamm scheren‘ nicht verstehen.“ Das Gemeindebund-Präsidium beruhigte mit der Feststellung, dass diese Steuer nicht verdoppelt würde.

Was ebenfalls für Diskussionen sorgte, war die demografische Entwicklung. Nach Erhebungen der Statistik Austria vom August (Bericht darüber auf den Seiten 45 ff.) verlieren manche Regionen – darunter das westliche Kärnten – bis zu 20 Prozent der Unter-20-Jährigen. Ein Umstand, den Kärntens Gemeindebund-Chef Hans Ferlitsch aufs Tapet brachte. Er regte Initiativen an, die dieser Entwicklung gegensteuern sollen. In der Diskussion ergab sich dann, dass Österreich beileibe kein Einzelfall dieser Tendenz ist. Wie Helmut Mödlhammer berichtete, gibt es in Ländern wie Spanien, Frankreich oder auch der Schweiz bereits Expertengruppen, die berechnen sollen, „ab wann sich ein Siedlungsraum noch rechnet“.

reizten Sparpotenziale kann die freie Finanzspitze vielfach nur mit radikalen Kürzungen kommunaler Leistungen erhalten werden. In vielen Bereichen der gesetzlich übertragenen Aufgaben ermöglichen die Gesetzgeber allerdings keine Möglichkeiten des Sparens (zum Beispiel Kinderbetreuung, Pflege, Soziales, Transfers). **Die Bundesregierung und die Länder werden daher aufgerufen, sich zu einer fairen Lastenverteilung und einem Belastungsstopp für die Gemeinden zu bekennen.**

Fairness im Stabilitätspakt: Eine ausgewogene Lastenverteilung verlangt auch einen fairen Stabilitätspakt zwischen den Gebietskörper-

schaften: **Ein neuer Stabilitätspakt darf den Gemeinden nur zumutbare Ziele aufbürden.** Aus gegenwärtiger wirtschaftlicher Sicht ist es unumgänglich, dass den Gemeinden (ohne Wien) die Möglichkeit eines Negativsaldos in Höhe von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP eingeräumt wird.

Ausgabenreform durch Aufgabenreform – Gesetzliche Maßnahmen für mögliche Sparpotenziale: Ohne eine Änderung des gesetzlichen Rahmens, der die Gemeinden zu Ausgaben verpflichtet, sind den Gemeinden die Hände zu einer nachhaltigen ausgabenseitigen Stabilisierung ihrer Budgets gebunden. **Das setzt bei der Verwal-**

tungsreform auch Mut zu substanziellen Schritten voraus, insbesondere sollten die Gemeinden von jenen Aufgaben entlastet werden, bei denen das überörtliche Interesse überwiegt – wie zum Beispiel bei der Gesundheit oder der Pflege.

Nachhaltige Finanzierung der Pflege: **Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung muss ein entsprechender Rechtsrahmen geschaffen werden.** Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinden in diesem Bereich mit den größten Kostensteigerungen – im zweistelligen Prozentbereich – zu kämpfen haben.

Budgetvoranschläge 2011 hängen in der Luft: Ohne

konkrete Vorstellungen über mögliche budgetstabilisierende Maßnahmen und valide Zahlen auf Einnahmenseite wird es für viele Gemeinden nicht möglich sein, für 2011 rechtzeitig ein Budget vorzulegen. **Die Gemeinden müssen als Partner des Stabilitätspaktes in die Entwicklung budgetkonsolidierender Maßnahmen eingebunden werden. Sie appellieren an den Bund und an die Länder, diese Arbeiten gemeinsam umgehend aufzunehmen, um den Gemeinden rechtzeitig ein Mindestmaß an finanzieller Planungssicherheit zu gewährleisten.**

Graz, am 8. September 2010

Tätigkeitsbericht als Positionsbestimmung für die kleinen Gemeinden

Gemeinden müssen sich finanzielle Freiräume erkämpfen

Am 57. Österreichischen Gemeindetag haben die Bürgermeister und Gemeindevertreter wie jedes Jahr die Weichen für die Zukunft gestellt.

Damit sie das aber tun können, müssen schon vorher finanzielle Spielräume vor allem für kleine Gemeinden eröffnet werden.

Dafür kämpft das Generalsekretariat des Gemeindebundes das ganze Jahr über.

Robert Hink

Der alljährliche Gemeindetag ist für die österreichischen Gemeinden als größte kommunalpolitische Veranstaltung des Landes nicht nur ein Sprachrohr für seine politischen Forderungen. Im

Nicht nur in den Ländern und auf nationaler Ebene wird heutzutage Politik mit unmittelbaren Einflüssen auf die Arbeit der Gemeinden gemacht, sondern zunehmend auch in Europa.

Vorfeld des Gemeindetages tritt regelmäßig auch der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes zusammen, um die Forderungen zu koordinieren und in eine Strategie einzubauen, die den Bestand, die Selbstverwaltung und die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinden in Österreich weiterentwickeln soll. Maßstäbe dafür sind die Gemeindeautonomie und ein subsidiär gestaltetes Gemeinwesen, das über die nationalen Grenzen hinausgeht. Denn nicht nur in den Ländern und auf nationaler Ebene wird heutzutage Politik mit unmittelbaren Einflüssen auf die Arbeit der Gemeinden gemacht, sondern zunehmend auch in Europa.

Der Gemeindebund vertritt die Interessen und Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene



Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

vor allem gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament, auf europäischer Ebene vor den diversen Einrichtungen der Europäischen Union. Ziel dabei ist es, die kommunalen Finanzressourcen nachhaltig zu sichern und damit auch einen Freiraum zu erhalten, der eine kommunale Selbstverwaltung erst ermöglicht.

Der alljährliche Gemeindetag ist daher auch Zeitpunkt zur Standortbestimmung und Analyse, um aus den bisherigen Schritten die richtigen Schlüsse für eine lebendige Perspektive unserer Gemeinden zu ziehen. Eine solche Standortbestimmung ist regelmäßig auch der Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs, der eben nicht nur ein Band für die Archive ist, sondern auch eine Grundlage für die Weiterverfolgung von Themen und zukünftigen Strategien darstellt. Das schwerpunktmäßig gegliederte Heft in den Tagungsmappen gibt einen Überblick über die Tätigkeiten des Generalsekretariates des Österreichischen Gemeindebundes seit dem Gemeindetag in Lech am Arlberg. Die vergangenen 12 Monate zeugen von enormen Anstrengungen unserer Gemeinden und unserer gemeinsamen Interessensvertretung, die als erstes Ziel die Bekämpfung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise verfolgten.

Kaum eine Periode in der jüngeren Vergangenheit war für die österreichischen Gemeinden so schwierig wie jene dieses Berichtes. Die Finanzlage der Kommunen hat sich in den Jahren 2009 und 2010 dramatisch verschlechtert, einerseits bedingt durch den drastischen Rückgang der Bundesertragsanteile, andererseits durch die unaufhaltsame Ausgabendynamik, die vor allem die kleinen und ländlichen Gemeinden ohne Gegenmaßnahmen in eine tödliche Schere treiben. Ein Beweis für diese Entwicklung ist das exponentielle Ansteigen von im Grunde gesunden Gemeinden, die aber ihre Abgänge aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen können.

Die schwierige finanzielle Situation der kleineren Gemeinden lässt sich an der Entwicklung der Budgetsalden und der Verschuldung ablesen. Die Finanzierungssalden („Maastricht-Salden“) der Gemeindebudgets haben sich in den letzten Jahren merklich verschlechtert. Im Jahre 2002 betrug der Überschuss in den Gemeinden bis 2500 Einwohner noch 83,5 Millionen Euro, er sank bis 2008 auf 39,8 Millionen. Gemessen am Pro-Kopf-Saldo ging er in diesen kleinen Gemeinden von 38 auf 18 Euro zurück, in den Gemeinden insgesamt (ohne Wien) sank er im selben Zeitraum hingegen nur von 33 auf 29 Euro. Das bedeutet, dass sich die finanzielle Position der kleineren Gemeinden viel stärker verschlechtert hat als jene der Gemeinden insgesamt. Obwohl sich die Ertragsanteile kürzlich langsam wieder zu stabilisieren scheinen, sind die Gemeinden vom Einnahmenstand vergangener Jahre noch immer weit entfernt. Die Gesamteinnahmen das Jahres 2008 wer-

den frühestens 2012 wieder zu erreichen sein. Die bekannten Kostentreiber, vor allem im Sozialbereich, orientieren sich dabei aber weiterhin nicht an den sinkenden Einnahmen, sondern steigen hurtig weiter, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Auch zeigen die meisten legislativen Maßnahmen des Bundes und der Länder primär den Trend, die Standards nur noch höher zu schrauben, aber kaum Kostenbewusstsein. Unsere Interessensvertretung bemühte sich daher auch stark darum, die Kostenseite zu definieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, diese in den Griff zu bekommen. Obwohl dies unter dem Eindruck der laufenden Verhandlungen um die bedarfsorientierte Mindestsicherung, der Pflege oder bei Ausweitung der Kinderbetreuung auch politisch eine Sisyphus-Arbeit war, hat der Gemeindebund laufend Sparpotenziale erhoben und in die politische Diskussion eingebracht.

Diese politische Positionierung musste mit gesteigerter Medienarbeit untermauert werden. Dabei konnte mit Studien und Berechnungen immer wieder nachgewiesen werden, dass die Gemeinden generell die Sparmeister unter den Gebietskörperschaften sind. Vor allem die kleinen Kommunen arbeiten in der Verwaltung nachgewiesenermaßen überaus wirtschaftlich, vielfach erheblich effizienter als größere Städte.

Dies ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis der fünften kommunalen Sommergespräche, die Ende Juli 2010 in Bad Aussee stattgefunden haben.

Verwaltungsreform nach Aufgabenreform

Die Gemeinden haben sich aus diesem Grund auch aus den Gesprächen um die Verwaltungsreform etwas mehr erwartet. Sie haben sich zu notwendigen Reformen bekannt, wiesen jedoch auch in den laufenden Arbeitsgruppen darauf hin, dass einer Reform der staatlichen Verwaltung die Diskussion über eine Aufgabenreform vorangehen muss. Nur wenn klar definiert ist, welche Gebietskörperschaft



Zum jetzigen Zeitpunkt laufen im Bereich der Getränkesteuerersatzlösung aus Mitteln der Umsatzsteuer intensive Bemühungen mit den Verhandlungspartnern, damit es für die Gemeinden weiterhin Einnahmensicherheit aus dieser Quelle gibt.

welche Leistungen zu erbringen und zu finanzieren hat, kann eine Verwaltungsreform auch erfolgreich sein.

Der Gemeindebund forderte daher, endlich mit den Doppelgleisigkeiten und Mehrfachzuständigkeiten Schluss zu machen, Finanzierungsströme für diese Aufgaben müssen transparent sein. Letztlich muss durch eine Aufgabenreform das Ziel einer klaren Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften zu schaffen sein. Auch wenn von einer Verwaltungsreform keine großen Würfe erwartet werden können, dürfen die Teilergebnisse einzelner Arbeitsgruppen nicht schubladiert werden. Im Sinne einer Re-

form der kleinen Schritte könnte die Arbeit dieser Gruppen auch viel effektiver gestaltet werden, da realistische Ergebnisse nicht mit unmöglichen junktimiert werden dürfen.

Die Tätigkeiten des Generalsekretariats im Hinblick auf die kommunalen Finanzen haben in den vergangenen Monaten naturgemäß einen sehr großen Umfang eingenommen. Manches ist schließlich gelungen, wie die endlich umgesetzte Teilfinanzierung des Bundes an der Getränkesteuerrückzahlung an den Handel im März 2010 zeigt. Große Herausforderungen liegen allerdings noch vor uns. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt laufen im Bereich der Getränkesteuerersatzlösung aus Mitteln der Umsatzsteuer intensive Bemühungen mit den Verhandlungspartnern Finanzministerium und Städtebund, eine verfassungskonforme Ersatzlösung so zu gestalten, dass es für die Gemeinden weiterhin Einnahmensicherheit aus dieser Quelle gibt. Ohne diese Planungssicherheit sind auch Budgets der Gemeinden nicht machbar. Auch in diesem Bereich kam es für die Gemeinden zu einer Neuerung. Mit dem Finanzinformationssystem für Gemeinden konnte über Initiative des Gemeindebundes ein bedeutender Schritt zur erleichterten Prognose der Ertragsanteile erzielt werden. Das Instrument, das vom Österreichischen Gemeindebund, dem Bundesministerium für Finanzen und Kommunalnet entwickelt und umgesetzt wurde, ermöglicht den Gemeinden, die Ertragsanteile heruntergebrochen auf die jeweilige Gemeinde für die Erstellung des Voranschlages kostenlos abzufragen. Dieses Instrument steht und fällt jedoch mit den vom

Letztlich muss durch eine Aufgabenreform das Ziel einer klaren Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften zu schaffen sein.

Finanzressort zur Verfügung gestellten Daten. Es steht daher nicht in unserer Macht, dieses Prognosemodell vor der Konzep-

tion des Bundesbudgets mit Daten zu bestücken. Umso heißer werden im kommenden Herbst die Diskussionen um die Frage sein, ob die Gemeinden seriöserweise ihre Budgets überhaupt heuer beschließen werden können.

Demografie: Abwärtsspirale droht

Neben diesen Themen war die Vorbereitung der Evaluierung des Finanzausgleichs ein wichtiger Bestandteil der Arbeiten. Kernpunkte sind dabei die noch immer bestehende Benachteiligung von Gemeinden mit geringerer Einwohneranzahl durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel

Gerade die kleineren und mittleren Gemeinden sind mit einer Abwanderungstendenz in der Bevölkerung konfrontiert, die wiederum die Einnahmen aus den Ertragsanteilen schmälert.

(aBS) und generell die Dynamik, die sich aus der Einwohnerlastigkeit der Verteilungsparameter des FAG ergibt. Dies wird vor allem für Abwanderungsgemeinden oder solche mit Bevölkerungsstagnation deutlich.

Gerade die kleineren und mittleren Gemeinden sind mit einer Abwanderungstendenz in der Bevölkerung konfrontiert, die wiederum die Einnahmen aus den Ertragsanteilen schmälert. Diese Entwicklungen erschweren oder machen es für diese kleineren Gemeinden sogar unmöglich, eine ausreichende kommunale Infrastruktur bereitzustellen, wodurch wiederum die Abwanderung weiter gefördert wird. Diese kleineren Gemeinden befinden sich daher (teils) in einer deutlichen Abwärtsspirale (siehe auch Artikel auf Seite 47 dieser Ausgabe). Die Gemeinden bis 2500 Einwohner verloren im Zeitraum von 2001 bis 2008 33.000 Einwohner. Das bedeutet einen Ausfall an Ertragsanteilen von etwa 23 Millionen Euro. Dazu kommt, dass auch die Einnahmen aus den gemeindeeigenen Abgaben bei diesen Gemeinden unter dem Durchschnitt liegen. Das gilt insbesondere für die

Grundsteuer und die Kommunalsteuer. Sie erhalten aus der Grundsteuer 60 Euro pro Einwohner, der Durchschnitt der österreichischen Gemeinden (ohne Wien) liegt bei 73 Euro (2008). Aus der Kommunalsteuer erhalten die kleinen Gemeinden 139 Euro pro Einwohner (Durchschnitt der Gemeinden ohne Wien 266 Euro).

Diese Gemeinden (müssen) trachten, die Rahmenbedingungen und die Lebensqualität für die Bevölkerung, aber auch für die Unternehmungen zu verbessern, um Abwanderungstendenzen zu stoppen. Das gilt vor allem für die kommunale Infrastruktur, aber auch für die so genannten „weiche“ Strukturfaktoren (Freizeiteinrichtungen, kulturelles Angebot etc.).

Schon mit der Ausverhandlung des geltenden FAG wurde zwar erreicht,

dass sich ab dem Jahre 2011 der abgestufte Bevölkerungsschlüssel weiter abflacht. Ab dem Jahre 2011 wird also der abgestufte Bevölkerungsschlüssel gemäß § 9 Abs. 10 FAG 2008 durch ein Vervielfachen der jeweiligen Bevölkerungszahl nicht wie bisher mit dem Faktor $1\frac{1}{2}$ sondern mit dem rechnerischen Wert von etwa $1\frac{3}{5}$ ermittelt werden. Im Ergebnis nach gewissen Kompensationsmaßnahmen sollen die Gemeinden ab dem Jahre 2011 um jährlich 103,1 Millionen Euro mehr erhalten.

Dieses Ergebnis darf jedoch nicht das Fernziel verdecken, die Ungerechtigkeit der Verteilung durch den aBS letztlich aus der Welt zu schaffen. Mittelfristig sind Modifikationen in der Verteilung der Ertragsanteile anzustreben, die die schwierige Situation der kleinen ländlichen Gemeinden berücksichtigen, etwa die weitere Abflachung des aBS. An sich ist wegen der zu

Es ist auch durchaus zu überlegen, ob nicht die Bevölkerung nach Altersgruppen stärker in der Verteilung der Ertragsanteile differenziert werden sollte.

starken Koppelung des FAG-Geldes an die Bevölkerungszahl schon die Entwicklung von geeigneteren Parametern ein Gebot der Stunde. Gegenwärtig werden rund 70 Prozent der Ertragsanteile der Gemeinden nach der Volkszahl bzw. dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel auf die einzelnen Gemeinden aufgeteilt. Es wäre zu überlegen, ob nicht zusätzliche Indikatoren eingeführt werden sollten, um diese Dominanz zu verringern. Es könnten etwa die (Siedlungs-)Fläche oder die Länge des Gemeindestraßennetzes herangezogen werden, weil gerade kleinere Gemeinden oft sehr flächengroß sind und gegenwärtig fast zehn Prozent ihrer Gesamtausgaben für den Verkehrsbereich aufwenden (müssen). In den Gemeinden insgesamt liegt der Anteil der Verkehrsausgaben nur bei $8\frac{1}{2}$ Prozent.

Altersgruppen als neuer Verteilungsparameter?

Bei seinen Bürgermeisterreisen in die EU-Hauptstädte hat der Gemeindebund überdies eine Differenzierung des Einwohnerparameters kennengelernt. Es ist daher auch durchaus zu überlegen, ob nicht die Bevölkerung nach Altersgruppen stärker in der Verteilung der Ertragsanteile differenziert werden sollte. So ist etwa die Altersgruppe der 0 bis 15-Jährigen gerade für die Ausgaben der Gemeinden im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen und der allgemeinbildenden Pflichtschulen eine wichtige Komponente der Ausgaben, die mit einem zusätzlichen Indikator versehen werden könnte. Das gleiche gilt für die Gruppe der älteren Menschen (über 60-Jährigen), die im Bereich der Pflege und der Seniorenheime einen wichtigen Ausgabenindikator bilden. Diese Fragen werden den Österreichischen Gemeindebund auch in den kommenden Monaten und Jahren intensiv beschäftigen, da sie bei der im Paktum vorgesehenen Evaluierung des Finanzausgleichs ausführlich diskutiert werden müssen, um den kleinen Gemeinden das Überleben zu ermöglichen.

Steirische Schmankerl & Hoppalas

Die „lockeren Zungen“ haben auch in der Steiermark wieder zugeschlagen

Vom Daten-Drang der Journalisten, überarbeiteten Präsidenten und Kräuter-Seitlingen

Wie in jedem Jahr hat KOMMUNAL auch 2010 die Ohren offen gehalten und aufgeschrieben, was so an verbalen Stilblüten, Ausrutschern und Hoppalas passiert ist. Und gerade Politiker, eignen sich für sowas hervorragend.

Eine kleine Runde von Journalisten und Fotografen fand sich rund zwei Stunden vor Beginn des Bundesvorstandes im Hotel Weitzer. Ungeduldig wartete man darauf, dass es endlich begann. Was einen der Delegierten zum Witzeln veranlasste, dass der „Daten-Drang“ ganz schön schlimm sei heute.



Gleich zweimal musste Helmut Mödlhammer vor Lachen Pause machen, als er die Delegierten zum Abendessen ins Glockenspielhaus in der Grazer Altstadt lud. Zum ersten Mal, als er den Vorschlag machte, die Damen könnten ja, während die Männer in den Sitzungen seien, mit den Kreditkarten eben der Männer einkaufen gehen. Zum zweiten Mal, als er – quasi als Begründung dieses Vorschlags – meinte, die anwesenden Herren müssten die Damen eben besonders verwöhnen. Wo-rauf eine der Damen wissen wollte, wie das denn genau aussehe, dieses Verwöhnen. Der Rest ging im Gelächter unter. Rätselraten bei den Nicht-Steirern verursachte die Speisekarte. „Erdäpfelcremesuppe mit Kräuterseitlingen“ stand da zu lesen. Was das denn sei, wollte einer wissen. Blitzartig bekam er die

Auskunft, das seien Schwammerl – und ein anderer ergänzte, das habe aber nicht mit dem Seitinger zu tun. *Anmerkung: Der steirische Agrar-Landesrat Johann Seitinger eröffnete am Donnerstag das Kulinarium.*



KOMMUNAL Haus- und Hof-Fotograf Raimund Boltz – eigentlich schon Pensionist – „schwirrte“ wie in seinen besten Tagen zwischen den Tischen herum und machte fleißig Fotos. Was ein paar Bürgermeister zu launigen Bemerkungen veranlasste, wie gut doch so ein Pensionist aussieht, der „sei Lebtag nix

gearbeitet hat und den ganzen Tag in der Sonne liegt“. Das wiederum nahm ein Vorwitziger zum Anlass, in breitem Oberösterreichisch zu sagen: „Weilst du leicht so ookämpft ausschaugst.“ Der Rest war Lachen.



Zu späterer Stunde kam es zu einer seltenen Begebenheit: Vor dem Herrenklo bildete sich eine Schlange, während das Damen-WC leer war. In der Schlange war auch der Autor dieser Zeilen und kam so in den Genuss eines Dialogs, der es in sich hatte: „Geh, spielst du schon Golf – oder hast du noch Sex?“, häckerlte einer. Worauf der andere konterte: „Brauchst da nur den Tiger Woods anschauen. Solang er 14 Freundinnen g’hobt hat, hat er gewonnen. Kaum wors damit aus, hat er nix mehr g’rissn.“ Ein weiterer Kommentar ist nicht nötig.



Kein Gemeindetag ohne „Niederösterreicher-Runde“. Nach dem Empfang trafen sich spontan die zahlreich angereisten Delegierten aus Niederösterreich, angeführt von Gemeindebund-Vizepräsident und GVV-Chef Alfred Riedl (rechts hinten), zum gemütlichen Ausklang bei Chardonnay und Weißburgunder. Ort des Geschehens war am Eisernen Tor, früher auch „Ungartor“ genannt und 1860 abgetragen, mitten in Graz. Das Eisernen Tor überstand auch diese Probe.



Ebenfalls in bester Stimmung testete Gemeindevizepräsident Ernst Schmid, im Zivilberuf Postangestellter, ein Postauto. Mit dabei Post-Vorstandssprecher Herbert Götz und Helmut Mödlhammer.



Spendenfreudig für „Nachbar in Not“ gab sich auch Finanzminister Josef Pröll, hier im Bild mit Michael Zimper und Erich Sternegg



Alle Fotos: Boltz/Horvath/Hahn

Wem die Stunde schlägt. Robert Eisschiel (Akustik Linz), Günter Resl (Mattig Schauer) und Gregor Netzthaler (Schauer & Sachs).

KOMMUNALMESSE 2010: Es war die Messe der kurzen Wege

Überschäumende Begeisterung bei Ausstellern und Besuchern

Vor allem die ganz neuen Messeaussteller kamen in Graz ins Staunen. Hunderte Menschen tummelten sich schon zwei Stunden vor der Eröffnung zwischen den Messeständen, alte Bekannte begrüßten einander und nahmen gleich die ersten Messestände in Augenschein. Für die KOMMUNAL-Leser haben wir auf den folgenden acht Seiten einen Messerundgang zusammengestellt.

Rund 16 Milliarden Euro geben die Gemeinden pro Jahr aus, davon rund zwei Milliarden für neue Investitionen. Ein guter

Grund, warum sich die Wirtschaft in den letzten Jahren zunehmend für die Gemeinden interessiert. Folgerichtig war auch

die Kommunalmesse seit Monaten ausgebucht. Was auch maßgeblich zum Erfolg beigetragen hat, war die räumliche Nähe. Die Grazer Stadthalle, wo der politische Part des Gemeindetages stattfand, war nicht einmal hundert Meter entfernt.

Erfolgreichste Messe ever

Dass die momentane finanzielle Lage der österreichischen Gemeinden eine prekäre ist, ist hinlänglich bekannt. Aber die Kommunalmesse bewies, dass sich daraus neue Chancen für die Wirtschaft ergeben.



Die oberösterreichischen Kanalsanierungs-Spezialisten von der Firma Rabmer sind auch alte Kommunalmesse-Spezialisten. Nicht nur die Delegationen aus den Gemeinden waren am Programm der Experten für grabenloses Bauen interessiert, auch Bundespräsident Heinz Fischer kam auf einen Sprung vorbei – herzlich empfangen von Konzernchefin Ulrike Rabmer-Koller.



Das erste Antreten bei der Kommunalmesse war ein voller Erfolg – P&I-Verkaufsleiter Martin Pitzl begrüßt Josef Pröll auf seinem Stand.



Rechts: Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer, der Vorstandssprecher der E-Werke Wels, Erich Rondonell, und Robert Hink genossen nach der Begrüßung in bayrischer Manier Weißwürste und ein Glas Bier. Ein Angebot, bei dem auch Vizekanzler Josef Pröll nicht Nein sagen konnte – Bild links.



140 Aussteller aus Bereichen wie IT, Dienstleistungen, Gerätetechnik, Fuhrparkmanagement, Finanzierung, Elektrotechnik, Infrastruktur, Bau und vielen mehr überzeugten sich selbst vom gesteigerten Wissensdurst der kommunalen Entscheidungsträger. „Die Aufgaben für uns Gemein-

den nehmen ständig zu. Jetzt kommt es darauf an, wie wir die Prozesse in der Gemeinde weiter optimieren können. In der jetzigen Situation muss ich mit den besten und beständigsten Partnern arbeiten. Die Kommunalmesse ist der ideale Ort, um sich über Neuigkeiten aus der Kommunalwirtschaft zu informieren“, so Bürgermeister Roland Braimeier aus Markt Piesting. In den Gemeinden brechen durch die Finanznöte tatsächlich alte Strukturen auf. Mit laufend steigenden Ausgaben von derzeit über 16 Milliarden Euro sind die österreichischen Kommunen noch immer größter öffentlicher Auftraggeber. Doch sanken im Vorjahr auf Grund der Finanzkrise die Einnahmen. Die Schere geht also auseinander, und Österreichs 2357 Gemeinden müssen sich

Mit dem Erfolg dieser Messe – und das sage ich ohne Selbstbeweihräucherung – haben wir den Grundstein für weitere Auflagen der größten Leistungsschau für Österreichs Gemeinden gelegt.

Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunalverlages und Veranstalter der Messe.



Die Kommunalmesse ist der ideale Ort, um sich über Neuigkeiten aus der Kommunalwirtschaft zu informieren.

Bürgermeister Roland Braimeier aus Markt Piesting, hier rechts mit Gemeindebund-General Robert Hink (Mitte), war mit einer Delegation mit Amtsleiter Franz Wöhler (links) und seinen Spezialisten wie dem Wasserwerkschef und dem Bauhofleiter angereist.

heute unter dem Kostendruck für jedes Produkt und für jede Dienstleistung neu am Markt orientieren. Denn im Gegensatz zu privaten Unternehmen müssen Gemeinden laufend weiter investieren. Dass die diesjährige Kommunalmesse dadurch die erfolgreichste seit Bestehen war, davon konnte sich auch die politische Spitze des Landes persönlich überzeugen. Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler Josef Pröll und Außenminister Michael Spindlberger, der auf der Messe über seine Initiative „Europagemeinderäte“ referierte, machten sich selbst vor Ort ein Bild über das Geschehen auf der Messe.



Günther Fankhauser, Bürgermeister von Mayrhofen (li.), stellte Gemeinderätin Bernadette Geisler aus seiner Gemeinde vor. Hier mit Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl.



Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl holten sich bei Harald Proidl und dem Team der E-Control Auskunft über Energiesparmöglichkeiten.



Stefan Leeder, Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer und Bgm. Matthias Gelbmann aus Andau überzeugten sich von der innovativen Urnenlösung der Firma Grabkult. Platzsparend und edel präsentierten sie sich auch auf der Kommunalmesse.



Helmut Mödlhammer und Clemens Selmer von der Firma Selmer Objekteinrichtungen. Selmer wollte die Messe-Sitzbank gleich zum Spezialpreis anbieten, Mödlhammer war jedoch nicht zum Einkaufen unterwegs.



Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl lassen sich von GreenCart-Geschäftsführer Harald Weidhofer die Vorteile und technischen Details dieser Spezialfahrzeuge erklären.



Wenn alle Brunnen fließen. Florian Firtik und Michael Gager vom Abdichtungsspezialisten Drizoro.

Andrea und Wolfgang Paschinger von der Arge Kindergartenoffensive „kigago!“ präsentierten Josef Pröll (rechts) ihre neuen Lösungen für Kindergärten.



Helmut Mödlhammer Interessierte sich für Angebote der Firma Manpower



Mit den riesigen Drainage-Rohren und Kanalsystemen war auch die Tiroler Firma Bauernfeind einer der Besuchermagneten der Kommunalmesse.



Die meisten Besucher des Spielgeräte-Anbieters Obrawollten ja Prospekte, Beratung oder rechtliche Auskünfte, aber die beiden Kindermodels der KOMMUNAL-Achtung-Kinder Tafeln waren aus dem Klettergerüst gar nicht mehr weg zu kriegen.



Ebenfalls zu den viel frequentierten Anbietern gehörte die Firma Sierzega. Hier im Bild Robert Sierzega, der sich in den wenigen Verschnaufpausen ums Handy kümmerte. Im Hintergrund sortiert Mitarbeiter Robert Gall die Unterlagen.



Die Gemeindefinanzierer von der Kommunalkredit sind auch schon „alte Messehasen“. Seit der ersten Auflage 1995 sind sie vertreten und erwiesen sich wie immer als Anziehungspunkt der Besucher. Helmut Mödlhammer kam öfter vorbei, mit seinen Präsidiumscollegen (oben) ebenso wie mit Bundespräsident Heinz Fischer (rechts), hier mit Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler.



Am Stand der Familie und Beruf Management GmbH trafen die Audit-Verantwortliche des Gemeindebundes, Anna Nödl-Ellenbogen, Helmut Mödlhammer und Heike Trammer zusammen. Sichtlich gut gelaunt begannen sie den Gemeindetag und die Kommunalmesse. Links: Michael Schaller von der Agentur für Nachhaltigkeit.



Der Bundespräsident am gemeinsamen Stand von Erste Bank, Sparkassen, IMMORENT und Wiener Städtischer Versicherung.

Was macht ein Außenminister am Gemeindetag?

Diese Frage beantwortete der Amtsinhaber gleich zu Beginn seines Vortrages. „Man darf nicht nur nach außen, man muss auch nach innen schauen“, so Spindelegger, der selbst Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde Hinterbrühl (NÖ) war.

Dass Herr und Frau Österreicher besonders europaskeptisch sind, ist bekannt. „Dabei sind viele Probleme, auch solche, die auf Gemeindeebene auftauchen, nur auf europäischer Ebene zu lösen“, stellte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in seinen Einleitungsworten klar. Spindelegger berichtete von den Erkenntnissen, die er bei seiner „Dialogtour“ durch Österreich gewonnen hat. „Die Bevölkerung will vor allem Informationen über Europa und die EU. Aber nicht in Form von Prospekten, sondern die Menschen wollen Fragen stellen können und Antworten bekommen.“

„So wie es Jugend- oder Umweltgemeinderäte gibt, soll es für EU-Themen ebenfalls einen zuständigen Gemeinderat geben“, erläuterte Spindelegger seine Initiative. Die neuen Europagemeinderäte sollen erste Ansprechpartner in den Kommunen sein, wenn Fragen zu Europa auftauchen.

Bereits jetzt gibt es österreichweit 155 Europagemeinderäte. „Sie müssen nicht alle Fragen beantworten können. Wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Ansprechperson in der Gemeinde haben, mit der sie über ihre Fragen sprechen können“, so der Außenminister. Als Beispiel nannte er etwa die Finanzhilfe für Griechenland, zu der es viele Fragen aus der Bevölkerung gab. „Es ist uns dadurch gelungen, viele Kritikpunkte klarzustellen.“

Unterstützende Maßnahmen

Das Außenministerium stellt den Europagemeinderäten ein breites Angebot an unterstützenden Maßnahmen zur Verfügung.

► Unter der Telefonnummer

Fotos: Boltz



Volles Haus gab es beim Auftritt von Außenminister Michael Spindelegger, der seine Initiative der „Europagemeinderäte“ den Gemeindetags-Delegierten vorstellte.



Der Außenminister appellierte an die Gemeindevertreter

Spindelegger: Ansprechpartner für Europafragen gesucht

Außenminister Michael Spindelegger stellte am KOMMUNALCORNER seine Initiative „Europagemeinderäte“ vor und lud die Gemeindevertreter ein, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen.

0501150-3805 erhalten die Europagemeinderäte schnell und unbürokratisch Auskunft.

► Über ein E-Mail-Kontaktsystem können Fragen gestellt werden. Die Beantwortung erfolgt im Regelfall innerhalb von 24 Stunden. Bereits jetzt wurden hunderte von Fragen beantwortet.

► Es gibt maßgeschneiderte Seminare zu Europathemen. Derzeit wird vor allem die Zusammenarbeit mit den Kommunalakademien intensiviert.

► Organisierte Reisen nach Brüssel, Strassburg und Luxemburg sollen den Europagemeinderäten die Möglichkeit geben, sich selbst ein Bild von der Ar-

beit der europäischen Institutionen zu machen.

► Für Kommunen, die Veranstal-

Sie müssen nicht alle Fragen beantworten können. Wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Ansprechperson in der Gemeinde haben ...

Außenminister Michael Spindelegger über die Anforderungen an die neuen Gemeinderäte

tungen zu EU-Themen durchführen wollen, können Fachreferenten organisiert werden.

► Eine Wanderausstellung für Schulen ermöglicht es den Gemeindevertretern, mit den

jüngsten Gemeindebürgern in Kontakt zu kommen, um mit ihnen über das Zukunftsthema Europa zu diskutieren.

Interaktiven Prozess starten

Spindelegger betonte, dass man die Europagemeinderäte nicht mit Informationen überschütten will. „Wir wollen einen interaktiven Prozess in Gang bringen. Schließlich wollen auch wir mehr darüber erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger denken.“ Jedes Jahr soll es ein Treffen aller Europagemeinderäte in Wien geben, bei dem über Erfahrungen diskutiert wird. Spindelegger schloss seine Ausführungen mit einem Appell: „Ich würde mich freuen, wenn wir nach diesem Gemeindetag einen Schwall an neuen Europagemeinderäten begrüßen könnten.“



Gemeindefund-Generalsekretär Robert Hink, Alfred Riedl und Stefano Masera von der Erste Bank, an deren Stand Finanzierungsmöglichkeiten für Gemeinden genauer betrachtet werden konnten.



Die Banker waren eine gefragte Spezies auf der Messe – kein Wunder bei der Finanzlage der Gemeinden. Hier beraten Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl mit Wolfgang Figl von der Bank Austria, was die Zukunft bringen wird.



Eveline Fichtl von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten im Gespräch mit Helmut Mödlhammer.



Die rasenden kubota-Aufsitzmäher sorgten nicht nur beim Betrachten für Furore, der Transport quer durch die Messe war auch sehenswert.



In der Hauptstadt der Grünen Mark sorgte „grüner Antrieb“ für Aufmerksamkeit. Der Grazer Bürgermeister Sigi Nagl war so begeistert, dass er sofort eine Runde drehte (links und unten). Sehr interessiert zeigte sich auch Vizkanzler Pröll, instruiert von Peter Groß von United Consulting (2. v. r.).



Josef Martinkowitsch und Sabine Deopito begrüßten Bundespräsident Heinz Fischer auf dem Stand der Münze Österreich. Der Präsident ließ es sich nicht nehmen, sich mit dem Vorschlaghammer seine eigene Messe-Gedenkmünze zu prägen.





Andreas Lindner und Harald Vogl von Stangl (Mitte) präsentierten Vizekanzler Josef Pröll und Bürgermeister Siegfried Nagl ihre Produkte.



Die Gemeindebund-Spitzen und Bundesratspräsident Hans Preiner wurden am Hypo Investmentbank-Stand von Johannes Kern (4. v. r.) bewirtet.



Der Stand mit dem Lichtbaum von KM-Konzept wirkte auf die Besucher wie das „Licht auf die Motten“ – kaum ein anderer Stand hatte mehr Frequenz.



„Eigentlich wollten wir am Donnerstag noch auf ein Bier in die Stadt, aber wir waren wegen des Riesenandrangs dann froh, einfach ins Bett fallen zu dürfen.“ KOMMUNAL-Chefredakteur Hans Braun war ob dieses Lobs von Peter Fresner von der Firma Plantscape hochzufrieden.



Der größte Messestand in Graz war der Gemeinschaftsstand von „Digitales Österreich“. Kein Wunder, dass Außenminister Spindelegger, hier in Begleitung von Robert Hink (re.) dem Stand unter Christian Rupp einen Besuch anstattete.



„Ihre Sorgen möchten wir haben“. Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl wollten sie Richard Hugauf von der Wiener Städtischen vergeblich „umhängen“.



Hermine Ebner aus Mattighofen in Oberösterreich war eine der Gewinner der „Vorsicht Kinder“-Warnfiguren „Alexandra“ und „Fabian“ – auf unserem Bild mit den „Originalen“ und Kommunalverlags-Chef Michael Zimmer.

Die KOMMUNAL-Schnitzeljagd And the winner is ...

Für die Besucher der Kommunalmesse gab es bei der KOMMUNAL-„Schnitzeljagd“ wertvolle Preise zu gewinnen – ein Wellness-Wochenende und „Vorsicht Kinder“-Warnfiguren im neuen Design. Zwei Tage lang machten sich die begeisterten Messebesucher auf die Jagd nach acht Stempeln, die es an verschiedenen Messeständen abzuholen galt. Aus den zahlreichen Teilnehmern haben Alexandra und Fabian – unsere Models für die Warnfiguren – am Freitag die drei Gewinner gezogen. Der erste Preis ging ins Burgenland an Alexander Takacs aus Untertal, bei der Ziehung des zweiten und dritten Preises führte der Zufall Regie: Glücksfée Alexandra zog Mutter und Tochter Hermine und Hermine Johanna Ebner als Gewinnerinnen von drei „Vorsicht Kinder“-Warnfiguren für Mattighofen.

Graz: Tausendjährige Geschichte der zweitgrößten Stadt Österreichs

Uhrturm, Murinsel, rote Dächer, Kunsthaus und Universität

Die steirische Landeshauptstadt Graz ist mit fast 300.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Österreichs. Die Grazer Kommunalpolitik weist einige traditionelle Besonderheiten auf.

Das deutschnationale Lager war immer sehr stark – auch schon in der Ersten Republik. Von 1973 bis 1983 stellte die FPÖ mit Alexander Götz sogar zehn Jahre lang den Bürgermeister. Andererseits sorgte in den vergangenen zehn Jahren auch die KPÖ für Schlagzeilen. Unter ihrem Spitzenkandidaten Ernest Kaltenegger erreichte sie bis zu 20 Prozent der Stimmen. Graz war 1983 auch die erste österreichische Großstadt, in der die Grünen in den Gemeinderat einzogen.

Graz ist Statutarstadt. Die Gemeinderatswahlen finden daher nicht zeitgleich mit jenen in den übrigen steirischen Gemeinden statt.

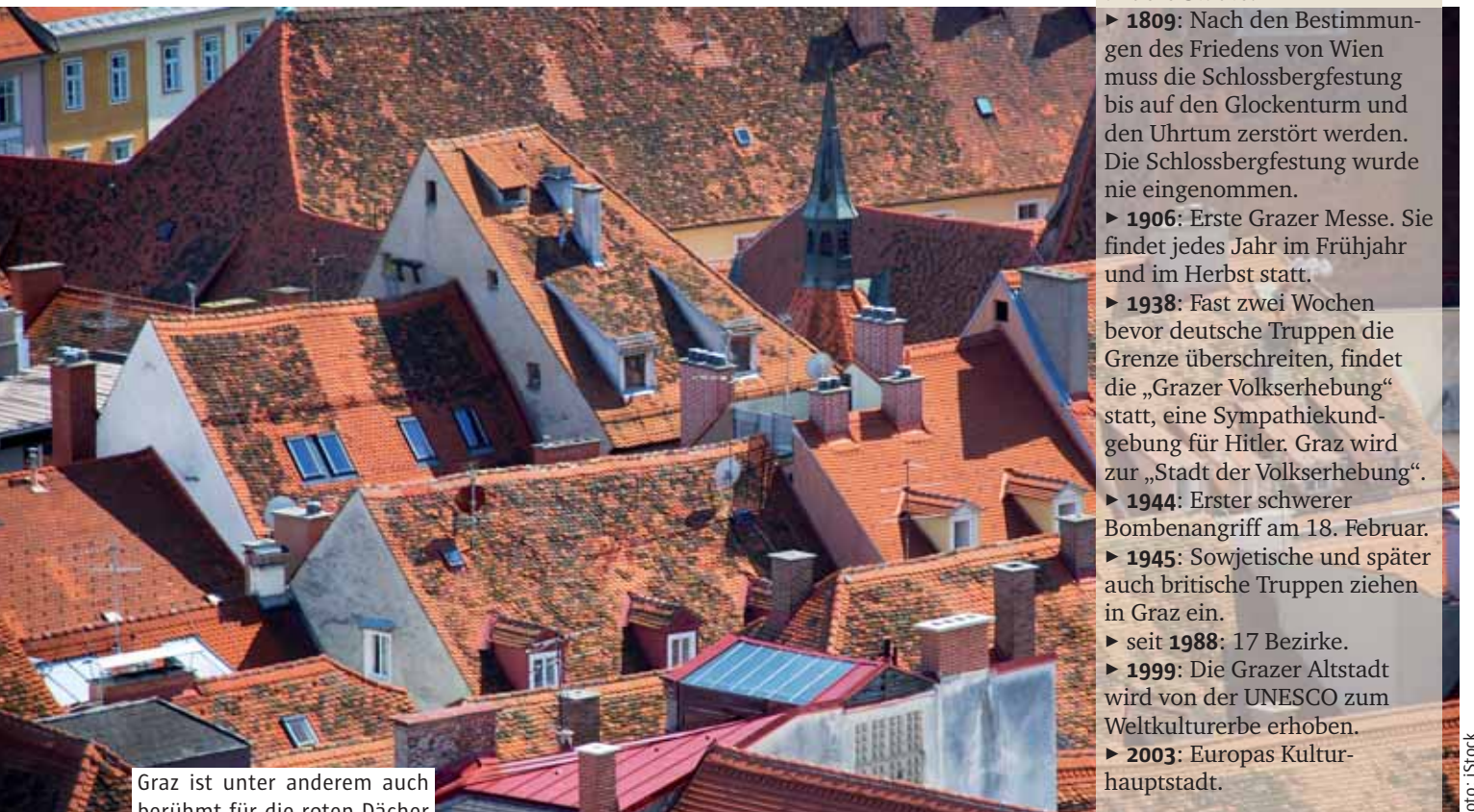
Anfang 2008 fanden die bislang letzten Gemeinderatswahlen statt. Dabei konnte die ÖVP unter Bürgermeister Siegfried Nagl ihren ersten Platz verteidigen und sogar noch ausbauen. Die SPÖ und auch die KPÖ erlitten schwere Verluste. Größter Wahlsieger waren die Grünen, die ihre Mandate verdoppeln konnten. Auch die FPÖ gewann dazu. Im

Vorfeld der Wahl hatte es heftige Diskussionen über islamfeindliche Äußerungen von FPÖ-Spitzenkandidatin Susanne Winter gegeben. Das BZÖ zog erstmals in den Gemeinderat ein.

Helmut Reindl

Zeitleiste Graz

- ▶ **Spätes 10. Jahrhundert:** Die Burg auf dem Schlossberg entsteht
- ▶ **1128:** Graz wird erstmals urkundlich erwähnt.
- ▶ **bis 1749:** Graz bleibt Hauptstadt der innerösterreichischen Länder (Steiermark, Kärnten, Krain).
- ▶ **1797:** Französische Heere rücken über die Steiermark nach Wien vor. Sie besetzen Graz, Bruck/Mur, Leoben und andere Städte.
- ▶ **1809:** Nach den Bestimmungen des Friedens von Wien muss die Schlossbergfestung bis auf den Glockenturm und den Uhrturm zerstört werden. Die Schlossbergfestung wurde nie eingenommen.
- ▶ **1906:** Erste Grazer Messe. Sie findet jedes Jahr im Frühjahr und im Herbst statt.
- ▶ **1938:** Fast zwei Wochen bevor deutsche Truppen die Grenze überschreiten, findet die „Grazer Volkserhebung“ statt, eine Sympathiekundgebung für Hitler. Graz wird zur „Stadt der Volkserhebung“.
- ▶ **1944:** Erster schwerer Bombenangriff am 18. Februar.
- ▶ **1945:** Sowjetische und später auch britische Truppen ziehen in Graz ein.
- ▶ **seit 1988:** 17 Bezirke.
- ▶ **1999:** Die Grazer Altstadt wird von der UNESCO zum Weltkulturerbe erhoben.
- ▶ **2003:** Europas Kulturhauptstadt.



Graz ist unter anderem auch berühmt für die roten Dächer seiner Altstadt.

Die Steiermark: Grünes Herz Österreichs

„Hoch vom Dachstein an, wo der Aar noch haust ...“

Die Steiermark ist flächenmäßig nach Niederösterreich das zweitgrößte Bundesland Österreichs. Nach der Einwohnerzahl liegt die Steiermark auf Platz vier in der Rangliste der österreichischen Bundesländer.

Der größte Teil der heutigen Steiermark war um die Zeit von Christi Geburt Teil des keltischen Königreichs Noricum, das 15 nach Christi Geburt unter die Herrschaft der Römer kam. Nach der Zerstörung des Römischen Reiches und den Wirren der Völkerwanderung wurde das Land Teil des slawischen Fürstentums Karantanien. Daran erinnern auch heute noch manche Ortsnamen. Auch Graz ist eine slawische Gründung („gradec“ bedeutet auf Deutsch „kleine Burg“). In kirchlicher Hinsicht gehörte das Gebiet der heutigen Steiermark zum Erzbistum Salzburg. Von dort aus erfolgte auch die Christianisierung. Im 11. und 12. Jahrhundert wurden zahlreiche Klöster gegründet, darunter etwa Admont, St. Lambrecht, Rein, Seckau und Vorau. 1056 wurde Otakar von Steyr mit der Karantanischen Mark beliehen. Es stammte aus dem Geschlecht der Traungauer, die ihren Sitz in Steyr hatten. So

Neben Schilcher, Kernöl und Wäldern eines der Symbole für die Steiermark – zumindest für die südliche: Der Klapotetz.



Foto: iStock

wurde nach und nach der Name Steiermark statt Karantanermark üblich.

Die Steiermark kommt zu Österreich

1180 erfolgte unter Kaiser Friedrich Barbarossa die Erhebung zum Herzogtum. Da Markgraf Otakar IV. ohne männliche Erben war, schloss er 1186 mit dem mit den Traungauern verwandten Babenberger Leopold V. von Österreich einen Erbfolgevertrag, die Georgenberger Handfeste.

Als der letzte Traungauer 1192 starb, belehnte Kaiser Heinrich VI. 1192 Leopold V. von Österreich und dessen Sohn Friedrich mit der Steiermark. Die Verbindung Österreichs mit der Steiermark war der erste Schritt zur Vereinigung der Ostalpenländer. Nach dem Aussterben der Babenberger und der Niederlage Ottokars Přemysl begann die Herrschaft der Habsburger, die bis 1918 dauern sollte.

Im 12. und 13. Jahrhundert ließen sich immer mehr deutsche Siedler vor allem in der Oststeiermark nieder. So kam es, dass die slawische Bevölkerungsgruppe immer stärker zurückgedrängt wurde und all-

Die Verbindung Österreichs mit der Steiermark war der erste Schritt zur Vereinigung der Ostalpenländer.

mählich praktisch vollständig verschwand.

Im Zuge von Erbteilungen entstand im 14. Jahrhundert eine steirische Linie der Habsburger. Diese hatte ihren Sitz in Graz und herrschte über die Steiermark, Kärnten, Krain, die Grafschaft Görz, die Stadt Triest und die Windische Mark (Sloweni-

en). Für diese Gebiete bürgerte sich die Bezeichnung Innerösterreich ein.

Zur Vereinigung der habsburgischen Länder kam es erst wieder unter dem aus der steirischen Linie stammenden Friedrich III. Der Kaiser – bekannt geworden durch die Abkürzung AEIOU, die er auf Gebäude anbringen ließ, die unter seiner Herrschaft errichtet worden waren – regierte einen großen Teil seiner langen Herrschaftszeit von Graz aus.

Türkensturm und Reformation

Ab dem 15. Jahrhundert kam es immer wieder zu Einfällen der Türken. Zum Schutz der Bevölkerung wurden Wehranlagen ausgebaut, darunter etwa die Riegersburg, die Feldmarschall Montecuccoli als „stärkste Feste der Christenheit“ bezeichnete. Erst mit dem Sieg der Kaiserlichen in der Schlacht bei Mogersdorf 1663 und der Abwehr der Türken 1683 vor Wien war die Türkengefahr endgültig gebannt.

Unter Maria Theresia wurde die Verwaltung des Reiches in Wien zentralisiert und die innerösterreichischen Behörden in Graz aufgelöst. Bei der Volkszählung nach Pfarren im Jahre 1770 wurden die Pfarren in Nummerierungsabschnitte zerlegt und die Häuser zum ersten Mal nummeriert. Diese Einteilung in Werbbezirke geschah ursprünglich, um die Aushebung von Soldaten für das Heer zu erleichtern. Die Werbbezirke bildeten dann die Grundlage für die unter Kaiser Joseph II. eingeführten Steuer Gemeinden und die späteren Katastralgemeinden.

Im Jahre 1797 drangen die Franzosen unter Napoleon in der Steiermark ein. In Leoben wurde ein Vorfriedensvertrag geschlossen, dem dann kurz darauf der Friede von Campo Formio folgte. Nach der weiteren Niederlage der Österreicher 1809 mussten unter anderem die Festungsanlagen auf dem Grazer Schlossberg geschleift werden.

Im 19. Jahrhundert erlebte die Steiermark einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Wahlsteirer Erzherzog Johann

Josef Krainer blieb 23 Jahre Landeshauptmann und wurde zu einer Symbolfigur des Wiederaufbaues der Steiermark.

tat sich als Förderer von Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst hervor. Das Bergbauggebiet in der Obersteiermark war eines der Zentren der Industrialisierung. Im Jahre 1844 wurde die erste Eisenbahn, die Strecke Mürzzuschlag–Graz, eröffnet. 1846 zählte die Steiermark rund eine Million Einwohner, wovon etwa 600.000 innerhalb der heutigen Landesgrenzen lebten. Die bäuerliche Bevölkerung blieb aber weitgehend arm. Das lässt sich auch heute noch aus den Erzählungen Peter Roseggers herauslesen.

Politische Wirren

Als Folge des Ersten Weltkriegs fiel die Untersteiermark an den SHS-Staat, das spätere Jugoslawien.

Das heutige Bundes-



„Das Wappen des Landes Steiermark ist in grünem Schild der rotgehornte und -gewaffnete silberne Panther, der aus dem Rachen Flammen hervorstößt.“ So lautet die Beschreibung des Landeswappens im Gesetzblatt von 1950.

land Steiermark umfasst also nur einen Teil des historischen Herzogtums. Seit 1929 ist das Dachsteinlied, das mit den Worten „Hoch vom Dachstein an ...“ beginnt, offizielle Landeshymne der Steiermark. Obwohl in der ersten Strophe auf das ehemalige Gebiet der Untersteiermark Bezug genommen wird, wurde der Text bislang nicht geändert. Während der Ersten Republik ist die Steiermark Ausgangspunkt des „Pfimerpfutsches“:

1931 versuchten die Heimwehren unter Führung des Judenburger Rechtsanwalts einen Putsch gegen die Regierung in Wien, der aber rasch zusammenbrach.

Im Bürgerkrieg des Jahres 1934 kam es vor allem in den obersteirischen Industriegebieten zu heftigen Kämpfen. Nach der Niederschlagung des sozialdemokratischen Schutzbundes wurde unter anderem der Leobener Arbeiterführer Koloman Wallisch zum Tode verurteilt und gehängt.

Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde das frühere Bundesland Burgenland geteilt, und der südliche Teil wurde an die Steiermark angegliedert. Dafür verlor der nunmehrige Reichsgau Steiermark das Ausseerland, das an Oberösterreich (Oberdonau) fiel.

Im Mai 1945 wurde die Steiermark von den Sowjets besetzt, kam dann aber bis 1955 unter britische Verwaltung.

1948 wurde der ÖVP-Politiker Josef Krainer zum Landeshauptmann gewählt. Er blieb 23 Jahre in dieser Funktion und wurde zu einer Symbolfigur des Wiederaufbaues der Steiermark.

Gemeinden

In der Steiermark gibt es derzeit 542 selbstständige Gemeinden und 1593 Katastralgemeinden. Derzeit wird über die von Landeshauptmann Voves geforderte Verwaltungsreform diskutiert. Er möchte die Steiermark in sieben Großregionen statt in Bezirken gliedern. Auch eine Verkleinerung des Landtages wurde von Voves angedacht.

Helmut Reindl

Die Geschichte des Steiermärkischen Gemeindebundes

Am Anfang stand der alte Josef Krainer

Die Geschichte des Steiermärkischen und des Österreichischen Gemeindebundes sind eng miteinander verwoben. Bei der Gründung beider Organisationen war der legendäre Josef Krainer senior federführend.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeigte sich, dass die einzelnen Gemeinden nicht in der Lage waren, sich gegenüber übergeordneten Stellen zu behaupten. So entstand 1947 als gesamtösterreichische Interessenvertretung der „Landgemeinden“ der Österreichische Gemeindebund. Zum ersten Obmann wurde der damalige steirische Landesrat Josef Krainer –

er war auch Bürgermeister der Gemeinde Gasselsdorf, heute ein Ortsteil von Sulmeck-Greith –, gewählt. Auf seine Initiative wurde dann Anfang 1948 auch der Steiermärkische Gemeindeverband (so die damalige Bezeichnung) gegründet. Aufgebaut wurde die neue Interessenvertretung von Landesgeschäftsführer Albert Hammer, der den Verband 30 Jahre leitete und lange Jahre



Josef Krainer senior. Der Landeshauptmann war auch Bürgermeister der Gemeinde Gasselsdorf, heute ein Ortsteil von Sulmeck-Greith.

bis in die 80er-Jahre lief und alle steirischen Gemeinden mit Telefonen versorgte.
 ▶ 1950: Gründung der Steuerprüfstelle des Steiermärkischen Gemeindebundes. Diese führte zu einer gesteigerten Abgabemoral der Bevölkerung und in der Folge zu be-

Seit der Gründung der Gemeindeverwaltungsschule im Jahre 1950 wurden bereits mehr als 14.000 steirische Gemeindebedienstete ausgebildet.

Landeshauptmann auch Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes. Erst 1992 befand Josef Krainer junior, dass ein Bürgermeister an der Spitze stehen sollte. So kam es zur Wahl des Schladminger Bürgermeisters Hermann Kröll. Er leitete den Verband bis zum Jahre 2007. Seither steht der Bürgermeister von St. Johann-Köpling, Erwin Dirnberger, an der Spitze des Steiermärkischen Gemeindebundes.

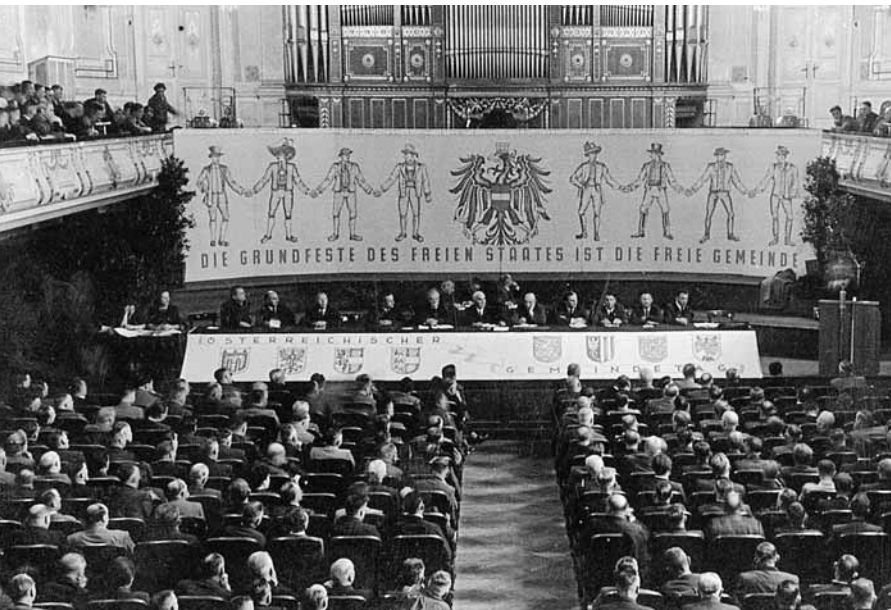
Die Meilensteine

- ▶ 1948: Gründung der „Steirischen Gemeindenachrichten“, die mittlerweile in ihrem 63. Jahrgang erscheinen.
- ▶ 1950: Aktion zur verbilligten Errichtung „gemeindeöffentlicher Fernsprechstellen“, die

- deutenden Mehreinnahmen.
- ▶ 1950 wurde die Gemeindeverwaltungsschule gegründet. Bis 2005 wurden die Lehrgänge in Semriach abgehalten, auf Grund von Umstrukturierungen und leichter Erreichbarkeit finden sie seither im „Hotel Novapark“ in Graz statt. Seit der Gründung wurden bereits mehr als 14.000 steirische Gemeindebedienstete ausgebildet.
- ▶ 1969: Erstmaliges Erscheinen des Fachorgans „Die gastliche Gemeinde“, das über Aktuelles im immer wichtiger werdenden Tourismusgewerbe informierte.
- ▶ 1973 erschien der Kommentar zur Gemeindeordnung, ein Handbuch mit mehr als 900 Seiten. 1983 wird eine überarbeitete Fassung herausgegeben.



Der erste Aufruf zum Beitritt in den Steiermärkischen Gemeindeverband war nicht sehr erfolgreich. Der Erfolg kam erst nach persönlicher Kontaktaufnahme mit den Gemeinden. 1953 waren bereits 841 von 884 Gemeinden Mitglieder des Verbands.



1951 fand erstmals ein Österreichischer Gemeindetag in Graz statt.

- ▶ 1974 fand im Rahmen der Grazer Frühjahrmesse der erste Bürgermeister-Messetag, ein Informationstag für Gemeindevertreter, statt
- ▶ 1977 wurde die Steuerprüfstelle um eine Steuerbera-



Dr. Albert Hammer war sowohl Landesgeschäftsführer des Steiermärkischen Gemeindebundes als auch Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.

tungsstelle erweitert. Diese wurde notwendig, weil die vier Jahre zuvor erfolgte Einführung der Mehrwertsteuer viele Fragen aufwarf. Gleichzeitig wurde auch eine Beratung für Versicherungsangelegenheiten ins Leben gerufen.

- ▶ Seit 1979 gibt es eine partnerschaftliche Verbindung zum Städte- und Gemeindebund

Nordrhein-Westfalen, in gegenseitigen Delegationsbesuchen finden wertvolle Fachgespräche zu verschiedensten Themen statt.

- ▶ 1986: Novelle der steirischen Landesverfassung und Aufnahme des Steiermärkischen Gemeindebundes in die Verfassung. Seither ist der Gemeindebund in Landtagsausschüssen vertreten und kann direkt in den Gesetzwerdungsprozess eingreifen.
- ▶ 1991 erfolgte gemeinsam mit dem Land Steiermark die Gründung der Steirischen Gemeindeverwaltungsakademie. Sie bietet als Ergänzung zur Basisausbildung an der Gemeindeverwaltungsschule Fachveranstaltungen zu Wirtschaft und Verwaltung. Seit Gründung haben 793 Seminare mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 15.352 Personen stattgefunden.
- ▶ 1993: Alle steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz sind Mitglieder des Steiermärkischen Gemeindebundes – das sind heute 541 steirische Gemeinden.
- ▶ 1996 wurde mit der Landesregierung ein Konsultationsmechanismus vereinbart, um eine vermehrte Berücksichtigung kommunaler Anliegen auf Landesebene zu erreichen. Erst zwei Jahre später wurde ein derartiger Mechanismus auch bundesweit beschlossen.

Das Präsidium des Steiermärkischen Gemeindebundes



Präsident
Bgm. Erwin Dirnberger,
St. Johann-Köppling



Vizepräsident
Bgm. Reinhard Reisinger,
Spital am Semmering



Vizepräsident
Bgm. Christoph Stark,
Gleisdorf

Der Landesgeschäftsführer



Dr. Martin Ozimic

Steiermark spezial: Die Methode der steirischen „Offenen Jugendarbeit“

Künstlerische Interventionen – jugendliche Lebenswelten

Offene Jugendarbeit begleitet Jugendliche beim Hineinwachsen in die Gesellschaft, zeigt Handlungsmöglichkeiten auf und schafft Zugänge zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dabei bedient sich Offene Jugendarbeit verschiedenster Methoden und Angebote.

Florian Artl

Zentrale Grundhaltungen von Offener Jugendarbeit sind Freiwilligkeit, Niederschwelligkeit und Beteiligungsmöglichkeiten, um Jugendlichen ein optimal begleitetes Experimentierfeld ihrer Lebensentwürfe bieten zu können.

Jugendbeteiligung über Kunst im öffentlichen Raum

Kunst, Soziokulturarbeit und jugendkulturelle Ausdrucksformen sind die grundlegenden Elemente des Projekts Freizeichen, das im Jahre 2008 in Kooperation mit dem Kunstverein ROTOR initiiert wurde, um sich gemeinsam mit Jugendlichen auf unterschiedliche Weise mit der Situation in ihren Gemeinden und dem dort befindlichen öffentlichen Raum auseinanderzusetzen. Das Projektvorhaben basiert auf einer engen Zusammenarbeit von bildenden KünstlerInnen und Jugendlichen, die sich intensiv auf die Lebenswelten von Jugendlichen einließen und als beständiges Zeichen dieser Auseinandersetzung Kunstwerke im öffentlichen Raum hinterlassen.

Intervention und Diskurs

Diese künstlerischen Interventionen regen zum Diskurs unter den GemeindebürgerInnen, politischen EntscheidungsträgerInnen

und dem oftmals problematisierten Thema über Jugendliche im öffentlichen Raum in den Gemeinden an. Diese thematische Auseinandersetzung über gesellschaftspolitische Themen

„Es war lustig und ich hab viel Spaß dabei gehabt, unsere ‚Platzerl‘ herzuzeigen und dann auf einer Plakatwand wiederzufinden. Auch die alten Leute haben gemeint, dass das cool aussieht. Irgendwie hab ich Lust bekommen, selber solche Sachen zu machen.“

Marcella Angelis, 15 Jahre, Mürzzuschlag

„Am Anfang habe ich mir nichts darunter vorstellen können, aber als wir dann die Filme gedreht haben, hab' ich gemerkt, wie schwer das ist, so zu sein wie man ist. Es ist lustig, sich selbst auf einer Leinwand zu sehen und zu wissen, wie das in diesem Moment war. Hat echt Spaß gemacht!“

Philip Reisinger, 15 Jahre, Mürzzuschlag

ist vorprogrammiert und wird über den Projektzeitraum von den MitarbeiterInnen der Offenen Jugendarbeit vor Ort weiter begleitet! Die Jugendlichen sind in den Prozess von Anfang an aktiv eingebunden, ein Ergebnis des Prozesses stellt das sichtbare Kunstwerk in der Gemeinde dar. Mit diesem Ergebnis, dem

Kunstwerk, identifizieren sich die Jugendlichen und können mit Stolz verkünden: Seht her, bei der Entstehung dieses Kunstwerks war ich dabei, mein Lebensraum interessiert mich und ich gestalte ihn mit!

Vor Ort und im Ort

Die KünstlerInnen griffen mit den Jugendlichen vor Ort relevante Themen auf, die in Bezug zu den Kernthemen der Offenen Jugendarbeit stehen, wie Beteiligung, Bildung, Mitsprache und gesellschaftspolitisches Engagement. Fünf Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit in fünf unterschiedlichen Orten der Steiermark wurden aufgrund ihres großen Interesses an Kunst im öffentlichen Raum für das Projekt nominiert. In Abstimmung mit den Jugendlichen und der Offenen Jugendarbeit vor Ort erfolgte die Auswahl der internationalen KünstlerInnen, die mit ihnen vor Ort arbeiten sollen. Kriterien bei der KünstlerInnenauswahl waren deren inhaltlichen Zugänge sowie die Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen und die Zugänge zu Kunst im öffentlichen Raum. Bei dieser Zusammenarbeit mit den Jugendlichen, den JugendarbeiterInnen und den Gemeinde entstanden 2008 und 2009 mehrere Kunstprojekten im öffentlichen Raum. Die jungen Leute bekamen nicht nur Einblick in zeitgenössisches Kunstschaffen, sondern beteiligten sich begeistert und aktiv an der Konzeption und Umsetzung und konnten ihr Wissen als ExpertInnen in Bezug auf ihr Umfeld und ihren Wohnort in die künstlerische Produktion einbringen. Bis zum Frühling 2009 wurden die künstlerischen Interventio-



Foto: Monika Feil

Die Vorbereitungen für die nächsten Kunstwerke in den steirischen Gemeinden laufen schon.

nen gemeinsam mit allen Beteiligten eröffnet und präsentiert. Eine mittelfristige Sicherung der Kunstwerke in den verschiedenen Orten (mindestens drei Jahre) ist intendiert, um der Kunst zu erlauben, ihre Wirkung zu entfalten. Die Kunstwerke erfreuen sich bei einem breiten Publikum großen Interesses.

Das Beispiel in Mürzzuschlag

Zeitgenössische Kunst und öffentlicher Raum? Wie kann man diese Dinge miteinander verbinden? Das Projekt Freizeichen gab den Jugendlichen in der Stadt die Möglichkeit, ihren Lebensraum abseits von Schule und Arbeitsplatz aus einer anderen Perspektive zu betrachten und gemeinsam mit der Künstlerin Sofie Thorsen, ihre „Spots“ auf eine etwas andere Art und Weise zu

präsentieren. Dabei selbst im „Rampenlicht“ zu stehen und Teil eines für alle zugänglichen Kunstwerks in der Stadt zu sein, war für die Stadt und die Jugendlichen ein einzigartiges Erlebnis. Für die Stadt Mürzzuschlag und alle Einwohner war und ist es eine Bereicherung. Durch dieses Projekt wurde die junge Generation in einem positiven Licht wahrgenommen. Das vielzitierte „schlechte Image“ von Jugendlichen wurde augenscheinlich Lügen gestraft.

Freizeichen geht in die zweite Runde

2008 begann das Projekt Freizeichen in Zusammenarbeit mit

In Knittelfeld ist das Projekt sehr gut angekommen. Unsere Jugendlichen haben mit Begeisterung mitgemacht. Die Ortswahl für die Präsentation hat Freude, Verwunderung und Diskussion in der Bevölkerung hervorgerufen, die alle als positiv zu betrachten sind. Gesamtbeurteilung: Für unsere Stadt sehr gut. Wir würden ein solches Projekt, vorbehaltlich der Zustimmung durch unser Jugendreferat und der Jugend selbst, wiederum durchführen.

Siegi Schafarik, Bürgermeister in Knittelfeld

„Wir freuen uns sehr, dass dieses Projekt umgesetzt werden konnte, weil dieses, und das passt gut zum Titel der Erzherzog-Johann-Ausstellung im Schloss Stainz, „modellhaft“ ist für die Form der Offenen Jugendarbeit, wie wir diese im jung.kultur.haus FRIDA in Stainz betrieben haben. Eine Giraffe, ein Tier, das in der Weststeiermark nicht beheimatet ist und für dieses Gebäude auch noch viel zu groß scheint, irritiert, regt auf, befremdet, wirft Fragen auf ... „Modellhaft“ werden wir durch künstlerische Interventionen herausgefordert über Gewohntes, Vertrautes, Traditionelles nachzudenken. Dadurch verändert sich unser Blick auf die Dinge und Zusammenhänge – neue Zugänge und Möglichkeiten entstehen – Fremdes wird in unsere Lebenswelt integriert.“

Christine Steirer, Holger Unterweger:
jung.kultur.haus FRIDA – Stainz

Foto: Sofie Thorsen



Große Beteiligung der Jugendlichen in Mürzzuschlag bei der Gestaltung ihrer ÖBB-Unterführung.

Foto: ROTOR



In der Gemeinde Stainz durchstieß das Projekt Freizeichen die Decke und begeisterte den Bürgermeister genauso wie die Jugendlichen.

dem Kunstverein ROTOR und dem Steirischen Dachverband der Offenen Jugendarbeit zwischen KünstlerInnen und Jugendlichen in Bad Aussee, Fürstenfeld, Knittelfeld, Mürzzuschlag und Stainz im Kontext ihrer Lebenswelten.

Das Echo seitens der jungen Leute, der KünstlerInnen, der involvierten Jugend-(Kultur)-Zentren und der Gemeinden war überwältigend. Die Konzeption des Projekts wird mittlerweile im Bereich der innovativen Ju-

„Die erfolgreiche Umsetzung des Projekts Freizeichen unter Anleitung der Künstlergruppe Skart motiviert uns, künftig in dieser Richtung weiterzumachen: denn die Resonanz der teilnehmenden Jugendlichen und der Bevölkerung auf die 12-teilige Intervention in der Altstadt war einstimmig positiv. Für die nächsten Jahre wird ein Stück „Jugendliche Lebenswelt“ die Gebäude von Fürstenfeld schmücken und sichtbar bleiben. Vor allem dem Künstler Dragan Protić ist an dieser Stelle großer Dank auszusprechen, der mit sehr viel Engagement die Workshops durchführte und die Jugendlichen begeistert hat.“

Doris Setznagel, Jugendarbeit der Stadt Fürstenfeld

gend- und Soziokulturarbeit in ganz Österreich herumgereicht. Freizeichen folgt einfach dem Credo von Isa Rosenberger, die bei ihren auf Zusammenarbeit basierenden Projekten von „temporären Allianzen“ spricht, die sie mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen eingeht, wobei die Menschen als ExpertInnen in ihren jeweiligen Feldern und Lebenswelten verstanden und geschätzt werden. Auch 2010 wird sich das Projekt Freizeichen auf unterschiedliche Weise mit der Situation von Jugendlichen in fünf weiteren Orten der Steiermark in eine jugendkulturelle Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum begeben und abermals mit Interventionen für ordentliche Überraschungen sorgen. Diese fünf Freizeichen-Orte sind Admont, Judenburg, Köflach, Mureck und Gratwein. Die bis jetzt gelungenen Umsetzungen und die Weiterführung des Projekts Freizeichen ist natürlich nur durch die finanzielle Unterstützung der FördergeberInnen möglich, die sich in ihrer weit-sichtigen Förderpolitik wiederfindet. Die Förderung von jugendkulturellen Ausdrucksformen, das „Sichtbar“-Machen von jugendlichen Lebenswelten und die Beteiligung von jungen Menschen an Prozessen in ihren Kommunen sind wichtige und zukunftssträchtige Schritte für eine innovative Jugendarbeit und Jugendpolitik in der Steiermark. Weiter so.

Reaktionen

„Wenn wir da sind“ war mehr als nur ein Kunstprojekt mit Jugendlichen. Aktiv Kunst zu gestalten war für alle ein einzigartiges Erlebnis. Sofie Thorsen hat die Kids dazu animiert, von der Rolle des Betrachters in die des Darstellers zu schlüpfen und gleichzeitig wurden sie zum Inhalt des Kunstwerks. Aus diesem Prozess heraus entstand ein Kurzfilm, ein „reversed Graffiti“ und eine Plakaterie die nicht permanent sind, aber auf diese Art und Weise Platz für Neues schafft und somit der Inspiration und Kreativität der jungen Generation genug Freiraum gibt, um sich zu entfalten. Alles in al-

lem eine wertvolle Erfahrung, Kunst zu erleben ...

Tina Prochazka: JugendKulturzentrum HOT – Mürzzuschlag

Da wir in diesem Jahr im Jugendnetzwerk Knittelfeld den Schwerpunkt „Jugendkultur“ gesetzt haben, sind wir überaus erfreut, einen Projektpartner gefunden zu haben, welcher sich auf das Thema „Kunst“ spezialisiert hat. Freizeichen bot den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Stadt mitzugestalten und ein Zeichen zu setzen. Nicht zuletzt war die gute Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde dafür verantwortlich, dass die jungen Menschen, die am Projekt teilgenommen haben, motiviert sind an weiteren Projekten in ihrer Stadt mitzuwirken.

Jennifer Hausberger, Jugendnetzwerk zone4u – Knittelfeld



KünstlerInnen, Orte & die Offene Jugendarbeit

- Moira **Zoiti** | Jugendzentrum Ausseeerland, Stadtgemeinde Bad Aussee
- **ŠKART** | Jugendzentrum Coyoba, Stadtgemeinde Fürstenfeld
- **RAM** | zone4you – Jugendnetzwerk der Stadtgemeinde Knittelfeld
- Sofie **Thorsen** | JugendKulturZentrum HOT, Stadtgemeinde Mürzzuschlag
- Helmut **Dick** | jung.kultur.haus FRIDA, Stadtgemeinde Stainz

und mit der Unterstützung von:

ROTOR, Steirischer Dachverband der Offenen Jugendarbeit, Landes Jugend Referat Steiermark, Institut Kunst im öffentlichen Raum, Kultur-Kontakt Austria, Österreichische Post AG, ÖBB Immobilien, Stadtgemeinde Bad Aussee, Stadtgemeinde Fürstenfeld, Stadtgemeinde Knittelfeld, Stadtgemeinde Mürzzuschlag, Marktgemeinde Stainz und den vielen Jugendlichen vor Ort.

<http://freizeichen.mur.at>

Worst Case: Können Gemeinden in Konkurs gehen?

Die klare Antwort ist Ja!

Das zähe Anspringen der Konjunktur, die explodierenden Ausgaben für Gesundheit und Soziales, die quälende Ungewissheit über den Umfang und die Auswirkung der drohenden Sparpakete: Für viele BürgermeisterInnen steht die Haushaltsplanung 2011 unter keinem guten Stern. In besonders dramatischen Fällen geistert durch die Medien immer wieder der Begriff der „Konkursreife“ der Gemeinden, womit sich die Frage stellt, ob eine Gemeinde überhaupt in Kon-

kurs gehen kann, wie der Jurist Dr. Martin Huber vom Salzburger Gemeindeverband auf der Plattform Kommunalnet.at kürzlich vermerkte. Rechtlich gesehen gibt es darauf in der herrschenden Rechtslehre eine klare Antwort: Ja, auch Gemeinden sind als juristische Person und Privatrechtsträger i. S. des Art. 116 Abs. 2 B-VG bei Zahlungsunfähigkeit konkursfähig – zumindest theoretisch und mit Einschränkungen. Anders als beispielsweise in den USA sind Gemeinde-



Gemeinden sind konkursfähig, obwohl in der Zweiten Republik noch nie eine Gemeinde den Gang zum Konkursrichter antreten musste.

konkurse in Österreich aber kein Thema.

Faktisch hat in der Zweiten Republik noch nie eine Gemeinde den Gang zum Konkursrichter antreten müssen, da der Haushaltsausgleich und damit auch die Zahlungsfähigkeit durch Bedarfszuweisungen und andere öffentliche Mittel si-

chergestellt wurde. Hinzu kommt, dass die Exekutiionsordnung (EO) bei einem allfälligen Zugriff auf das Vermögen einer Gemeinde erhebliche Beschränkungen im Zusammenhang mit den von der Gemeinde zu wahrenden öffentlichen Interessen vorgesehen hat. Mehr auf www.kommunalnet.at

Menschenrechte

Österreich und das Florianiprinzip

Peinliches Ergebnis einer Karmasin-Umfrage im Auftrag der „Initiative Menschenrecht“. 60 Prozent wissen nichts von einem „Menschenrecht auf Asyl“, 24 Prozent halten dieses Recht auch nicht für wichtig. Das bedeutet, dass Österreicher die Menschenrechte an sich für wichtig halten, außer bei Minderheiten.

Spitäler: Dramatischer Anstieg der Kosten

Aufwand steigt auf 11,4 Milliarden

Laut Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungen steigen die Kosten für die öffentlichen Spitäler auf fast 11,4 Milliarden Euro. Gegenüber 2009 bedeutet das ein Plus von vier Prozent, in den vergangenen drei Jahren betrug die Kostensteigerung 16 Prozent (1,6 Milliarden Euro). Angesichts dieser Zahlen schlug Hauptverbands-Chef

Hans-Jörg Schelling Alarm. Die Kosten im Spitalsbereich wachsen deutlich stärker als die Wirtschaft, im Zuge der Krise würden „die Finanzierungsprobleme explodieren“. Schelling plädierte dafür, das „Überangebot an Spitalsbetten abzubauen“, um im Gegenzug Pflegeeinrichtungen und die Betreuung durch die niedergelassene Ärzte auszubauen.

Pensionen: Neues Modell

Anreize für späteren Antritt

Die österreichische Frührentner-Flut will Wirtschaftsminister Christian Fuchs mit einem neuen Anreizsystem bekämpfen. Wer freiwillig trotz gesetzlichem Ruhestandsanspruch länger arbeitet, soll 25 Prozent seines Ruhestandsbezugs gleich bekommen. Weitere 25 Prozent soll der Arbeitgeber bekommen. Und die Versicherungsanstalt würde sich dadurch 50 Prozent der Pension sparen, eine „Win-win“-Situation.

Verwaltungsreform: Kanzler Faymann gegen Prammer

Bezirksbehörden bleiben

Synergien nutzen statt Verwaltungsebenen abschaffen, so „pfiif“ Kanzler Werner Faymann laut einem Bericht in der „Presse“ Ende August Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zurück. Diese war vorher mit dem Vorschlag, im Rah-

Kanzler Werner Faymann ist gegen eine Schließung von Bezirksbehörden. Beobachtet wird er von NR-Präsidentin Barbara Prammer.

men einer Staatsreform die BH abzuschaffen, an die Öffentlichkeit getreten. „Die Diskussion müsse etwas mehr in die Tiefe geführt werden“, wie der Kanzler anmerkte. Laut dem Bericht kündigte Vizekanzler Josef Pröll Gespräche mit den Ländern an, wobei er aber den von ihm ins Spiel gebrachten Titel ad acta legte. Kein Konklave mehr, er wolle sich zusammensetzen und reden.



Foto: Bundespressdienst





Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl, Landeshauptmann Erwin Pröll, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-„General“ Robert Hink und Vizepräsident Ernst Schmid.

Gemeindebund-Präsidium: Tagung mit Vorsitzendem der Landeshauptleute

Eine starke Achse zwischen Ländern und Gemeinden

Zu einem Gedankenaustausch trafen der Vorsitzende der LH-Konferenz Erwin Pröll und die Präsidenten der Landesverbände des Gemeindebundes kürzlich zusammen. Diskutiert wurden aktuelle gemeinsame Themen und Anliegen. Pröll warnte dabei vor einer Auslöschung des Föderalismus. „Seit kurzem bitten wir jedes Halbjahr den aktuellen Vorsitzenden der LH-Konferenz um einen gemeinsamen Termin mit dem Präsidium des Gemeindebundes, um gemeinsame Themen zur erörtern“, erklärte Gemeindebund-Chef Mödlhammer das Treffen. „Im ersten Halbjahr haben wir mit dem Vorarlberger LH Sausgruber konferiert, jetzt freuen wir uns darüber, dass auch Erwin Pröll Zeit hat, um über die Sorgen und Nöte der Gemeinden mit uns zu diskutieren“, so Mödlhammer. Dies sei bei

weitem keine Selbstverständlichkeit, umso mehr wisse man die Anerkennung der Länder zu schätzen. Auf der Agenda standen – wenig überraschend – die dramatischen Finanzsorgen der Gemeinden. Sowohl Pröll als auch Mödlhammer warnten freilich vor dem Aufschnüren des Finanzausgleichs. „Würden wir das tun, dann wäre danach die Finanzlage der Länder und Gemeinden noch schlechter“, so Pröll und Mödlhammer unisono. Einigkeit bestand auch darüber, dass man für die Finanzierung der Pflege im Herbst noch neue Wege finden müsse. „Weder die Gemeinden, noch die Länder alleine können diese enormen Lasten tragen“, so Erwin Pröll. Im Hinblick auf die Forderung der Gemeinden, künftig wieder selbst Radarkon-

trollen durchführen zu lassen, stießen die Gemeindevertreter auch bei Erwin Pröll auf offene Ohren. „Ich werde das in einer der nächsten LH-Konferenzen ansprechen“, versprach er. „Der Wunsch, dass jeder Straßenerhalter auf seinen Straßen auch selbst Kontrollen durchführen will, ist verständlich. Mehr über dieses Treffen auf www.gemeindebund.at

Gemeindebund: Abkommen in allen Bundesländern

Post muss künftig die Tiroler Gemeinden beraten

Als einen „zumindest minimal fairen und transparenten Weg“ bezeichnet der Gemeindebund das Abkommen, das jüngst zwischen dem Land Tirol und der Post AG vereinbart wurde. „Sowohl die betroffenen Gemeinden, als auch die Bundesländer haben ein Anrecht darauf, dass die Post AG alle Zahlen und Fakten auf den Tisch legt, die im Rahmen einer beabsichtigten Postamtsschließung zu berücksichtigen sind. Dies sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, in vielen Fällen gab es in der Vergangenheit aber

Geldnot: Mehr Arbeitslose

400.000 ohne Job befürchtet

Bis zum Winter könnte es laut einem Bericht in der „Krone“ bis zu 400.000 Arbeitslose geben (derzeit sind es rund 270.000). Diese Zahl nannten Wifo-Chef Karl Aiginger und Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl beim Europäischen Forum in Alpbach. Mit ein Grund für den Anstieg ist die Tatsache, dass die Gemeinden kräftig sparen und vor allem Bauaufträge massiv zurückschrauben.

Als rasch wirksame Gegenmaßnahmen unterstützen die Experten einen alte Forderungen des Gemeindebundes nach einer Nauauflage der Förderung für eine thermische Sanierung. Leitl: „Die 100 Millionen aus dem Vorjahr waren in kürzester Zeit aufgebraucht. Da sieht man, wie die Leute auf Anreize reagieren“ – und fordern ein neues Programm mit 300 Millionen.



massive Beschwerden der Gemeinden“, verlautet aus dem Gemeindebund. Und es wurde der Post AG empfohlen, diesen Weg bzw. dieses Abkommen allen Bundesländern für ihre Gemeinden anzubieten, so Präsident Mödlhammer.

Korruption: Ermittlungen bei SPÖ, ÖVP, BZÖ

Parteienfinanzen unter der Lupe

Bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft (KStA) wird nicht nur gegen Ex-BZÖ-Obmann Stefan Petzner ermittelt. Derzeit führt die KStA wegen „möglichen politischen Missbrauchs von

amtlichen Informationsbroschüren auch Verfahren gegen Verantwortliche der ÖVP und SPÖ“, wie Behördensprecher Friedrich König laut „SN“ Ende August betonte.

Die klima:aktiv Tour wurde in Linz um die Kommunal-Dialoge erweitert

Ideen- und Informationstausch auf hohem Niveau in Linz

Themen wie Elektromobilität, Fuhrparkumstellung oder Verkehr vermeiden durch neue Datenwege sind derzeit in aller Munde. Doch wie können Gemeinden diese vielen Neuerungen effizient und zukunftsorientiert umsetzen? Die Kommunal-Dialoge, die im Rahmen der klima:aktiv Tour des Lebensministeriums veranstaltet wurden, brachten Bürgermeister, Gemeindevertreter und Experten aus Wirtschaft und Politik an einem Tisch.

Bei den Dialogen wurden viele Fragen beantwortet, verschiedene Modelle wurden anhand von Beispielen vorgestellt und die Vernetzung und Information der Teilnehmer in den Vordergrund gestellt. Die Maßnahmen, die Gemeinden zum Thema Klimaschutz treffen können, sind umfangreich, ebenso die verschiedenen Förderprogramme und Möglichkeiten. Ein großes Thema ist zur Zeit die Elektromobilität. Die Umstellung benötigt Infrastrukturveränderungen und eine neue Handhabung für jegliche Fahrzeugnutzer. In Gemeinden besonders groß geschrieben ist aber immer noch das Fahrrad. Bei den Kommunal-Dialogen wurden die Gemeinden Enns, Ottensheim und Munderfing als Modelle von den jeweiligen Verantwortlichen vorgestellt.

Fundräder aktiviert

Ein, wie Bürgermeisterin Ulrike Böker (Ottensheim) erklärte, „liebevoll“es Projekt hat die Marktgemeinde in den vergangenen Jahren umgesetzt. Es wurden Fundräder für die Allgemeinheit aktiviert und zur freien Verwendung im Ortsgebiet bereitgestellt. Mit speziellen Farben gekennzeichnet, sind bereits 17 Stück davon in Gebrauch. „Wir kommen sogar ohne spezi-

Das Prinzip „Unsicherheit macht Sicher“ hat im Ortskern eine fließende Aufteilung des Raumes mit sich gebracht. Nicht einmal Gehsteige sind nötig. Seit dem Jahr 2000 gab es noch keinen Unfall.

Uli Böker, Bürgermeisterin von Ottensheim

elle Sicherungen aus, der Schwund ist nicht nennenswert“, freut sich die Bürgermeisterin. Und die Einwohner von Ottensheim können so unkompliziert ein Fahrrad nehmen, wenn sie eines brauchen. Einzig „wenn jemand damit einkaufen fährt und vom Geschäft herauskommt, kann es passieren, dass das Fahrrad schon jemand anderes genommen hat“, so Böker, aber das sei in Ottensheim eher Grund zum Schmunzeln als zum Ärger. Ebenso engagiert ist die Marktgemeinde, ihre Einwohner mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Linz zu bewegen. Der Bürgerservice vergibt Tageskarten, eine Art Schnupperticket, zu geringem Preis, und jeder kann sich dafür anmelden und so Kosten und Mühe sparen, wenn er eine weitere Fahrt vor sich hat.

Unsicherheit macht Sicher

Innovativ zeigt sich auch der Ortskern der Gemeinde. Am gesamten historischen Marktplatz

dürfen sich Fußgänger, Autofahrer und Radfahrer gleichberechtigt bewegen. „Es gibt nur eine Regel, und die heißt Tempo 20“, beschreibt Böcker. Mit verschiedenen Oberflächenbelagen sind wichtige Bereiche gekennzeichnet. Das Prinzip „Unsicherheit macht Sicher“ hat im Ortskern eine fließende Aufteilung des Raumes mit sich gebracht. Nicht einmal Gehsteige sind nötig. Seit dem Jahr 2000 gab es noch keinen Unfall, wie Böcker berichtete.

Eine Schnecke als Logo hat sich eine der ältesten Städte Österreichs, Enns, zum Zeichen gemacht. Als erstes österreichisches Mitglied der weltweiten Vereinigung „Cittaslow“ genießt der historische Ort Ansehen weit über seine Grenzen hinaus. „Wir wollen in unserer Zentrumszone genussvoll 20 km/h fahren. Alles wird langsamer, und dann passiert auch weniger, weil die Menschen wieder Zeit zum Schauen haben“, beschreibt Dr. Gabi Pils das Projekt. Durch die Umstellung konnte der gesamte Ortskern vitalisiert werden, und „es haben sich 42 neue, kleine, feine Betriebe in der Zentrumszone angesiedelt“, so Pils. Zusätzlich stehen Gratisfahrräder zur Verfügung, es gibt Elternhaltestellen vor Schulen sowie einen Shuttlebus in das Industriegebiet Ennshafen und über die Donau wurde eine spezielle Radfähre eingerichtet. Ebenfalls anders wird in Enns Silvester zelebriert. Feuerwerke und Krawall wurden abgesagt, stattdessen gibt es Genuss und Ruhe. Die komplette Neugestaltung der Zentrumszone wird am 1. Oktober feierlich eröffnet werden. Die Gemeinde Munderfing mit Bürgermeister Martin Voggenberger stellte ebenfalls ihren Weg in die Zukunft vor. Das Motto des Ortes „mit Erfahrung der



Im Landhaus Linz trafen Gemeindevertreter auf Informationsträger aus Politik und Wirtschaft. Nachhaltigkeitsthemen wurden mit Experten erarbeitet.



Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Hiesl, Umweltminister Niki Berlakovich und Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer standen dem Kommunal-Dialoge-Publikum Rede und Antwort.

Alten die Zukunft gestalten“. Eine Person im Gemeindedienst wurde eigens mit dem Projekt „Fahrrad“ beauftragt, einmal die Woche gibt es ein Genussrad für die Munderfinger. Ein spezielles Energiekonzept soll die stark befahrene Hauptstraße „freundlicher“ werden lassen.

Jeder Tisch mit neuen Infos

Die Kommunal-Dialoge entwickelten sich zur einer Art Ideen- und Informationstauschbörse auf hohem Niveau. Die Vertreter der einzelnen Arbeitsbereiche, die an verschiedenen Tischen zugeordnet waren, informierten die rund 50 Teilnehmer mit neuesten Tatsachen. Auf zahlreiche Fragen der Gemeindevertreter konnten Umsetzungsmöglichkeiten erörtert werden. Das ging sehr ins Detail. Die Besucher konnten ihre Anliegen gezielt darbringen und direkt erörtern. Am Tisch für Radverkehr stand beispielsweise Christian Huemer, Radverkehrskordinator für das Land Ober-



Dialoge-Moderatorin Daniela Zimmer im Gespräch mit Clemens Piffle, der die Gemeinden über Fuhrparkumstellungen informierte.

österreich, Rede und Antwort. Fragen wie, „Wie kann ich unseren Gemeinderadweg mit dem des Nachbarortes verbinden und dabei Kosten sparen oder Förderungen bekommen“, wurden gestellt, oder „Wir sind zwei Gemeinden und wollen unseren Fuhrpark und Bauhof zusammenfassen, welche strukturellen Überlegungen im Bezug auf die gleichzeitige Fuhrparkumstellung sollten dabei berücksichtigt

werden?“ Aber auch neue Möglichkeiten wurden präsentiert, wie die Telekom Austria zeigte. Durch die Möglichkeit der Videokonferenz kann Zeit und Weg gespart werden, um wichtige Termine weltweit wahrzunehmen.

„Im Bereich der E-Mobilität ist das Ministerium bereits seit dem Jahr 1998 unterwegs“, wie Peter Wiederkehr vom Lebensministerium erläuterte. Im Punkt Leistungsfähigkeit der E-Mobile sei seit damals einiges passiert. Auch die Batteriekosten sollen sich in Zukunft reduzieren, und Ladestationen bei Supermärkten seien ebenfalls denkbar. Der öffentliche Verkehr ohne Fahrplanbindung ist, wie sich zeigte, in vielen Gemeinden schon längst eine Tatsache und für die Zukunft ein wichtiges Modell. Gerade für ältere BürgerInnen sei diese Variante optimal, um ihre Wege zu erledigen. Die Gemeinden stellen dazu ein Fahrzeug mit Chauffeur zur Verfügung. Es gibt aber auch Varianten mit freiwilligen Lenkern. Für die Zukunft unausweichlich, so zeigte sich deutlich, ist die Verwendung des Fahrrades auch im Alltagsverkehr. Längst sind die „arme Leut“-Image anhaftete. Die Elektro-Variante soll zudem auch das Fahren für ältere Menschen attraktiver machen. Ebenso wichtig ist der sichere Radweg.

Ehrungen vom Minister

Umweltminister Niki Berlakovich, LHStv. Franz Hiesl und der Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, Johann Hingsamer, standen den Besuchern in einem eigenen Dialogforum zur Verfügung. Danach wurde die öffentliche Klimaaktiv Tour besucht. Es standen E-Mobile, E-Fahrräder und E-Mopeds zur Ansicht und für eine Probefahrt bereit. Umweltminister Niki Berlakovich ehrte die Gemeinden Enns, Mattighofen und Bad Goisern für ihr Engagement punkto Klimaschutz.

Information

Nähere Informationen über die Kommunal-Dialoge:
www.kommunalverlag.at

Die aktuellen Vereinfachungen im Vergabewesen müssen bleiben

Fehlt in Österreich der Mut zur Vereinfachung des Dickichts?

Ziehen Sie eine Nummer!

Das österreichische Bundeskanzleramt macht entgegen laufender Initiativen etwa von Frankreich oder Deutschland seine Zustimmung für eine Beibehaltung der Schwellenwerte-Verordnung von den anstehenden Äußerungen der Europäischen Kommission abhängig.



Foto: iStock

Ende Dezember läuft die Schwellenwerte-Verordnung planmäßig aus. Damit fallen nicht nur die höheren Grenzen für Direktvergaben, sondern auch die Richtlinien der beschleunigten Verfahren. Leider sieht es so aus, als ob auch die Vergabe-Verfahren mit 31. Dezember 2010 wieder entschleunigt werden. Ein Plädoyer für ein bisschen mehr Mut auch auf Bundesebene.

Konrad Gschwandtner

Um im Interesse der österreichischen Gemeinden als Auftraggeber und der klein- und mittelständischen Wirtschaft als Auftragnehmer eine Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung über das Jahr 2010 hinaus zu erreichen, hat der Österreichische Gemeindebund in den letzten Monaten eine Reihe von Initiativen gesetzt, Argumente und Materialien für die anderen Mitstreiter, namentlich sind hier neben Ländern und Gemeinden das Wirtschaftsministerium und die Wirtschaftskammern anzuführen, aufbereitet, Medienarbeit geleistet und auch dem Bundeskanzler bereits vor einigen Wochen gemeinsam mit dem Städtebund ein entsprechendes Schreiben zugestellt. Ausgangspunkt der am 30. April 2009 in Kraft getretenen Schwellenwerte-Verordnung 2009, welche noch für bis Ende dieses Jahres eingeleitete Vergabeverfahren die Wertobergrenzen gemäß Bundesvergabe-gesetz 2006 (BVergG) erweitert und somit einige öffentliche Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich vereinfacht, war die Notwendigkeit der Setzung konjunktureller Maßnahmen in der Wirtschaftskrise. Der Europäische Rat hat im Dezember 2008 befürwortet, dass „in den Jahren 2009 und 2010 die beschleunigten Verfahren der Richtlinien über das öffentliche Beschaffungswesen angewandt werden, was durch den außergewöhnlichen Charakter der gegenwärtigen

Wirtschaftslage gerechtfertigt ist, um die Dauer des Ausschreibungsprozesses bei den gebräuchlichsten Verfahren für Großprojekte der öffentlichen Hand von 87 auf 30 Tage zu verkürzen.“

Durch die Schwellenwerte-Verordnung konnten die österreichischen Gemeinden ab dem 30. April 2009 Direktvergaben (freihändige Vergabe unter einer in der Praxis üblichen vorherigen Einholung von drei oder mehr unverbindlichen Vergleichsangeboten) in Höhe von bis zu 100.000 Euro (davon 40.000 Euro) durchführen. Dadurch konnten nicht nur Personal- und externer Beratungsaufwand durch weniger aufwändige Vergabeverfahren reduziert werden, sondern auch die Dauer der Vergabeprozesse. Durch die Möglichkeit, Projekte rasch umzusetzen, konnten die österreichischen Gemeinden auch in den Jahren 2009 und 2010 wichtige Impulse für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt setzen.

Die Rechtsnormen und ihre finanziellen Folgen

Dass es sich hierbei um eine komplexe Materie handelt, zeigt nicht nur das über 350 Paragraphen schwere Bundesvergabe-gesetz, dem die Gemeinden gemäß § 3 als öffentliche Auftraggeber wie auch die anderen Gebietskörperschaften und Gemeindeverbände unterworfen sind, sondern auch die Tatsache dass dem Vergabewesen im Rahmen der

aktuellen Verwaltungsreform im ersten Halbjahr 2010 eine eigene Arbeitsgruppe zugeordnet wurde. Ansätze für eine Reduktion der gesetzlichen Vorgaben

Durch die Möglichkeit, Projekte rasch umzusetzen, konnten die österreichischen Gemeinden auch in den Jahren 2009 und 2010 wichtige Impulse für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt setzen.

oder auch Verwaltungsvereinfachungen im Unterschwellenbereich oder generell bei der Bekanntmachung von Vorhaben waren erkennbar. Auf die Forderung der Vertreter von Ländern und Gemeinden nach einer unbefristeten Verlängerung der Schwellenwerte-VO wurde vom Vertreter des Bundeskanzleramtes wieder einmal auf noch ausstehende Entscheidungen der EU verwiesen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Arbeitsgruppe das Schicksal vorangegangener Verwaltungsreformen erspart bleibt und wirkliche Vereinfachungen und Einsparungen erzielt werden können. In diesem Zusammenhang sei auch der im Juli 2010 von der Bundesregierung beschlossene Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung erwähnt, welcher nicht nur dem Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch der Förderung von Innovationen im Beschaffungsbzw. Vergabebereich dienen soll. Die Schwellenwerte-Verordnung ist eine wichtige und nötige Verwaltungsvereinfachung, denn mit der Komplexität des Vergaberechts sind sowohl für die öffentlichen Auftraggeber als auch die Unternehmen enorme Kosten verbunden. Denn nicht nur das Bundesvergabegesetz, sondern auch die jeweiligen Vergabenachprüfungsgesetze der Länder, diverse EU-Richtlinien oder auch das GPA-Abkommen der WTO bilden die Rechtsgrundlage des Vergabewesens. Abgeleitet von den 19 Milliarden Euro an Kosten für öffentliche Vergabeverfahren in Deutschland, dürften auch in Österreich jährlich an die zwei Milliarden an Vergabekosten für die Verwaltung und die Unternehmen anfallen.

Die große Menge an Vergabeverfahren (in Deutschland sind es jährlich rund 2,4 Millionen Verfahren im Ober- und Unterschwellenbereich) ist hauptsäch-

lich verantwortlich für die enormen Kosten.

Die größten Kostentreiber, bedingt durch die unübersichtliche Rechtsmaterie

des Vergabewesens, welche zu einem enormen Zeit- und Personalaufwand sowie hohen externen Beratungskosten führt, sind die aufwändige Aufbereitung der Vergabeunterlagen und die Prüfung und Auswahl der Angebote durch eigene Mitarbeiter oder externe Berater.

Entscheidung vertagt

Das für die Entscheidung zuständige Bundeskanzleramt hat bisher bei den jüngsten Initiativen jeweils auf die obige Befürwortung der EU hingewiesen und die Begründung, dass die Schwellenwerte-Verordnung ja aufgrund der wirtschaftlichen

Die Frage im Zusammenhang mit einer Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung sollte eigentlich die sein, ob die öffentliche Verwaltung auf eine solche Verwaltungsvereinfachung und Kostenreduktion verzichten kann.

Ausnahmesituation und der daraus resultierenden innergemeinschaftlichen Strategie ins Leben gerufen wurde, angeführt. Ob die Folgen der Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit, mit konjunkturfördernden Maßnahmen dagegen anzukämpfen, mit 31. Dezember dieses Jahres zu Ende sind, darf infrage gestellt werden. Jedenfalls würden die positiven Erfahrungen eine Verlängerung dieser Verwaltungsvereinfachung und Investitionsbelegungsmaßnahme über 2010 hinaus rechtfertigen. Einer Studie im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie im Jahr 2008 zufolge erzeugt die Vergabe öffentlicher Aufträge in

Deutschland jährliche Prozesskosten oder Vollziehungskosten in Höhe von 19 Milliarden Euro – davon geht knapp die Hälfte zu Lasten der öffentlichen Auftraggeber, also zu einem großen Teil zu Lasten der Kommunen. Die eingangs erwähnte deutsche Studie sieht die größten Reformpotenziale des Vergabewesens in einer Verschlankeung und Vereinheitlichung der rechtlichen Grundlagen, in einem Überdenken der Notwendigkeit der Verfahrensanwendung insbesondere bei geringen Auftragswerten und der elektronischen Optimierung von Verfahren etwa hinsichtlich von Bekanntmachungen und Übermittlungen sowie der Bearbeitung selbst. Bei einer sowohl organisatorisch als auch legislativ durchgeführten Reform sehen die Autoren der Studie (u. a. das Institut für Mittelstandsforschung Bonn) in Deutschland ein jährliches Einsparungspotenzial von drei Milliarden Euro

Transparenz und freier Wettbewerb

Den Befürchtungen, dass Transparenz und freier Wettbewerb durch Direktvergaben oder Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung gefährdet sind, muss entgegengehalten werden, dass eine verpflichtende EU-weite Ausschreibung sowie betreffende Meldepflichten an die Europäische Union lediglich für den Oberschwellenbereich, also für Vergaben im Liefer- und Dienstleistungsbereich beginnend ab einer Höhe von derzeit 137.000 bzw. 211.000 Euro und für Bauaufträge ab 5,278 Millionen Euro, vorgesehen sind. Diesbezüglich können daher keine Bedenken bestehen. Auch kann es sich kein Bürgermeister leisten, Aufträge nicht an den Best- bzw. Billigstbieter (diese Entscheidung ist durch den Auftraggeber zu treffen, wobei im Falle einer verpflichtenden Ausschreibung derartige Zuschlagskriterien und ihre Gewichtung dem Bieter bekanntzugeben sind) zu vergeben, da insbesondere in kleineren und mittleren Gemeinden, in welchen zum Großteil im Unterschwellenbereich beschafft wird, die Anzahl



Konrad Gschwandner, Bakk. BA, ist Betriebswirt im Österreichischen Gemeindebund

der betreffenden Fälle überschaubar und für die Gemeindefachleute nachvollziehbar ist. In den übrigen Vergabeverfahren besteht für die unterlegenen Bieter einer Ausschreibung dann sowieso die Rechtsschutzmöglichkeit, innerhalb der sieben- bzw. 14-tägigen Frist den Unabhängigen Verwaltungssenat anzurufen. Ein weiterer Ansatzpunkt bezüglich Transparenz findet sich wie schon erwähnt im Bereich des E-Government. Es gibt neben dem offiziellen Portal <http://ted.europa.eu> der EU (eine Erweiterung des Amtsblattes der Europäischen Union) bereits eine Reihe von Web-Portalen, die Datensammlungen über öffentliche Ausschreibungen anbieten. Die größte private Plattform im deutschsprachigen Raum ist www.infodienst-ausschreibungen.at. Abschließend sei auch auf die mancherorts geäußerte Beschwerde, dass bei öffentlichen Ausschreibungen die lokalen Unternehmen bevorzugt werden würden, darauf verwiesen, dass ein lokaler Arbeitsplatz genauso wertvoll ist wie der in einem Großbetrieb 200 Kilometer weit weg und dass die öffentlichen Auftraggeber, wie auch die Unternehmen wissen, wie die klassischen Strategien zur Einbindung der regionalen Wirtschaft (etwa gewerbeweise Vergaben, Aufteilung des Auftrags in kleine Stücke wie zunächst den Lkw und danach die Schneefräse oder eine sehr konkrete Formulierung von Zuschlagskriterien wie örtliche Verfügbarkeit oder lokale Kenntnis) funktionieren. Die Frage im Zusammenhang mit einer Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung sollte eigentlich die sein, ob die öffentliche Verwaltung auf eine solche Verwaltungsvereinfachung und Kostenreduktion verzichten kann.

Fazit

Es gibt mittlerweile eine Reihe von Initiativen, etwa jene von Deutschland oder Frankreich, die sich für eine Vereinfachung des Regelungsdrucks im Vergaberecht und die Beibehaltung von Schwellenwerten stark machen. Das österreichische Bun-

deskanzleramt hingegen macht derzeit, trotz der breiten Unterstützung für eine Beibehaltung der Schwellenwerte-Verordnung, seine Zustimmung von den anstehenden Äußerungen der Europäischen Kommission abhängig. Leider scheint hier, abgesehen von der Unterstützung des Wirtschaftsministeri-

ums, auf Bundesebene noch etwas der Mut für ein geschlossenes Auftreten Österreichs zu fehlen. Der Österreichische Gemeindebund wird jedenfalls weiter dafür arbeiten, dass ein solches möglich wird und letztlich die gegenwärtigen Verwaltungsvereinfachungen bleiben und weitere folgen werden.

Überlegungen

Argumente für die Vereinfachung

Überlegungen und Gründe für eine Beibehaltung der aktuellen Schwellenwerte und für weitere Vereinfachungen im Vergaberecht:

- ▶ Das Wirtschaftsministerium spricht in einem offiziellen Schreiben von Vorzieheffekten in Höhe von rund 400 Millionen Euro, die sich durch die Erhöhung der Schwellenwerte ergeben haben. Speziell in der klein- und mittelständischen Wirtschaft konnten die Investitionen der österreichischen Gemeinden, die mit einem Investitionsvolumen von über zwei Milliarden Euro gemeinsam mit dem Bund der größte öffentliche Investor in unserem Land sind, erfolgreich regionale Arbeitsplätze und Standorte sichern.
- ▶ In einer jüngst durchgeführten Bürgermeisterbefragung sprachen sich 82 Prozent der Befragten für eine Beibehaltung der derzeitigen Schwellenwerte-Verordnung aus. Bereits mehrere Bundesländer haben diesbezügliche Beschlüsse gefasst und sich ebenso an den hierbei legislativ zuständigen Bundeskanzler gewandt wie auch der sachlich zuständige Wirtschaftsminister.
- ▶ Durch die Beibehaltung der Schwellenwerte-Verordnung können im größeren Ausmaß wichtige kommunale Projekte weiterhin zügig umgesetzt und langwierige Vergabeverfahren vermieden werden. Auch die Möglichkeit, vom Vorteil eines niedrigen Tagespreises Gebrauch zu machen, ist durch die höheren Schwellenwerte bei Direktvergaben gegeben.
- ▶ Keine Konkurrenz für die Bundesbeschaffungsgesellschaft: Gerade im Bereich der niederschwelligen Bauaufträge nimmt die BBG keinen Schaden durch eine Verlängerung der höheren Schwellenwerte. Vielfach sind kleine Bauaufträge gar kein Bestandteil des BBG-Portfolios. Auch bisher ist es zu keinen Einbrüchen im BBG-Geschäft gekommen.
- ▶ Auch die Wirtschaft selbst, welche die andere Hälfte der Verwaltungslasten im öffentlichen Vergabeprozess zu tragen hat und der Adressat der EU-Doktrin des freien Wettbewerbs ist, spricht sich unmissverständlich für eine Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung aus. Wirtschaftskammerpräsident Leitl hat jüngst in einem Schreiben an den Gemeindebund seine und die volle Unterstützung aller Landeskammern zugesagt.
- ▶ Ein Großteil jener EU-Mitgliedstaaten, die im vergangenen Jahr ihre Vergabeschwellenwerte erhöht haben, tat dies permanent und ohne Befristung.
- ▶ In einer Reduktion der Bürokratie im Vergabeverfahren etwa mittels direkter Auftragsvergaben liegt enormes Einsparungspotenzial für die Verwaltung. Wissenschaftlichen Studien zufolge können rund 20 Prozent der momentanen Gesamtprozesskosten öffentlicher Vergaben durch ineinander greifende legislative und organisatorische Maßnahmen eingespart werden.



Gemeindeministerin Maria Fekter im KOMMUNAL-Interview

„Gemeinde ist Heimat, der Bezirk steht nur am Autokennzeichen“

Innenministerin Dr. Maria Fekter war der Top-Gast der Kommunalen Sommergespräche 2010. Bei der Gelegenheit nahm sich die „Gemeindeministerin“ auch Zeit für ein Gespräch mit KOMMUNAL. Dabei ging es auch um eher heikle Themen wie das Abtreten von Kompetenzen.

Das Generalthema dieser Kommunalen Sommergespräche war die Frage „Haben die Kleinen noch eine Chance?“ Was ist Ihre Meinung dazu?

Ja, ich glaube, dass die Kleinen eine Chance haben. Wenn mich jemand fragt, woher ich komme,

Der Bedarf an Pflegedienstleistungen wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Die Finanzierung kann nicht allein den Gemeinden aufgebürdet werden.

... über die Themen der Verwaltungsreform

dann sage ich: „Ich bin aus Attnang-Puchheim.“ Die Menschen definieren sich also über ihre Heimatgemeinde und nicht über

die Region oder gar den Bezirk – der steht nur auf dem Autokennzeichen. Dieses Heimatgefühl soll man den Menschen nicht wegnehmen.

In meinem Heimatbezirk haben Umlandgemeinden um einen zentralen Ort ein gemeinsames Gemeindeamt, das sich im Zentralort befindet. In Mondsee ist beispielsweise das Gemeindeamt im Schloss angesiedelt. Das Gemeindeamt für die Umlandgemeinden befindet sich dagegen im Ort. Auch in Oberndorf bei Schwanenstadt haben die Umlandgemeinden ein gemeinsames Gemeindeamt, aber trotzdem ist jede Gemeinde selbstständig. Derartige Kooperationen halte ich für ausgesprochen sinnvoll. Ich sehe kei-

nen Bedarf für eine große Welle an Gemeindegemeinschaften.

Wie kann man Gemeinden für eine stärkere Zusammenarbeit motivieren?

Die Gemeinden sind für die Bundesregierung und für mich im Speziellen ein wichtiger Partner bei der Umsetzung zahlreicher Aufgaben. Ob es die Initiativen im Bereich des e-Governments, die Durchführung von Präventionsmaßnahmen gegen Kriminalität, die Umsetzung einer sachlichen und lösungsorientierten Integrationsarbeit oder das Engagement im Katastrophenschutz waren, sind die Gemeinden immer ein starker und verlässlicher Partner. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Gemeinden recht herzlich bedanken. Die konkrete Zusammenarbeit hängt natürlich immer sehr von den handelnden Personen ab. Wenn Bürgermeister starke Persönlichkeiten sind, kann Derartiges leichter durchgesetzt werden.



Bei den Kommunalen Sommergesprächen 2010 plauderte Ministerin Maria Fekter über die schwierige Lage der Gemeinden, über ihre Definition von Heimat, über eine Aufgabenverteilung und über vieles mehr.

Stichwort Zusammenarbeit Gemeinde und Polizei: Sind Sie der Meinung, dass der Einsatz der SOKO-Ost beispielsweise auch für einzelne Gemeinden von Bedeutung ist?

Die kriminellen Banden sind heutzutage sowohl national als auch international vernetzt. Daher ist es auch unser Ziel, Täter nicht nur unmittelbar festzunehmen und Diebesgut sicherzustellen, sondern zusätzlich detaillierte Informationen über Tätergruppen zu sammeln, um punktgenau, im richtigen Moment, einschreiten zu können. Dadurch sind wir in der Lage, Konzepte zu entwickeln, die mithelfen, Straftaten weitestgehend zu verhindern. Ich denke dabei an Präventionsmaßnahmen, die die Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger setzen können und die es den Tätern sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen, zum Erfolg zu kommen. Wenn die Gemeinden und die Polizei bei der Umsetzung der Präventionsmaßnahmen gegen die Kriminalität weiter so gut zusammenarbeiten, dann bin ich sicher, dass wir mein Ziel bald erreicht haben: Österreich das sicherste Land der Welt mit der höchsten Lebensqualität.

Hier in Bad Aussee gab es viele Diskussionen über die Notwendigkeit einer neuen Aufgabenverteilung und die Schaffung schlanker

Strukturen. Was ist in diese Richtung angedacht?

Diese Diskussionen sind ja nichts Neues. Wenn jemand von Verwaltungsreform spricht, meint er nach dem Florianiprinzip immer, dass andere sparen sollen. Ich glaube, dass man das mit einer Aufgabenanalyse systematisch angehen sollte. Präsident Mödlhammer hat vorgeschlagen, man solle sich ansehen, welche Gebietskörperschaft welche Aufgaben am besten erledigen kann. Dazu solle sie die nötige Autonomie und genug Geld erhalten.

Bei den Schulen beispielsweise muss man feststellen, was die Länder autonom machen können und was vom Bund vorgegeben werden muss.

Auch beim Gesundheitssystem kann man prüfen, ob die derzeitige Aufgabenverteilung ideal ist.

Agenden, die sehr nahe an den Menschen sind – etwa Kindergärten oder Pflege –, sollten wie auch schon bisher vor Ort erledigt werden. Die Kompetenzen für die Kindergärten könnten ohne Weiteres den Kommunen übergeben werden.

Ich verstehe, dass es den Bürgermeistern zuwider ist, dass sie immer als Bittsteller auftreten – egal ob es um Ertragsanteile, Bedarfszuweisungen oder Co-Finanzierungen geht. Das ist ungerecht, denn es ist ja nicht so, dass ich als Ministerin mein

Geld verschenke oder dass Landeshauptleute etwas verschenken, sondern wir vergeben Steuergeld, das die Bürger abgegeben haben. Das sollten sich die Politiker auf den höheren Ebenen vor Augen halten und nicht wie ein Firmgödt auftreten.

Es ist nicht immer sinnvoll, die gesamte Macht zu bündeln, denn dann besteht die Gefahr, dass sich die betreffende Instanz um wesentliche Dinge nicht mehr kümmern kann.

... über eine mögliche Aufgabenverteilung

Das Abtreten von Kompetenzen wäre natürlich auch ein Abtreten von Macht. Daher befürchten viele, dass das politisch nicht durchsetzbar ist. Wie sehr wirkt sich das auf die Debatte über die Aufgabenverteilung aus?

Das Abtreten von Macht ist dann umso leichter, wenn die Probleme größer werden. Der Druck der leeren Kassen kann dazu führen, dass die Reformwilligkeit steigt. Als Politiker muss man sich bewusst sein, dass Macht bedeutet, dass man Gestaltungsmöglichkeiten hat. Es ist aber nicht immer sinnvoll, die gesamte Macht zu bündeln, denn dann besteht die Gefahr, dass sich die betreffende Instanz um wesentliche Dinge nicht mehr kümmern kann. Aber man kann das Thema na-

türlich nicht nur unter dem Machtaspekt sehen. Wichtig ist auch der Ausgleich zwischen den Gemeinden und eine gerechte Verteilung. Österreichs Gemeinden haben sehr unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten, und es erscheint mir gerechtfertigt, hier einen Ausgleich zu schaffen.

Ein Beispiel?

Das Geld aus Verkehrsstrafen wird von der Bundespolizei eingehoben. Wem das Geld dann zufließt, hängt davon ab, welches Gesetz angewandt wurde – also ob es das Kraftfahrzeuggesetz, die Straßenverkehrsordnung oder etwa das Tiertransportgesetz war. Da kommt es in der Verteilung der Geldmittel zu sehr eigentümlichen Konstruktionen. Das Geld bekommt weder die Polizei noch die Behörde, die den größten Aufwand hat. In sehr vielen Bereichen wird eine Regelung aus dem Jahr 1920 angewandt. Demnach kommt das Geld dem Standortbezirk zugute. Wenn etwa auf einer Autobahn kontrolliert wird, dann erhält der Bezirk in dem die Kontrolle stattgefunden hat, das Geld. Das ist der Grund, warum in letzter Zeit Kontrollplätze wie die Schwammerln aus dem Boden geschossen sind. Hier sollte es einen Ausgleich zwischen den Bezirken geben. Ich habe daher einen Brief an Landeshauptmann Pröll als Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz geschrieben, um eine gerechtere Verteilung zu erreichen.

Dadurch, dass Kinder verpflichtet werden, den Nachmittag in der Schule zu verbringen, werden viele hervorragende private Initiativen abgewürgt.

... über die öffentliche Hand als „Zwangsbeglücker“

Es wird ja immer wieder der Ruf nach mehr Eigeninitiative und mehr Möglichkeiten zur Selbstverwaltung laut. Das bringt zwar vielleicht ein höheres Risiko, weil man weniger Kontrollmöglichkeiten hat, aber auch mehr Effizienz mit sich.

Ich sehe die Kontrollmöglichkeiten nicht geschwächt. Es ist



Gemeindeministerin Maria Fekter im Gespräch mit KOMMUNAL-Geschäftsführer Michael Zimper.

nicht immer effizient, wenn operative Durchführung und die Kontrolle in einer Hand liegen.

Ich denke da z. B. an die Nachmittagsbetreuung in den Schulen. Dadurch, dass Kinder verpflichtet werden, den Nachmittag in der Schule zu verbringen,

werden viele hervorragende private Initiativen abgewürgt. Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn die öffentliche Hand hier als Zwangsbeglücker auftritt.

In den Gesprächen hier merkt man, dass es den Willen gibt, etwas Neues zu lernen. Die Gespräche waren sehr intensiv.

Früher war mehr Geld zum Verteilen vorhanden. Das Diktat der leeren Kassen fördert die Veränderungsbereitschaft.

Die Mitgliedschaft in der EU führt dazu, dass große öffentliche Aufträge europaweit ausgeschrieben werden müssen. Der Bund hat daher kaum Möglichkeiten, Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu setzen.

Das sehe ich nicht ganz so. Wir haben zwei Konjunkturpakete geschnürt und damit 3,8 Milliarden Euro in das Land gepumpt. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerung die Krise kaum gespürt hat. Weder der Konsum, noch der Tourismus sind eingebrochen.

Bis 2050 werden es mehr als neun Millionen Österreicher sein

Ballungszentren boomen weiter, Landgemeinden darben weiter

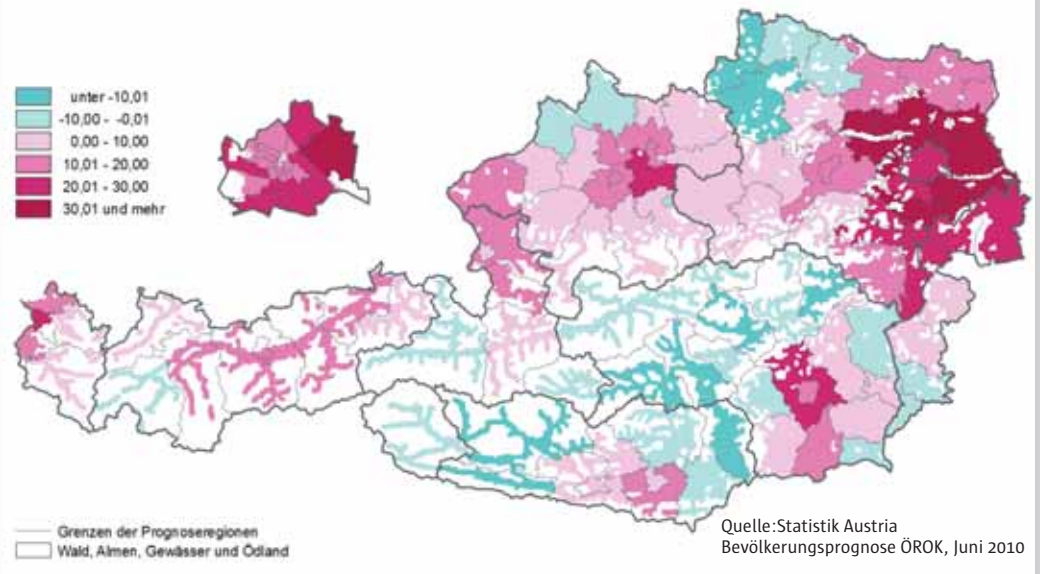
Kein sehr rosiges Bild zeichneten Vertreter der Statistik Austria und der ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz), des Bundeskanzleramtes und der Länder Anfang August von den Entwicklungschancen der kleinen Gemeinden. KOMMUNAL war bei der Präsentation.

Hans Braun

Drei Punkte bestimmten die Präsentation der Migrations- und Bevölkerungsentwicklungs-Statistiken: Die kommenden 40 Jahre sehen ein – vornehmlich migrationsbedingtes – Wachstum der österreichischen Bevölkerung auf mehr als neun Millionen, das sich aber – wanderungsbedingt – nur sehr ungleich gestalten wird. Vor allem Städte und städtische Ballungsgebiete werden weiter an Bevölkerung zulegen. Diesem Trend – der sich weltweit feststellen lässt – folgend, werden Österreichs ländliche Gebiete weiter unter Abwanderung und Überalterung zu leiden haben.

Der dritte Faktor, der für die Gemeinden in dem Zusammenhang bedeutsam ist, ist die schlechte wirtschaftliche Performance der ohnehin schon geschwächten Gebiete. Die Mur-Mürz-Furche beispielsweise leidet schon jetzt darunter, dass die Kaufkraft hier geringer ist als in den Ballungsräumen. Nun

Bevölkerungsveränderung insgesamt 2009 - 2050 (in Prozent)



kommt noch Abwanderung dazu und Überalterung, und der Teufelskreis ist perfekt.

Die Empfehlung von Wolf Huber von der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik im Bundeskanzleramt, „die Bürgermeister sollen den Zuwanderern den roten Teppich auszurollen“, mag zwar nett gemeint sein, krankt aber an einer entscheidenden Stelle: Die meisten Gemeinden haben keinen roten Teppich mehr, da sie für die Erledigung anderer Aufgaben

Die relativ stärksten Zuwächse sind im nördlichen und südlichen Wiener Umland zu erwarten: 2030 werden diese beiden Regionen um 21 Prozent mehr Einwohner zählen als derzeit.

schon an der Grenze der Belastbarkeit sind. Zudem wird fast jede Förderung oder Subvention der (kommunalen) öffentlichen Hand von den Medien mit Argusaugen beobachtet und kritisiert.

Unbestreitbar und, fast möchte man angesichts der präsentierten Fakten sagen unfehlbar, folgte dann im Laufe der Präsentation ein Vorschlag, der in der Vergangenheit schon des Öfteren auftauchte: „Rückbau der kommunalen Infrastruktur.“ Das bedeutet, dass die Gemeinden, die an Bevölkerungsschwund leiden, doch bitte ihre „aufgeblähte Infrastruktur“ auf ein leistbares Maß rückbauen. Als Beispiel folgte zielsicher die steirische Stadt Eisenerz, die derzeit sehr geordnet und vorbildlich von einer 10.000 Einwohner auf eine rund 4000 Einwohner große Kommune zurückgebaut wird. Hier öffnet sich nicht nur ein zweiter Teufelskreis (so ein Rückbau ist sicher nicht billig), es geht hier auch um eine Grundsatzentscheidung, die völlig ausgeklammert wird: Was geschieht, wenn die Landflucht ungehemmt weitergeht? Verschwinden die verlassen kleinen Dörfer und Gemeinden einfach von der Landkarte, soll-

te man sie nicht gleich schleifen?

Was geschieht mit dem Kulturland, bleibt es sich selbst überlassen? Entwickelt es sich wieder zu einem Urwald, wie es den Meldungen einiger Zeitungen nach in der Steiermark schon beginnt? Und mit den Gemeinden werden auch die kleinen Bauern und Betriebe verschwinden.

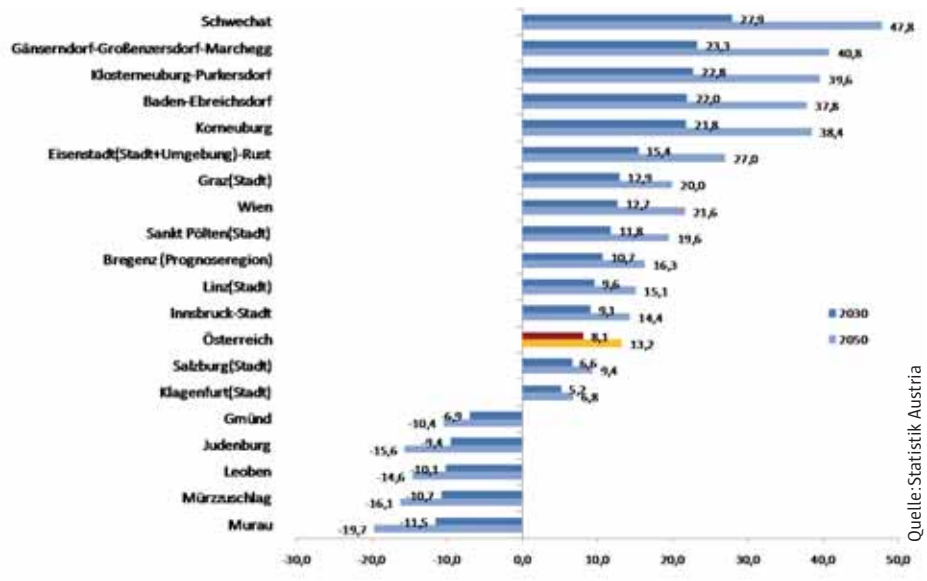
Sicher, der Gemeindebund sitzt mit in der ÖROK-Kommission und wird versuchen, das Schlimmste zu verhindern, aber diese Entwicklung überfordert die Kräfte der Gemeinden. Hier sind die Länder und der Bund am Zug.

Aber zurück zu den Fakten.

Und das sind die Fakten der Präsentation

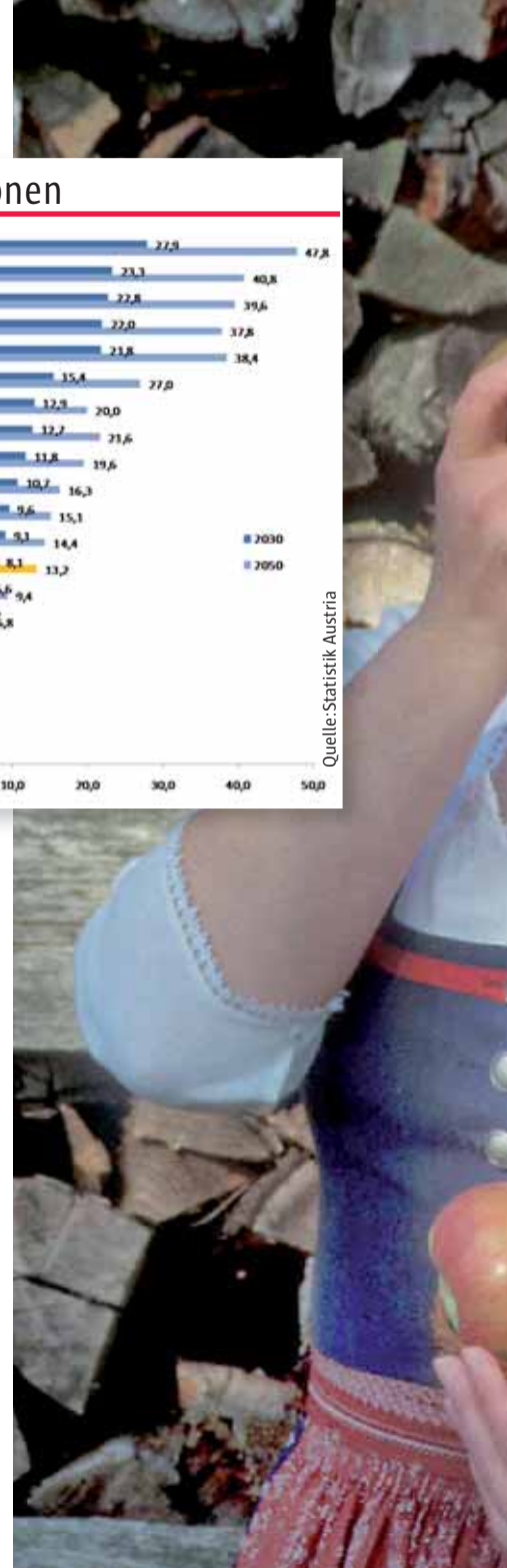
Die relativ stärksten Zuwächse sind, wie die Konrad Pesendorfer und Alexander Hanika von der Statistik Austria ausführten, im nördlichen und südlichen Wiener Umland zu erwarten: 2030 werden diese beiden Regionen um 21 Prozent mehr Einwohner zählen als derzeit. Der Suburbanisierungsprozess Wiens reicht bis in das nördliche Burgenland, wo die Bevölkerungszahl bis 2030 um 14 Prozent zunehmen wird. Wien selbst wächst im Vergleich dazu bloß um 13 Prozent. In der Bundeshauptstadt werden zwar Geburtenbilanz und Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland positiv sein, die Stadt hat aber gegenüber ihrem Umland deut-

Bevölkerungswachstum in den Regionen



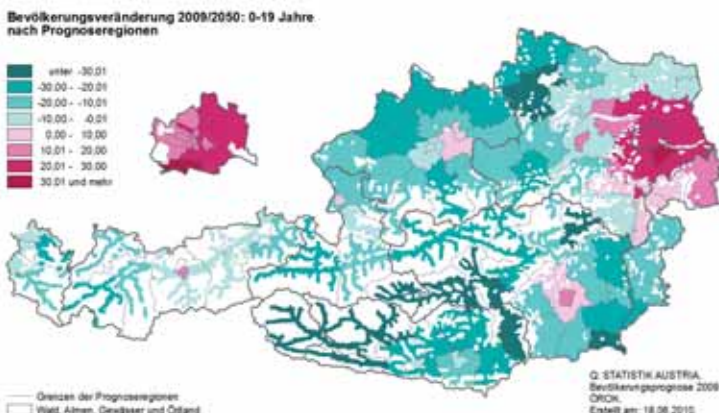
Quelle: Statistik Austria

liche Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen. Auch für die steirische Landeshauptstadt Graz und ihr Umland wird für die nächsten 20 Jahre ein starkes Bevölkerungswachstum von 15 Prozent prognostiziert. Weitere Regionen mit Bevölkerungsgewinnen bis 2030 von über zehn Prozent sind voraussichtlich die Region Rheintal-Bodensee in Vorarlberg, Linz-Wels in Oberösterreich, Innsbruck (Tirol) und Sankt Pölten (Niederösterreich). Sowohl der Westen als auch der Osten der Obersteiermark werden auch künftig relativ stark an Bevölkerung verlieren: Geburtendefizite und Binnenwanderungsverluste führen zu einem Rückgang von bis zu acht Prozent bis 2030. In Ober- und Unterkärnten sind die Bevölkerungsverluste bis 2030 mit fünf

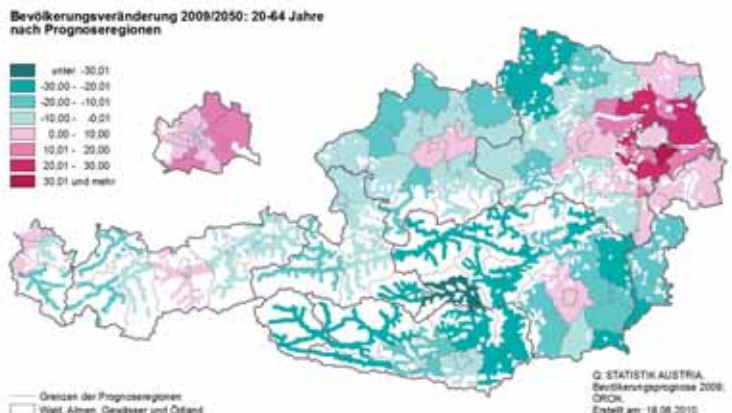


Bevölkerungsentwicklung bis 2050 nach Altersgruppen (in Prozent)

Bevölkerungsveränderung 0-19 Jahre 2009-2050 in Prozent



Bevölkerungsveränderung 20-64 Jahre 2009-2050 in Prozent





Für die steirische Landeshauptstadt Graz und ihr Umland wird für die nächsten 20 Jahre ein starkes Bevölkerungswachstum von 15 Prozent prognostiziert.

Prozent relativ betrachtet etwas geringer als in der Obersteiermark. Im Salzburger Lungau sowie in Osttirol geht die Bevölkerungszahl bis 2030 um vier Prozent zurück.

Der Ausblick auf das Jahr 2050 (siehe Karte auf Seite 16) zeigt im Wesentlichen eine Fortsetzung dieser Trends: Das Wiener Umland wird um über ein Drittel mehr Menschen zählen als heute, während sich in der Obersteiermark, in Ober- und Unterkärnten sowie in Osttirol und im Lungau die Bevölkerungsrückgänge fortsetzen werden.

Wachstum nur durch Wanderung erreichbar

Eine Besonderheit der Prognose ist die Feststellung, dass aufgrund des geringen Geburten-

niveaus die internationale Zuwanderung der Motor des Bevölkerungswachstums ist. Wanderungsgewinne (Saldo aus interna-

tionaler Zu- und Abwanderung) lagen im Durchschnitt der vergangenen Jahre bei jährlich rund 37.000 Menschen.

Die Prognose schreibt diesen

Was geschieht, wenn die Landflucht ungehemmt weitergeht? Verschwinden die verlassen kleinen Dörfer und Gemeinden einfach von der Landkarte, sollte man sie nicht gleich schleifen?

Trend auch für die kommenden Jahrzehnte fort und ermittelt, unter der Annahme weiterhin geringer durchschnittlicher Kinderzahlen und steigender Lebenserwartung, einen Anstieg der Bevölkerungszahl Österreichs von 8,355.000 Personen (Stand 1. Jänner 2009) auf 9,034.000 im Jahr 2030 (plus acht Prozent) und auf 9,460.000 im Jahr 2050 (plus 13 Prozent). Im Bundesländervergleich ist das größte Bevölkerungswachstum bis 2050 in Wien (plus 22 Prozent) und Niederösterreich (plus 21 Prozent) zu erwarten. Kärnten wird mittelfristig stagnieren und bis 2050 mit leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen haben (minus ein Prozent). Die künftigen Entwicklungen des Burgenlandes (plus 14 Prozent) sowie von Vorarlberg (plus 14 Prozent) und Tirol (plus 12 Prozent) entsprechen dem Bundestrend, das Bevölkerungswachstum Salzburgs (plus sieben Prozent), Oberösterreichs (plus neun Prozent) und der Steiermark (plus fünf Prozent) fällt hingegen unterdurchschnittlich aus.

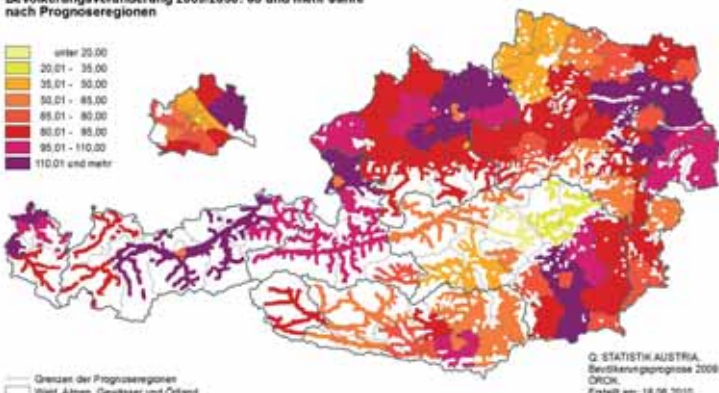
Information

Alle Unterlagen, Zahlen, Daten, Karten, Tabellen und Grafiken sind auf den Homepages

www.statistik.gv.at oder www.oerok.gv.at zum Download bereitgestellt.

Bevölkerungsveränderung 65 und mehr Jahre 2009-2050 in Prozent

Bevölkerungsveränderung 2009/2050: 65 und mehr Jahre nach Prognoseregionen



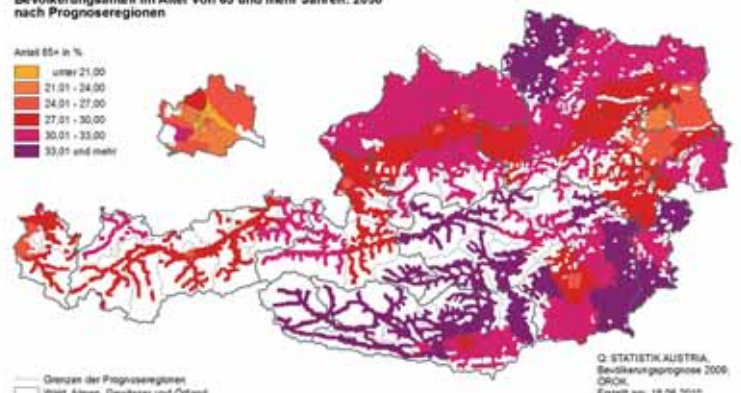
Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2008, ORFK, Erstellt am: 18.08.2010.

— Grenzen der Prognoseregionen
□ Wald, Älpen, Gewässer und Ostland

Bevölkerungsanteil im Alter von 65 und mehr Jahren 2050 in Prozent

Karte

Bevölkerungsanteil im Alter von 65 und mehr Jahren: 2050 nach Prognoseregionen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2008, ORFK, Erstellt am: 18.08.2010.

— Grenzen der Prognoseregionen
□ Wald, Älpen, Gewässer und Ostland

Die Verteilung der Bedarfszuweisungen im Österreichvergleich – Teil II

Das letzte Netz: Die Länder verteilen Gemeindegeld

Die Bedarfszuweisungen (teilweise auch als „Gemeindeausgleichsmittel“ bezeichnet) sind in einer Zeit der zunehmenden Finanznot kommunaler Haushalte ein wichtiges und zentrales Mittel, um die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden aufrecht zu erhalten.

Martin Huber

Die konkrete Verteilung der BZ-Mittel durch die jeweiligen Landesregierungen erfolgt sehr unterschiedlich; im ersten Teil wurden die Modelle in Niederösterreich, Salzburg und Steiermark dargestellt. Im folgenden Beitrag wird ein kurzer Überblick über die Verteilungsmechanismen in Kärnten, Oberösterreich und Vorarlberg gegeben.

Neben dem Salzburger Modell ist unbestritten das „Modell Kärnten“ eines derjenigen, die sich von dem in den anderen Bundesländern durch ein sehr hohes Maß an Innovation hervorheben.

Kärntens Weg zu mehr Verteilungsgerechtigkeit

Neben dem Salzburger Modell der Verteilung von Bedarfszuweisungsmitteln, das sich durch eine hohe Transparenz und Planbarkeit auszeichnet, ist unbestritten das „Modell Kärnten“ eines derjenigen, die sich von dem in den anderen Bundesländern durch ein sehr hohes Maß an Innovation hervorheben. Gut 52,5 Millionen Euro werden im Zeitraum 2010 bis 2012 nach einem neuen Objektivierungsmodell verteilt, welches im wesentlichen folgende Verteilungsschritte vorsieht:

In Oberösterreich sehen die Bestimmungen und Erlässe ein ausgeklügeltes System vor, bei dem beispielsweise auf die Erreichung der Kyotoziele ebenso Wert gelegt wird wie auf die Barrierefreiheit öffentlicher Gemeindegebäude.

1. Abgestufter Sockelbetrag

Im ersten Schritt wird durch den „abgestuften Sockelbetrag“ auf die Kärntner Gemeinden ein Pauschalbetrag zw. 100.000 und 200.000 Euro in fünf Kategorien, die sich nach der Einwohnerdichte (EW/km²) bestimmen, verteilt.

2. Ausgleich für zentralörtliche Aufgaben

Unter zentralörtlichen Aufgaben werden kommunale (Dienst-) Leistungen verstanden, die auch von den Einwohnern anderer Gemeinden genutzt werden; die Bezirkshauptstädte und die in fünf Kategorien nach der Einwohnerzahl eingeteilten „Unterzentren“ erhalten einen abgestuften Fixbetrag.

3. Finanzkraftausgleich

Durch diesen Verteilungsschritt erfolgt ein Ausgleich für die Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Finanzkraft.

4. Umlagenausgleich

Bei überdurchschnittlicher Umlagenbelastung durch gesetzlich festgelegte Transferzahlungen (Sozialhilfe, Krankenanstalten,

Landesumlage etc.) erhalten die Gemeinden einen zusätzlichen Ausgleich.

5. Anreize für sparsame Gemeinden, Finanzierung überdurchschnittlicher Strukturkosten

Durch diese Schritte werden Anreize für sparsame Gemeinden gesetzt; eine große Rolle nehmen die Kosten für Personal, Volksschulen und Kindergärten ein, bei denen einen Vergleich zum Kärntner Durchschnitt erfolgt – Gemeinden, bei den die Kosten überdurchschnittlich ausfallen, müssen bei den Bedarfszuweisungen einen „Malus“ hinnehmen.

6. Mindestbetrag und Obergrenzen

Hier wird im wesentlichen der Verteilung der BZ-Mittel eine Mindest- und Höchstgrenze zugewiesen, für deren Höhe die Gemeinden in drei Kategorien unterteilt werden.

Oberösterreich: Großer Wert auf Kooperationen

Grundsätzlich haben in allen Bundesländern die Mittel für die Abgangsdeckung bei den Haushaltsausgleichsgemeinden zugenommen. In Oberösterreich, wo mehr als 300 Gemeinden vor allem auf Grund des Einbruchs bei den Ertragsanteilen aus eigener Kraft 2010 keinen ausgeglichenen Haushalt mehr schaffen konnten, ist die Situation besonders dramatisch, weshalb es bei der Finanzierung von Bauprojekten (mit Ausnahme von „Gefahr in Verzug“), für die derzeit kein Finanzierungsplan vorliegt, zur Zeit heißt „Bitte warten“. Nichts desto weniger sehen auch die Bestimmungen und Erlässe über die „Beantragung, Gewährung und Flüssigmachung von Bedarfszuweisungsmitteln“

ein ausgeklügeltes System vor, bei dem beispielsweise auf die Erreichung der Kyotoziele ebenso Wert gelegt wird wie auf die Barrierefreiheit öffentlicher Gemeindegebäude.

Besonderer Wert wird in Oberösterreich in den einschlägigen Richtlinien vor allem auch auf die möglichst effiziente und wirtschaftliche Umsetzung von kommunalen Projekten gelegt – dies geht so weit, dass die Gemeinden bei Hochbauvorhaben oberhalb eines Kostenrahmens von 500.000 Euro auch zur Optimierung der Finanzierung unter verstärkter Nutzung des Vorsteuerabzuges verpflichtet sind. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auch bei Kooperationen; im Zuge der Projektplanung und Realisierung werden durch die Nutzung von Infrastrukturdaten die Möglichkeiten von Gemeindekooperationen geprüft und erhalten bei der Förderzusage auch eine deutlich höhere Priorität. Oberösterreichs Gemeinden können hier auch zahlreiche Projekte verweisen, die Vorbildcharakter für ganz Österreich haben.

Bedarfszuweisungen in Vorarlberg

Die Verteilung der Bedarfszuweisungen in Vorarlberg erfolgt in der Form, dass 27 Prozent der gesamten Mittel derzeit als schlüsselmäßige Bedarfszuweisungen ausbezahlt und an die finanzschwachen Gemeinden verteilt werden. Diese Bedarfszuweisungen sind nicht an bestimmte Vorhaben gebunden, sondern dienen zur finanziellen Stärkung der Gemeinden, deren Finanzbedarf die Finanzkraft übersteigt. Die Unterschiedsbeträge werden nach bestimmten Größengruppen gewichtet, an anspruchsberechtigte Gemeinden bis zu 1000 Einwohner wird in jedem Fall eine Bedarfszuweisung in der Höhe von mindestens 25.000 Euro gewährt. Die noch verbleibenden 73 Prozent werden für Investitionsvorhaben als sogenannte „Besondere Bedarfszuweisungen“ laut den Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung sowie zu sonstigen Bedürfnissen oder Leistungen der Gemeinden verteilt, deren es immer mehr gibt. Bei-

spielhaft seien angeführt Personalkosten für Kindergärten in finanzschwachen Gemeinden, Tarifsenkung in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schneeräumung auf Güterwegen, überdurchschnittliche Spitalsbeiträge von Kleingemeinden, Zinsaufwandsersätze für die Vorfinanzierung der Bundesmittel zu Interessentengewässern, Gemeindeanteil an der Finanzierung des Verkehrsverbundes, 50 Prozent des Finanzierungsaufwandes des Strukturfonds (Infrastrukturvorhaben der Gemeinden), Beiträge zu flussbaulichen Projekten der Gemeinden, Härtefälle und anderes. Insgesamt bestehen derzeit über 40 verschiedenen Maßnahmen und Vorhaben der Gemeinden,

die mit BZ-Mittel unterstützt werden. Dabei erfolgt die Auszahlung der Mittel jeweils in Abstimmung zwischen Land und Gemeindeverband. Ein wesentliches „Schwergewicht“ bilden aber bei der Förderung nach wie vor die „Klassiker“ bei den kommunalen Investitionsvorhaben: der Neubau, die Erweiterung und Sanierung von Pflichtschulen, von Gemeindeamtsgebäuden, Friedhöfen Gehsteigen, Kultursälen, Bau-, Abfall- und Wertstoffhöfen, Pflegeheimen und so weiter. Der Fördersatz ist je nach Vorhabenshöhe unterschiedlich gestaffelt und beträgt zwischen 40 Prozent (Pflegeheim) und zehn Prozent (Kultursäle) und kann durch Zuschläge

Insgesamt bestehen in Vorarlberg derzeit über 40 verschiedene Maßnahmen und Vorhaben der Gemeinden, die mit BZ-Mittel unterstützt werden. Dabei erfolgt die Auszahlung der Mittel jeweils in Abstimmung zwischen Land und Gemeindeverband.

auf Basis der Gemeindegröße und der Finanzkraftquote auch höher ausfallen. Fördervorhaben unterhalb einer bestimmten Mindestgröße werden nicht finanziert.

Resümee

Der Mechanismus der Bedarfszuweisungen stellt gerade in einer Zeit knapper werdender Haushaltsmittel das mächtigste und wirkungsvollste Instrument der Haushaltskonsolidierung, aber auch der Investitionsförderung dar. De facto handelt es sich um Gemeindegeld, das aber von den Ländern auf Grund ihres erheblichen finanzverfassungsrechtlichen Spielraums nach sehr unterschiedlichen Kriterien auf die Gemeinden verteilt wird. Dem Gebot der Transparenz, Planbarkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind einzelne Bundesländer in besonders beispielhafter Form gefolgt – genau diese Kriterien sind es auch, die von allen Städten und Gemeinden zu Recht erwartet werden und den Qualitätsmaßstab bei der Mittelverteilung in ganz Österreich bilden.



Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

EU- Außenministerin Ashton besetzt Posten

Österreicher Schweisgut vertritt die EU in Japan

Nach langer Wartezeit hat EU-Außenministerin Catherine Ashton am 7. September die Einsetzung von 27 neuen EU-Botschaftern bekanntgegeben. Ab Jänner 2011 vertreten sie den „Europäischen Auswärtigen Dienst“ (EAD). Den renommierten



Foto: BKA/Hopi/Bernhard J. Holzner

Hans Dietmar Schweisgut geht für die EU nach Japan.

ten Posten des höchsten EU-Vertreters in Japan hat der österreichische EU-Botschafter Hans Dietmar Schweisgut erhalten. Die Ernennung des Spitzendiplomaten, der sich auch für den Posten in China beworben haben soll, war seit einiger Zeit erwartet worden. Der 59-jährige Diplomat mit exzellentem Ruf war vor seiner Berufung nach Brüssel bereits österreichischer Botschafter in Tokio und Peking.

„Wir hatten Glück mit der Qualität der Kandidaten“, sagte EU-Außenministerin Catherine Ashton. Sie habe sich bemüht, die Stellen möglichst geografisch und nach Geschlecht ausgewogen zu besetzen. Für Schlüsse auf die endgültige Zusammensetzung des EAD dürfe aber noch nicht von der ersten Besetzungsrunde ausgegangen werden, meinte die Britin. Unter den bisher vergebenen Jobs finden sich nur vier Vertreter neuer Mitgliedstaaten und sieben Frauen.

Bevor der EAD seine Arbeit aufnehmen kann, braucht Ashton noch die Zustimmung des EU-Parlaments für den Haushalt und das Personalstatut des neuen Dienstes.

Schweisgut hatte vor seinen Posten in Tokio und Peking bei der UNO in New York und als Sektionsleiter für EU- und internationale Angelegenheiten im Finanzministerium gearbeitet. Er ist mit einer Japanerin verheiratet und hat einen Sohn.

In Wien wird unterdessen bereits ein Nachfolger für Schweisgut in Brüssel gesucht. Es soll ein Spitzendiplomat mit ausführender EU-Erfahrung sein.

<http://europa.eu>

Die Open Days werden jedes Jahr vom Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR) und der Europäischen Kommission veranstaltet und finden heuer bereits zum achten Mal statt. Die Veranstaltung bietet den Städten, Regionen und Bundesländern die Möglichkeit, innovative Projekte im Bereich der Regionalentwicklung zu präsentieren und mit europäischen Nachbarn zu diskutieren, die häufig mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Die anstehende Reform der EU-Regionalförderungen nach 2013 und die Bedeutung der „Europa 2020“-Strategie für die lokale Ebene stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Open Days. Besonderes Augenmerk wird auch auf die interregionale Zusammenarbeit und die Rolle von „Public-Private-Partnerships“ bei der Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft gelegt. Darüber hinaus werden führende Wissenschaftler und Experten in der „Open-Days-Universität“ die Herausforderungen der Regional- und Stadtentwicklung unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten analysieren.

Die anstehende Reform der EU-Regionalförderungen nach 2013 und die Bedeutung der „Europa 2020“-Strategie für die lokale Ebene stehen im Mittelpunkt der Open Days 2010.

Ein Blick auf die Zahlen beweist, dass es sich bei den Open Days um eine der größten EU-Veranstaltungen überhaupt handelt: Bei den 130 Seminaren und Workshops werden insgesamt rund 6000 Teilnehmer aus ganz Europa erwartet. 240 Regionen und Städte sowie 30 Verbände und Unternehmen beteiligen sich an der Konferenz und möchten sich so in Brüssel präsentieren. Die europäische Woche der Städte und Regionen endet aber natürlich nicht an der Brüsseler Stadtgrenze: Europaweit werden 260 Diskussionsrunden, Workshops und Ausstellungen unter dem Motto „Europa in unserer Region“ beziehungsweise „Europa in unserer Stadt“ veranstaltet, um die Menschen vor

Die Wahl ist geschlagen:

Österreich kürte EU-Bürgermeister/in des Jahres 2011

Um das Engagement der Bürgermeister für Europa zu würdigen, haben sich Gemeindebund, Städtebund und die österreichischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen auf die Suche nach „Österreichs EU-Bürgermeister/in 2011“ gemacht. Nahezu 170 Bürgermeister, das sind sieben Prozent aller öster-

reichischen Ortschefs, haben sich um den neuen EU-Titel beworben, der nach Redaktionsschluss dieser Kommunal-Ausgabe am 20. September in Salzburg durch EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn vergeben wurde. Weitere Informationen und Videos im Internet unter www.cor.europa.eu/austria



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso eröffnet vor hunderten Delegierten aus ganz Europa die Open Days 2009, Europäisches Parlament, Brüssel.



Open Days: Der Ausschuss der Regionen als Treffpunkt für Politiker, Fachleute, Wissenschaftler und Unternehmen aus den Städten und Regionen Europas.

Brüssel steht Anfang Oktober im Zeichen der „Open Days 2010“

Eine Woche Erfolgsbilanz der Gemeinden, Städte und Regionen

Die europäische Woche der Regionen und Städte (Open Days) steht heuer unter dem Motto „Europa 2020: Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation und Zusammenhalt für alle Regionen“. Von 4. bis 7. Oktober werden Kommunal- und Landespolitiker, Experten und Wissenschaftler aus ganz Europa in Brüssel eine Erfolgsbilanz der EU-Regionalförderungen präsentieren.

Ort zu erreichen. Der Ausschuss der Regionen setzt alle Kraft daran, die Bürgernähe der EU zu verbessern.

Die Open Days in Österreich

Aus Österreich werden Kärnten, Niederösterreich, die Steiermark, Tirol und Wien auch heuer wieder mit dabei sein. Neben den Expertenseminaren in Brüssel setzen die fünf teilnehmenden österreichischen Bundesländer Europa auch zuhause auf die Tagesordnung: Ende September widmete sich eine Podiumsdiskussion in Klagenfurt unter Leitung von AdR-



Mitglied Landesrat Dr. Josef Martinz dem Thema „Der Mehrwert der europäischen Regionalpolitik am Beispiel Kärntens“. In St. Pölten steht am 5. Oktober eine Konferenz zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien für regionale Unternehmen auf dem Programm, während das Tiroler Europe Direct-Büro am

6. und 7. Oktober zum Tag der offenen Tür einlädt. Am 12. Oktober findet in Wien ein Workshop über die Zukunft der Stadtpolitik im Rahmen der Europa 2020-Strategie statt, während am 21. Oktober in Graz eine Diskussion im Rahmen des Europäischen Jahres der Armutsbekämpfung abgehalten wird.

Weitere Informationen zu den OPEN DAYS finden Sie auf www.opendays.europa.eu alle Termine in Österreich auf www.cor.europa.eu/austria

Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

Rue Belliard 101,
B-1040 Brüssel
Tel.: 0032/2/282 2211
Fax: 0032/2/ 282 2325
Web: www.cor.europa.eu



Neue Entwicklungen im europäischen Tourismus

Nachhaltigkeit weiterhin ganz vorne auf der Agenda

Die von der EU-Kommission eingerichtete Gruppe für den nachhaltigen Tourismus war federführend an der Gestaltung der 2007 erschienenen Kommissionsmitteilung „Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Tourismus“ beteiligt. Die Gruppe wurde auch bei den Arbeiten zur jüngsten Mitteilung „Ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus“ konsultiert.

Ludwig Muxel

Die Experten und Praktiker der Gruppe für den nachhaltigen Tourismus, in welcher auch der Autor selbst seit Anfang 2005 mitarbeitet, gibt regelmäßig Empfehlungen zur nachhaltigeren Gestaltung des europäischen Tourismus ab. Für Praktiker in den Gemeinden, Tourismusbüros und Tourismus-

betrieben von Bedeutung sind aber weniger die Kommissionsmitteilungen als vielmehr die handfesten Ergebnisse. Dazu zählt sicherlich der derzeit diskutierte Entwurf einer Indikatorenliste zur Bewertung nachhaltiger Tourismusziele in der EU, welche es europäischen Tourismusgemeinden ermöglichen soll, ihre Bemühungen für mehr Nachhaltigkeit, Umwelt- und Kli-

maschutz zu bewerten und die Ergebnisse in einen europäischen Kontext zu stellen. Derzeit umfasst die Liste der Nachhaltigkeitsindikatoren 20 Kategorien mit je drei bis acht Datensätzen (Erhebungen). Erhoben werden unter anderem Gästebefragungen und Wertschöpfung, Performance der Tourismusbetriebe, Gästezufriedenheit, Auswirkungen des Tourismus auf das Gemeindeleben, Qualität und Quantität der auf den Tourismus zurückzuführenden Arbeitsplätze, Barrierefreiheit, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen etc. Aber auch wichtige Informationen, die ausschließlich über zusätzliche Befragungen, wie Gästebefragung, betriebliche Erhebungen, Umfragen bei Einheimischen und Beschäftigten, zu bekommen sind, fließen in das Bewertungssystem ein. Letztlich er-



gibt sich ein interessanter Mix aus objektiven und subjektiven Daten, die gemeinsam Aufschluss über die „Nachhaltigkeit“ oder besser „nachhaltige Entwicklung“ eines Tourismusortes geben sollen.

Für die Liste der Nachhaltigkeitsindikatoren werden unter anderem Faktoren wie Gästezufriedenheit, Auswirkungen des Tourismus auf das Gemeindeleben, Qualität und Quantität der auf den Tourismus zurückzuführenden Arbeitsplätze etc. erhoben.

Da zahlreiche der abgefragten Daten, wie Anzahl der Zweitwohnsitze, Betten- und Gästezahl oder CO₂-Einsparungen durch Klimamaßnahmen in den Gemeinden verwaltet werden, bedarf ein Test dieser Indikatoren

ren einer gemeinsamen Anstrengung von Gemeinde, Tourismusverantwortlichen und ortsansässigen Betrieben. Die Ergebnisse sollten für alle Beteiligten von Interesse sein, einerseits da ein einheitlicher Indikatorenkatalog den Erfolg einer Destination über die Jahre hinweg aufzeigt, andererseits würde ein Benchmark mit anderen Tourismusdestinationen in Europa erleichtert, da Testergebnisse einer breiten Öffentlichkeit kommuniziert werden könnten.

Im Sommer 2010 wurde durch die Europäische Kommission ein Pilotversuch und praktischer Test der Indikatoren in 16 europäischen Destinationen, dar-

unter auch dem niederösterreichischen Pielachtal, unternommen. Die Ergebnisse dieses Tests werden für den Herbst erwartet. Diese Pilotgruppe setzte sich aus Gewinnern des EDEN-Preises zusammen, welcher von der Europäischen Kommission seit 2007 an besonders nachhaltige Tourismusziele in Europa vergeben wird. EDEN steht für „European Destination of Excellence“ und widmet sich jährlich einem bestimmten Tourismusthema. Für Österreich wurde 2007 das Pielachtal als bestes nachhaltiges Reiseziel im ländlichen Raum ausgezeichnet; es folgten das Steirische Vulkanland Großes Walsertal (2009) und die Wohlfühlregion Oberes Innviertel „Seelentium“ (2010).



Ludwig Muxel ist Bürgermeister von Lech am Arlberg und Vorsitzender des Gemeindebund-Ausschusses Tourismus

LehrerInnenbildung NEU – Die Zukunft der pädagogischen Berufe

Es geht nicht um Interessen, sondern um das Wohl der Kinder

Der Endbericht zur Zukunft der pädagogischen Berufe in Österreich liegt vor. Nun müssen wir die Möglichkeit zur Neugestaltung der Ausbildung für diese verantwortungsvolle Berufsgruppe nutzen.

In den vergangenen Jahren ist der Reformbedarf im österreichischen Schulsystem permanent gestiegen. Grund dafür sind die teilweise dramatisch veränderten familiären, sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch die gestiegenen Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt an die Absolventinnen und Absolventen unserer Schulen.

Als Wissenschaftsministerin ist mir die Weiterentwicklung des gesamten Bildungssystems ein zentrales Anliegen: vom Kindergarten über die Schule bis hin zum tertiären Bereich und der Erwachsenenbildung. Wir müssen die vorhandene Neugier sowie Talente und Begabungen frühzeitig erkennen und sie entsprechend fördern. Denn: Bildung ist für unser Land die wohl wichtigste Ressource!

Gefordert ist ein Gesamtreformpaket, das sämtliche Bereiche der Bildungslandschaft umfasst, alle Betroffenen einbindet und den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Dabei gibt es unterschiedliche Reformebenen: Schulverwaltung, Dienstrecht und selbstverständlich pädagogische Inhalte zählen zu den Kernbereichen für ein stimmiges Gesamt-



Dr. Beatrix Karl, Wissenschafts- und Forschungsministerin.

konzept. Von mindestens ebenso großer Bedeutung ist aber die Ausbildung unserer Pädagoginnen und Pädagogen. Neben Eltern und Familien sind Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Lehrerinnen und Lehrer die wichtigsten Bezugspersonen von Kindern. Es liegt in ihrem Verantwortungsbereich, Schülerinnen und Schüler zu begleiten, zu motivieren und Wissen zu vermitteln. Auf Basis des Regierungsübereinkommens hat eine aus nationalen und internationalen Fachleuten zusammengesetzte Expertengruppe im vergangenen Jahr die Grundlagen für eine Neuausrichtung der Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen erarbeitet. Der Endbericht wurde im Frühjahr 2010 der Öffentlichkeit präsentiert. Die vorgegebenen Aufgabenstellungen für die Expertengruppe von Seiten der zuständigen Bundesministerien – Wissenschaft und Forschung sowie Unterricht, Kunst & Kultur – ha-

ben sich unter anderem mit der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, Aufnahmeverfahren als Orientierungshilfen und zur Qualitätssicherung, verstärkter Durchlässigkeit, dem Bologna-System sowie mit Ausbildungswegen für Personen mit anderen Erstausbildungen und späterem beruflichen Lehrinteresse befasst. Neben sämtlichen inhaltlichen Eckpunkten ist der gesamte Bereich der „LehrerInnenbildung NEU“ auch mit der demographischen Entwicklung konfrontiert. Zwischen 2012 und 2025 wird die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer in Pension gehen, das sind ca. 60.000 Personen. Auch vor diesem Hintergrund muss die Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen auf neue Beine gestellt werden.

Der vorliegende Endbericht zur „LehrerInnenbildung NEU – Die Zukunft der pädagogischen Berufe“ bietet eine gute Basis für die weiteren notwendigen Gespräche zur Realisierung dieser zentralen Vorhaben. Zahlreiche Herausforderungen zur Erarbeitung einer neu ausgerichteten Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen liegen vor uns, doch ist aus meiner Sicht mit den vorliegenden Empfehlungen eine solide und gute Basis gelegt, auf der wir gut aufbauen und die notwendigen bildungspolitischen Schritte setzen können. Jetzt müssen wir die Möglichkeit zur Neugestaltung der Ausbildung für diese verantwortungsvolle Berufsgruppe nutzen! Das sollte allen beteiligten Personengruppen bewusst sein; denn es geht nicht um partielle Interessen, sondern um das Wohl und um die Zukunft unserer Kinder.

Dr. Beatrix Karl, Wissenschafts- und Forschungsministerin



Wir wissen, dass asymmetrische Netze, also Internetanschlüsse (wie ADSL und auch VDSL), bei denen mehr heruntergeladen als weggeschickt werden kann, nicht mehr ausreichen. Bereits heute, 2010, ist anerkanntermaßen die Technik, die schnelles und ultraschnelles Internet ermöglicht, die Glasfasertechnologie.

Breitband: Schnelles Internet für die Menschen auf dem Land

Gemeinden müssen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen

Der einzige Weg, die Bevölkerung in den Landgemeinden zu halten, scheint in der Bereitstellung der passenden Infrastruktur zu liegen.

Dazu gehört auch die Herausforderung „Breitband-Anbindung“.

KOMMUNAL zeigt auf, dass es Möglichkeiten gibt, wie die Gemeinden „das Breitband“ selbst in die Hand nehmen können.

Heinz Pabisch

Stellen Sie sich vor, es ist das Jahr 2013, Sie kommen auf das Land, in eine wunderschöne Gegend, mit Wäldern, Seen und Bergen, alles was den Städter schon heute fasziniert. Aber die Wirtschaft liegt darnieder, die wenigen Betriebe, die dort noch ausgeharrt haben, sind in die Ballungszentren abgezogen, die Bevölkerung entbehrt den Genuss der elektronischen Unterhaltungsindustrie, die die Einwohner in den Städten mit HDTV, 3D-Video und Video on Demand (VoD) verwöhnt. Teleworking, sonst überall gang und gäbe, ist hier nicht möglich: die Menschen pendeln weiter in die nächste Stadt, oder sie sind schon längst dorthin übersiedelt.

Die Abwanderung hat bedenkliche Ausmaße angenommen, das alte Sprichwort „Stadtluft macht frei“ hat einen bedrohlichen Charakter bekommen.

Die Abwanderung hat bedenkliche Ausmaße angenommen; das alte Wort „Stadtluft macht frei“ hat einen bedrohlichen Charakter bekommen.

Mit einem Wort: Die bereits heute gefürchtete Zweiklassengesellschaft, „Digitale Kluft“, auch „Digital Divide“ genannt, ist Wirklichkeit geworden. Niemand will diese Entwicklung. Wie könnte es 2013 soweit gekommen sein?

Kehren wir zurück in die Gegenwart.

Schon heute sind die Gemeinden im ländlichen Raum unterversorgt, wie eine von einem Mobilnetzbetreiber in Auftrag gegebene Studie beweist und worüber die Medien in den letzten Tagen mit dem Aufmacher „Internet in den Dörfern zu langsam“ berichteten.

Heute wissen wir, dass sich das Datenvolumen im Internet alle eineinhalb Jahre verdoppelt, und dieser Trend hält für die nächsten Jahre weiter an. Wir wissen, dass asymmetrische Netze, also Internetanschlüsse (wie ADSL und auch VDSL), bei denen mehr heruntergeladen als weggeschickt werden kann, nicht mehr ausreichen. Bereits heute, 2010, ist anerkanntermaßen die Technik, die schnelles und ultraschnelles Internet ermöglicht, die Glasfasertechnologie.

Heute werden aber die Breitbandnetze weiter mit Technologien ausgebaut, die nicht nachhaltig die Zukunftsanforderungen erfüllen können: Die DSL-Technologien stoßen bald an ihre Grenze und deren

Reichweiten sind außerdem begrenzt: keine gute Voraussetzung für das ländliche Gebiet, wo die Bauernhöfe weit vom Dorfzentrum entfernt liegen (oder meint da vielleicht jemand, dass ein Bauer kein schnelles Internet benötigt? Auch solche Argumente werden manchmal auf den Weg geschickt). Die mobilen Netze werden weiter ausgebaut und mit

bandnetze bauen, aber, wie schon gesagt, die erreichbaren Geschwindigkeiten können einen künftigen Bedarf nicht abdecken. Es soll damit nicht gesagt sein, dass die zukünftigen mobilen Breitbanddienste unwichtig wären: ganz im Gegenteil, immer werden die mobilen Datendienste ihre Bedeutung für alle Kunden, die mobil unterwegs sind, behalten: aber

ultraschnelles Internet wird nicht möglich sein.

Wie kann aber das eingangs geschilderte Horrorszenerium vermieden

Die Gemeinden haben langjährige Erfahrung mit diesen Baumaßnahmen. Die Bürgermeister und ihre Gemeinden müssen den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur selbst durchführen.

ihnen hohe Bandbreiten versprochen. Aber auch diese Lösungen können den zukünftigen Bedarf nicht abdecken.

Was ist gemeint, wenn wir von zukünftigem Bandbreitenbedarf sprechen? Eine Antwort steht im österreichische Regierungsprogramm 2008 bis 2013: „Bis 2013 soll die Versorgung der Bevölkerung mit Zugängen von zumindest 25 Mbit/s erreicht sein.“ Die Europäische Kommission gibt in ihrer Leitinitiative „Digitale Agenda für Europa“ (ein Teil der „Strategie für Europa 2020“) eine weitere Antwort: bis 2020 soll 50 Prozent der Bevölkerung einen Internetzugang mit über 100 Mbit/s besitzen. All diese definierten Geschwindigkeiten können nur mit der Glasfasertechnologie erreicht werden, und zwar mit einem Netz, das die Glasfaser bis in das Haus oder bis in die Wohnung bringt; man spricht von „Fiber to the Home“, von FTTH.

Die Glasfaser-Ausbaupläne der Netzbetreiber

Die Festnetzbetreiber kündigen zwar heute den Ausbau von Glasfasernetzen an und beginnen mit deren Umsetzung, aber, was auch verständlich ist, mit dem Zusatz, dass dieser Ausbau auch wirtschaftlich sein muss, und diese Wirtschaftlichkeit wird fast nur erreicht, wenn man sich auf die Ballungsräume beschränkt.

Die Mobilnetzbetreiber werden auch auf dem Land ihre Breit-

werden? Wo doch der Glasfaserausbau nur in den Ballungsräumen stattfinden wird und mobiles Breitband für Unternehmen und private Haushalte nicht ausreichend ist?

Die einzige Antwort ist: die Gemeinden müssen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen, niemand anderer wird ihnen helfen, sie müssen die Glasfaserzugangszugänge selbst bauen.

Es ist das Gebot der Stunde, den Glasfaserausbau im ländlichen Raum genauso als Infrastruktur zu behandeln wie den Bau von Straßen, Abwassereinrichtungen, Straßenbeleuchtung, Fernwärme.

Die Gemeinden haben langjährige Erfahrung mit diesen Baumaßnahmen. Die Bürgermeister und ihre Gemeinden müssen den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur selbst durchführen.

Aber als Einwand wird gebracht,

Wenn eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband ein eigenes Glasfasernetz baut, kann der Nutzen für die Gemeinde oder die Region und die dort wohnende Bevölkerung nicht hoch genug bewertet werden.

dass solche Vorhaben technologisch viel zu kompliziert und nicht finanzierbar seien. Die technische Machbarkeit ist gegeben, wenn man einige Voraussetzungen beachtet: Der Ausbau und der darauf folgende Betrieb des Netzes soll sich nur auf die Glasfaserinfra-



Die technische Machbarkeit ist gegeben, wenn man einige Voraussetzungen beachtet: Der Ausbau und der darauffolgende Betrieb des Netzes soll sich nur auf die Glasfaserinfrastruktur beschränken, es sollen keine Dienste von den Gemeinden selbst angeboten werden.

struktur beschränken, es sollen keine Dienste von den Gemeinden selbst angeboten werden. Die Dienste (Telefon, Hochgeschwindigkeitsinternet, Fernsehen und viele andere) sollen von den Diensteanbietern, den Service-Betreibern, entwickelt und angeboten werden. Der Wettbewerb spielt sich zwischen den Service-Providern ab, ja er wird durch die Trennung von Infrastruktur und Diensten gerade gefördert: Jeder Provider hat über das Glasfaserzugangszugangsnetz Verbindung zu jedem Kunden, jeder Kunde kann jeden Dienst von jedem Anbieter subskribieren und ist nicht mehr, so wie heute, an einen Anbieter gebunden. Eine Ausnahme von dieser strengen Trennung zwischen Infrastruktur und Dienstangebot könnte ein kommunales Gemeindeinformationssystem sein, das von den Gemeinden, zugeschnitten auf die regionalen Bedürfnisse, als gemeindeeigener



Foto: Buenos Dias

Dienst angeboten wird. Dieses Geschäftskonzept ist für Gemeinden, Gemeindeverbände oder deren Versorgungsunternehmen das einzig realistische Modell, da es im Hinblick auf Regulierung und Wettbewerb nicht anfechtbar ist. Dieses Konzept heißt Open Access Network – OAN.

Es wird auch behauptet, dass ein kommunaler Glasfaserausbau kommerziell nicht durchführbar sei, aber

- ▶ die Gemeinde kann, wie bei der Kanalisation, lange Abschreibedauern anwenden: bei der Leerverrohrung 40 Jahre, bei den Glasfaserkabeln 25 Jahre.
- ▶ Nationale und internationale Förderprogramme können bei diesen Vorhaben helfen.
- ▶ Synergieeffekte können durch Grabungsarbeiten gemeinsam mit anderen Bauvorhaben, z. B. mit Fernwärme oder Kanalerrichtungen, erzielt werden.
- ▶ Die alleinige Errichtung des Glasfasernetzes, auch ohne gemeinsame Grabungsarbeiten, kann im ländlichen Sied-

lungsraum mit Kosten unter 2000 Euro pro Kundenanschluss realisiert werden.

Einige Beispiele in Österreich haben bewiesen, dass der beschriebene Weg gangbar ist: ein Beispiel ist das Glasfasernetz Lainsitztal im Waldviertel. Wenn eine Gemeinde oder ein Gemeindeverbund ein eigenes Glasfasernetz baut, kann der Nutzen für die Gemeinde oder die Region und der dort wohnenden Bevölkerung nicht hoch genug bewertet werden: Es kann nicht nur das zu Beginn geschilderte Horrorszenerium vermieden werden, sondern auch das Wirtschaftswachstum wird gefördert und die Produktivität wird erhöht. Diese Tatsache wird von mehreren Studien untermauert, die eine Korrelation zwischen Glasfaserausbau und Produktivität nachweisen. Die Attraktivität des Standortes wird gesteigert, der Abwanderung wird Einhalt geboten und die Ansiedlung von Unternehmen und Privaten führt zu Mehreinnahmen für die Gemeinde. Die Versorgung mit ultraschnel-

lem Internet lässt die Immobilienpreise steigen. Die Breitbandkunden sind nicht mehr von einem Anbieter abhängig und können ihre Dienste frei auswählen.

Die Beherbergungs- und Hotelbetriebe können ihren Gästen schnelles Internet anbieten. Die privaten Haushalte genießen HDTV, 3D-TV und Spiele in höchster grafischer Auflösung. Das flächendeckende gemeindeeigene Glasfasernetz bietet das Rückgrat für Steuersysteme, wie Pumpensteuerung, Smart Metering und für innovative, intelligente Expertensysteme, die der Reduktion von Energieverbrauch und CO₂ dienen.

Stellen Sie sich vor, es ist 2013

Sie kommen auf das Land: Sie finden in guter Luft, bei den Seen und Wäldern eine wirtschaftlich blühende Region, dieselben elektronischen Voraussetzungen wie in der Stadt, ultraschnelles Internet vor und begegnen einer Bevölkerung mit hohem Selbstwertgefühl.

Termin



IT- und Telekom Symposium 2010

Im Rahmen des IT- und Telekom Symposium 2010 am 21. Oktober 2010 in Wien findet die Sondertagung

FTTH OAN

(„Fiber to the House“ und „Open Access Network“)
Beispiele aus der Praxis statt

Anmeldung & Rückfragen:
Irmgard Kollmann, CMG-AE,
c/o Confero,
E-Mail: irmgard.kollmann@cmg-ae.at,
Tel: +43-1-7189476-33,
Mobile +43-664-5567501
Web: www.cmg-ae.at



Dipl.-Ing. Heinz Pabisch ist Vizepräsident von CMG-AE und Leiter der CMG-AE Arbeitsgruppe OAN
www.cmg-ae.at

Das „Dark Fiber“-Netzwerk in St. Martin im Waldviertel

Das schnelle Kabel ist die Zukunft des ländlichen Raums

Lieber Leser, stellen sie sich vor, wir schreiben das Jahr 2013. Denn dann ist die Marktgemeinde St. Martin mit Glasfaser versorgt. 96 Prozent der Haushalte wird es möglich sein, mit Glasfaser das Internet, Voice over IP und Fernsehen zu empfangen.

Peter Höbarth

Bei einem Vortrag über Glasfasertechnologie wurde mir als Bürgermeister klar, dass die Datenübertragung der Zukunft im Wesentlichen über Glasfaserleitungen stattfinden wird. Zeitgleich waren wir mitten in der Planungsphase einer Abwasserentsorgungsanlage für unsere größte Katastralgemeinde. Also nützen wir doch die günstige Gelegenheit des gemeinsamen Verlegens von Kanal und Glasfaserleitungen! Der Gemeinderat hat diesen neuen Technologieschritt auch einstimmig beschlossen. Fiber to the Home (FTTH) für alle 220 Haushalte die an die Kläranlage angeschlossen werden. Genau heißt das, ein Glasfaser-Leerrohrsystem wird bis zu jedem Wohn- und Betriebsgrundstück gebaut; von der Grundgrenze bis ins Haus muss der Bürger sich dann das zur Verfügung gestellte Rohr selbst ins Haus verlegen. Die Faser wird im Auftrag der Gemeinde bis in die Wohnung oder das Büro geblasen. Der Netzaufbau erfolgt sternförmig, wobei jede Faser im Gemeindegebiet ihren Anfang am Gemeindeamt hat. Dort befindet sich auch die Backbone-Anbindung. Jedem Kunden stehen zu Beginn bereits 100 Mbit/s an Bandbreite zur Verfügung, wobei wir mittlerweile bereits Anschlüsse mit bis zu einem Gbit/s anbieten können. Probleme hatten wir zunächst bei der Anbindung nach Außen, wegen der verhältnismäßig hohen Ko-

Man baut zu einer Garage für drei Autos von unterschiedlichen Herstellern auch nicht drei Zufahrtsstrassen – oder?

sten eines Backbone-Anschlusses für relativ wenig Teilnehmer. Darum haben wir selbst eine rund acht Kilometer lange Glasfaserleitung nach Groß Schönau errichtet, um gemeinsam bessere Voraussetzungen gegenüber den Backbone-Mietleistungs-Anbietern zu schaffen. Die Marktgemeinde Groß Schönau hat nämlich genau die gleiche Entscheidung wie St. Martin getroffen und den Ausbau der Breitbandinfrastruktur selbst in die Hand genommen. Seit diesem Zusammenschluss gehen wir einen gemeinsamen Weg in Sachen Breitbandnetz für unsere Bürger und Betriebe. Die Gemeinde St. Martin verwendet auch bereits im Abwasserentsorgungsbereich Glasfasertechnik für die Pumpen- und Kläranlagensteuerung. Derzeit bauen wir gerade die Abwasserentsorgungsanlage für die Katastralgemeinde Langfeld. Hier kommt ein Druckleitungskanalssystem mit genereller Steuerung und Überwachung über unser Glasfasernetz zur Anwendung. Für dieses Ausbauprojekt haben wir neben der herkömmlichen Förderung für Kanalbau eine 25prozentige Förderzusage seitens des Bundes für den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur erhalten. In unserer dritten Katastralgemeinde Harmanschlag wurde bereits vor einigen Jahren der Kanalbau

fertig gestellt; somit ist hier ein günstiges Mitverlegen nicht mehr möglich. Aber gerade Harmanschlag weist eine sehr schlechte Breitbandversorgung auf. Um dennoch die Gleichstellung aller Bürger zu erreichen, entwickelten wir ein kostengünstiges Konzept für eine Neugrabung. Dieses Projekt haben wir ebenfalls bei der FFG eingereicht und sogar eine 50prozentige Förderzusage erhalten! In Harmanschlag werden künftig 106 Häuser versorgt. Preisanbot: 170.000 Euro netto, mit samt der Faser in jedem Haushalt.

Der Aufbau und Betrieb eines Glasfasernetzes ...

Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit den angebotenen Diensten und Providern, haben wir den Aufbau des Netzbetriebes ebenfalls selbst in die Hand genommen. Es gibt grundsätzlich zwei verschiedene Konzepte für einen FTTH-Betrieb. Jeder Anbieter baut seine eigene Faser zu jedem Gebäude selbst und versorgt damit alleine seinen Kunden mit Internet und VOIP und IPTV. Sollte in diesem Gebäude ein weiterer Service-Anbieter Kunden bedienen wollen, muss er zwangsläufig eine eigene Glasfaserzuleitung errichten. Dies ist das Model der großen Telekommunikationsunternehmen in Österreich, aber auch derer in anderen Teilen von Europa. Fakt ist jedoch, dass mit diesem System der ländliche Raum wohl nie versorgt wird, da die Kosten einfach zu hoch sind. Man baut zu einer Garage für drei Autos von unterschiedlichen Herstellern auch nicht drei Zufahrtsstrassen – oder? Darum ist bei uns die Gemeinde der Errichter und Eigentümer der „Dark Fiber“. Eine Betreiberfirma sorgt für die nötigen Aktiv-



Peter Höbarth ist Bürgermeister der Marktgemeinde St. Martin im Waldviertel
bgm.gemeinde@st-martin.gv.at]



Die ganze Infrastruktur fällt schon in xden kommunalen Bereich, also gehört die Glasfaserversorgung auch in diese Struktur.

komponenten und betreibt das Netz. Jeder Provider kann unsere gemeindeeigenen Glasfaserleitungen für den Transport seiner Angebote und Anwendungen zu jedem Kunden zu definierten Bedingungen benutzen. Dieses Konzept heißt „Open Access Network“ und wird bereits erfolgreich in Schweden, Singapur und vielen anderen Teilen der Welt verwendet.

Was man so alles mit einem OAN anfangen kann

Vom heutigen Tag weg zu sprechen, stehen wir noch in den Anfängen, was alles auf dem FTTH-Sektor möglich werden wird. Bei uns kann man derzeit mit High Speed die Möglichkeiten des Internet nutzen, Telefonieren und Fernsehen. Über die angeschlossenen Fernseher haben unsere Bürger allerdings bereits jetzt die Möglichkeit, neben herkömmlichen Fernsehprogrammen auch Inhalte aus der Region zu empfangen. Videos und Bilder aus unserer Gemeinde, monatlich Beiträge von Veranstaltungen, die lokale Wettervorhersage, Radioprogramme und einiges mehr. Wir arbeiten momentan noch an einem eigenen Gemeindeformationssystem für unsere Bürger und sind Pilotpartner für das EU Projekt „Wide Open“. Dabei soll für ältere Menschen der Fernseher zentraler Kommunikationspunkt werden. Über dieses Medium sollen einfache Internet-Anwendungen ermöglicht und per Videotelefonie über den Fernseher der sozialen Kontakt zu ihren Nachbarn und Freunden aufrecht gehalten werden können – speziell für Menschen die nicht mehr so gehtüchtig sind. E-health wird in der USA bereits stark verwendet. Europa wird aus sozialen und wirt-

schaftlichen Gründen auch hier nachziehen müssen. In unserer Gemeinde werden gerade 19 Wohnungen auf Basis betreutes Wohnen errichtet. Auch hier werden wir natürlich Glasfasertechnik anwenden. Das Austrian Institut of Technolgie in Seibersdorf forscht an Anwendungen im Gesundheitssektor - wir werden als Pilotanwender fungieren können. Eine Softwarefirma aus Wiener Neudorf hat vor kurzem am Gemeindeamt vorgesprochen, um externe Programmierer bei uns zu etablieren. Bei dieser Tätigkeit sind die meisten Arbeiten online über zentrale Server zu erledigen – das geht über das OAN von St. Martin aus schneller und daher billiger als über die Breitbandanbindung am Sitz dieser Firma in Wiener Neudorf!

Entwicklungsfragen ...

Den Glasfasernetzausbau in den Dörfern kann kein kommerziell geführtes Telekommunikations-

unternehmen erledigen! Rund 20 Jahre sind zur Refinanzierung notwendig und in dieser Zeitspanne ist kein Cash Flow zu erzielen. Die Gemeinden sind bereits seit langer Zeit die Errichter und Betreiber kommunaler Infrastrukturen; Trinkwasser, Abwasser, Strassen, Wege, Beleuchtung... Jetzt zählt die zukunftstaugliche Breitbandversorgung der Bevölkerung und der Betriebe bei uns im ländlichen Raum eben einfach auch in den Bereich der kommunalen Infrastruktur ...

Und warum brauchen wir das ...

Unsere Gemeinde lebte 50 Jahre am eisernen Vorhang. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen haben wir erfahren müssen. Sollten sie ähnliche Erfahrungen in Zukunft auch kennen lernen wollen, dann verzichten und verbieten Sie unbedingt, die Glasfasertechnologie in ihrer Gemeinde einzuführen!

Vizepräsident Riedl beim 11. Forum Telekom

Was bleibt vom Breitbandausbau im ländlichen Raum?

Im August hat sich die heimische Telekombranche zum 11. Salzburger Teleforum in der Festspielstadt versammelt. Die zweitägige Veranstaltung stand ganz im Zeichen des „Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsinfrastruktur“, bei der sowohl die europäische sowie die österreichische Sicht der Dinge in Sachen Next Generation Networks behandelt wurde. Eine Elefantenrunde mit Festnetz- und Mobilfunk-CEOs, Telekomregulator, Ministerialvertreter und Gemeindebund diskutierten dabei über unterschiedliche Möglichkeiten, Österreich im Infrastrukturausbau voranzubringen – eine lebhaft debattierte mit unterschiedlichen Interessen der Akteure, die kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Für den Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Mag. Alfred Riedl, der auch Teil der Elefantenrunde beim 11. Forum Telekom war, stellt sich die Situation folgendermaßen dar:



Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl.

„Was bleibt von der Breitband-Milliarde in Europa für den Ausbau des ländlichen Raums in Österreich? Bescheidene 30 Millionen Eler-Mittel können das Versagen des Marktes mit Sicherheit nicht ausgleichen.

Darüber hinaus wurde deutlich gemacht, dass diese Mittel auch wirklich für den Ausbau des ländlichen Raumes zur Verfügung stehen müssen, weil in den Debatten natürlich auch die zweite wichtige Investition – NGA-Netze – eine besondere Anstrengung erfordern, aber in diesem Fall auch in urbanen Regionen hochgerüstet wird und in diesem Bereich der Markt sehr gut funktioniert und steuert. Für mich unterscheidet auch die Diskussion

der Fachwelt, wie tief in die Region ist eine kabelgebundene Infrastruktur notwendig? Gleiche Voraussetzungen auch für künftige mächtige Datenmengen wird es wohl nur geben, wenn FTTH auch im ländlichen Raum Standard wird. Einmal mehr wird deutlich, dass die Gunstlagen die Ungunstlagen unterstützen müssen.“



Alt-Bürgermeister Arno Ablor, Kufstein, war begeistert von den neuen E-Gov. Apps und testete eifrig mit CEO Oliver Bernecker, exhex

Die „E-Gov.City“ präsentierte sich erfolgreich auf der Kommunalmesse 2010

Bei dir daham in der Gemeinde

Allein die Möglichkeit, zeit- und kostenaufwendige Amtswege zu vermeiden und diese bequem und sicher auf elektronischem Wege durchzuführen, führt bei den BürgerInnen zu einer vermehrten Nutzung der E-Government-Angebote.

Sämtliche Behördengänge können durch modernste E-Government-Services, beispielsweise mittels Bürgerkartenfunktion am Mobiltelefon, mühelos von zu Hause aus erledigt werden. Die Handy-Signatur stellt zusätzlich zur elektronischen Signatur mittels Bürgerkarte und e-card eine weitere Alternative für mobile NutzerInnen von Amtswegen dar. So können BürgerInnen unter anderem Kinderbetreuungsgeld, Studienbeihilfe, einen Strafregisterauszug, einen Sozialversicherungsauszug, die Meldebestätigung und eine Gewerbeanmeldung online einfach, schnell und sicher vom So-

Das Ziel der Kommunalmesse sowie der Plattform „Digitales Österreich“ war es, Kommunen mit den neuesten bürgernahen E-Government-Services vertraut zu machen.

fa aus beantragen.

Das Ziel der Kommunalmesse sowie der Plattform „Digitales Österreich“ war es, BürgerInnen mit den neuesten bürgernahen E-Government-Services vertraut zu machen, um in der eigenen Gemeinde den Zugang zu diesen Services auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zu gewährleisten.

Vizekanzler und Finanzminister DI Josef Pröll und Außenminister Dr. Michael Spindelegger ließen es sich nicht entgehen, auf der „E-Gov.City“ mit sämtlichen Partnern der Plattform „Digitales Österreich“ über die innovativen und effizienten E-Government-Services zu plaudern. Auch zahlreiche ranghohe PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und Gemeindebedienstete versammelten sich beim „Digitales Österreich“-Stand und informierten sich über die neuesten E-Government-Lösungen.

Zu den hochkarätigen Gästen, die sich über die aktuellen Services und Applikationen erkundigten, zählten unter anderem Mag. Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunalverlags, Martin Preineder, Präsident des österreichischen Bundesrates, LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, Hofrat i. R. Dr. Robert Hink, Generalse-



Die Plattform „Digitales Österreich“ zeigte mit Partnern die neueste E-Government-Entwicklungen.

ekretär der Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, und Bgm. Ernst Schmid, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes.

E-Government-Applikationen für iPhone und iPad

Die Stadt Graz startete im Sommer mit den ersten E-Government-Applikationen für iPhone und iPad. Auch die Amtssignatur für Android-Handys wurde präsentiert.

„Digitales Österreich“-Explorer

Durch die Installation des „Digitales Österreich“-Explorers von Microsoft haben die BenutzerInnen über eine integrierte Toolbar direkten Zugriff auf die wichtigsten Verwaltungsportale Österreichs. Regelmäßige Updates werden automatisch in die Toolbar eingespeist, so dass immer die aktuellsten Informationen zur Verfügung stehen.

SCOTTY, der ÖBB-Routenplaner im „Digitales Österreich“-Design

Mit dem neuen Routenplaner „SCOTTY“ in HELP.gv.at können BürgerInnen und Unternehmen einfach und schnell die optimale öffentliche Verkehrsanbindung zu den nächstgelegenen Servicestellen von Bund, Ländern und Gemeinden ermitteln. Denn „SCOTTY“ greift auf Fahrpläne



Vizekanzler Pröll im Erfahrungsaustausch mit Johannes Rund und Peter Reichstädter vom HELP.gv.at-Team im Bundeskanzleramt.



Außenminister Spindelegger im Gespräch mit Christian Rupp, Digitales Österreich, und Robert Hink, Gemeindebund.

aller öffentlichen Verkehrsunternehmen in Österreich zurück. Dieses Tool steht allen Kommunen kostenlos zur Verfügung. Durch den Beitritt der ÖBB in die E-Service-Allianz der Plattform „Digitales Österreich“ erfolgt in Zukunft auch eine ver-



Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt (ganz rechts), begrüßt Michael Zimper, Martin Preineder, Alfred Riedl, Robert Hink, Helmut Mödlhammer und Ernst Schmid.

stärkte Zusammenarbeit im Bereich E-Infrastruktur.

Elektronische Zustellung durch den Zustelldienst meinbrief.at

Die E-Zustellung für Privatpersonen und Unternehmen stellt einen essentiellen Bestandteil einer modernen Verwaltung dar und ermöglicht einen zeit- und kostensparenden Zugriff auf zugestellte elektronische Dokumente. Ein wesentlicher Vorteil einer solchen E-Zustellung durch einen elektronischen Zustelldienst liegt darin, dass die BürgerInnen lediglich einen elektronischen Postkasten haben, in dem sie dann die Zustellstücke entgegennehmen können. Damit kann der Kosten- und Zeitaufwand sowohl für die Behörden als auch für die BürgerInnen erheblich reduziert werden.

Ein wesentlicher Vorteil einer Zustellung durch einen elektronischen Zustelldienst liegt darin, dass die BürgerInnen lediglich einen elektronischen Postkasten haben, in dem sie dann die Zustellstücke entgegennehmen können.

Fremdenwesen – Maßnahmen gegen Asylmissbrauch

Kontrollen bringen Einsparungen von 48.000 Euro pro Tag

Innenministerin Dr. Maria Fekter stockte die Fremdenpolizei bundesweit um 50 Mitarbeiter auf. Darüber hinaus werden 500 Polizistinnen und Polizisten verstärkt für Kontrollen im Fremdenbereich eingesetzt.

„Mein Ziel sind lückenlose Kontrollen, rasche Rückreisen und die enge Abstimmung mit den Asylbehörden“, sagte Innenministerin Maria Fekter über die Maßnahmen zur Aufstockung der Fremdenpolizei. Sobald ein Asylantrag negativ ist, muss die Fremdenpolizei die Ausreise einleiten. „Wir erhöhen damit den Kontrolldruck auf Illegale. Wer sich nicht in Österreich aufhalten darf, muss ausreisen“, sagt die Innenministerin.

Hilfs- und schutzbedürftigen Fremden wird in Österreich „vorübergehende Grundversorgung“ gewährt. Dazu zählen insbesondere Asylwerberinnen und -werber, Asylberechtigte während der ersten vier Monate nach Asylgewährung, und „andere aus rechtlichen und faktischen Gründen nicht abschließbare Fremde ohne Aufenthaltsrecht“. Anfang 2007 befanden sich österreichweit rund 28.000 Personen in der Grundversorgung.

Kontrolle der Grundversorgung

Im Innenministerium wurde im März 2007 eine Kontrollgruppe eingerichtet, die gemeinsam mit den Ländern die Rechtmäßigkeit des Bezugs von Grundversorgungsleistungen prüft. Bis Juli



Das geordnete Fremdenrecht wirkt: Auch die Anzahl der tatverdächtigen Asylwerber ist im ersten Halbjahr 2010 um 16 Prozent zurückgegangen.

2010 fanden bundesweit insgesamt fast 300 Kontrollen statt. Allein 2010 wurden bisher 87 Kontrollen in 101 Bezirken und Städten durchgeführt. Das Innenministerium hat seit Einrichtung der Kontrollgruppe rund 21.000 Verständigungen zur Überprüfung des Bezugs von Grundversorgungsleistungen an die zuständigen Behörden in den Bundesländern übermittelt. Aufgrund dieser Informationen wurde österreichweit in ungefähr 50 Prozent der Fälle die Grundversorgung reduziert oder eingestellt.

Um den rechtmäßigen Bezug der Grundversorgungsleistung noch zielgerichteter prüfen zu

können und einen effizienten fremdenpolizeilichen Vollzug sicherzustellen, wurde mit 1. Juli 2010 die SOKO-Grundversorgung-

controlling (SOKO-GVS) eingerichtet. Diese SOKO arbeitet eng mit den zuständigen Landesbehörden zusammen. Die Teams bestehen aus Spezialisten der Fremdenpolizei, Juristen, Polizeibeamten und Mitarbeitern der Asylabteilung. Ihre Aufgabe ist es, Privatquartiere zu kontrollieren, in denen Grundversorgte aufhältig sind, die Voraussetzungen der Grundversorgung zu prüfen sowie allenfalls fremdenpolizeiliche Maßnahmen zu setzen. Derzeit befinden sich 19.130 Personen in Grundversorgung – das sind so wenige Menschen wie noch nie. Der Bund bezahlt jährlich rund 100 Millionen Euro für die Grundversorgung. Die Kontrollen bringen Einsparungen von 17,5 Millionen pro Jahr beziehungsweise 48.000 Euro pro Tag.

Weniger Asylanträge

Die Zahl der Asylanträge in Österreich ist rückläufig. Während vergleichsweise in Belgien (+38 Prozent) und in Deutschland (+25 Prozent) massive Anstiege der Asylanträge verzeichnet werden, gab es in Österreich im ersten Halbjahr 2010 um 32 Prozent weniger Anträge als im Vergleichszeitraum 2009.

Das geordnete Fremdenrecht wirkt: Auch die Anzahl der tatverdächtigen Asylwerber ist im ersten Halbjahr 2010 um 16 Prozent zurückgegangen.

„Mein Ziel ist klar: Österreich – das sicherste Land der Welt mit der höchsten Lebensqualität“, sagt Innenministerin Maria Fekter. „Ein geordnetes Fremdenrecht, raschere Verfahren, effizientere Außerlandesbringungen und ein Masterplan gegen Einbruchskriminalität sind die Eckpfeiler dafür.“

Mehr auf www.bmi.gv.at



Wir erhöhen damit den Kontrolldruck auf Illegale. Wer sich nicht in Österreich aufhalten darf, muss ausreisen.

Innenministerin Maria Fekter über die Personalaufstockung

Umweltminister Niki Berlakovich über die Klima- und Energiemodellregionen

„Positive Vorbildwirkung, die noch nicht abschätzbar ist“

Im Interview berichtet Umweltminister Niki Berlakovich über die Vorteile, die Gemeinden haben, wenn sie Klima- und Energiemodellregionen werden.

müssen wir noch stärker zum Einsatz bringen. Regionen spielen dabei eine ganz zentrale Rolle. Derzeit sind Wasserkraft und Biomasse die wichtigsten erneuerbaren Energieträger. Windkraft und Solarenergie haben derzeit noch einen geringen Anteil.

Bei der Windkraft werden die neuen Einspeisetarife durch das Ökostromgesetz Zuwächse bringen, und für den Ausbau der Solarkraft gibt es ebenfalls massive Förderungen. In der „Energiestrategie Österreich“ wurden dazu Maßnahmen für einen optimalen Energiemix aus den erneuerbaren Energien erarbeitet.

Was bringen die Modellregionen den Gemeinden wirtschaftlich?

Die Umweltwirtschaft ist heute einer der großen Jobmotoren Österreichs – bereits jeder 20. Arbeitsplatz ist ein Green Job. Wir investieren allein 2010 insgesamt 760 Millionen Euro in Green Jobs und leisten damit dem Klimaschutz und einem nachhaltigen Wirtschaftssystem enorm Vorschub.

Bis Ende 2010 werden hunderte neue Green Jobs entstehen und der Umwelt- und Klimaschutz wird damit noch stärker in der Wirtschaft verankert. Dieses gut und krisensicher investierte Geld heißt auch: neues Wachs-



Foto: BMLFUW/Kern

Umweltminister Niki Berlakovich: „Wir brauchen aktive Regionen, die ihre Erfahrungen aus den Gemeinden bündeln und in einem Gesamtkonzept zum Einsatz bringen, das unser Energiesystem revolutioniert.“

Wie sind Ihre Erwartungen für die aktuelle Ausschreibung der Klima- und Energiemodellregionen?

Berlakovich: Ich bin zuversichtlich, dass sich wie beim ersten Mal entsprechend viele und engagierte Regionen beteiligen. Die Förderung ist ein wichtiger Impuls, und mein Ziel ist, möglichst viele Regionen dazu zu motivieren, diesen Weg zu beschreiten.

Sie profitieren von den Chancen und Vorteilen für Wertschöpfung, Green Jobs und Lebensqualität und tragen maßgeblich zur Erreichung unserer Klima- und Energieziele bei.

Welche Bedeutung haben die Modellregionen im Hinblick auf Ihre Vision der Energieautarkie für Österreich?

Wir haben derzeit einen Erneuerbaren-Anteil von rund 29 Prozent am Gesamtenergieverbrauch. Österreich ist in der glücklichen Lage, über enorme Ressourcen an Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenkraft sowie über hervorragendes Know-how in der Umwelttechnik zu verfügen. Das

tum für Österreich und neue Perspektiven für die Menschen in unserem Land. Besonders für strukturschwache Gemeinden und Regionen ist dieses Konzept der Energieunabhängigkeit ein absoluter Gewinn.

Die Dynamik hinter den geförderten Klima- und Energiemodellregionen ist enorm, denn in den beteiligten Gemeinden leben hunderttausende Menschen.

Modellregionen zeigen vor, wie es geht

Energieautarkie für Österreichs Gemeinden in zehn Schritten

Durch die Ausschöpfung der lokalen energetischen Ressourcen verbinden Gemeinden und Regionen die Ziele Klimaschutz, höhere Versorgungssicherheit sowie regionale Wertschöpfung. Die Vision dafür: Energieautarkie.

Energieautarkie ist das Bestreben einer Gemeinde oder einer Region, die Energieversorgung in den Bereichen Wärme, Strom und Verkehr von fossiler Energie und von Energieimporten weitgehend unabhängig zu machen. Das wichtigste Ergebnis aus Diskussionen mit Vorreitergemeinden wie Güssing, Mureck, Bruck an der Leitha u. a. lautet: Energieautarkie ist schon heute weitgehend umsetzbar! Sowohl im Bereich der Wärmeerzeugung, als auch im Strombereich ist durch eine Kombination von Effizienzmaßnahmen sowie einem optimierten Mix aus erneuerbaren Energien die regionale Eigenversorgung zumindest annähernd möglich. Mit der Umsetzung der „Zehn Schritte in die Energieautarkie“ kann jede Gemeinde dieses Ziel anstreben.

Die größte Hürde für Energieautarkie stellt die Mobilität dar. Hier ist es zwar einzelnen Vorreitergemeinden wie Mureck oder Güssing gelungen, Biobrennstoff in großem Umfang zu erzeugen. Aufgrund begrenzter Ressourcen ist dieses Modell jedoch nicht einfach auf weitere österreichische Gemeinden übertragbar. Im Mobilitätssektor sind daher besondere Anstrengungen in Richtung Verkehrsvermeidung bzw. Umstieg von Pkw auf öffentlichen Verkehr etc. nötig. Letztlich wird wohl erst die flächendeckende Einführung von Elektromobilität auch im Verkehrsbereich



Foto: BMLFUW/Kern

Die Umweltwirtschaft ist heute einer der großen Jobmotoren Österreichs – bereits jeder 20. Arbeitsplatz ist ein Green Job.

Niki Berlakovich, Umweltminister

Energieautarkie ermöglichen. Als besonders relevant werden in diesem Zusammenhang ein kontinuierliches, qualifiziertes

Coaching der Gemeinden durch Energie- und Klimaschutzprogramme wie z. B. das von klima:aktiv unterstützte Gemeindeprogramm e5 angesehen. Relevant sind auch Förderungen wie z. B. solche im Rahmen der Modellregionen des Klima- und Energiefonds.

Energieautarkie Vorbilder aus Ost und West

Wer sind die Vorbilder in Sachen Energieautarkie? Neben bekannten Namen wie Güssing gibt es weitere Gemeinden und Städte quer durch Österreich, die dieses Ziel schon erreicht haben bzw. ihm sehr nahe sind. Im Westen Österreichs sticht die kleine Vorarlberger Gemeinde Langenegg mit ihren etwa 1.000 Einwohnern heraus. Langenegg ist eine Pioniergemeinde, die sich schon in den 90er Jahren intensiv mit dem Thema Energieeffizienz auseinandergesetzt

Langeeggs Bürgermeister Georg Moosbrugger:

„Ziel ist es, vom Energieweltmarkt unabhängig zu werden“

Der zukunftsorientierte Umgang mit Energie verlangt den Blick über die bestehenden Grenzen – sowohl über die Gemeindegrenzen in die Region als auch über die Grenzen der Gegenwart in die Zukunft hinein! Daher freue ich mich auf die gegenseitige Inspiration der acht Gemeinden in der Energiemodellregion Vorderbrenzenwald, die uns zu neuen Projekten be-



Bgm. Georg Moosbrugger

flügeln wird. Ziel unserer Energiepolitik soll sein, vom Energieweltmarkt unabhängig zu werden – durch Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Wissensvermittlung, Energieeffizienz oder Biomassenutzung. Eine wichtige Stütze auf diesem Weg ist uns das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden, welches ich jeder Gemeinde nur wärmstens empfehlen kann.



Das Gemini-Haus in Weiz. Ein bewohntes Sonnenkraftwerk, das sich der Sonne nachdreht und daher einen höheren Ertrag liefert.

hat. Heute hat Langenegg mit Bürgermeister Georg Moosbrugger an der Spitze das in ihrem Leitbild verankerte Ziel der Energieautarkie zu einem guten Teil verwirklicht. Im Energieeffizienzbereich ist Langenegg mit seinen kommunalen Passivhäusern führend. Mit dem Nahwärmenetz und weiteren Biomasseheizanlagen werden 70 Prozent der Häuser versorgt. Im Strombereich erzeugt das Wasserkraft-

werk weit mehr Energie, als die Gemeinde benötigt. Ein Best-practise-Beispiel aus dem Osten Österreichs stellt die steirische Stadt Weiz mit ihren knapp 10.000 Einwohnern dar. Weiz hat sich in seinem Leitbild „Die Stadt voll Energie“ folgende Ziele gesetzt: aus der fossilen Energieversorgung aussteigen, saubere Mobilität fördern und Energieeffizienz sowie ökologisches Bauen und Wohnen zu

forcieren. Die Stadt hat über einen langen Zeitraum Aktivitäten im Energiebereich gesetzt. Weiz ist in der Fernwärmeversorgung aus erneuerbaren Energien weit fortgeschritten und treibt auch die lokale Ökostromerzeugung voran. Mehrere Initiativen unter der Leitung von Bürgermeister Helmut Kienreich sind im Gange, und überdurchschnittliche Fördermittel werden zur Verfügung gestellt. Unter anderem ist die Beteiligung der Gemeinde an der Energie-Schau-Straße hervorzuheben.

Zur Zeit wird im Rahmen des Energieautarkie-Schwerpunkts von klima:aktiv ein österreichweites Gemeinde-Assessment durchgeführt, mit dem Ziel, einen umfassenden Überblick über die derzeitigen Vorreitergemeinden und -regionen im Bereich der Energieautarkie in Österreich zu gewinnen. Mehr Infos unter www.klimaaktiv.at/energieautarkie

Zehn Schritte in die Energieautarkie

1. Integration des Energieautarkie-/Klimaschutzgedankens: Gestalten Sie ein Energieleitbild Ihrer Gemeinde/Region, finden Sie einen Energie-/Klimaschutzbeauftragten und starten Sie Projektgruppen, die sich mit dem Thema Energieautarkie und den Wegen dorthin beschäftigen. Definieren Sie klare Ziele!

2. Erstellen einer Ist-Analyse: Erstellen Sie eine Analyse des energetischen Ist-Zustandes der Gemeinde/Region. Diese Analyse gibt Ihnen ein Bild der aktuellen Situation und dient als Grundlage für weitere Handlungen. Basierend auf der Ist-Analyse können Sie ein konkretes Maßnahmenprogramm gemeinsam mit BeraterInnen von Energie- und Klimaschutzprogrammen wie e5 und Klimabündnis erstellen.

3. Thermische Sanierung gemeindeeigener Gebäude: Achten Sie auf den klima:aktiv Niedrigenergiehaus-/Passivhaus-Standard beim Sanieren. Die Sanierung gemeindeeigener Gebäude spart Ihnen Geld und hat eine Vorbildwirkung auf die Bevölkerung.

4. Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens: Beachten Sie das Ziel der Energie-Unabhängigkeit und den Klimaschutz in der Flächenwidmung, der (Bau-)Vollzugskontrolle und in der öffentlichen Beschaffung.

5. Effiziente Infrastruktur: Setzen Sie Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und Bewusstseinsbildung. Erhöhen Sie die Energieeffizienz der Straßenbeleuchtung, informieren Sie die Bevölkerung und Unternehmen vor Ort gezielt über Energiesparen bei Bauen, Wohnen und Arbeiten.

6. Förderung sanfter Mobilität: Durch umfangreiches Mobilitätsmanagement wird Verkehr effizient abgewickelt, unnötiger motorisierter Verkehr vermieden, fossile Rohstoffe eingespart, die Umwelt geschont und die Lebensqualität erhöht. Stellen Sie zum Beispiel den Fuhrpark auf energieeffiziente alternative Antriebe und Treibstoffe um, setzen Sie Maßnahmen zur Attraktivierung des Radverkehrs und des öffentlichen Verkehrs, installieren Sie Ortsbusse, Schnuppertickets, richten Sie Fußgängerzonen ein, etc.

7. Beratung und Förderung: Informieren Sie die EinwohnerInnen über die Möglichkeiten, die ihnen offenstehen, zur Autarkie beizutragen und die Vorteile, die daraus entstehen, bieten Sie – in Kooperation mit Profis – Beratung und Förderungen für erneuerbare Energieträger an.

8. Regionale Energien: Nutzen Sie regionale erneuerbare Energien für Raumwärme und Warmwasser, setzen Sie auf Biomasse und Energie aus der Sonne. Kooperieren Sie mit regionalen Initiativen und Firmen.

9. Strom aus der Region: Nutzen Sie Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse etc. mit regionalen Kooperationen für die Stromgewinnung.

10. Mobilität aus Erneuerbarer Energie: Nutzen Sie regionale erneuerbare Energien für Mobilität, zum Beispiel Strom aus Windkraftwerken oder Photovoltaik für Elektromobilität, Biogas, Biodiesel und Bioethanol.



„Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung, um das Budgetdefizit abzubauen und Österreich gestärkt aus der Krise zu führen. Mit unserem Projekt ‚Bürgerentlastung bei Verwaltungsverfahren‘ sparen wir durch den Einsatz von modernen E-Government-Lösungen nachhaltig Steuergeld ein und erhöhen gleichzeitig den Servicecharakter der österreichischen Verwaltung. Unser Ziel ist, Verwaltungsverfahren für Sie so einfach wie möglich zu gestalten und darüber hinaus Steuergeld zu sparen.“

Ihr Josef Pröll
Finanzminister



Nach den erfolgreichen Datenerhebungen seit Herbst 2009 kann

Das Finanzministerium setzt voll auf E-Government:

Initiative Bürgerentlastung bei Verwaltungsverfahren

Rund 32,4 Millionen Stunden – durchschnittlich vier Stunden pro Person – verbringen die Österreicherinnen und Österreicher jährlich mit Behördenwegen. Das sind die Ergebnisse der Initiative „Bürgerinnen und Bürger entlasten bei Verwaltungsverfahren“, bei der über 4000 Interviews mit Betroffenen geführt wurden.

Mag. Theresia Niedermüller &
Mag. Elisabeth Schweizer

Für das Finanzministerium steht im Vordergrund, die Verwaltungskosten weiter zu senken und im Gegenzug den Servicecharakter für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Mit FinanzOnline, der führenden E-Government-Anwendung, konnten laut Rechnungshof bisher rund 35 Millionen Euro eingespart werden. Jährlich werden über FinanzOnline rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerveranlagungen elektronisch beim Finanzamt eingebracht. Die Initiative „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ führte diese Erfolgsgeschichte der E-Government-Prozesse im Finanzministerium weiter (siehe Info-Kasten) und resultierte nun in einem Projekt, das vorsieht, auch für die Bürgerinnen und Bürger ein ähnliches Modell zu

starten. Die Idee dabei ist, dass „Amtswege“ bequem von zu Hause aus erledigt werden können und aktiv Steuergeld gespart wird. Die Initiative besteht aus zwei wesentlichen Komponenten. Erstes Element ist die Durchführung des SKM-Prozesses mit den Schritten „Basismessung, Zielformulierung, Maßnahmenplanung und -umsetzung“, deren Koordination beim Bundesministerium für Finanzen liegt. Das zweite Element ist die Umsetzung von vorgezogenen Maßnahmen in den Lebensbereichen Geburt, Eheschließung und Todesfall, für die das Bundeskanzleramt verantwortlich ist. Diese sollen die Bürgerinnen und Bürger möglichst rasch entlasten.

Mehr Service und Zeitersparnis

Das Ziel der Initiative: Amtswege in Zukunft schneller, einfa-

cher und noch kundenfreundlicher zu gestalten sowie die Servicequalität der öffentlichen Verwaltungen weiter zu optimieren. Das heißt konkret, verständlicher und leichter zugängliche Formulare, einfachere Prozesse, zentral bereitgestellte Informationen, Barrierefreiheit, verbesserte Beratungs- und Informationsangebote sowie interaktive Verfahren anzubieten. Mit diesen Serviceleistungen ist die Finanzverwaltung schon heute Vorreiter, trägt so zu einer effizienten und kostensparenden Verwaltung bei und spart damit auch Ihr Steuergeld.

In der ersten Projektphase wurden die 100 zeitaufwändigsten und wichtigsten Informationsverpflichtungen für Bürgerinnen und Bürger identifiziert und analysiert. Die Messung begann im Herbst 2009 und wurde im Februar 2010 abgeschlossen. Meinungsforscher interviewten mehr als 4000 Bürgerinnen und Bürger, um mit Hilfe von strukturierten Fragebögen den Zeitaufwand und die direkten Kosten der einzelnen Behördenwege zu erheben. Wichtige Interviewfragen beschäftigten sich auch mit qualitativen Faktoren wie Wartezeiten und Servicequalität.



Mag. Theresia Niedermüller arbeitet in der Abteilung II/11 „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ im Bundesministerium für Finanzen

OKT. 2009 – FEB. 2010

Erhebung mit
Interviews

FEB. 2010 – MAI 2010

Hochrechnung/
Maßnahmen-
Workshops

AB HERBST 2010

Maßnahmen-
umsetzung

das BMF nun gemeinsam mit den anderen Ressorts Maßnahmen zur Umsetzung bringen.

Ergebnisse und Potenziale

Die rund 100 erhobenen Verwaltungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger verursachen:

- ▶ 22 Mio. Anträge, Ansuchen, Erklärungen etc. pro Jahr
 - ▶ 32,4 Mio. Stunden Gesamtbelastung für alle Österreicherinnen und Österreicher
 - ▶ 113 Mio. Euro Barauslagen (Kopien, Fahrscheine etc.)
- Von den rund 22 Millionen Anträgen werden 12,5 Millionen persönlich, 7,7 Millionen per Post und nur 1,6 Millionen über elektronische Verfahren eingebracht. Von diesen 1,6 Millionen entfallen rund 1,5 Millionen auf das Finanzministerium, d. h. auf FinanzOnline. Rund 62 Prozent der Befragten, die bis dato Anträge manuell tätigen, können sich vorstellen, in Zukunft Verfahren elektronisch durchzuführen. Das zeigt die hohe Bereitschaft zur Nutzung von E-Government-Lösungen mit voll-elektronischen Anträgen in der österreichischen Bevölkerung.

Die Ergebnisse im Detail

Im Durchschnitt entfallen auf eine Österreicherin bzw. einen Österreicher rund drei Behördenkontakte mit knapp vier Stunden Gesamtbearbeitungszeit. Dieser Durchschnittswert streut jedoch stark je nach Familienkonstellation und Lebenssituation. Die Ergebnisse der Befragungen ergaben eine hohe Konzentration auf einige wenige Verwaltungsverfahren – so entfallen über 80 Prozent der Gesamtbearbeitungszeit auf 20 Verwaltungsverfahren. Dieses Ungleichgewicht des Zeitaufwandes kann auf die komplexen Sachverhalte der betroffenen Verwaltungsverfahren zurückgeführt werden, so ist beispiels-

weise das Ausfüllen einer Arbeitnehmerveranlagung verhältnismäßig komplizierter als das Ausfüllen eines Meldeformulars.

Auch Zufriedenheit abgefragt

Im Rahmen der Interviews wurde auch die Zufriedenheit mit verschiedenen Leistungen der Behörden abgefragt. Diese bewegt sich auf einer Skala zwischen 1 (= sehr zufrieden) und 10 (= sehr unzufrieden). Insgesamt liegt die Zufriedenheit bei den Top 20-Verwaltungsverfahren zwischen 3 und 4, wobei aber auf eine breite Streuung abgestellt wird, da sich die Lebenssituation und somit die anfallenden Verfahren in ihrer Komplexität unterscheiden. Persönliche Auskunft vor Ort (3,05) sowie das Service der Mitarbeiter vor Ort (3,20) schnitten deutlich besser ab als elektronische und telefonische Auskünfte. Als Beispiele für einen besonders hohen Zufriedenheitswert können die Stipendienstelle der Studienbeihilfebehörde sowie FinanzOnline genannt werden. Die Zufriedenheit mit der Serviceorientierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde mit 1,88 bewertet.

Vorschläge der Bürger aufgenommen

In der zweiten Phase des Bürgerprojekts wurden – auf Basis der Ergebnisse – im Rahmen von Workshops mit Ressorts und Interessensvertretungen konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet. Die daraus entstandenen Maßnahmenlisten wurden in den Ressorts weiter präzisiert und konsolidiert. Nun soll möglichst rasch mit der Maßnahmenumsetzung begonnen werden.

USP

One-Stop-Shop für Unternehmen

Das Finanzministerium hat in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt das Unternehmensserviceportal (USP) gestartet. Dieses soll künftig im Sinne eines zentralen One-Stop-Shops als elektronischer Zugang zu Behörden dienen.

Die Verwaltungskosten für Unternehmen will Österreich bis 2012 um eine Milliarde Euro senken. Im Rahmen der Initiative „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ ist Anfang dieses Jahres das Unternehmensserviceportal (USP) der Bundesregierung online gegangen.

Diese ressortübergreifende zentrale E-Government-Anwendung soll der heimischen Wirtschaft zunächst als einfach zugänglicher Ausgangspunkt für unternehmensrelevante Informationen dienen.

Langfristig soll das Portal jedoch als zentraler One-Stop-Shop Unternehmen Zugang zu E-Government-Angeboten bieten. Das Unternehmensserviceportal soll bis 2013 vollständig aktiv sein und dann auch Verfahren von Ländern und Gemeinden umfassen.

Mit diesem Projekt wird die Vernetzung über Verwaltungsgrenzen hinweg zum Nutzen aller Unternehmen unter Beweis gestellt und die Vorreiterrolle des Finanzministeriums beim E-Government einmal mehr unterstrichen.

www.usp.gv.at

Zertifikatsverleihung in Wien am 29. September 2010

Familienfreundlichkeit steigt stetig

Die Förderung der Familienfreundlichkeit in den Gemeinden bedeutet die Sicherung und Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Gemeinde und, wie es der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Helmut Mödlhammer definierte, die Stärkung der „Infrastruktur der Menschlichkeit“.

Seit Juli 2009 ist der Österreichische Gemeindebund Kooperationspartner der Familie & Beruf Management GmbH. Ziel ist es, das Audit *familienfreundlichegemeinde* auf eine breitere Basis zu stellen, um vor allem die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. Mittlerweile sind fast 150 Gemeinden im Prozess.

Über 40 Gemeinden werden ausgezeichnet

Es werden heuer über 40 Gemeinden in einem feierlichen Festakt in Wien für ihre Familienfreundlichkeit mit einem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet. Dabei haben Oberösterreich mit 16 Gemeinden und Salzburg die Nase vorn. Der Österreichische Gemeindebund und seine Landesverbände unterstützen das Audit *familienfreundlichegemeinde* seit Beginn. Sowohl Hallwang als auch Feldkirch sind seit 2006 im Prozess. Der Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Bürgermeister von Feldkirch Wilfried Berchtold, wie auch der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister von Hallwang Helmut Mödlhammer erhalten am 29. 9. 2010 das 1. Zertifikat. Beide Gemeinden haben nach drei Jahren viele im Audit beschlossene Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Hallwang hat gleich mehrere Maßnahmen mit der Revitalisierung des sogenannten „Mesnergütls“ realisiert, u. a. ein Zentrum für Mutter-Kind-Gruppen, ein Jugend-



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mit Kindern aus Hallwang.

raum und ein Vereinsraum der Sportschützen. Der Projektleiter, Vbgm. Michael Eckschlager, berichtete anlässlich eines Netzwerktreffens von Auditgemeinden, dass eher leicht umzusetzende Wünsche größtenteils mit geringem finanziellen Aufwand gewünscht waren wie Infofolder für junge Eltern, Einrichtung einer Jobbörse auf der Gemeindehomepage, seniorInnengerechte Bewegungs- und Kontaktmöglichkeiten. In Feldkirch wurde für Familien bereits viel gemacht. In der westlichsten Stadt Österreichs schien das Audit ein geeignetes Instrument zu sein, um abzufragen, ob die Angebote bekannt sind, tatsächlich den Bedürfnissen der Familien in Feldkirch entsprechen und welche Wünsche darüber hinaus vorhanden sind.

Moosburg erhält zweites Zertifikat

Die Marktgemeinde Moosburg in Kärnten hat bereits das

Grundzertifikat und das 1. Zertifikat als familienfreundliche Gemeinde erhalten und strebt nun als erste Gemeinde Österreichs ein 2. Zertifikat an. Durch das Audit *familienfreundlichegemeinde* wird sichergestellt, dass sich Moosburg, trotz vorhandener familienfreundlicher Leistungen und Projekte, bedarfsorientiert weiterentwickelt.

Die Zertifikatsverleihung Audit *familienfreundlichegemeinde* findet am 29. 9. 2010 im Palais Niederösterreich in Wien statt. Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer und Staatssekretärin Christine Marek werden den Gemeinden als Anerkennung für ihr Engagement und ihre innovativen Maßnahmen ein Zertifikat überreichen.

Interessierte Gemeinden sind herzlich eingeladen. Näheres zur Veranstaltung und den Anmeldemodalitäten entnehmen Sie bitte den Webseiten des Österreichischen Gemeindebundes und der Familie & Beruf Management GmbH.

Information

Familie & Beruf
Management GmbH



Ansprechpartnerin:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at



Tel.: 01/218 50 70
Web: **www.familieundberuf.at**

Österreichischer
Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: **www.gemeindebund.at**

Österreichs Gemeinden machen sich fit!



Mitmachen und anmelden:
Ab 1. Juli 2010 unter
www.bummbumm.at

26.  ktober
Gemeinsam gesund bewegen Tag

Nach dem großen Erfolg im Jahr 2009 freuen sich Fonds Gesundes Österreich und Bundesministerium für Gesundheit, auch heuer wieder den „**Gemeinsam gesund bewegen**“ Tag zu veranstalten.

Knapp 300 **Gemeinden**, **Sportvereine** und **Partner** sowie 60.000 **Österreicherinnen** und **Österreicher** haben im letzten Jahr aktiv teilgenommen.

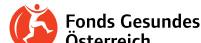
So möchten wir auch heuer alle Gemeinden, Sportvereine und interessierte Organisationen aufrufen, **aktiv** zu werden und mitzumachen.

Machen Sie sich fit für den 26. Oktober 2010!

Denn ganz Österreich macht mit beim größten Gesundheits- und Bewegungstag für Groß und Klein.

Als besonderes Service bietet der FGÖ das Aktivpaket für Veranstalter an:

- **Einfache Anmeldung** über die Website www.bummbumm.at – ab 1. Juli 2010
- **Gratis-PR-Paket** für die Veranstaltung (Presstexte, Grafiken, Powerpointunterlagen, Anzeigen etc.)
- Unterstützung bei der Veranstaltung mit kostenlosen **Give aways**
- Jene Veranstaltungen, die über die Website www.bummbumm.at bzw. über Facebook www.facebook.com/gemeinsamgesund die meisten Freunde/Unterstützer aktivieren, werden im September im **Radio** präsentiert



Es darf ruhig noch ein bisschen mehr Aktivität sein

Tag der Bewegung – Nationalfeiertag mit Vorbildwirkung

Mangelnde Bewegung und nicht ausgewogene Ernährung sind ein wesentlicher Risikofaktor für die Entstehung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Schon kleine Veränderungen in der gewohnten Lebensweise können diese Tendenz aber erheblich senken. In nahezu allen Gemeinden wird am 26. Oktober die Bewegung großgeschrieben. Viele Initiativen und gemeinsame Aktivitäten haben sich zum Ziel gesetzt, die Menschen dazu zu motivieren und Vorbild zu sein.

Ob Gemeinden, Sportvereine oder Organisationen, am 26. Oktober werden sie alle wieder das ganze Land zur Gesundheitsaktivität anregen. Ein breites Spektrum an Bewegungsmöglichkeiten gehört mittlerweile bereits zur Tradition am Nationalfeiertag. Gerade seit den vergangenen Jahren wird dieses Thema immer wichtiger. Der durchschnittliche Arbeitstag beginnt und endet vorm Computer, die Abende vor dem Fernseher; das sind Faktoren, die der

rung und Prävention, der für Gemeinden eine gute Anlaufstelle bietet. Seit Jahren ist man dort bemüht, mehr Bewegungsinitiativen unter die Menschen zu bringen. Das Motto lautet „Gemeinsam gesund bewegen“.

„Einstiegsdroge“ Nordic Walking

Im niederösterreichischen Ternitz wird viel für die Bewegung der Gemeindebürger gemacht. Umfangreiche Initiativen

bemühen sich, die Menschen für das Thema sensibel zu machen. Diese reichen von Sport bis zur richtigen Ernährung. Bürgermeister LAbg. Rupert Dworak versucht dabei ein Vor-

bild zu sein: „Ich nutze die freien Momente, um auf meine Gesundheit zu achten und mich zu erholen. Dreimal die Woche gehe ich zumindest eine Stunde laufen.“ Sein Credo im Bezug auf die Bewegung ist: „Man muss nicht immer den Spitzensport nachahmen, sondern gesundheitsförderlich Bewegung initiieren.“ Zahlreiche Vereine bieten Gymnastik, Nordic Walken, Kinderturnen uvm. unter professioneller Betreuung an

und motivieren die Menschen, sich zu bewegen. „Die Aktiven können sich jedes Jahr von Sportwissenschaftlern testen lassen, wie’s ausschaut“, so Dworak. Für die Gemeindebediensteten hat er sich auch etwas überlegt. Vor ein paar Jahren stellten sich alle Mitarbeiter auf die Waage und innerhalb eines Jahres konnten sie zusammen rund 200 Kilogramm abnehmen. Am Nationalfeiertag wird in der niederösterreichischen Gemeinde gemeinsam „gewalkt“. „Nordic Walking ist sozusagen unsere Einstiegsdroge zu mehr Bewegung. Das Tolle dabei ist, dass es nicht überfordert und von Jung bis Alt jeder mitmachen kann“, ist der Bürgermeister begeistert. Im Vorjahr waren es rund 200 motivierte Teilnehmer. Natürlich steht auch Dworak bereit für die eineinhalb Stunden Nordic Walking. Nach der Anstrengung können sich die Hobbysportler auf die verdiente Belohnung am Buffet freuen. Dort wartet dann kein Schweinsbraten, sondern gesündere Schmankerl. Darf sich der Sportler nach getaner Arbeit auch ein Bier genehmigen? „An einem Belohnungsbier soll es nicht scheitern, das gehört dazu, doch es sollte halt nicht zu viel Alkohol werden“, so Dworak. Als Bürgermeister komme er oft in die Situation, ein Glas zu trinken, und dazu nein zu sagen ist für ihn sehr wichtig. „Die Ternitzer verstehen“, so Dworak, „wenn der Bürgermeister sagt, dass ein Achterl genügt“. Auch bei zu vielen Essenseinladungen hat er bereits gelernt im Sinne seiner Gesundheit abzulehnen. Manchmal esse er lieber zu Hause einen Salat. Neben den Aktivitäten am Nationalfeiertag hat sich in Ternitz ebenfalls der



Man muss nicht immer den Spitzensport nachahmen, sondern gesundheitspräventiv Bewegung fördern.

LAbg. Bgm. Rupert Dworak, Ternitz

Gesundheit eher negativ gesinnt sind. „Es ist wichtig, dass sich die Menschen bewegen. Schon 150 Minuten pro Woche, eine gesunde Ernährung und der Verzicht auf Stress, Alkohol und Zigaretten können eine Menge bewirken“, sagt Dr. Arno Melitopoulos, Geschäftsführer der Gesundheit Österreich GmbH. Zu der Gesellschaft gehört auch der Fonds Gesundes Österreich, die bundesweite Kontakt- und Förderstelle für Gesundheitsförde-



Die Ternitzer sind begeisterte Nordic Walker, und auch Bürgermeister Rupert Dworak (Mitte mit roter Jacke) hat seine Freude an der Bewegungsart gefunden. Am 26. Oktober gibt es wie im Vorjahr ein gemeinsames „walken“, dazu ist auch Gesundheitsminister Alois Stöger eingeladen.

Stadtlauf etabliert. In drei Disziplinen (fünf oder zehn Kilometer Lauf oder Nordic Walking) gehen rund 1000 Sportler an den Start. „Das ist ein äußerst positives Signal in die richtige Richtung“, ist er begeistert, „Ob Kinder oder Senioren, immer mehr sind bereit, etwas für ihre Gesundheit zu tun“.

Alle Generationen wandern mit

In der Stadtgemeinde Zell am See steht Bewegung seit langem an der Tagesordnung. Der beliebte Sommer- und Wintersportort veranstaltet am Nationalfeiertag heuer zum zweiten Mal einen gemeinsamen Wandertag, „dieses Jahr auf die Schoberalm“, erklärt Bürgermeister Ing. Hermann Kaufmann. Rund 120 Wanderer waren bereits im Vorjahr dabei. Heuer hofft der Bürgermeister

auf noch mehr Bewegungshunger. „Wir werden dabei von unseren rund 40 Sportvereinen unterstützt“, so Kaufmann. Früher veranstalteten sie einen Lauf rund um den Zeller See, doch der hat sich wetterbedingt nicht durchgesetzt. „Leider ist der See im Herbst immer wieder von dichtem Nebel umhüllt“, so Kaufmann. Die Gemeinde Zell am See unterstützt die Aktivität ihrer Mitarbeiter in diversen Sporteinrichtungen. „Wenn sie ein Fitnesscenter besuchen, gibt es von unserer Seite einen finanziellen Anreiz“, erklärt der Bürgermeister. Er selbst hat sich zum Ziel gesetzt, auch jede Woche ein kleines Gesundheitsprogramm zu absolvieren. „Dazu gehört Gymnastik, am Wochenende Radfahren und im Winter ein regelmäßiger Gang in die Sauna“, beschreibt der Bürgermeister mit einem kleinen Zwinkern, denn „das ist die Wunschvorstellung, leider geht sich im

dem Gruppenaspekt. Alle gemeinsam gehen zur Alm, die auf 1200 Metern Seehöhe auch für nicht so Sportliche erreichbar ist.“ Danach gibt es ein gemütliches Zusammensitzen auf dem Berg. Dabei darf auch mit einem Gläschen angestoßen werden, doch mehr, so der Bürgermeister, solle es halt nicht werden.

Österreich im hinteren Mittelfeld

Dass die Gemeinden sich für die Gesundheit ihrer Bewohner einsetzen ist nicht selbstverständlich. Jede Initiative kann bereits etwas bewirken, denn Bewegung stärkt Herz und Abwehrkräfte, baut Stress ab und hält Übergewicht in Schach.

Leider liegt Österreich statistisch gesehen europaweit im schlechten Mittelfeld. Nur 26 Prozent der Bevölkerung bewegen sich ausreichend, im Europa-Durchschnitt sind es immerhin 31 Prozent der Menschen.

Am 26. Oktober aber wird es wieder zahlreiche Initiativen geben, die auch Bewegungsmuffel zum Tun anregen. Für Gemeinden gibt es vom Fonds Gesundes Österreich ein spezielles Unterstützungsprogramm. Nähere Informationen auf www.bummbumm.at

Zu meinem Gesundheitsprogramm gehört einmal die Woche Gymnastik, am Wochenende Radfahren und im Winter ein regelmäßiger Gang in die Sauna.

Bgm. Ing. Hermann Kaufmann, Zell am See



Berufsalltag nicht jede Woche alles aus.“ Kaufmann freut sich schon auf die Wanderung zur Schoberalm: „Es ist keine übermäßige Anstrengung, sondern dient

Europa: Mehr Unterstützung für Europas Jugendliche

Jugend in Bewegung

Fünf Millionen junge Europäer suchen Arbeit. Da vielen von ihnen die erforderlichen Qualifikationen fehlen, sind ihre Möglichkeiten begrenzt. Die EU-Kommission startete Mitte September die neue Leitinitiative „Jugend in Bewegung“. Diese soll den betroffenen jungen Menschen dabei helfen, das Wissen und die Fähigkeiten zu erwerben bzw. die Erfahrung zu sammeln,

Foto: © European Union, 2009



EU-Kommissar László Andor.

die sie für ihre erste Arbeitsstelle benötigen. Als Bestandteil der neuen EU-Strategie „Europa 2020“ umfasst die Initiative „Jugend in Bewegung“ 28 Schlüsselmaßnahmen, mit denen die allgemeine und berufliche Bildung stärker an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet werden sollen. Darüber hinaus sollen mehr junge Menschen mit einem EU-Stipendium für ei-



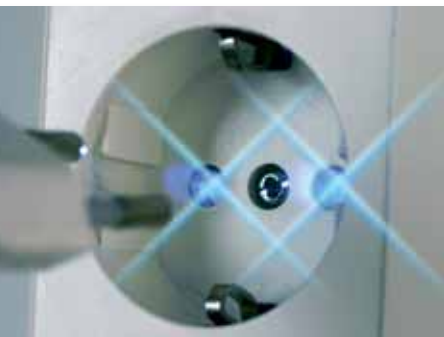
Mit „Jugend in Bewegung“ sollen für alle jungen Menschen in Europa die Möglichkeiten für eine Mobilität zu Lernzwecken bis 2020 ausgeweitet werden.

nen Studien- oder Ausbildungsaufenthalt im Ausland begeistert werden. László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, erklärte: „Für Millionen junger Europäer steht das Finden einer Arbeit an erster Stelle. Auf nationaler und auf EU-Ebene wird ‚Jugend in Bewegung‘ eine neue Dynamik hin zu einer besseren Unterstützung jun-

ger Menschen erzeugen, damit sie Arbeit finden, ihren Lebensunterhalt verdienen und eigene Pläne verfolgen können“. Die Kommission startet auch eine Konsultation zur Zukunft ihrer Mobilitätsprogramme für die Zeit nach 2013. http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/index_de.html

AK-Studie: Vorwurf, dass Versorger Preissenkungen nicht weitergeben

Diskussion um zu hohe Energiepreise



Die Energiewirtschaft kritisiert, dass der Beobachtungszeitraum falsch gewählt wurde.

Österreichische Strom- und Gaslieferanten geben laut einer Studie der Energieagentur (AEA), die im Auftrag der Arbeiterkammer erstellt wurde, Preissenkungen bei den Großhandelspreisen nicht immer an ihre Kunden weiter. Die Großhandelspreisindizes für Strom und Gas seien im Zeitraum Juli 2008 bis Juni 2010 um rund ein Fünftel gesunken, die Konsumenten-

tenpreise im gleichen Zeitraum aber um durchschnittlich 5,5 (Strom) und 5,0 Prozent (Gas) gestiegen. Die E-Wirtschaft wirft der AK vor, ein verzerrtes Bild zu zeichnen. Der Beobachtungszeitraum sei „willkürlich gewählt“. Der Untersuchungszeitraum müsse mit dem Jahr 2006 beginnen, als der Strompreis deutlich unter dem Niveau vom Spitzenjahr 2008 lag.

Subventionen

Sparpotenzial vorhanden

Österreich ist Europameister im Verteilen von Förderungen. Mit einer pauschalen Kürzung aller Subventionen um zehn Prozent – mit Ausnahme von Gesundheit, Arbeitsmarkt und Forschung – könnte kurzfristig eine ganze Milliarde eingespart werden, meint Wifo-Experte Hans Pitlik. Mittelfristig könnten sogar vier Mrd. eingespart werden.



**VERTRAUEN
ALS BASIS**

IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit [WWW.PI-AG.COM](http://www.pi-ag.com)

P&I

Your partner for integrated HR solutions

Studie: Österreicher sind bereit, 40.000 Euro auszugeben

40 Prozent wollen renovieren

Aus einer INTEGRAL-Studie im Auftrag der Sparkassengruppe geht hervor, dass die Österreicher im Durchschnitt 40.000 Euro für eine anstehende Renovierung oder Sanierung ausgeben wollen.

Allerdings werden diese Kosten oft unterschätzt, denn durchschnittlich investierten die Österreicher dafür 56.000 Euro. 65 Prozent des benötigten Kapitals für die Renovierungs- oder Sanierungsarbeiten stammen aus eigenen Ersparnissen, 18 Prozent kommen von der Familie bzw. aus Erbschaft-



65 Prozent des für Renovierungen benötigten Kapitals stammen aus eigenen Ersparnissen.

ten oder Schenkungen. Nur 16 Prozent der Kosten werden mittels Kredit finanziert. Im Bundeslandvergleich stechen die Kärntner als Sparsfrohs hervor.

Sie greifen auf den größten Polster zurück. 40 Prozent der Österreicher wollen in den nächsten fünf Jahren sanieren oder renovieren.

Wunsch der Österreicher

Neue Wirtschaftsordnung

Eine Umfrage zeigt: Mit einem rein marktorientierten Wirtschaftssystem findet sich nur noch ein sehr geringer Anteil der Österreicher ab. 54 Prozent glauben nicht, dass Wachstum ihnen mehr Lebensqualität bringt. Die Sorge um den Zustand der Umwelt scheint die meisten weitaus mehr zu plagen als geringere Wachstumsraten – vor allem mit Blick auf die Welt, in der ihre Kinder leben werden. 90 Prozent fordern „eine neue Wirtschaftsordnung, in der Umweltschutz einen höheren Stellenwert hat“.

Abfallentsorgung

Österreicher sammeln mehr

Die Österreicher haben im ersten Halbjahr 2010 370.000 Tonnen Verpackung und Altpapier im Haushaltsbereich gesammelt. Bei den Kunststoffverpackungen stieg laut Altstoff Recycling Austria AG das Volumen um 2,3 Prozent auf 68.500 Tonnen. Geringere Sammelmengebungen gab es bei Metallverpackungen, Kartonagen und Altpapier.

Inflation gesunken

Mieten als Preistreiber

Die Inflation ist im Juli im Jahresabstand von zwei auf 1,9 Prozent zurückgegangen und hat damit das Niveau vom Mai erreicht. Hochgehalten wird die Teuerungsrate durch Preisanstiege bei Wohnen und Treibstoffen. Hauptpreistreiber im Jahresabstand war im Juli die Ausgabengruppe „Wohnung, Wasser und Energie“ mit einem Anstieg um 2,8 Prozent.

Arbeitsklima: Bildung macht zufriedener

Schlechte Stimmung bei Leuten ohne Matura

Die Stimmung unter Arbeitnehmern bleibt schlecht. Das zeigt eine Studie der Arbeiterkammer (AK) über das Klima in Betrieben. Besonders Lehrlinge und Leute ohne Matura sind äußerst unzufrieden mit Arbeitsmarkt und Löhnen. Die Studie zeigt: Je höher die Bildung, umso größer ist auch die Arbeitszufriedenheit der Befragten. Ma-



Vor allem Lehrlinge sind unzufrieden mit ihrer Situation.

turanten und Hochschulabgänger liegen deutlich über dem Schnitt. Lehrlinge drücken ihn.



Zertifizierter
Schutz
mit hohem
Tragekomfort



tested to work

MASCOT® WORKWEAR

www.mascot.dk
E-mail: info@mascot.dk

Roadshow „Kommunale Beleuchtung“ – die erfolgreiche Veranstaltungsserie

Gleisdorf ist die letzte Station für 2010

Unter der Patronanz von Wirtschaftsminister Mitterlehner organisierte der Österreichische Gemeindebund gemeinsam mit dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie und der Kommunalkredit die sechsteilige Veranstaltungsserie „Kommunale Beleuchtung“. Diese bietet unter dem Motto „Mehr Licht – weniger Kosten“ allen interessierten Bürgermeister und Gemeindebediensteten die Möglichkeit, sich kostenlos über neue Technologien in der Innen- und Außenbeleuchtung sowie über Einsparpotenziale, Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten zu informieren. Am 6. Oktober findet in Gleisdorf die letzte Veranstaltung statt. Bereits an fünf österreichischen Standorten machte die Roadshow „Mehr Licht – weniger Kosten“ halt. Über 250 Gemeindevertreter haben bislang die Möglichkeit genutzt, sich kostenlos zu informieren und sich von Experten vor Ort beraten zu lassen. Rund ein Drittel der gesamten kommunalen Beleuchtung in Österreich stammt aus

Initiative Licht: Über 250 Gemeindevertreter haben bislang die Möglichkeit genutzt, sich kostenlos zu informieren und sich von Experten vor Ort beraten zu lassen.

den 60er-Jahren. Dies betrifft die Straßenbeleuchtung ebenso wie die Beleuchtung von Schulen, Kindergärten, Amtshäusern und vieles mehr. Daher gibt es auch in kaum einem anderen Bereich so immense Einsparungspotenziale wie im Bereich „Beleuchtung“ auf kommunaler



Foto: Philips

Ebene, sowohl in der Innen- als auch in der Außenbeleuchtung. Österreichweit könnten durch eine Umstellung der Beleuchtungssysteme und dem Einsatz energieeffizienter Technologien der Ausstoß von rund zwei Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten eingespart werden.

EU-Vorgaben werden auch Gemeinden treffen

Tatsache ist, dass (EU-)Vorgaben über Energieeffizienz in naher Zukunft nicht vor Städten und Gemeinden Halt machen werden. Insbesondere im Bereich Beleuchtung werden zunehmend Kommunen gefordert sein, die Potenziale zu nutzen, die sich durch effiziente, moderne Technologien ergeben. Die Veranstaltungen sind daher auch darauf gerichtet, kommunale Entscheidungsträger über neue rechtliche Rahmenbedingungen in Bezug auf energieeffiziente Beleuchtungstechnologien zu informieren. In den Fachvorträgen wird insbesondere aufgezeigt, wie Ge-

meinden Kosten schonend ihre Beleuchtungssysteme auf moderne, energieeffiziente Beleuchtungslösungen umstellen können, dabei mit besseren Licht ausgestattet werden und noch dazu enorme Energiekosten einsparen können. Begleitend zu den Vorträgen findet auch eine ganztägige Ausstellung statt, in der sich Interessierte direkt an Experten wenden können. Zu den Möglichkeiten neuer Beleuchtungstechnologien gibt es bereits zahlreiche Beispiele, die auch bei den bisherigen Veranstaltungen erläutert wurden.

Finale Station Gleisdorf

Nach der Sommerpause macht die Roadshow „Mehr Licht – weniger Kosten“ zum letzten Mal Halt: Die Abschlussveranstaltung für Gemeindevertreter aus der Steiermark und Kärnten findet am 6. Oktober 2010 in Gleisdorf statt. Weitere Informationen zum Programm sowie den Anmelde-Link finden Sie auf www.gemeindebund.at www.feei.at

Wir realisieren Gewerbe- und Industrieobjekte nach Ihrem individuellen Bedarf. Sie mieten das fertige Objekt. P+M. Innovative Lösungen für Expansion UND Liquidität!

www.pm-holding.at

INNOVATION IST UNSER ANSPRUCH



EVONIK / Scherfling, Eröffnung 17.06.2010

P+M
PROJEKT-
ENTWICKLUNG
UND MANAGEMENT
HOLDING
GMBH



Walter Hartlieb, Bürgermeister von Kötschach-Mauthen, setzt auf den Unimog Euro 5.

„Ich Sorge dafür, dass bei uns keine dicke Luft herrscht.“

Der Unimog Euro 5 produziert 10-mal weniger Rußpartikel als ein Traktor mit aktueller Tier 3/Stufe III A-Emissionsvorschrift. Damit eignet er sich perfekt für Klimabündnis-Gemeinden wie Kötschach-Mauthen. www.pappas.at/unimog

UNIMOG  2 JAHRES
WERTPAKET



Mercedes-Benz

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126,
Hotline: 0800/727 727

Vereinigung im Dienste einer sicheren Gas- und Wasserversorgung

ÖVGW – Kompetenz in Sachen Gas und Wasser

Die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) ist seit über 125 Jahren erfolgreich im Dienste einer sicheren Gas- und Wasserversorgung tätig. Das Mitgliederspektrum umfasst Gasnetzbetreiber und Wasserversorgungsunternehmen, Firmen sowie Organisationen und Personen, die im Gas- bzw. Wasserbereich tätig sind.

Starke Vertretung

Die ÖVGW ist auf technischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und rechtlichem Gebiet tätig und unterstützt mit ihren Aktivitäten gemeinwirtschaftliche Anliegen wie den umweltschonenden und sicheren Einsatz von Erdgas und die nachhaltige Versor-



Die Zentrale der ÖVGW am Wiener Schuberting.

gung mit Trinkwasser, eng verbunden mit dem Schutz der Wasserressourcen. Die Mitglieder der ÖVGW wissen die Vorteile einer Mitgliedschaft zu schätzen:

- ▶ Effektive Vertretung durch einen starken Interessenverband
- ▶ Kompetente Auskunft und Beratung

- ▶ Mitsprache- und Einflussnahmemöglichkeit bei der Erstellung von Richtlinien und der Festlegung von Normen
- ▶ Aktuelle Fachinformation
- ▶ Unabhängige Zertifizierungsstelle
- ▶ Ermäßigungen bei Zertifizierungsverfahren, Schulungen und Veranstaltungen, Kauf technischer Richtlinien u. a.

Weiterbildung

Die Ausbildungsprogramme decken nahezu alle Bereiche ab, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gasnetzbetreibern und Wasserversorgern, aber auch von einschlägigen Planungsbüros oder Installationsunternehmen benötigen. Die ebenfalls von der

Vereinigung organisierten Tagungen, Symposien und Kongresse sind ein wichtiger Beitrag, um up to date zu bleiben. Sie bilden exzellente Rahmenbedingungen für Erfahrungsaustausch und Diskussion. Zu den jährlichen Fixpunkten zählen das Symposium Wasserversorgung, der ÖVGW-Kongress mit Fachmesse, die Werkleitertagung und die Infotage Trinkwasser.

Informationen

ÖVGW
Schuberting 14
1010 Wien
Tel.: 01/513 15 88 -0
E-Mail: office@ovgw.at
www.ovgw.at

E.E.

U 20 Kommunal mit Trilety-Kehraufbau wurde in Graz erstmals präsentiert

Unimog-Weltpremiere auf der KOMMUNALMESSE

Auf der Kommunalmesse im Grazer Messegelände am 9. und 10. September präsentierte die Pappas-Gruppe als besonderes Highlight einen U 20 mit Kehraufbau des Halbleiner Fahrzeugaufbauers Trilety. Der U 20 ist der erste seiner Art und feierte damit auf der Grazer Kommunal-Messe und dem gleichzeitig stattfindenden Gemeindebundtag seine Weltpremiere. Damit sind ab sofort für den Bereich Kehren sowohl der U 400 als auch die kompakte Baureihe U 20 einsetzbar. Aber nicht nur der U 20 mit Kehrgerät, sondern auch die ausgestellten Unimog-Bauweisen U 20 und U 400 mit Mäh- und Winterdienstgeräten belegten eindrucksvoll die wirtschaftliche Ganzjah-



Der Unimog mit Trilety-Kehraufbau ist der erste seiner Art und sehr vielseitig einsetzbar, er wurde in Graz der Öffentlichkeit gezeigt.

restaughlichkeit des Unimog in der Straßenerhaltung. Und das mit modernster, abgasarmer Euro 5-Technologie für wenig Verbrauch und noch weniger Schadstoff-Emissionen. Punkte, die in Zeiten von Klimaschutz, steigenden Treibstoffpreisen

und sinkenden Gemeindebudgets immer wichtiger werden. Ergänzt wurde das Kommunalprogramm mit einer Neuheit für den Bereich Feuerwehr- und Katastropheneinsatz. Im Freigelände präsentierte Pappas den Ta-

gungsgästen einen U 20 mit Feuerwehraufbau der Firma Nusser in Feldkirchen. Dieses Fahrzeug, das für die Freiwillige Feuerwehr Laastadt in Kärnten im Einsatz ist, ist eines der ersten aus der Baureihe U 20, das in Österreich im Einsatz seinen (Feuerwehr-)Mann steht. Weitere Fahrzeuge versehen ihren Dienst bereits seit Sommer 2010 bei mehreren Kärntner und niederösterreichischen Feuerwehren.

Information

Georg Pappas
Automobil AG
2355 Wiener Neudorf
Tel.: 02236/604-0
Mail: info@pappas.at
Web: www.pappas.at

E.E.

Die Münze Österreich bietet für jeden Anlass ein Objekt aus edlem Metall

Mit Medaillen bleibende Erinnerungen schaffen

Medaillen zum Jubiläum und Gedenken, als Anstecknadeln oder Plaketten schaffen bleibende Erinnerungen.

Die Münze Österreich bietet für spezielle Anlässe genau die richtigen

Begleiter in Bronze, Silber oder Gold. In jedem Fall ein außergewöhnliches Erinnerungstück für große Errungenschaften.



Jubiläumsmedaillen

Am Beispiel eines großen Anlasses, wie eines Gemeindejubiläums, zeigt sich, wie schön so ein Zeitpunkt in Gold, Silber oder Bronze geprägt werden kann. Mit einer Jubiläumsmedaille können Sie eine zeitlose, wertvolle Erinnerung schaffen.

Gedenkmedaillen

Krönen Sie treue Gäste mit einer Gedenkmedaille, die diese mit Stolz als Erinnerung an einen schönen Urlaub im Freundes- und Bekanntenkreis zeigen werden. Somit dient die Medaille auch dazu, Interesse an Ihrer Gemeinde als Urlaubsziel zu erhalten und neu zu wecken.

Ehrenmedaillen und Anstecknadeln

Verleihen Sie besondere Aus-

zeichnungen, um langjährige Verdienste zum Wohle der Gemeinde zu honorieren. Großzügigen Spendern werden Medaillen als Dankeschön verliehen, um deren Beitrag besonders hervorzuheben und zu dokumentieren. Künstlerische Gestaltung und modernes technisches Know-how vereint mit Tradition und der langjährigen Erfahrung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen ein exzellentes Gesamtergebnis.

Sämtliche Arbeitsschritte – beginnend beim Design, über Anfertigen der Werkzeuge und Rohlinge bis hin zur eigentlichen Prägung – führt die Münze Österreich durchgängig und aufeinander abgestimmt aus. Vielfältiges Design und die Verwendung von unterschiedlichen Materialien erweitern das Angebot mit einem großen ge-

stalterischen Spielraum in der jeweiligen finanziellen Bandbreite, die für ein solches Projekt benötigt wird.

Individuelle Beratung

Kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne persönlich und informieren Sie über alle Möglichkeiten, um „Ihre ganz persönliche Medaille“ zu fertigen.

Information

Münze Österreich AG
Am Heumarkt 1
1030 Wien
Tel.: 01/71715 - 350 und 181
Fax: 01/71715 - 357
E-Mail:
medals@austrian-mint.at
www.austrian-mint.at

Starker Trend „Zurück zum Staat“

Umdenken in den Kommunen

Immer mehr Städte und Kommunen in Europa holen sich ihre Aufgaben zurück. 2011 wird ein entscheidendes Jahr. Nach Ländern und Städten im Großformat wie Spanien, Polen, Finnland, Tschechien und Paris holt sich auch Deutschlands sechstgrößte Metropole, Stuttgart, ihre kommunalen Aufgaben von Privat zurück.

Laut Umfragen des Instituts Trend Research ist der Trend auch in der Bundesrepublik weitreichender, als so manchen großen Konzernen lieb ist: Rund 50 Prozent der deutschen Städte und Gemeinden beschäftigen sich derzeit bereits mit den Möglichkeiten der Rekommunalisierung. Zwischen 2009 und 2011 sollen laut VKU (Verband kommunaler Ebenen) über 2000 Konzessionsverträge bundesweit neu ausgeschrieben werden. Wie in Stuttgart bekommen politische Entscheidungsträger Schützenhilfe von NGO (Nichtregierungsorganisationen) oder privaten Initiativen. Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG-KMSfB (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe): „Der gleiche Trend ist in vielen Ländern deutlich zu beobachten. Gemeinden erledigen ihre Aufgaben wieder selber – kostengünstiger, transparenter und in besserer Qualität. Das ist eine große Chance.“



Foto: Spiola

Gemeinden erledigen ihre Aufgaben wieder selber – kostengünstiger, transparenter und in besserer Qualität. Das ist eine große Chance.

Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG-KMSfB

Allgemeine Güter

Längst sind die Lehren aus den Privatisierungsexperimenten der vergangenen Jahre in den Köpfen von EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen angekommen. Die Rechnung präsentiert sich meist verspätet, über Umwege und natürlich auf Kosten der Allgemeinheit. Wie in Stuttgart sind derzeit viele

Städte und Gemeinden damit beschäftigt, Stadtwerke neu zu gründen, um zentrale Aufgaben wieder in öffentliche Hände zu legen. In den Kommunalverwaltungen können so Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. In heiklen Bereichen wie Fragen der Infrastruktur zeigen bisherige Erfahrungen auch die Sinnhaftigkeit, strategische, wirtschafts-

und umweltpolitische Zielsetzungen dem öffentlichen Bereich zu überlassen und nicht von profitorientierten Konzernen bestimmen zu lassen. Wasser ist etwa weit mehr als eine flüssige Handelsware, das Geschäft geht weit über Leitungsmonopole hinaus: Zu diesem Bereich gehören etwa auch Wasserschutzgebiete und der Grundwasserschutz. Mit Interessen privaten Investments gibt es hier keine Übereinstimmungen, da langfristige Versorgungsziele sich nicht mit jährlichen Wünschen nach Erfolgsbilanzen treffen.

Auch die öffentliche Kontrolle ging für zentrale öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur an Private über. Als besonders besorgniserregend wird der Umstand gewertet, dass nicht absehbar ist, in wessen Hände zentrale Versorgungseinrichtungen in weiterer Folge etwa durch Fusionen

oder Entflechtungen übergehen. In Stuttgart steht als nächster Schritt bereits die Energieversorgung auf dem Rückführungsplan von Privatisierungsgegnern und politischen MitstreiterInnen.

Rekommunalisierungen in Europa

- ▶ London, Großbritannien, Abwasser- und -entsorgung
- ▶ Paris, Frankreich, Wasserversorgung
- ▶ Frankfurt/Main, Deutschland, Abfallentsorgung
- ▶ Leipzig, Deutschland, städtische Dienste
- ▶ Helsinki, Finnland, staatliche Stromversorgung
- ▶ ESTLAND, Bahn
- ▶ Sevilla, SPANIEN, öffentliche Teilhabe
- ▶ Hospitalet, SPANIEN, Altenpflege
- ▶ ITALIEN, Schulmahlzeiten
- ▶ Lüttich, BELGIEN, städtische Dienste
- ▶ DÄNEMARK, öffentliche Verwaltung
- ▶ GROSSBRITANNIEN, Direktarbeit
- ▶ TSCHECHISCHE REPUBLIK, Gesundheitsversorgung
- ▶ UNGARN, Gesundheitsversorgung
- ▶ SLOWAKISCHE REPUBLIK, Gasversorgung
- ▶ BULGARIEN, Wasserversorgung
- ▶ POLEN, Wasserversorgung
- ▶ NORWEGEN, ArbeitnehmerInnenpläne

Information

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, Freie Berufe
 Maria-Theresien-Straße 11,
 1090 Wien
 Tel.: 01/313 16-0
www.gdg-kmsfb.at

Erste Bank-Vorstand Peter Bosek im KOMMUNAL-Interview

Mit vereinten Kräften: Neue Dienstleistung für Gemeinden

Der „Kommunale Zinssteuerungsvergleich“, den Erste Bank und Sparkassen anbieten, soll Gemeinden beim Management ihrer Kreditzinsen unterstützen. Peter Bosek, Firmenkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich, berichtet im KOMMUNAL-Interview über den Stand des Projekts.

Erste Bank und Sparkassen machen sich plötzlich bei Österreichs Gemeinden bemerkbar. Ein Sinneswandel oder ein Strategiewechsel?

Peter Bosek: Weder noch. Vor allem die Sparkassen – Stichwort Gemeindeparkassen – sind seit eh und je mit ihrer Gemeinde verbunden. Neu ist allerdings, dass die gesamte Sparkassengruppe gemeinsam in Zusammenarbeit mit Städte- und Gemeindebund den Gemeinden eine Dienstleistung anbietet – mit vereinten Kräften quasi. Ziel des Projekts „Kommunaler Zinssteuerungsvergleich“ ist die Positionierung der Sparkassengruppe als kompetente Anlaufstelle für Gemeinden in allen finanziellen Fragen.

Viele Gemeinden sind verschuldet, der Besuch anderer sogenannter „kompetenter Anlaufstellen“ hat den Verschuldungsgrad aus Sicht der Gemeinden eher verschlechtert. Was wollen Sie nun anbieten?

Wir sind gar nicht daran interessiert, noch ein neues Veranlagungsprodukt draufzusetzen! Wir bieten der Gemeinde mit unserer Dienstleistung ein Navigationssystem an, mit dem sie ihr gegenwärtiges Portfolio selbst analysieren und in Folge entscheiden kann, welchen Veranlagungsweg sie „weiter fährt“. Und es fährt sich erfahrungsgemäß wesentlich leichter, wenn man weiß, ob der kürzere Weg auch wirklich schneller oder nur riskanter ist.



Peter Bosek, Firmenkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich

Wir haben gelernt, dass sich die deutschen Gemeinden bei komplexen Finanzentscheidungen einfach leichter tun, wenn sie alternative Wege, die auch zum Ziel führen, aufgezeichnet bekommen.

Sie erwähnen, dass deutsche Gemeinden dieses Produkt bereits im Einsatz haben.

Ja, die Idee des Projekts kommt ursprünglich aus dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV), welcher die Notwendigkeit einer Ausweitung des Dienstleistungsspektrums für die Kommunen schon viel früher erkannt hat. Wir haben mittels Ausschreibung nach einem geeigneten Werkzeug für

Wir bieten der Gemeinde mit unserer Dienstleistung ein Navigationssystem an, mit dem sie ihr gegenwärtiges Portfolio selbst analysieren und in Folge entscheiden kann, welchen Veranlagungsweg sie „weiter fährt“.

das Kommunale Portfoliomanagement gesucht, um für die Gemeinden einen Mehrwert zu lukrieren. Da dieses Projekt in Deutschland mit 550 teilnehmenden Kommunen sehr erfolgreich angelaufen ist, haben wir uns dafür entschieden. Wir arbeiten derzeit sehr eng mit dem DSGV zusammen, um auch die Rückschlüsse aus dem Projekt zu analysieren.

Sie schulen Gemeinden also zum Thema Finanzierung und Veranlagung. Wo haben Gemeinden noch besondere Wissensdefizite?

Eine kurze Erklärung zum Produkt, bevor ich die Frage beantworte: Die Gemeinde erhält eine kostenlose Ist-Darstellung ihres gesamten Portfolios – inklusive Analyse ihres Kreditportfolios, welche sowohl Hilfestellung bei der Budgetierung erlaubt, als auch die Finanzierungskosten der Kommune in mehreren Szenarien (Niedrigzins- bis Hochzinsphase) analysiert. Zum anderen besteht für jede teilnehmende Kommune die Möglichkeit, die Charakteristika ihres Portfolios anonym mit dem Durchschnitt ähnlich gelagerter Teilnehmer zu vergleichen. Und das ist natürlich einzigartig, denn der Vergleich ist für Gemeinden besonders interessant und für die eigene Porfoliosteuerung hilfreich. Dieser Benchmark-Vergleich erfolgt neutral und völlig wertungsfrei. Das ist eine Information, die sie vorher nicht gehabt haben, ich würde es aber nicht „Wissensdefizit“ nennen, sondern Wissensvorsprung.

Gemeinden sind überaus vorsichtig beim Thema Finanzierung geworden. Vor allem, wenn diese jegliche Formen von Derivaten beinhaltet. Können Sie das nachvollziehen?

Natürlich kann ich das nachvollziehen. Für Erste Bank und Sparkassen kann ich nur feststellen: Wir haben im Kommunalbereich bisher weder spekulative Produkte angeboten, noch diese vertrieben, und das wird auch so bleiben.

Zurück zum Thema Portfolioanalyse: Für den Fall, dass eine Kommune nun, nach Erhalt der Analyse, an einer Zinsabsicherung interessiert ist, welche Art von Produkten wird hier angeboten?

Das ist eben der Unterschied zu anderen: Unser Fokus liegt nicht im Verkauf einzelner Produkte, sondern vielmehr bei der Beratung zum Portfoliomanagement und bei der Zinsabsicherung. Und damit sollten sich derzeit alle Kommunen auseinandersetzen, da es unwahrscheinlich ist, dass die Zinsen auf niedrigem Niveau bleiben.

Und wie läuft das Projekt an? 113 Gemeinden haben bereits ihre Teilnahme zugesagt, 85 davon auch ihr Portfolio bereits eingemeldet. Sowohl die teilnehmende Gemeinden als auch deren Interessensvertretungen und die Gemeindeaufsichten begrüßen die Initiative. Die Ergebnisse der ersten Analysen wurden bereits mit den Gemeinden erörtert – Rückmeldungen sind auch hier besonders positiv.



„Unser Fokus liegt nicht im Verkauf einzelner Produkte, sondern vielmehr bei der Beratung zum Portfoliomanagement und bei der Zinsabsicherung.“ Peter Bosek über die Produktpalette der Ersten.

Bei wie vielen Gemeinden hat die bisherige Analyse ergeben, dass es Refinanzierungsbedarf gibt?

Es ist nicht unser Fokus, das zu eruieren. Aber wenn die Gemeinde auf Basis des Vergleichs erkennt, dass sie beim geplanten Bau ihres Schwimmbades oder dem Ausbau der Schule einen Refinanzierungsbedarf hat, dann können wir das natürlich in die Analyse einbauen. Und dann stehen wir natürlich auch als Finanzierungspartner zur Verfügung.

Fact-Box

Der Kommunale Zinssteuerungsvergleich

Im Rahmen einer Erstinformation im Frühling 2010 erhielten 190 österreichische Gemeinden mit einer Mindestverschuldung in Höhe von zehn Millionen Euro (per 31. Dezember 2008) die Möglichkeit, sich für das Projekt anzumelden. Die teilnehmenden Gemeinden haben die Möglichkeit, kostenlos ihre Darlehen- und Derivatportfolios von Experten der Sparkassengruppe analysieren zu lassen. Außerdem können die Gemeinden ihre Kennzahlen mit anderen Gemeinden vergleichen. Die erhobenen Daten werden vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung zu einer wissenschaftlichen Studie zusammengefasst. Diese dient den Gemeinden als zusätzliches Hilfsmittel zur Schuldengestaltung.



Aktuell fertiggestellt: HTBLA Hallein
Architektur: ARGE Mack + Sorg
Foto: Andrew Phelps



BIG Bundes Immobilien Gesellschaft

Hintere Zollamtsstraße 1, 1031 Wien
T 05 0244 - 1356, office@big.at, www.big.at

RAUM FÜR DIE ZUKUNFT

Als Österreichs wichtigster Immobilienbesitzer und Bauherr bieten wir Ihnen optimale Gebäude- und Grundstücksflächen zu besten Konditionen. Wir sind Ihr kompetenter Partner bei der Realisierung neuer Projekte.

Vertrauen Sie auf unser professionelles Know-how, das Ihnen modernste Architektur, Top-Lagen und damit höchstes Wertsteigerungspotential garantiert.

Baureihe e-SV™ von ITT Lowara erobert den Markt

Neue vertikale Mehrstufenpumpen aus Edelstahl

Die neue Baureihe e-SV™ wurde als die energieeffizienteste Pumpe ihrer Klasse entwickelt. Durch die innovative Hydraulikkonstruktion der neuen e-SV™ Modelle von ITT Lowara werden nicht nur die Lebenszykluskosten signifikant gesenkt, sondern auch erheblich Energie eingespart. Exzellente Wirkungsgrade, niedrige NPSH-Werte, vereinfachter Tausch der Gleitringdichtung, robustes Design, drei zusätzlich Pumpengrößen sind nur einige der zahlreichen Produktneuheiten. „Mit der Vorstellung der Baureihe e-SV zeigt ITT einmal mehr



ihre Verpflichtung, umweltfreundliche und nachhaltige Produkte zu entwickeln“, sagt Ken Napolitano, Präsident von ITT Residential & Commercial Water.

Information

ITT Austria GmbH
Ernst-Vogel-Straße 2
A-2000 Stockerau
Tel.: +43 (0) 2266 604
Fax: +43 (0) 2266 65311
info.ittaustria@itt.com
www.ittaustria.com

TERRAWAY-Beläge mindern Überschwemmungsgefahr
Fest und wasserdurchlässig!



meindeflächen. Denn TERRAWAY ist fest, witterungsbeständig, atmungsaktiv und wasserdurchlässig zugleich. Die befestigten Gemeindeflächen werden mit den in Farbe und Form vielfältig gestaltbaren TERRAWAY-Belägen nicht versiegelt und Regenwasser kann direkt in den Untergrund abfließen. Auf dem Belag gibt es keine Lackenbildung und die Überschwemmungsgefahr wird stark vermindert.

Information

Steinbauer Development GmbH
Favoritenstraße 50
A-1040 Wien
Tel.: 01 505 80 11
E-Mail: terraway@steinbauer.co.at
www.terraway.at

Auch in der neuen Therme Wien (Oberlaa) setzt man auf einen festen und wasserdurchlässigen TERRAWAY-Belag.

Ob Gemeindeplätze, Parks, Schwimmbäder oder Sport- und Spielareale – TERRAWAY-Beläge eignen sich ideal zur umweltfreundlichen Befestigung öffentlicher Ge-

POWER

für Strasse, Schiene und Piste!

Unsere Produkte sind umweltfreundlich und weltweit führend.




ZAUGG AG EGGIWIL
CH-3537 Eggwil
Tel. 0041 (0)34 491 81 11
www.zaugg-ag.ch



Neue Studie über seniorengerechtes Wohnen

Der richtige Platz für das Alter: Daheim statt im Heim

Derzeit gibt es in Österreich rund 350.000 Menschen, die über 80 Jahre alt sind. Im Jahre 2050, so wird geschätzt, sollen es bereits über eine Million Personen sein. Der Großteil will diese Zeit in ihrem Zuhause verbringen. KOMMUNAL präsentiert eine Studie, die aufzeigt, was das für die Gemeinden und deren Bautätigkeiten bedeutet.

Mangelnde Barrierefreiheit im Bestand erfordert oft einen vorzeitigen Wechsel in eine kostenintensive betreute Wohnform (Pflegeheim, betreutes Wohnen). Doch diese Wohnformen führen auf breiter Basis zu einer Kostenexplosion für Bund, Länder und Gemeinden. Viele Gemeinden sind schon jetzt mit jährlichen Mehrkosten von 15–20 Prozent im Sozialbereich

Eine Studie des Baugewerbes zeigt, dass adaptierte Bestandswohnungen eine kostengünstigere Wohnversorgung für ältere Menschen darstellen als weitere Pflegeheime und „Betreutes Wohnen“-Einrichtungen.

konfrontiert. Dieser finanzielle Engpass wird in den kommenden Jahren weiter wachsen, warnen Experten, und ruft in

Gemeinden eine untragbare Situation hervor. Eine Studie des Baugewerbes, die nun veröffentlicht wurde, zeigt deutlich, dass adaptierte Bestandswohnungen eine kostengünstigere Wohnversorgung für ältere Menschen darstellen als weitere Pflegeheime und „Betreutes Wohnen“-Einrichtungen. Zudem ist das auch ein großer Wunsch von alten Menschen.

Die Generation 50 plus ist heute keine nennenswerte Kategorie mehr, stattdessen gibt es die Generation 65 plus sowie die Generation 80 plus als neuen Maßstab. Sie zeigen sich als selbstbewusste, aktive und fordernde Generationen. Besonders wichtig für ältere Menschen sind Nahversorgung und Infrastruktur. Die Studie filterte zehn



Wie die Untersuchung beweist, ist eine Wohnungs-Adaptierung bei entsprechender Anreizförderung für Senioren leistbar und entlastet zugleich spürbar das Sozialbudget.

Wünsche der Grazer Senioren heraus, zu denen ein Hausarzt in der Nähe, verschiedene Einkaufsmöglichkeiten im näheren Umfeld sowie Nachbarn jeden Alters gehören. Die Grazer Senioren wollen zudem ihre Fähigkeiten der Gesellschaft zur Verfügung stellen und nicht isoliert betreut werden. Ein weiterer großer Wunsch ist die Möglichkeit auf Natur. Grünflächen und Parks gerade im städtischen Umfeld sind aber nicht nur für Senioren eine wichtige Grundlage fürs allgemeine Wohlbefinden. Zudem wird der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln als enorm wichtig empfunden.

Die allgemeine Wohnsituation ist jedoch der erste Parameter für jeden Lebensabschnitt und für ältere Menschen von großer Bedeutung. Zum barrierefreien Wohnen seien laut Studie zahlreiche Faktoren wichtig: ein Parkplatz mit Bewegungsraum und müheloser Zugang, ebenso beim Hauseingang, leichtbedienbare, breite Türen ohne Schwel-



Älteren Menschen möglichst lang das Wohnen in ihren vertrauten vier Wänden zu ermöglichen, ist gesellschaftspolitisch wie auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

len, möglichst keine Stockwerke, Badezimmer und WC mit Bewegungsfreiheit und tragfähigen Wänden sowie eine Sanitärausstattung mit Komfort, Fenster mit Durchblick (nicht höher als 60 cm über dem Boden), erreichbare Schalter, Steckdosen, Sicherungskästen, sichere Bodenbeläge und wenn, dann trittfeste Treppen. Barrierefreiheit im Neubau ist in vielen Fällen alleine durch entsprechendes Bewusstsein in der Planung zu erreichen,

in der Sanierung geht es mehr um die Beseitigung bestehender Barrieren und ist mit Kosten verbunden, die aber einmalig sind und auch für die Zukunft Hinderungsfreiheit bedeuten.

Pflege, ein teures Anliegen

Pflege im Alter ist eine teure Sache, zwischen den Kosten und den Pensionen klafft ein großes Loch. Rund 1500 bis 3500 Euro kostet ein Platz in einem öffentlichen Pflegeheim in Österreich. Die monatliche Durchschnittspension liegt deutlich darunter bei rund 947 Euro. Da diese Summe nicht ausreicht, müssen öffentliche Zuschüsse oder Angehörige einen Anteil dazu beitragen, damit der Aufenthalt finanziert werden kann. Das Pflegeheim ist die teuerste und auf breiter Basis unfinanzierbarste Wohnversorgung für alte Menschen. Die Studie empfiehlt jede Wohnform, die geeignet ist, den vorzeitigen Eintritt von alten Menschen in Pflegeheime zu verringern, entsprechend zu favorisieren und zu begünstigen. Betreutes Wohnen sei verhältnismäßig wesentlich effizienter und darüberhinaus auch oft mit

einer Modernisierung der Infrastruktur verbunden.

Zuhause ohne Hindernisse alt werden

Älteren Menschen möglichst lang das Wohnen in ihren vertrauten vier Wänden zu ermöglichen, ist gesellschaftspolitisch wie auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Wie die Untersuchung beweist, ist die Adaptierung bei entsprechender Anreizförderung für Senioren leistbar und entlastet zugleich spürbar das Sozialbudget. Ein Vergleich belegt die Vorteile des altengerechten Wohnungsumbaus gegenüber den Kosten von Pflegeheim oder Wohnungsneubau mit Betreuung. Denn diese beiden Varianten bedeuten schon nach fünfjähriger Nutzung das Vier- bis Fünffache an Kosten,

Eine geförderte Adaptierung unter Berücksichtigung von Pension, Pflegegeld, Zuschüssen und Eigenleistungen rentiert sich für die SeniorInnen wie für die öffentliche Hand.

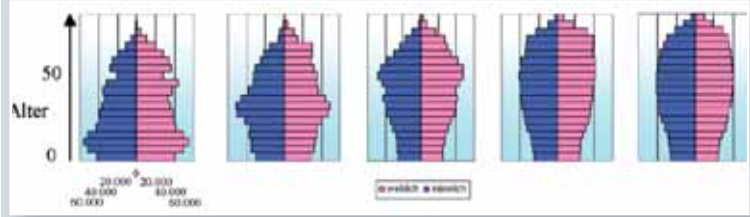
verglichen mit einem Umbau. Diverse Modelle machen deutlich, dass sich die geförderte Adaptierung unter Berücksichtigung von Pension, Pflegegeld, Zuschüssen und Eigenleistungen für die SeniorInnen ebenso rentiert wie für die öffentliche Hand.

Resümee

Die Initiatoren der Studie fordert Förderungen von Umbauten zur Barrierefreiheit der bestehenden Gebäude. Dazu solle ein „Adaptierungsscheck“ ins Leben gerufen werden. „Unzählige Gemeindewohnhäuser sind nicht altengerecht und betreubar adaptiert, meist beziehen die Bewohner nur eine kleine Pension. Müssen sie in ein Pflegeheim, muss die öffentliche pro Jahr rund 21.000 Euro aufbringen – in diesen Fällen rechnet sich ein altengerechter Umbau mit einmaligen Kosten von rund 20.000 Euro pro Person schon innerhalb eines Jahres“, rechnet der Auftraggeber der Studie, Bundesinnungsmeister Komm.-Rat Ing. Hans-Werner Frömmel, vor.

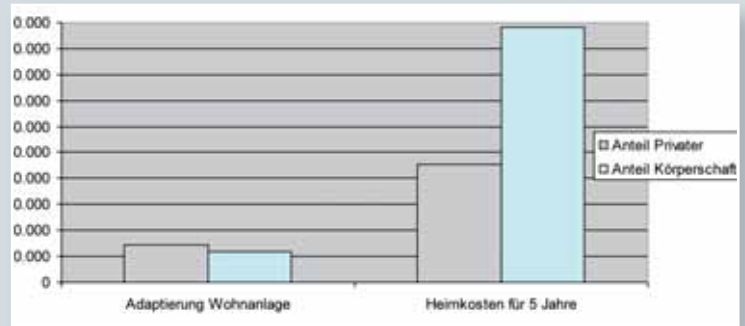
Studie „Altengerechte Wohnvorsorge“

Alterspyramide der steirischen Wohnbevölkerung, 1975 bis 2075



Quelle: Statistik Austria – Bevölkerungsfortschreibungen 1975 bis 2075, Bevölkerungsprognose 2007, Bearbeitung: Landesstatistik Steiermark

Kostenvergleich Adaptierung/Pflegeheim

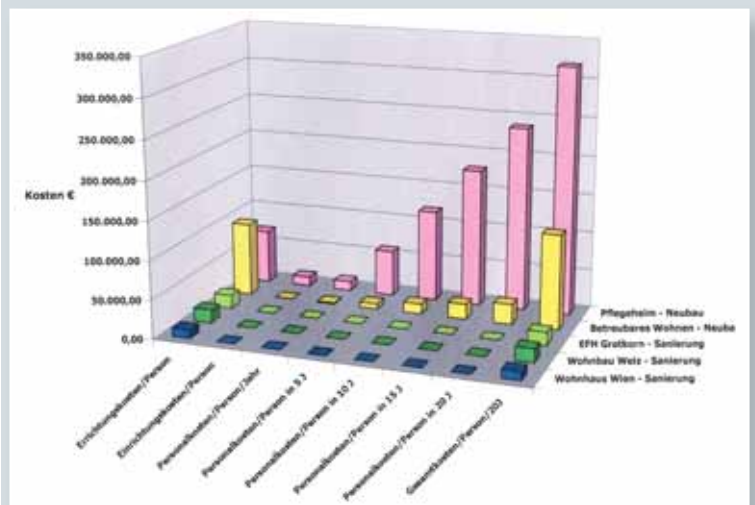


Die Kostenersparnis durch einen längeren Verbleib in der eigenen Wohnung liegt für den „Wohnungssanierer“ bei 30.846 Euro und für die öffentliche Körperschaft bei 86.104 Euro, jeweils bezogen auf einen Zeitraum von fünf Jahren.

Seniorenwohnversorgungskosten in 5 Jahren pro Person netto

	Errichtungskosten/ Person	Einrichtungskosten/ Person	Personalkosten/ Person/Jahr	Personalkosten/ Person in 5 Jahren	Kosten / Person in 5 Jahren
Pflegeheim - Zimmer	€ 70.000	€ 12.000	€ 11900 x 5	€ 59.500	€ 141.500
Betreubares Wohnen Wohnung	€ 96.000	€ 0	€ 1300 x 5	€ 6.500	€ 102.500
Altengerechte Wohnungsadaptierung Beispiel 1 Weiz	€ 17.200	€ 0	€ 0	€ 0	€ 17.200

Seniorenwohnversorgungskosten in 20 Jahren pro Person netto



Die Tabelle zeigt jene Kosten bei den zu sanierenden Objekten auf, welche für die Barrierefreimachung durch richtige Aufzugsanbindung in den Vollgeschossen einschließlich Aufzugskosten und Schachtkosten bzw. für die barrierefreie Erreichbarkeit des Aufzuges sowie die Barrierefreimachung der Wohnungen erforderlich sind.



Internationale Kongressmesse für erneuerbare Energien in Salzburg

RENEXPO® Austria – Kommunen willkommen!

Zum zweiten Mal findet vom 25. bis 27. November 2010 die RENEXPO® Austria im Messezentrum Salzburg statt. Die Besonderheit der internationalen Kongressmesse für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren ist ihre Einzigartigkeit, durch welche sie auch zur Salzburger Landesenergiemesse geworden ist. Die Messe verzeichnet heuer ein Wachstum 44 Prozent mehr Ausstellungsfläche und 16 Prozent mehr Aussteller.

Als einzige Messe bietet die RENEXPO® Austria eine Fachausstellung zu den Bereichen Nah-/Fernwärme und Mikronetze, womit sie verdeutlicht, dass sie auf dem besten Wege ist, Österreichs Leitmesse für erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu werden. Ferner beschäftigen sich auch die begleitenden Fachkongresse mit diesem Themenfeld, und so ereignet sich in diesem Jahr die 2. Fachtagung Regenerative Nahwärme- und Mikro-Netze, auf welcher sich die gesamte Nahwärmebranche trifft. Nicht nur anlässlich der hoch angesehenen Referenten, sondern auch Dank unseres Kongresspartners, dem Amt der Salzburger Landesregierung, ist der Kongress eine Besonderheit. Erstmals in diesem Jahr findet auf der Kongressmesse ein Bürgermeisterstag statt. Auf diesem ist Kommunalvertretern und Kommunen die Möglichkeit ge-

boten zusammenzukommen und sich über Themen wie erneuerbare Energien, energieeffizientes Bauen und energetisches Sanieren auszutauschen. Hier können Kontakte geknüpft und Kooperationen vorbereitet werden.

Energieberatung für Alle!

Durch ihre Erfolgreiche Premiere ist die Messe zum Branchentreffpunkt der Energieberater geworden. Als einzige Plattform in Österreich führt sie Energieberater aus allen Ländern Österreichs zusammen, und diese können auf dem separaten Messebereich, der Energieberater-Insel, ihre Beratung zur Energieeinsparung, Energieausweispflicht, Finanzierung und Förderung sowie ihre Produkte und Dienstleistungen dem Publikum präsentieren und Besucher der Messe sich kostenlos beraten lassen. Auch am letzten Messetag

(27. 11. 2010) dreht sich alles rund um die Energieberatung. Neben zwei geführten Messerundgängen, welche von der Energieberatung Salzburg unter dem Motto „Energie sparen und Kosten senken“ durchgeführt werden, handeln an diesem Tag auch die kostenlosen Vorträge im Ausstellerforum von der Energieberatung.

Auf dem 2. Österreichische Energieberaterstag, welcher zusammen mit dem Energieinstitut der Wirtschaft organisiert wird, werden aktuelle Fragen fundiert, erörtert und konkrete Antworten rund um die Energieberatung und -planung gegeben. Bereits im Vorjahr war der Kongress mit über 100 Teilnehmern schon frühzeitig ausgebucht.

Eröffnet wird die Messe von den Schirmherren Umweltminister Niki Berlakovich und Landesrat Sepp Eisl, Landesrat für Land- und Forstwirtschaft Salzburg.

Information

REECO Austria GmbH
Josef-Schwer-Gasse 9
A - 5020 Salzburg
Tel: +43 (0) 662 8226 - 0
Fax: +43 (0) 662 8226 - 47
www.renexpo-austria.at

**Raiffeisen
Meine Bank**



**Wenn's um die Gestaltung meiner Gemeinde
geht, ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch wirklich, was der Gemeinde wichtig ist und kann auf ihre Bedürfnisse eingehen. Und genau deshalb ist Raiffeisen der beste Partner für alle Finanzierungen öffentlicher Investitionsvorhaben. www.raiffeisen.at

Den ökologischen Fußabdruck verringern

Glasverpackungen sammeln und damit Rohstoffe sparen

90 Prozent der Menschen in Österreich sammeln Altglas (IFES 2009), damit liegen wir auch weltweit im Spitzenfeld. 2009 sammelten und verwerteten wir über 226.000 Tonnen Glasverpackungen, im ersten Halbjahr 2010 waren es rund 112.000 Tonnen.

Wussten Sie, dass ...

- ▶ wir in Österreich seit Mitte der 1970er-Jahre Altglas getrennt sammeln und stofflich verwerten
- ▶ jedes Jahr aus über 200.000 Tonnen gebrauchten Glasverpackungen neue produziert werden. In 1 A-Qualität
- ▶ mehr als 40.000 Tonnen Altglas pro Jahr leider im Restmüll landen und dem Recycling verloren gehen
- ▶ rund 80.000 Behälter in



Österreich auf unsere gebrauchten Glasverpackungen warten
Glasrecycling ist ein perfekter Materialkreislauf.

Information

Austria Glas Recycling GmbH
Obere Donaustraße 71
1020 Wien
Tel.: 01/214 49 00 - 31
Fax: 01/214 49 08
E-Mail: agr@agr.at
Web: www.agr.at

E.F.E.

Neue Kollektion bei Mascot

Arbeitskleidungskollektion und Sicherheitsschuhe NEU

Der dänische Workwear-Hersteller Mascot stellt auf der Arbeitsschutz Aktuell in Leipzig eine neue Arbeitskleidungskollektion vor, die speziell für die Anforderungen in der Industrie entwickelt wurde. Eine Besonderheit bei der Entwicklung war, dass auch Wäschereien mit einbezogen wurden, so dass die Kleidung samt



Arbeitskleidung aus Canvasgewebe für die Industrie.

fähiger Gummisohle erweitert sowie die Warnschutzkollektion MASCOT® SAFE YOUNG um einige neue Produkte. Besuchen Sie MASCOT auf der Arbeitsschutz Aktuell in Leipzig, Halle 1/Stand E11, oder www.mascot.dk

Information

Mascot International A/S
Julsoevej 100
DK-8600 Silkeborg
Tel. +45 87244747
Fax +45 87244741
E-Mail: Info@mascot.dk
Web: www.mascot.dk

E.F.E.

Die Lücken in der weltweiten Energieversorgung können sogar Sie füllen.

Es kommt auf jeden von uns an: die, mit Hilfe der Sonne, von Pflanzen und Tieren erzeugten nachwachsenden Rohstoffe, schenken uns leistungsstarke, erneuerbare Energie. So ist und bleibt die Natur eine unerschöpfliche Energiequelle für uns alle. Füllen auch Sie Ihre Energielücken und sprechen Sie mit uns über Erneuerbare Energie – das Natürlichste der Welt.

**BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER**



www.riebenbauer.at . office@riebenbauer.at . T 03339 25 113

**Raiffeisen
Meine Bank**



Partner aus Prinzip.

Große Anerkennung gebührt den Menschen, die Österreichs Gemeinden managen. Im besten Fall – wenn sie nicht nur verwalten, sondern auch gestalten – schaffen sie wertvollen Lebens-, Wirtschafts- und Zukunftsraum. Doch damit eine Gemeinde auch in schwierigen Zeiten stark bleiben, investieren und sich weiterentwickeln kann, braucht sie kluge Modelle für Budgetierung und Finanzierung. Raiffeisen ist der Partner, der solche kreativen und gleichzeitig verlässlichen Lösungen aus Prinzip und Überzeugung mitträgt.



Dr. Karl Sevelda

Vorstand Firmenkunden
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG:
„Kluge und verlässliche Finanzierungslösungen für Österreichs Gemeinden“

IMMORENT als Partner der Stadtgemeinde Zwettl (Niederösterreich)

Immobilienausgliederung erleichtert Investitionen

Investitionen sind für die österreichischen Gemeinden ein allgegenwärtiges Thema. Durch eine Ausgliederung von Immobilien können steuerliche Vorteile bei Investitionen genutzt und damit das Budget deutlich entlastet werden. Auch die Stadtgemeinde Zwettl erkannte das Potenzial dieses Modells und holte sich die IMMORENT als Partner für die Ausgliederung an Bord.

Notwendige Investitionen vieler Gemeinden werden durch die Steuerbelastung vielerorts erschwert und teilweise sogar verhindert. Einen Beitrag zur Entspannung dieses Problems bietet das Ausgliederungsmodell der IMMORENT: Durch die Veräußerung von Kommunalimmobilien an eine gemeindeeigene Gesellschaft können einerseits Steuervorteile für künftige Investitionen genutzt und andererseits die Budgetsituation optimiert werden. Die Trennung von Immobilienbesitz und sonstigen Gemeindegütern schafft darüber hinaus Transparenz und vereinfacht Entscheidungsabläufe wesentlich.

Ein Musterbeispiel für Immobilienausgliederung

In der Stadtgemeinde Zwettl waren optimale Voraussetzungen für eine Immobilienausgliederung gegeben, weshalb man sich nach eingehenden Beratungen in den Gemeindegremien zu diesem Schritt entschlossen hat. „Wir haben ein Immobilienportfolio zusammengestellt, welches zur Bewertung an einen externen Gutachter übergeben und schließlich auch von der IMMORENT technisch und kaufmännisch überprüft wurde“, erinnert sich Herbert Prinz, Bürgermeister von Zwettl. Auf Basis dieser Bewertungsgutachten er-

stellte die IMMORENT unter Berücksichtigung der von der Gemeinde geplanten Investitionsvorhaben die Planrechnung und setzte die erforderlichen



Zwettl behält trotz Ausgliederung die volle Kontrolle über die Immobiliengesellschaft.

Verträge auf. Nach der Genehmigung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde wurde die Zwettler Immobilien und Standortentwicklung Gesellschaft gegründet und die örtlichen Immobilien auf diese übertragen. Für die Mieter der Objekte ergaben sich dabei keinerlei Nachteile.

Zwettl behält die volle Kontrolle

Die Stadtgemeinde Zwettl hat sich dafür entschieden, als alleiniger Gesellschafter der Zwettler Immobiliengesellschaft zu fungieren. Eine langfristige Rahmenvereinbarung sichert die laufende juristische, steuerliche, kaufmännische und technische Betreuung der Kommune durch die Experten der IMMORENT. „Das Ausgliederungsmodell unterscheidet sich aufgrund seiner Vielschichtigkeit und Komplexität wesentlich von einer herkömmlichen Kredit- oder Leasingfinanzierung. Daher stehen wir der Kommune vor, während und auch nach der Ausgliederung mit Rat und Tat zur Seite“, bestätigt Brigitte Bruckmüller, Geschäftsführerin der IMMORENT Österreich. Wichtige Impulse für das Projekt kamen auch von der Sparkasse Waldviertel-Mitte Bank AG, die bei der Umsetzung ebenfalls als zuverlässiger Partner zur Verfügung stand.

Information

IMMORENT AG
Mag. Brigitte Bruckmüller
Tel.: 05 0100-27576
E-Mail:
Brigitte.Bruckmueller@immorent.at
www.immorent.at

Ökologische Beleuchtungen von ecoliGhts mit Solar- oder LED-Lampen

Bis zu 40 Prozent Ersparnis bei Beleuchtung

Die Solar- und LED-Beleuchtungen von ecoliGhts schonen das Gemeindebudget von Beginn der Investition an – dank flexibler Finanzierungsmodelle sind sie die Ideallösung für alle Gemeinden.

Solar- oder LED-Beleuchtung

Für neue Ortsteile oder bei einer anstehenden Erneuerung der Verkabelung ist die Solarbeleuchtung von ecoliGhts die beste Lösung. In der Naturparkgemeinde Pöllauberg überzeugten die solaren Straßenleuchten die Gemeindeverantwortlichen, erklärt Bürgermeister Hans Weiglhofer: „Die Vorteile lagen auf der Hand: Keine Verkabelung und umweltfreundlicher Solarstrom als



Nur rund 16 Euro Stromkosten pro Jahr mit der LED-Leuchte ECO CLIMAT von ecoliGhts.

aktiver Beitrag zum Energiesparen.“ In Pöllauberg konnte nicht nur eine 40%ige Ersparnis erzielt werden – da die Leuchtenmaste aus heimischen Hölzern sind, entstand ein wirtschaftliches



Pöllauberg verwendet bereits kostengünstige und umweltfreundliche Solarbeleuchtung.

und ökologisches Vorzeigeprojekt. Besteht bereits eine Verkabelung, können durch den Umstieg auf LED-Technologie Energiekosten und CO₂-Emissionen massiv gesenkt

werden. Bei der Ausführung gibt es mehrere Varianten, die von der Installation einer komplett neuen LED-Beleuchtung bestehender Leuchten auf LED-Technologie reichen. Wenn auch Sie an kosten-senkenden und klimaschonenden Beleuchtungslösungen interessiert sind, kontaktieren Sie uns bitte, wir beraten Sie gerne!

Information

ecoliGhts
SOLARE BELEUCHTUNG
GmbH, Hopfgarten 18
8741 Weißkirchen
Tel.: 03577/823 30-0
E-Mail: info@ecolights.at
Web: www.ecolights.at

E.L.

Bringen Sie Ihre Energie in Einklang.

EnergieComfort optimiert den Energiebedarf Ihrer Gemeinde. Sie sparen bis zu 20% Energiekosten und schonen die Umwelt. Ohne Investitionen und ohne Risiko: www.entspannen-sie-sich.at



ENERGIECOMFORT
Unser Service. Ihr Komfort.

Innovative Expansion auf Mietbasis

Betriebsanlagen exakt nach Kundenwunsch

Die P+M Projektentwicklung und Management Holding GmbH bietet zukunftsorientierten Unternehmen und Kommunen durch die Vermietung individuell errichteter Betriebsanlagen perfekte Gesamtlösungen für wirtschaftlich-effiziente Expansion bei Erhaltung größtmöglicher Liquidität. Bei P+M ergänzen Bauprofis ihre eigene, umfangreiche Kompetenz und Erfahrung mit einem Netzwerk von Spezialisten.

P+M ermittelt die genauen kundenseitigen Vorgaben und Wünsche und plant ein exakt nach den Kundenanforderungen maßgeschneidertes Objekt. Nach Festlegung des Anforderungsprofils und des Grundstücks werden von P+M die Kosten für das Unternehmen in



Ing. Harald Taxacher und Dipl.-Ing. Gotthard Mataushek.

Form eines monatlichen Mietbetrages für die bezugsfertige Gesamtanlage ausgewiesen. Ab einer Beauftragung werden von P+M alle für die Realisierung des Projektes erforderlichen Maßnahmen gesetzt.

Diese beinhalten die Einreichung, alle Genehmigungsverfahren, auch die gewerblichen Verfahren, die den Betreiber betreffen, die Ausführungsplanung, Abwicklung der Bauleistungen bis hin zur schlüsselfertigen

Übergabe des Gesamtprojektes. P+M steht für Termin-, Qualitäts- und Kostensicherheit. All diese Vorteile können natürlich auch Gemeinden budget-schonend für die Errichtung kommunaler Objekte wie z. B. Schulen, Kindergärten, Veranstaltungszentren, Gemeindeämter o. ä. vorteilhaft nützen.

Information

P+M Projektentwicklung und Management Holding GmbH
Burggasse 81
8750 Judenburg
Tel.: 03572/42 622
Fax: 03572/42 622-21
office@pm-holding.at
www.pm-holding.at

E.E.



Bahnfahren ist was täglich bewegt.
Bahnfahren ist ÖBB

Machen Sie es wie täglich schon über 600.000 ÖsterreicherInnen und starten Sie entspannt in Ihren Arbeitstag. Denn jeden Tag sind für PendlerInnen über 4.000 Züge der ÖBB unterwegs, um Sie bequem und sicher in die Arbeit und wieder nach Hause zu bringen. www.oebb.at

Jubiläum für Rohrproduzenten und wichtigen Arbeitgeber einer Region

Gratulation – 20 Jahre Bauernfeind GmbH

Die Firma Bauernfeind aus Oberösterreich ist seit 1990 IHR Garant für erstklassige Qualität und besten Service. Vom 1-Mann-Betrieb hat sich die Firma Bauernfeind zu einem erfolgreichen Rohrproduzenten und mit rund 70 Mitarbeitern zu einem wichtigen Arbeitgeber der Region entwickelt. 2010 feiert das Unternehmen das 20-jährige Jubiläum.

Damit die Wertschöpfung in der Region bleibt, wurde 2007 der Schritt vom Handelsbetrieb zum Produktionsbetrieb gemacht. Seit 2008 produziert das Unternehmen einzigartig in Österreich PP-MEGA-Rohre und PP-MEGA-Dränagen mit einem Innendurchmesser von 100 bis 1200 mm. Mit der Eigenproduktion



Die oberösterreichische Firma Bauernfeind besteht seit 20 Jahren erfolgreich mit der Produktion von Rohren und Rohrsystemen.

begann auch der Export. Zu einen wichtigen Exportland für die Laufschiene mit Zubehör zählt schon seit 2006 Deutschland. Dorthin wird ein Großteil

von diesen Produkten exportiert. Die Produkte aus der Eigenproduktion werden mittlerweile erfolgreich in folgende Länder exportiert: Deutschland, Schweiz, Frankreich, Dänemark, Russland, Tschechien, Polen, Litauen, Estland, Lettland, Slowenien, Slowakei, Kroatien und Rumänien. Neben den hochwertigen Produkten stehen kompetente Beratung und kurze

Lieferzeiten im Vordergrund. Geschulte Mitarbeiter helfen dem Kunden für jedes Projekt die technisch und wirtschaftlich optimale Lösung zu finden. Als speziellen Service für die Kunden werden die Waren mit dem eigenen Fuhrpark zugestellt und vor Ort mit dem Kran abgeladen. Für eine schnelle Lieferung und prompte Verfügbarkeit der Waren sorgt das große Lager mit ca. 50.000 m².

Information

Bauernfeind GmbH
Gewerbepark 2
4730 Waizenkirchen
Tel.: 07277/25 98
Fax: 07277/25 98-25
office@bauernfeind.co.at
www.bauernfeind.co.at

E.F.

Der österreichische Rohrproduzent

BAUERNFEIND

PP-MEGA-Rohr

DN/ID 100 - 1200 mm
ÖNORM EN 13476-3
geprüft



für Straßenabwässer, Schutz- und Mischwasserkanal

<p>PP-MEGA-Drän für Straßen- und Autobahnbau DN/ID 100 - 1200 mm</p> 	<p>PVC-Rohre + Zubehör Vollwandrohre lt. Ö-Norm Ø 100 - 500 mm</p> 
<p>Abwasserschacht für Inspektions- und Straßeneinlaufschacht</p> 	<p>Kabelschutzschlauch - mit Einziehhilfe Ø 50 - 200 mm</p> 
<p>PE-Druckrohr + Zubehör Ø 1/2 - 3 Zoll</p> 	<p>Laufschiene für Schubtore + Zubehör</p> 

www.bauernfeind.co.at 07277/2598

Leasing



Meine Taktik für den nächsten Wahlkampf steht: leasen und lächeln.

Wenn's um Kommunal-Leasing geht, ist nur ein Partner mein Partner.

Welche Projekte Sie in Ihrer Gemeinde auch angehen möchten: Wir passen die Finanzierung genau Ihren Wünschen und Ihrem Budget an. So bleibt Ihnen mehr Spielraum für andere Gemeindevorhaben. Rufen Sie Herrn Dr. Hauer an. Unter 01 71601-8062. Oder senden Sie eine E-Mail: kommunalleasing@rl.co.at

www.raiffeisen-leasing.at

Demografie, wirtschaftliche Neuorientierung, Wandel

P&I – Nachhaltige Personalarbeit für die Zukunft

Nicht nur der demografische Wandel sorgt in der Personalarbeit für Unruhe. Mit der Wirtschaftskrise kamen auf Städte, Gemeinden und soziale Einrichtungen weitere neue Herausforderungen zu, die enorme Auswirkungen auf die Personalarbeit haben. Was folgt nach dem Wirtschaftstief? Wie kann den drastisch veränderten Bedingungen hinsichtlich Personalbeschaffung, -planung und -entwicklung erfolgreich begegnet werden? Wie können Effizienz und Transparenz von Personalprozessen vor dem Hintergrund stetig schwindender finanzieller Spielräume dennoch planmäßig erhöht werden?

Claudia Vietze, P&I AG

Gerade in schwierigen Zeiten ist es für Personalverantwortliche und Bereichsleiter essenziell, Unterstützung bei strategischen und operativen Entscheidungen zu erhalten. Es reicht nicht mehr eine Auswertung historischer personalwirtschaftlicher Daten. Vielmehr sind jetzt Echtzeit-Analysen und Simulationsmodelle gefragt, um möglichst genaue Prognosen ableiten und steuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Jetzt heißt es, flexibel und zielorientiert auf die veränderten Marktbedingungen zu reagieren, um im strategischen sowie personellen Bereich die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Wichtig ist es vor allem, Personalverantwortlichen die richtigen Werkzeuge zur Personalentwicklung in die Hand zu geben, um mit diesen Instrumenten und Methoden nicht nur personalwirtschaftliche, sondern besonders auch klare, daraus resultierende betriebswirtschaftliche Vorteile erarbeiten und darstellen zu können. War es früher

ten HR-Lösungen europaweit einen Namen gemacht. Über 3000 internationale Kunden aus allen Branchen und Unternehmensgrößen schätzen P&I als flexiblen und kreativen Partner, der mit mehr als 10 Jahren Erfahrung im österreichischen Markt und mehr als 40 Jahren Konzern-Expertise auf ein einzigartiges HR-Know-how zurückgreift. P&I hält Lösungen bereit, die eine zukunftsfähige, erfolgreiche Personalarbeit ermöglichen. Nachhaltige Personalarbeit bedeutet für P&I nicht nur die technologische Weiter-

entwicklung der Software, die Produktion neuer Softwaremodule On-Demand oder den Ausbau von Serviceangeboten. Auch in die Weiterentwicklung und Kompetenzsicherung der Mitarbeiter wird investiert.



P&I hat sich mit innovativen HR-Lösungen einen Namen gemacht.

üblich, aus Kostengründen eine kurzfristige Hire-and-Fire-Politik zu unterstützen, verändert sich das Bewusstsein in nachhaltig geführten Verwaltungen. Mitarbeiter und das von ihnen repräsentierte Wissen sind wie jede andere langfristige Investition zu pflegen. Die P&I AG hat sich mit ihren zukunftsorientierten integrier-

Information

P&I GmbH
Ares Tower
Donau-City-Straße 11
1220 Wien
Tel.: +43 (1) 260 39 - 0
E-Mail: www.pi-ag.com

Alois Steinbichler über die Situation in den Gemeindekassen

Gemeinsam mehr erreichen mit projektbezogenen Lösungen

Immer mehr Aufgaben bei weniger Geld: Österreichs Gemeinden stehen seit einigen Jahren permanent vor neuen Herausforderungen, wie sie Projekte für ihre Gemeinden umsetzen können. Doch Herausforderungen bieten auch Chancen für innovative Ideen. Darüber hat KOMMUNAL mit Mag. Alois Steinbichler gesprochen, dem Chef der Kommunalkredit Austria.

Mag. Hans Braun

KOMMUNAL: Haben Sie eine Antwort auf die Frage der Kommunalen Sommergespräche: Haben die Kleinen [noch] eine Chance?

Alois Steinbichler: Die Kleinen haben absolut eine Chance, sie sind sehr wichtig für die lokale Identität. Finanzierungen hängen zudem nicht von der Größe einer Gemeinde ab, sondern von der Art des zu finanzierenden Projektes. Da gibt es viele Möglichkeiten und Chancen, beispielsweise durch interkommunale Kooperationen; da wird auch bereits viel getan. Nur ein Beispiel: Im Oberpinzgau besteht eine überregionale Zusammenarbeit in punkto Betriebsansiedelungen. Das funktioniert sehr gut.

Fördert die Krise die Entwicklung der Zusammenarbeit?

Die gegenwärtige Situation regt zum Nachdenken an und ist für Zusammenarbeitskonzepte durchaus förderlich. Jede Herausforderung bietet auch Chancen. Unsere mit dem Gemeindebund in Auftrag gegebene Umfrage hat es ja klar gezeigt: Die Gemeinden wollen und praktizieren bereits in vielen Bereichen Zusammenarbeit, wo es für sie Sinn macht. Und das bietet wiederum Chancen für alternative Finanzierungsösungen, die wir je nach Art der

Aufgabe beisteuern können. Professor Biedenkopf (*der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Anm. d. Red.*) hat es in seinem Referat bei den Kommunalen Sommergesprächen auf den Punkt gebracht; er sagte sinngemäß, dass Eigeninitiative als Anstoß zu verstehen sei, den man intensivieren muss. Er meinte damit eben gerade die kommunale Zusammenarbeit.

Sie erwähnten gegen Ende „Ihres Workshops“ bei den Sommergesprächen, dass jedes Projekt einer Gemeinde seine Finanzierung finden wird. In welche Richtung sollten die Projekte gehen?

Die Richtung leitet sich ziemlich gut aus unserer eigenen Vertriebsstruktur ab, die wir bewusst so aufgebaut haben. Das sind die Segmente Soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt und Verkehr. In all diesen Bereichen gibt es bedeutende und finanzierungswürdige Projekte. Ein paar Beispiele: das Pflegeheim Neudörfel im Burgenland. Es wurde mit Hilfe von privat investiertem Kapital geplant, errichtet und finanziert und funktioniert auf Betreiber-Basis. Die Gemeinde selbst leistete einen Zuschuss. Damit wurde es für die Kommune möglich, das Projekt rasch umzusetzen.



Foto: Kommunalkredit/Spiola

„Die Kommunen, die ihre Beleuchtungsanlagen erneuern möchten, müssen keine separate Finanzierung dazustellen, sondern finanzieren das über den Lieferanten. Durch die Energieeinsparung, die meistens rund um 50 Prozent liegt, finanzieren sich diese Ausgaben dann auch wieder selber.“ Alois Steinbichler über die Projektfinanzierungen der Gemeinden.

Oder das Thema Licht: Österreichweit sind wir zurzeit mit unserer „Initiative Licht“ unterwegs, die es Gemeinden ermöglicht, auf moderne Beleuchtungskörper umzurüsten – ehe

Durch die Zinsreduktion hat sich der Zinsaufwand der kommunalen Schuld, die etwa elf Milliarden beträgt, von 450 Millionen auf 250 Millionen reduziert.

... über die im Moment günstige Zinslandschaft

es die EU-Verordnung bis 2017 vorsieht – und die sich gleichzeitig quasi selbst finanziert. Denn: Durch die Energieeinsparung aufgrund der neuen Technologie, die bei rund 50 Prozent liegt, finanzieren sich die Investitionsausgaben aus den Einsparungen automatisch. Zudem besteht aufgrund der CO₂-Effizienz auch die Möglichkeit einer Förderung.

Oder im Verkehrsbereich: In Niederösterreich haben wir eine Bietergruppe bei der Errichtung einer Umfahrungsstraße beraten, die ebenso auf Projektbasis umgesetzt wird. Bedeutend ist auch hier, dass Aufwand und Projektnutzen sehr direkt zurechenbar sind. Damit entsteht eine differenzierte Betrachtungsmöglichkeit für Investitionsausgaben, welche über die Konzentration auf die übliche Budgetdynamik alleine hinausreicht. Mit diesen Modellen können wir Gemeinden unterstützen, insbesondere, wenn Verschuldungsgrenzen der öffentlichen Hand erreicht werden, was derzeit der Fall ist.

Die Kommunalkredit bezeichnet sich als „Österreichs Bank für Infrastruktur“. Wie sehen Sie die Entwicklung Ihrer Bank?

Wir sind sehr gut auf unserem geplanten Entwicklungspfad unterwegs. Die Spaltung der Bank hat sich als richtig herausgestellt. Mit unserer schon erwähnten Vertriebsstruktur sind wir sehr fokussiert auf Kurs. Das Umfeld ist natürlich gekennzeichnet durch die Anspannung der budgetären Situation und der Finanzmärkte. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, einen klaren Fokus zu ha-



Verkehr: Der Ausbau des öffentlichen Straßen- und Schienenverkehrsnetzes ist gerade in Hinblick auf die Standortattraktivität ein bedeutender Faktor. Aufwand und Projektnutzen müssen direkt zurechenbar sein.

ben. Mit unserer Konzentration auf das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft sind wir in der Lage, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt unseren Kunden problemlösungsorientierte Angebote zu unterbreiten. Wir verstehen uns als das Kompetenzzentrum auf diesem Gebiet und können diesem Anspruch gut gerecht werden.

Was können Sie den Gemeinden anbieten?

Wir kennen die Bedürfnisse der Kommunen sehr gut, das ist unser tägliches Geschäft. Daraus leiten wir Lösungsansätze ab, wie die bereits genannten Projekte zeigen. Aber auch die Zinslandschaft ist ein Thema. Derzeit begünstigt das niedrige Zinsniveau die Finanzierungen. Zum Vergleich: Durch die Zinsreduktion hat sich der Zinsaufwand der kommunalen Schuld, die etwa elf Milliarden Euro beträgt, von 450 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro reduziert. Das entspricht ungefähr dem Zinsaufwandsniveau von

Dafür gibt es verschiedene Lösungsansätze.

Wie funktioniert die Zinsabsicherung?

Es gibt zum Beispiel den „Zero-Cost Collar“; dabei partizipiert die Gemeinde am niedrigen Zinsniveau – bis zu einer gewissen Untergrenze, dem sogenannten Floor. Gleichzeitig wird seitens der Bank ein Maximalzinssatz, ein sogenannter Cap, zugesichert. Innerhalb dieser Struktur ist es der Bank möglich, diese Absicherung ohne Zusatzkosten anzubieten. Ein ideales Produkt, auch um die Budgets vor zukünftigen Kostensteigerungen zu schützen.

Nicht wenige Gemeinden haben Fremdwährungskredite, die meisten in Schweizer Franken. Wie sieht Ihre Prognose für die aus?

Die Finanzierung in Schweizer Franken hat sich in der Vergangenheit aufgrund des Zinsvorteils gegenüber einer Eurofinanzierung vielerorts großer Beliebtheit erfreut. In letzter Zeit hat der Schweizer Franken jedoch gegenüber dem Euro stark aufgewertet. Eine Schweizer-Franken-Kreditrückführung ist daher derzeit – verglichen mit dem Zeitpunkt vor einem Jahr – um zirka 13 Prozent teurer. Die Kommunalkredit hat auch hier Lösungen und steht mit ihren Experten für Beratungsgespräche gerne zur Verfügung.

Die Zahl der Abgangsgemeinden ist deutlich gestiegen und könnte noch höher werden. Es gibt auch Prognosen, dass schon 2013 keine

Wenn man über Gemeindefinanzen spricht ... geht (es) um die finanzielle Tragfähigkeit der Kommunen.

... über den beeindruckend begrenzten finanziellen Spielraum der Gemeinden

2004. Wenn die Zinsen wieder steigen, ist das natürlich ein sehr hoher Kostenfaktor, der auf die Finanzstruktur negativ wirken wird. Es ist daher jetzt der Zeitpunkt, über Zinsabsicherungen nachzudenken.



Energie & Umwelt: Die Finanzierungsinitiative „Licht“ ermöglicht Gemeinden den Umstieg auf moderne Beleuchtungssysteme ohne enorme finanzielle Ausgaben. Im Gegenteil: Durch die Energieeinsparungskosten rechnet sich die Investition eigentlich von selbst.



Die Kommunen stecken in einer Zwickmühle, das gehört korrigiert.

... über die aktuelle Finanzlage der Gemeinden

Gemeinde Österreichs mehr positiv budgetiert. Wo könnten die Gemeinden einsparen?

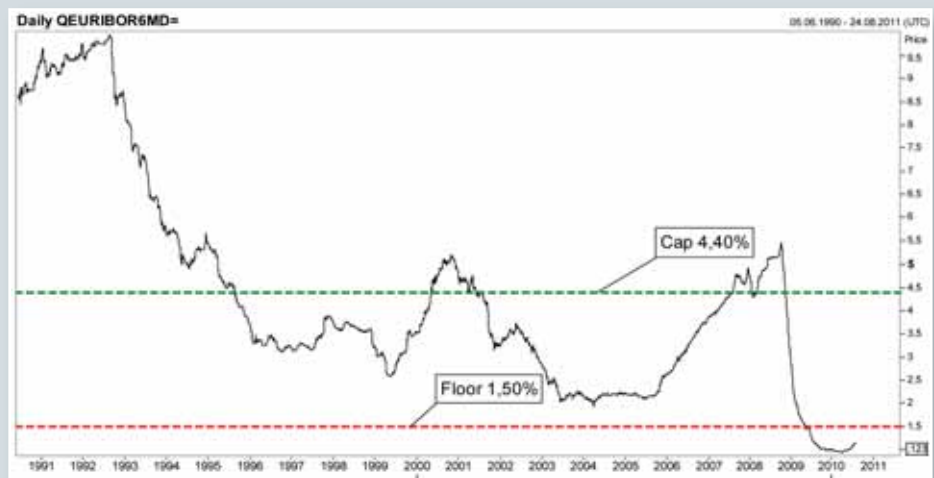
Wenn man über die Gemeindefinanzen spricht, und dieser Eindruck hat sich bei den Kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee noch verstärkt, geht es primär nicht um die Finanzierbarkeit der Gemeinden, diese ist nach wie vor uneingeschränkt gegeben; es geht um die längerfristige Schuldentragfähigkeit und die zugrundeliegende Budgetdynamik. Bei steigenden, weitgehend gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben und gleichzeitig aus dem Finanzausgleich ebenso vorgegebenen sinkenden Einnahmen ist es sicher richtig, über die Struktur der Aufgabenverteilung nachzudenken. Die Kommunen stecken da in einer Zwickmühle, das gehört korrigiert. Man kann natürlich vorübergehend Kredite aufnehmen, doch das ist keine nachhaltige Lösung; vielmehr müssen langfristig Einnahmen und Ausgaben in einem Gleichgewicht bleiben.

Ich höre von den Gemeinden, dass ihnen zunehmend Aufgaben übertragen werden, sie auf diese Entwicklung keinen Einfluss haben, gleichzeitig aber die Finanzierung bereitstellen müssen. Man hat den Eindruck, dass manchmal der übergeordnete Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene den Gemeinden Aufgaben überträgt, ohne dass die Finanzierung gesichert ist. Es besteht daher nicht so sehr eine Frage der Verfügbarkeit der Finanzierungen, sondern vor allem eine Frage der Schuldentra-

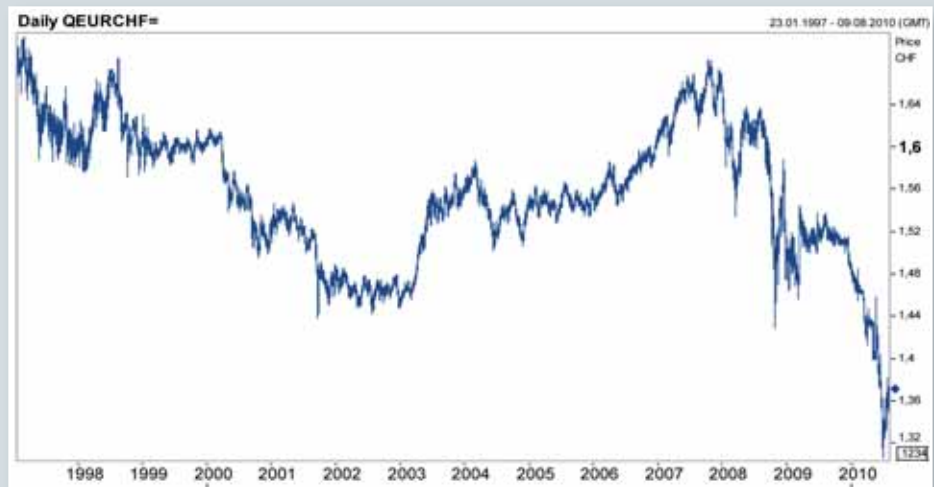
gungsfähigkeit bzw. Schuldenbedienbarkeit. Gemeinden sollen daher nicht durch Aufgaben in Schulden getrieben werden, wo es keine einhergehende Finanzierung gibt. Nachhaltige

Lösungen sehe ich in projektbezogenen Ansätzen, die sich in den kommenden Jahren sicher ausweiten werden. Hier kann man ansetzen und gemeinsam mehr erreichen.

Beispiele: Zinsabsicherung und Fremdwährungskredite



Ein Beispiel für eine Zinsobergrenze (Cap) bei 4,40 Prozent sowie eine Zinsuntergrenze (Floor) bei 1,50 Prozent.



Die Grafik zeigt deutlich, dass seit rund einem Jahr und vor allem in den letzten Monaten der Schweizer Franken gegenüber dem Euro stark aufgewertet hat.

Forum Qualitätspflaster stellt sich auf breite Mitgliederbasis

Optimale Qualität bei gepflasterten Flächen – von der Planung bis zur Übergabe

Das Forum Qualitätspflaster (FQP) positioniert sich neu und steht allen offen, die bei Pflasterungen mitwirken: Gemeinden, Planer, Hersteller von Pflaster-, Fugen- und Bettungsmaterialien und qualifizierte ausführende Unternehmen.

Dabei steht für die Qualitätsgemeinschaft der Nutzen für kommunale Bauherren im Mittelpunkt: ein Höchstmaß an Qualität mit der Sicherheit einer dauerhaften und nachhaltigen Bauweise. Dipl.-Ing. Dr. Peter Lux, Vorstandsmitglied und Leiter des Bereiches Bau- und Erhaltungsmanagement der Straßenverwaltung und des Straßenbaus in der Magistratsabteilung



Mitglied im Forum Qualitätspflaster:
Für Gemeinden ist die Mitgliedschaft kostenlos!

28 der Stadt Wien, erklärt: „Mit dem FQP-Markenzeichen weisen sich FQP-Mitglieder als kompetente Ansprechpartner aus, die für strenge Qualitätskriterien stehen. Außerdem garantiert der schnelle Informationsaustausch unter allen Beteiligten eine reibungslose Projektabwicklung von der Planung bis zur Übergabe eines Projektes.“

Information

Forum Qualitätspflaster
Mag. Gabriela Prett-Preza
Zinckgasse 20-22
1150 Wien
Tel.: 01/ 890 19 16-17
Mobil: 0676/971 34 71
E-Mail: info@fqp.at

E.E.

Kelag forciert die Errichtung einer öffentlichen Lade-Infrastruktur

Mobile Revolution – die Zukunft fährt elektrisch!

Elektro-Fahrzeuge sind stark im „Anrollen“. 2050 wird der Großteil der Pkw in Österreich elektrisch unterwegs sein. Die Kelag treibt das Errichten einer öffentlichen Lade-Infrastruktur in Kärnten voran und bietet als österreichischer Generalvertreiter E-Ladesäulen der neuesten Generation an.



Foto: Kelag

Weg zur nächsten Lademöglichkeit. Unter www.e-tankstellen-finder.at findet man einfach und rasch alle privaten und öffentlichen Ladestationen in Österreich. Jeder kann sich gratis registrieren. Zusätzlich können Gemeinden eine Partnerversion des E-Tankstellen-Finders auf ihrer Homepage kostenlos installieren.

Einstecken, laden und losfahren

Unter diesem Motto funktioniert jede Kelag E-Ladesäule. Neue, serienmäßige E-Fahrzeuge können an den E-Ladesäulen vollautomatisch aufgeladen werden. Sobald das Ladekabel angesteckt ist, wird das Fahrzeug identifiziert, die Kundendaten abgeglichen und

Die Kelag unterstützt den Aufbau einer einheitlichen Lade-Infrastruktur für Elektro-Autos.

der Ladevorgang gestartet. Ein integriertes Abrechnungssystem ermöglicht bargeldloses Tanken in ganz Europa. Die E-Ladesäulen sind bereits mit den neusten Mennekes-Steckern, die für E-Autos in Europa vorgesehen sind, ausgestattet. Mit 22 kW La-

deleistung ist ein Mittelklasseauto in rund einer Stunde wieder voll aufgeladen.

www.e-tankstellen-finder.at

Der Kelag E-Tankstellen-Finder zeigt den schnellsten

Information

Kelag-Marketing
Arnulfplatz 2
9020 Klagenfurt
Tel.: 0463/525 1557
Fax: 0463/525 95 1557
E-Mail: stefan.forst@kelag.at
Web: www.kelag.at

E.E.



Die Spezialisten von Drizoro dichten „kleine“ kommunale Zisternen genauso perfekt ab wie Staudämme oder Hochdruckbehälter.

Spezialputze von Drizoro isolieren jedes Leck

Das sind „wasserdichte Lösungen“

Drizoro Waterproofing ist auf die Herstellung von hochqualitativen Isolierputzen auf Zementbasis spezialisiert. Diese können sowohl innen als auch außen angewandt werden und garantieren eine wirkungsvolle Abdichtung. Die wasserdichten Spezialputze können zur Abdichtung von feuchten Mauern, Flachdächern, aber auch für Springbrunnen oder Zisternen verwendet werden. Drizoro kann auf umfangreiche Erfahrung bei der Abdichtung von Brunnen zurückgreifen. So wurde etwa auch der größte Brunnen der Welt in Abu Dhabi, der eine Höhe von 40 Meter hat, von Drizoro abgedichtet.

Eines der Vorzeigeprojekte von Drizoro Austria ist die Renovierung des Brunnens im Haupthof des Stiftes Zwettl. Dabei waren strenge Auflagen des Bundes-

denkmalamtes zu erfüllen, und das Erscheinungsbild durfte nicht verändert werden. Zunächst wurden die Granitblöcke gereinigt und saniert und die Fugen mit dehnbarem Drizoro-Material abgedichtet. Als besondere Herausforderung erwiesen sich Auswaschun-



Die wasserdichten Spezialputze dichten nicht nur feuchte Mauern ab.



gen, die im Lauf der Zeit unter dem Brunnen entstanden waren. Sie wurden mit Drizoro-Spezialzement aufgefüllt.

Drizoro-Vorzeigeprojekt: Der 250 Jahre alte Brunnen im Stift Zwettl, wo die Fugen mit dehnbarem Drizoro-Material abgedichtet wurden. (Bilder oben und links)

Information

Drizoro Austria-Dom
Rechte Wienzeile 37
1040 Wien

Tel.: 01/586 65 25

Fax: 01/587 89 49

E-Mail: office@drizoro.at

Web: www.drizoro.at

11



Wohl nicht ganz dicht?

Nur DRIZORO Spezialzemente ermöglichen Ihnen sowohl positive als auch negative druckwasserfeste Abdichtung – und das bis 4 bar Wasserdruck! Unerlässlich im gesamten Bauwesen vom Keller bis zum Schwimmbad.

Näheres unter
01 / 586 65 25
www.drizoro.at



... alles andere ist nicht ganz dicht!

Geld sparen durch den Wechsel des Energielieferanten

Besser Energie haushalten – mit dem Service von E-Control

Immer wieder sehen sich die Konsumenten mit Steigerungen der Energiepreise konfrontiert. Die Kunden müssen jedoch nicht mehr jede Preiserhöhung einfach hinnehmen. Denn seit Oktober 2001 kann jeder Stromkunde und seit Oktober 2002 auch jeder Gaskunde selbst entscheiden, von wem er seinen Strom bzw. sein Gas beziehen möchte und ist nicht mehr auf das angestammte Unternehmen angewiesen. Sehr oft kann man sich durch einen Wechsel bares Geld sparen.

Für Konsumenten ist die unabhängige Regulierungsbehörde für den Strom- und Gasmarkt, die E-Control, der ideale Ansprechpartner für Fragen zu allen Bereichen, die mit Energie zu tun haben. Von Problemen bei der Stromrechnung, der Auswahl eines Lieferanten bis zu den Möglichkeiten, Energie zu sparen: Die E-Control steht gerne mit Rat und Tat zur Seite und stellt verschiedene Servicedienste zur Verfügung.

Wechsel des Lieferanten

Den Strom- oder Gaslieferanten zu wechseln ist einfach, unkompliziert und vor allem kostenlos möglich. Mit dem Tarifikalkulator der E-Control braucht man nur 2 Daten – die Postleitzahl und den Jahresstrom- bzw. Gasverbrauch (zu finden auf der Jahresabrechnung) – zur Ermittlung des günstigsten Anbieters. Diese Daten gibt man in den Tarifikalkulator ein und bekommt eine Liste mit allen verfügbaren Lieferanten, gereiht vom günstigsten bis zum teuersten. Den Tarifikalkulator findet man unter www.e-control.at – dieser ist auch in einer speziellen Version für alle Smart-Phones mobil zugänglich (www.e-control.tk). Für all jene, die über keinen Internetzugang verfügen, stehen die Mitarbeiter der E-Control gerne



DI Walter Boltz ist Geschäftsführer der E-Control.

an der Hotline unter 0810 10 25 54 zur Verfügung. Sobald man sich einen Lieferanten ausgesucht hat, ist nur noch das Anmeldeformular des neuen Lieferanten auszufüllen. Dieser kündigt den alten Liefervertrag und regelt mit dem Netzbetreiber den Wechsel – als Kunde muss man sich um keinerlei Formalitäten kümmern. Der aktuelle Preismonitor der E-Control zeigt, dass beim Wechsel von Strom und Gas für einen durchschnittlichen Haushalt (Wien: 3500 kWh Strom, 15.000 kWh Gas) eine Ersparnis von bis zu rund 150 Euro möglich ist (August 2010).

Energieberatung

Neben telefonischen Auskünften über die Hotline und den umfangreichen Informationen und Instrumenten auf der Website, steht die E-Control bei verschiedenen Gelegenheiten auch für persönliche Gespräche bei Fragen rund um die Themen Strom, Gas und Öko-Energie zur Verfügung. So zum Beispiel bei den regelmäßig in Zusammenarbeit mit den Landesarbeiterkammern abgehaltenen Beratungstagen oder auf verschiedenen Messen in ganz Österreich.

Streitschlichtung

Wenn ein Kunde mit der Qualität einer Dienstleistung des Elektrizitäts- oder Erdgasunternehmens nicht zufrieden ist oder eine Beschwerde gegen seine Strom- oder Gasrechnung einbringen will, hilft die E-Control gerne weiter: Ein formloser Streitschlichtungsantrag an die Schlichtungsstelle der E-Control genügt.

Information

Energie-Control GmbH
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien
Tel.: +43 1 24724-0
Fax: +43 1 24724-900
E-Mail: office@e-control.at
www.e-control.at

Energiehotline:
Tel.: 0810 10 25 54
(Tarif 0,044 Euro/Minute)

Schlichtungsstelle:
E-Mail: schlichtungsstelle@e-control.at
Fax: +43 1 24724-900

Tarifikalkulator:
<http://tarifikalkulator.e-control.at/>

Die Rekordhalter unter den Postpartnern

Mehr als 100 Stunden pro Woche geöffnet

Mehr als 800 Postpartner sind in Österreichs Gemeinden derzeit im Einsatz. Und – so bestätigen mittlerweile schon mehrere voneinander unabhängige Studien – sie werden von ihren Kunden sehr geschätzt. Einer der Hauptgründe, wieso sich die Partner der Post die Gunst der Kunden erarbeiten konnten, liegt in deren Öffnungszeiten. Sie gehen weit über das Maß der typischen ländlichen Filiale der Post hinaus.

20 bis 30 Stunden pro Woche hat eine typische Kleinfiliale der Post in ländlichen Gebieten geöffnet. Ganz anders sieht es etwa im Kaufhaus von Tanja Stöckl im burgenländischen Mariasdorf aus: Montag bis Sonntag sperrt sie bereits um sechs Uhr Früh ihr Geschäft auf, zugesperrt wird erst wieder um 21 Uhr. Ausgenommen Freitag und Samstag, da hält die Geschäftsfrau sogar bis 22 Uhr geöffnet. In Summe kann man bei ihr 107 Stunden pro Woche die Postdienstleistungen nützen und das schon seit fünf Jahren. Ein absoluter Rekordwert, der in Österreich unübertroffen ist.

Allerdings ist der Abstand zur Nummer Zwei nur gering: Die Kärntnerin Martha Uschnig bietet in ihrem Gasthof, mit dem sie es allwöchentlich auf 105 Öffnungsstunden bringt, die Postdienste an, die sich die Bewohner von Waidisch wünschen.

Den dritten Platz auf dem Stockerl der Postpartner mit den längsten Öffnungszeiten nimmt ein Niederösterreicher ein: Der Trafikant



Herbert Götz ist Vorstandsmitglied der Post AG.

Josef Bichler in Pottenbrunn kommt mit 101 Stunden pro Woche auch noch auf eine dreistellige Zahl an Stunden, in denen die Gemeindeglieder ihre Postanliegen erledigen können.

„Diese Aufstellung beweist, was unsere Postpartner leisten. Vor allem wenn man gegenüberstellt, dass die gesetzliche Mindestöffnungszeit für Post-Geschäftsstellen bei 20 Stunden pro Woche liegt. Dank des Einsatzes dieser engagierten Postpartner kann in diesen Gemeinden mehr als fünfmal so lang auf die Dienstleistungen der Post zugegriffen werden“, zeigt sich auch Post-Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz stolz auf den Einsatz seiner Partner.

Information

Österreichische Post AG
Postpartner-Hotline:
0800 20 60 60
E-Mail:
postpartner@post.at

E.E.



polytan Fußballrasen



polytan Laufbahnen



polytan Hockeyrasen



polytan Sportservice

Nr. 1 in football turf

Projektpartner
1000 Mini-Spielfelder

polytan®
ES IST DER UNTERSCHIED, DER ZÄHLT

polytan GmbH - Gewerbering 3, D-86666 Burgheim
Telefon +49 (0) 84 32 / 87-0 Telefax +49 (0) 84 32 / 87 87

info@polytan.com
www.polytan.de

Top Beläge für Top Events

Moderne Medienbeobachtung oder: Das Ende der Papierschlacht

Die Medienpräsenz im Griff – Pressesprecher am Wort

Trotz Internet-Zeitalters wird es in manchen Presseabteilungen nach wie vor gelebt: das Drauflosschnipseln in Zeitungen und Magazinen, sobald ein Artikel über die eigene Stadt, zum eigenen Unternehmen oder die Konkurrenz erscheint. Sicherheit, keine entscheidenden News zu versäumen, gibt dieses System nicht. Professionelle Medienbeobachtung bietet hier moderne, verlässliche Alternativen – ganz ohne Schneiden, Kopieren und Kleben.

Internet, Zeitungen, TV & Radio informieren ununterbrochen über aktuelle Ereignisse – und sind ein zentrales Verbindungselement zwischen politischen Akteuren und Bürgern. Umso wichtiger ist es, beim Erscheinen relevanter News sofort informiert zu sein.

Wissen, was läuft ...

Modernes Management im kommunalen Bereich überlässt hier nichts dem Zufall: „Themen und Trends möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu setzen, ist in der heutigen Kommunikationsarbeit wichtiger als je zuvor“, so Gerhard Lukasiewicz, Pressesprecher der Stadt Leoben. APA-DeFacto, Österreichs größter Medien- und Fachdatenbank-Betreiber, bietet deshalb maßgeschneiderte digitale Pressespiegel. Nach individuell vereinbarten Themenkörben liefert dieser pünktlich jeden Morgen die Meldungen des Tages. Quelle ist dabei eine Datenbank, die derzeit rund 120 Millionen Dokumente umfasst – darunter alle österreichischen Tageszeitungen, Fach- und Regionalmedien, Magazine,

ihren Pressespiegel. Kommunalpolitische Belange, Entscheidungen oder Diskussionen können somit ohne Aufwand verfolgt werden. Gleichzeitig sind sämtliche Inhalte des DeFacto-Pressespiegels – inklusive deren Archivierung – im Sinne des Urheberrechts 100-prozentig rechtssicher.

„Information darf nichts sein, auf das man zufällig stößt; sie



Foto: Stadt Eisenstadt

Es ist wichtig, einen Überblick über das aktuelle Tagesgeschehen zu haben, um auf Entwicklungen zeitgerecht reagieren zu können. Die APA bietet viele Leistungen aus einer Hand – von der Medienbeobachtung und der Datenbankrecherche bis zur Medienresonanz-Analyse. Der angebotene Service ist exakt nach den von mir vorgegebenen und mit den DeFacto-Pressespiegelexperten erarbeiteten Kriterien recherchiert.

Maximilian Schulyok, Pressesprecher Eisenstadt

Radio- und TV-Sendungen, Internet sowie APA- und internationale Agenturmeldungen.

Mausklick statt Schneiden & Kleben

Gemeinden und Städte erhalten so exakt jene Medienberichte, die für sie von Interesse sind. Bis spätestens 8.00 Uhr bekommt etwa die Stadt Leoben online

muss gezielt geliefert und verwaltet werden“, so Barbara Tesar, Kundenbetreuerin der APA-DeFacto. „Zeitungsstöße und Papierarchive gehören der Vergangenheit an. Wir speichern sämtliche Meldungen digital und stellen sie unseren Kunden dauerhaft zur Verfügung – automatische Suche, persönliche Notizen oder der Zugriff per Handy sind selbstverständlich.“ Mittels



Foto: Stadt Wiener Neustadt

Der größte Vorteil ist die Arbeitserleichterung im Vergleich zum früheren händisch erstellten Pressespiegel. Bei der Vielzahl an Meldungen über die Stadt Wiener Neustadt ist das heute undenkbar. Mit dem DeFacto-Pressespiegel haben wir einen aktuellen Überblick über alle Berichte, die in welchen Medien auch immer erschienen sind. In weiterer Folge kann ich sie über das Archiv noch nach vielen Jahren abrufen, was wiederum die Recherche massiv erleichtert.

Thomas Iwanschitz, Presse- und Stadtmarketing Wiener Neustadt

Die Entscheidung fiel auf die APA-DeFacto, weil ein faires Angebot mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis vorgelegt wurde. Schon in der Testphase haben wir gesehen, dass das DeFacto-Team hilfsbereit, kompetent und kulant zur Seite steht. Der Pressespiegel bietet einen guten Überblick, was zu einem bestimmten Thema in den Medien berichtet wurde. Er zeigt auch, wie die Tätigkeit der Stadtverwaltung und Presseaussendungen in der Öffentlichkeit aufgenommen und diskutiert werden. In gewissen Bereichen sind diese Informationen wesentliche Entscheidungshilfen.

Martin Koutny, Pressesprecher St. Pölten



Foto: Stadt St. Pölten

vorab definierter Schlagworte besteht zusätzlich die Möglichkeit, sich über wichtige News sofort alarmieren zu lassen – über die Mailbox, das Handy oder andere mobile Geräte.

Um Standpunkte zeitgerecht in die öffentliche Diskussion einzubringen, bietet die APA-Gruppe auch die professionelle Verbreitung von Presseaussendungen über das APA-Netz – treffsicher an die richtigen Redaktionen sowie an tausende Mail- und Newsletter-Abonnenten, die ex-

Die Entscheidung für die APA-DeFacto war naheliegend: Ein professioneller Anbieter mit extrem hohen Qualitätsstandards. Mit der APA-DeFacto bin ich immer auf neuestem Stand, auch außerhalb des Büros, nachdem ich die Meldungen auch über den Blackberry empfangen kann. Und für strategische Planungen sind die Analysen aus Innsbruck unverzichtbar.

*Gerhard Lukasiewicz,
Pressesprecher Leoben*



Foto: Freisinger

akt am jeweiligen Themenbereich interessiert sind.

Kommunikation mit Strategie

In Kooperation mit dem Innsbrucker Institut MediaWatch (ebenfalls ein Tochterunternehmen der APA) bietet APA-DeFacto außerdem Medienresonanz-Analysen: Hier wird analysiert, wie nach außen kommunizierte Botschaften von den Medien übernommen wurden. Gemeinden, Unternehmen sowie Personen gewinnen so kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse über ihre mediale Performance – eine bewusste Strategie im täglichen Ringen um die Aufmerksamkeit des Medienpublikums wird möglich.

Die Vorteile auf einen Blick:

- ▶ Tagesaktueller Überblick – pünktlich jeden Morgen
- ▶ Alle österreichischen Printmedien inklusive Bild- und Logobeobachtung
- ▶ Internationale Medien
- ▶ Automatische Kurzzusammenfassungen
- ▶ Archiv mit Volltextsuche
- ▶ Sofortige Alarmierung über eingehende Print-, Radio-/TV- und Internet-Beiträge
- ▶ Einfacher Abruf über mobile Endgeräte
- ▶ Rechtssicherheit im Sinne des Urheberrechts
- ▶ Rascher Überblick durch semantische Technologien
- ▶ Tagcloud über die Top-Themen des Tages
- ▶ Personen-, Orts- und Sinnzusammenhänge
- ▶ Suche nach ähnlichen Inhalten

Information & Kontakt

APA-DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH

Barbara Tesar
Sales Manager Ostösterreich
Laimgrubengasse 10
1060 Wien
Tel.: 01/360 60-5630
E-Mail: barbara.tesar@apa.at



Martin Straganz
Sales Manager Westösterreich
Innrain 25
6020 Innsbruck
Tel.: 0512/588 959-15
E-Mail: martin.straganz@apa.at



Fotos: APA



Ökologisches Bauen leicht gemacht – Bramac liefert viele Vorteile

Bramac-Dachsteine. Die erste Wahl für umweltbewusstes Bauen

„Wir leben in einer alles entscheidenden Zeit. Wissenschaftler sagen uns, wir hätten nur 10 Jahre, um unsere Lebensweise zu ändern, um das Aufzehren von Rohstoffen zu verhindern und um eine katastrophale Entwicklung des Weltklimas zu verhindern.“ Mit derart drastischen Worten appelliert der französische Fotograf und engagierte Umweltschützer Yann Arthus-Bertrand an das Publikum seines Films „Home“, den Klimawandel nicht einfach tatenlos mitzuverfolgen.

Ein Vorwurf, den man den österreichischen Häuslbauern ohnehin nicht machen kann. 72 Prozent von ihnen legen auf eine ökologische Bauweise Wert, 77 Prozent halten natürliche und gesunde Baustoffe für wichtig (Quelle: Häuslbauerstudie 2008). Umso wichtiger ist es, schon bei der Auswahl von Baumaterialien verstärkt auf die ökologische Verträglichkeit zu achten.

Verantwortung Dach

Auch wenn es ums Dach geht, lohnt es sich, die verschiedenen Bedachungsmaterialien einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen. Dabei zeigt sich, dass Bramac-Dachsteine im Vergleich zu anderen verbreiteten Materialien wesentlich klimafreundlicher sind. Hauptursache dafür ist die ressourcenschonende Herstellung der Dachsteine. Manche Bedachungsmaterialien

benötigen energieintensive Produktionsprozesse. Bramac-Dachsteine dagegen brauchen nach der Formgebung lediglich einige Stunden Trocknung bei moderaten 60° C. Danach härten die Dachsteine einfach im Lager aus. Der geringe Energiebedarf wirkt sich auch positiv auf den deutlich kleineren CO₂-Fußabdruck des Materials aus. Je mehr fossile Brennstoffe für die Erzeugung eines Produkts eingesetzt werden müssen, umso größer ist das Treibhauspotenzial. Jener Wert also, der den Beitrag zur Erderwärmung ausdrückt. Und dass in diesem Fall weniger auf jeden Fall mehr ist, hat sich schon weit über die Automobilbranche hinaus herumgesprochen. Der geringe Energieaufwand beim gesamten Herstellungsprozess von Dachsteinen birgt noch weitere Vorteile für die Umwelt. Denn dadurch werden bei der Produktion

gleichzeitig auch weniger Stickoxide und Schwefeldioxid freigesetzt, Luftschadstoffe, die unter anderem für den sauren Regen verantwortlich gemacht werden. So hilft jedes Dachstein-Dach von Bramac auch das Waldsterben aufzuhalten und unsere lebensnotwendigen grünen Lungen zu schützen.

Baubiologisch empfehlenswert

Keinen Zweifel an den ökologischen Qualitäten der Bramac-Dachsteine lässt auch das Institut für Baubiologie und Bauökologie (IBO). Im Gegenteil: Mit der Vergabe des IBO-Gütesiegels wurden Bramac-Dachsteine nach sorgfältiger Prüfung als baubiologisch empfehlenswert eingestuft. Seit Beginn des Jahres unterstützt das Unternehmen auch den Forschungsverein Lanius, der ein Artenschutzprojekt zur Wiederansiedelung des Wachau-Apollos initiiert hat.

Information

Bramac Dachsysteme International GmbH
Bramacstraße 9
3380 Pöchlarn
Tel.: 02757/4010-0
Fax: 02757/4010-61
Web: www.bramac.at

Maßgeschneiderte Wärmelösungen für Städte und Gemeinden

Kompetenter Partner bei der Wärmeversorgung

Seit mehr als 40 Jahren betreibt die KELAG Wärme GmbH österreichweit Fernwärmenetze und Energieleitzentralen. Gemeinsam mit Netzwerk-Unternehmen bietet das Kärntner Unternehmen das gesamte Know-how im Bereich der Wärme- und Energieversorgung an. Ob bestehende Anlagen optimiert oder modernisiert oder neue Projekte geplant, umgesetzt und betrieben werden – für jede Gegebenheit gibt es die maßgeschneiderte Lösung.

Energieservice

Dort, wo der Aufbau eines Fernwärmenetzes nicht möglich ist, bietet die KELAG Wärme GmbH für größere Wohnanlagen und Wohnsiedlungen das Ener-



Die Stadtgemeinde Hartberg erspart sich jährlich mit Hilfe der Fernwärmeversorgung der KELAG Wärme GmbH rund 2600 Tonnen CO₂.

gie- und Bioenergyservice an. Im Rahmen eines Energieservices werden sämtliche Dienstleistungen im Zusammenhang mit Wärme für Raumheizung und Warmwasser erbracht. Dies beginnt bei der bedarfsoptimierten Planung und Finanzierung, reicht über Betreuung der Anlagen bis hin zur

objektbezogenen Einzelabrechnung. Das kommunale Energiebudget kann auf Jahre voraus optimal geplant werden.

Intelligent kombiniert

Die Stadtgemeinde Hartberg wird seit 1986 mit Wärme der KELAG Wärme GmbH versorgt. Mit der Stadtgemeinde und der Industrie gemeinsam ist es gelungen, eine sehr intelligente Kombination der Wärmeversorgung zu entwickeln und zur vollsten Zufriedenheit der Kunden auszubauen. Mit Biomasse wird über einen Dampfprozess CO₂-freie Wärme und gleichzeitig Strom aus heimischen Ressourcen erzeugt. Beinahe alle öffentlichen Gebäude, ein großer

Industriebetrieb sowie eine Vielzahl von Gewerbebetrieben und Privaten sind Wärmekunden der KELAG Wärme GmbH. Bürgermeister Direktor Karl Pack zeigt sich zufrieden mit den Leistungen und dem Service der KELAG Wärme GmbH: „Die administrative und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinde Hartberg als Großabnehmer und der KELAG Wärme GmbH funktioniert hervorragend.“

Information

KELAG Wärme GmbH
St.-Magdalener-Straße 81
9506 Villach
T.: +43(0)50280-2862
www.kelagwaerme.at

E.F.

**INVESTMENTBANK AG**www.hypoinvest.at

Für alle Gemeinden, die von ihrer Bank mit Sicherheit mehr erwarten

Hohe Sicherheit. Eine Qualität, auf die Sie sich verlassen können. Gerade in Zeiten wie diesen. Und das seit nicht weniger als 120 Jahren in Niederösterreich und Wien. Exzellente Beratung ist der Anspruch des NÖ HYPO Investmentbank-Konzerns - und ein Unternehmenswert, auf den Sie bauen können.

Das Mutterinstitut, die HYPO Investmentbank, sowie NÖ HYPO Leasing und NÖ Real-Consult sind die Spezialisten für **Großkunden auf Landes- und Gemeindeebene**.

Weiters bietet die Finanzgruppe mit ihrer Tochterbank

HYPO Landesbank für Niederösterreich und Wien eine kompetente Universalbank mit 28 Filialen für **Private, Freiberufler sowie Klein- und Mittelbetriebe**.

Rechnen Sie mit uns, wenn es um maßgeschneiderte Finanzierungs-konzepte für kommunale Projekte geht, verlassen Sie sich auf Profis, wenn es um zukunfts-sichere Veranlagungsstrategien für Kommunen und Institutionen geht. Lösungskompetenz aus einer erfahrenen Hand. Nicht nur die öffentliche Hand ist hier finanziell in besten Händen.



Überzeugen Sie sich - am besten in einem persönlichen Gespräch:
telefonisch unter +43 2742 4920-1250 oder per E-Mail an: johannes.kern@hypoinvest.at

Internet-Auftritt sinnvoll genutzt sorgt für Refinanzierung

„Umsatz-Auto-Pilot“ für Internet-Auftritt der Gemeinden

Die Gemeinden Österreichs stehen vor einer großen Herausforderung.

Die Einnahmen sinken immer mehr – die Ausgaben dagegen steigen durchschnittlich um elf Prozent pro Jahr.

Laut einer Umfrage des „Österreichischen Gemeindebundes“ lehnen sowohl Bürgermeister als auch die Bevölkerung eine Finanzierung durch neue Schulden ab. Leistungskürzungen in verschiedenen Bereichen werden aber von den Bürgern natürlich nicht gerne gesehen. Diese Herausforderung ist allerdings sowohl den Bürgermeistern als auch der Bevölkerung bewusst. 83 Prozent der Bürgermeister und 52 Prozent der Bevölkerung glauben nach einer Befragung des Österreichischen Gemeindebundes, dass die kommunalen Leistungen in Zukunft nicht wie bisher finanziert werden können.

Die RiS GmbH, Marktführer für Internet-Plattformen im Gemeindeumfeld mit dem Produkt RiS-Kommunal, stellt daher Ihren Kunden eine innovative Möglichkeit zur Verfügung, ihre Ausgaben für die virtuelle Gemeinde (Homepage) zu refinanzieren: Das neue Vermarktungsmodul der RiS-GmbH.

RiS-Kommunal ist ein webbasiertes Content Management System (WCMS) für Städte und Gemeinden. Knapp die Hälfte der österreichischen Kommunen, also ca. 1100 und einige Regionen, nützten das webbasiertes Content Management System (WCMS) der RiS GmbH. Schon im Basispaket bietet RiS-Kommunal einen großen Leistungsumfang und viele kostenlose Inhalte und Anwendungen, die laufend aktualisiert werden. Die Barrierefreiheit auf höch-

tem Niveau gehört ebenso wie der Medien- und Bildbearbeitungsserver, das Intranetmodul, Web 2.0. Anwendungen oder



Die Gemeinden Kremsmünster und Stadtschlaing profitieren bereits von den modernen Refinanzierungsmöglichkeiten im Word Wide Web.

Help.gv Lebenslagen zum Leistungsumfang von RiS-Kommunal. Nach Belieben kann das Basis-Produkt um weitere Zusatzmodule – eines davon ist das neue Vermarktungsmodul von RiS-Kommunal – ergänzt werden.

Mit dem Vermarktungsmodul von RiS-Kommunal besteht nun die Möglichkeit, die Kosten für den laufenden Betrieb der Homepage zu refinanzieren – und dies ohne zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Kommune!

Das Vermarktungsmodul kann von RiS-Kommunal Kunden jederzeit kostenlos bestellt werden.

Nützen Sie Ihre Homepage auch als Vermarktungs-Plattform für die lokale Wirtschaft, denn neben den Wirtschafts-News sind Werbungen auf der Gemeinde-Homepage einer der wenigen effektiven Möglichkeiten für lokale Unternehmen, sich den Kunden punktgenau zu präsentieren.

Machen Sie mit und setzen Sie auf innovative Lösungen, welche dem Puls der Zeit entsprechen und keinen zusätzlichen Aufwand für Ihre Gemeinde bedeuten. Bestellen Sie darum das kostenlose Vermarktungsmodul von RiS Kommunal und schalten Sie ihre Homepage auf „Umsatz-Auto-Pilot“!

RISKOMMUNAL

Information

RiS GmbH
Ing.-Kaplan-Gasse 1
A-4400 Steyer
Tel: 07252/861 8610
Fax: 07252/861 8633
E-Mail: office@ris.at
Web: www.ris.at

Therm-Liner-System verwendet Wärme aus Abwasserkanälen für Heizung und Kühlung

Abwasser-Energie einfach nutzbar gemacht

Noch nie war Energieeinsparung so wichtig wie heute. Mit einer Temperatur von 20°–25° verlässt das Abwasser bisher ungenutzt unsere Haushalte. Dem Abwasser Wärme zu entziehen, um es für Heizzwecke nutzbar zu machen, war schon lange ein Wunsch vieler Ingenieure, es ist eine wirtschaftliche Art, um Energiekosten einzusparen. Alleine in Deutschland könnten mehr als 2 Millionen Haushalte mit Energie aus dem Abwasser beheizt werden. Auch in Österreich ist diese Zahl sehr hoch.

Aktiver Beitrag

Mit Hilfe von in den Abwasserkanal eingebauten Edelstahlwärmetauschern, System „THERM-LINER“, wird dem warmen Abwasser Wärme entzogen, und über eine Wärmepumpe können so Gebäude beheizt und gekühlt werden. Der CO₂ Ausstoß wird so erheblich vermindert und es wird somit aktiv zum Klimaschutz beigetragen. Geeignet zur Abwasserwär-



Das innovative Wärmetauschersystem „Therm-Liner“ nutzt die Energie aus Kanälen für Heizung und Kühlung von Gebäuden. Mit speziellen Edelstahlwärmetauschern (auf dem Boden des Kanals) wird dem Abwasser Wärme entzogen und verwendet.

menutzung sind dabei alle begehbaren Querschnitte mit Nennweiten größer 800 Millimeter, bei Abwassermengen mit einem Tagesmittel ab ca. 20 Liter/Sekunde.

Technik für Umwelt

Die WM Umwelttechnik GmbH ist ein junges innovatives Unternehmen mit Sitz in Wendling. Es beschäftigt sich mit Umwelttechnik und erneuerbaren Energien und bietet einige innovative Systeme für hervorragende Wirtschaftlichkeit bei einer ökologisch sinnvollen Technik.

Information

WM Umwelttechnik
GmbH, Fellhof 5
4741 Wendling
Tel.: 07736/6072
office@wm-
umwelttechnik.at
www.wm-
umweltechnik.at

LEI

Die Kunst des Gestaltens.

Straßen & Wege
Terrassen
Plätze & Flächen
Innenhöfe
Fußgängerzonen

Kapfenberg

Trofaiach

Besuchen Sie uns
auf der Kommunalmesse!
9.-10. September 2010
Stand Nr. 433

Mehr unter: www.semmelrock.com

Messehighlights

Premiere der neuen **gecurlten Oberfläche!**

Systempflaster Einstein® – Das Pflaster-system, das niemals aus den Fugen gerät.

Gewinnspiel! Gewinnen Sie:
300 m² Systempflaster Einstein®
Stärke 10 cm mit neuer gecurlter Oberfläche für die Gestaltung einer Verkehrsfläche in Ihrer Gemeinde!

SEMMELRÖCK
STEIN+DESIGN

GEHÖREN SIE SCHON ZU DEN ENERGIESPARGEMEINDEN IN ÖSTERREICH?

JETZT
€ 500,-
ENERGIECHECK-
BONUS NUTZEN!

Investieren Sie in Energiesparmaßnahmen in Ihrer Gemeinde und nutzen Sie die dadurch entstehende finanzielle Ersparnis für Ihre Bürger. Ihr BAWAG PSK Betreuer-Team und die Experten von Energy Globe stehen Ihnen bei der Umsetzung Ihrer Projekte aktiv zur Seite.



www.unternehmenösterreich.at



ZeitarbeitnehmerInnen werden für Kommunen zunehmend interessant

Arbeit auf Zeit – auch in Gemeinden eine Möglichkeit

Die Firma Manpower steht mit ihrem Modell der „ZeitarbeitnehmerInnen“ Gemeinden zur Verfügung. „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dies eine gute Möglichkeit, von der beide Seiten profitieren können“, erklärt Manpower-Geschäftsführer Erich Pichorner.

Er gab Auskunft über das breite Service-Spektrum, das Manpower Gemeinden bietet.

Manpower ist der erste Personaldienstleister, der mit dem Konzept ZeitarbeitnehmerInnen offensiv auf den kommunalen Sektor zugeht. Welche Leistungen bieten Sie und wie können Gemeinden davon profitieren?

Pichorner: Wir bieten Gemeinden ein breites Spektrum an Personaldienstleistungen, darunter Zeitarbeit und Personalvermittlung sowie die Unterstützung bei der Suche nach qualifiziertem Personal.

Grundsätzlich erkennen wir, dass Gemeinden schwankenden Arbeitskräfte-Bedarf in vielen Bereichen wie Winterdienst, Freibad, Bauhof oder in der Verwaltung haben.

Die Vorteile liegen im schnellen Einsatz; innerhalb von 48 Stunden können wir nahezu in ganz Österreich Stellen mit Fachkräften besetzen und mit der Flexibilität der Beschäftigungsdauer punkten, insbesondere bei saisonalen Schwankungen.

Gemeinden haben jedoch auch einen „sozialen Auftrag“. Können es sich kommunale Arbeitgeber überhaupt leisten, ZeitarbeitnehmerInnen, sprich ortsfremde Personen, einzustellen?

Pichorner: Die Erfüllung des „sozialen Auftrags“ steht in keinem Widerspruch zur Zeitarbeit. Manpower kann auf die speziellen Bedürfnisse der Gemeinden eingehen und auch Mitarbeiter der jeweiligen Region einsetzen.



Kommunal-Geschäftsführer Michael Zimper im Gespräch mit Manpower-Geschäftsführer Erich Pichorner.

Wie unterscheidet sich Manpower von anderen Personaldienstleistern?

Pichorner: Manpower gibt es seit 60 Jahren, davon über 25 Jahre in Österreich, unser Know-how ist also sehr groß. Wir sind ein seriöser Anbieter am Markt und flächendeckend vertreten. Alle unsere MitarbeiterInnen werden entsprechend der gesetzlichen Regelungen bezahlt, angemeldet und versichert. Somit können wir garantieren, dass von uns vermittelte ZeitarbeitnehmerInnen fair behandelt werden.

Sind Sie auch in anderen öffentlichen Bereichen tätig?

Pichorner: Wir beliefern von Ministerien über Universitäten und Krankenhäuser die unterschied-

lichsten öffentlichen Institutionen. Ich persönlich habe vor fünf Jahren zum Beispiel einen Amtsleiter besetzt.

Gerade in der Krise können Sie den Arbeitsmarkt sehr positiv stimulieren. Warum soll eine Gemeinde mit Ihnen zusammenarbeiten?

Pichorner: Gemeinden finden auf der einen Seite einen Partner für schwankenden Personalbedarf, verursacht durch saisonale Schwankungen, kurzfristigen Bedarf z. B. bei Veranstaltungen und Projekten, Urlaub, Krankenstand oder Karenz, Mangel an höherqualifiziertem Personal und Personalfluktuations. Eine große Möglichkeit sehen wir auch in Gemeinde-Kooperationen. Sobald sich mehrere Gemeinden zusammenschließen, können Arbeitskräfte effizient und flexibel auf mehrere Standorte verteilt eingesetzt und Synergien gebildet werden.

Manpower ist auch in der Personalberatung tätig. Können Sie hier ebenfalls Kommunen unterstützen?

Pichorner: In den Gemeinden ist die Fluktuation in den letzten Jahren durch gesellschaftlich veränderte Rahmenbedingungen ebenfalls gestiegen. Manpower unterstützt Gemeinden bei der Definition von Personalbedarf und in weiterer Folge bei der Rekrutierung.

Information

Manpower GmbH
Schottenring 12
1010 Wien
Tel.: 01/516 76-100
Fax: 01/516 76-699
E-Mail: service@manpower.at
Web: www.manpower.at

Verschiedene Modelle zeichnen die Wasserlandkarte Österreichs

Flächendeckend: Wasserver- und -entsorgung genauer betrachtet

Österreich, eines der wasserreichsten Länder weltweit, kann sich glücklich schätzen über sein kostbarstes Gut. Das Trinkwasser wird rund zur Hälfte aus Grundwasser und aus Quellwasser gewonnen. Aufgrund der laufenden Modernisierung sind es in Nieder- und Oberösterreich nicht mehr nur die Gemeinden selbst, die sich um die Wasserbelange kümmern, vielerorts übernahmen vor allem ländernahe Unternehmen oder Kommunalverbände die Wasserversorgung. Dazu gibt es verschiedene Modelle.

Die Versorgung mit einwandfreiem Wasser ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Gerade im ländlichen Raum besteht die besondere Herausforderung, die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Die kommunalen, als Verband oder Genossenschaft oder auch die privat organisierten Wasserver- und Abwasserentsorger stehen heute in der Pflicht, eine zeitgemäße, umweltgerechte und die Kostendeckung anzustrebende Versorgung sicherzustellen. Die Höhe des Wasserpreises oder der Abwassergebühren schwankt aufgrund regional unterschiedlicher Gegebenheiten und ist uneinheitlich. Der Bund forciert, zur Kostensenkung und Erhöhung der Versorgungssicherheit, regionale Zusammenschlüsse von Wasserdienstleistern oder die Zusammenarbeit von benachbarten Unternehmen im Bezug auf die Wasserdienstleistungen.

Chance Binnenmarkt

Mehr als 5000 Wasserversorgungsunternehmen sind in Österreich für hochwertiges Trinkwasser verantwortlich, das den strengen, in der Trinkwasserverordnung festgeschriebe-

Wesentlich für uns sind die handelnden Personen, denn Wasserbelange haben für uns eine besondere Bedeutung. Damit wollen wir nicht experimentieren. Jede Gemeinde hat ihre Wege, und eine Auslagerung ist nicht automatisch besser oder schlechter.

Franz Schörkhuber, Amtsleiter Gemeinde Weyer

nen Anforderungen entspricht. Ein zentrales Anliegen der Europäischen Kommission ist die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, indem durch angemessenen Wettbewerb Produkte und Dienstleistungen effizienter und preisgünstiger zur Verfügung gestellt werden können. Die Organisation der Wasserdienstleistungen reicht derzeit von rein kommunaler Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden über die Beteiligung von privaten Unternehmen bis hin zur gänzlichen Auslagerung der Dienstleistungen an private Unternehmen. Eine, vor allem im Osten Österreichs gängige Variante ist die Auslagerung in Landes- oder dem Land nahestehende Unternehmen. Seit 1962 liefert in Niederösterreich die ehemalige NÖSIWAG, heute EVN Wasser, an rund ein Drittel der Gemeinden das Trinkwasser. „In den späten

60er-Jahren gab es in Gebieten wie dem Weinviertel, Waldviertel oder Marchfeld große Probleme mit dem Wasser. Wir übernahmen für diese Gemeinden die Wasserversorgung und konnten so eine hochwertige Dienstleistung garantieren“, beschreibt Geschäftsführer der EVN Wasser, DI Franz Dinobl. Heut sind es rund 400.000 Menschen, die die EVN Wasser mit Trinkwasser versorgt. Warum wollen Gemeinden ihre Wasserversorgung abgeben? „Es sind viele Aufgaben, die Gemeinden zu erledigen haben, gerade beim Wasser gibt es strenge gesetzliche Bedingungen. Für kleine Gemeinden ist es manchmal nicht kostendeckend, sich um alles zu kümmern. Wir als Landesunternehmen arbeiten in einem Vertrauensverhältnis mit den Gemeinden zusammen. So haben alle einen Nutzen von unserer Arbeit“, so Dinobl. Teure Investitionen wie Nitrataufbereitungsanlagen, wie sie im Marchfeld oder Korneuburger Becken benötigt wurden, konnten so problemlos gebaut werden. Solche Anlagen arbeiten biologisch mit Mikroorganismen, die die Nitrate im Wasser in Sauerstoff und Stickstoff aufspalten, wobei der Stickstoff entweicht. Der Wasserpreis richtet sich nach dem Verbraucherpreisindex „und nicht darüber hinaus“, wie Dinobl versichert.

Leitungsbau ausgelagert

Während sich in Niederösterreich ausgelagerte Unternehmen vorwiegend um die Trinkwasserversorgung kümmern, gibt es in Oberösterreich bereits die verschiedensten Modelle des landesnahen Unternehmens WDL (Tochter der Energie AG) für die Wasserver- und die Abwasserentsorgung. In der Gemeinde

Weyer beispielsweise musste im Jahr 2004 das bis zu 100 Jahre alte Wasserleitungsnetz des Ortskernes komplett saniert werden. „Wir haben Angebote eingeholt, und aufgrund des besseren Preises entschieden wir uns dafür, dass die WDL uns die technischen Einrichtungen baut und wir sie von ihr zurückleasen. Dabei bleibt es rein bei einer Auslagerung der technischen Einrichtungen für die Wasserversorgung. Die Gebührenhöhe und die Instandhaltung des Netzes liegt nach wie vor bei der Gemeinde Weyer. Auch die Quellen sind unser Eigentum“, erklärt Amtsleiter Franz Schörkhuber. Die Gemeinde profitiere vom „Know-how“ der WDL und deren Fachpersonal. Diese Variante kam Weyer deutlich billiger, als ein eigenes Darlehen für den Wasserleitungsbau aufzunehmen. Doch ohne Vertrauensverhältnis wäre dieser Vertrag nicht zustande gekommen. „Wesentlich sind die handelnden Personen, denn

Wir hätten sowohl technisch als auch mit Personal nachrüsten müssen und überlegten damals, dass es sinnvoll wäre, den Betrieb auszulagern.

Gerhard Huber, Bürgermeister Sattledt

Wasserbelange haben für uns eine besondere Bedeutung. Damit wollen wir nicht experimentieren“, erklärt Schörkhuber weiter. Eine Übergabe an ausländische Unternehmen könne man sich in Weyer nicht vorstellen. Ob eine Wasserdienstleistungsauslagerung für ihn besser sei, will Schörkhuber nicht grundsätzlich entscheiden. „Das kommt auf die Gegebenheiten an. Jede Gemeinde hat ihre Wege, und eine Auslagerung ist nicht automatisch besser oder schlechter“, gibt Schörkhuber seine Meinung bekannt. Die Abwasserentsorgung wird in Weyer vom Abwasserverband gemeinsam mit der Marktgemeinde Gaflenz übernommen. Dieser Verband ist ebenfalls in den Händen der WDL. Auch in dem Bereich profitieren die Gemeinden vom Fachpersonal und der



Aufgrund der konsequenten Abwasserreinigung haben bereits 88 Prozent der heimischen Gewässer die Güteklasse eins oder zwei auf einer fünfstufigen Skala.

Qualität der Abwicklungen, wie der Amtsleiter bestätigt.

Dienstleistungen werden in Sattledt übernommen

Ein anderes Modell findet sich in der Gemeinde Sattledt. Dort wurde vor gut acht Jahren der Betrieb der Wasserversorgung an die WDL ausgelagert. Der Grund? „Unser Gemeindemitarbeiter, der für die Wasserbelange zuständig war, ging damals in Pension. Wir hätten sowohl technisch als auch mit Personal nachrüsten müssen und überlegten damals, dass es sinnvoll wäre, den Betrieb auszulagern“, erklärt Sattledts Bürgermeister Gerhard Huber. Er ist bis heute sehr zufrieden mit der Entscheidung. Wasserpreislich bewegt sich die Gemeinde im Bereich der Mindestgebühren des Landes Oberösterreich und die Arbeit ist kostendeckend. Die Gemeinde blieb bei dieser Form der Auslagerung Eigentümer des Leitungsnetzes. Die gemeindeeigene Quellenanlage wurde zu einer Notwasseranlage umfunktioniert, denn das Wasser selbst kommt nun aus Brunnen der WDL, die sich in Nachbargemeinden von Sattledt befinden. Zusätzlich ist die WDL gerade dabei, einen digitalen Leitungskataster für die Wasser- und Kanalnetzleitungen zu erstellen. Wie schaut das aus, wenn es einen Wasserrohrbruch gibt? „Wir sind mit den Dienstleistungen der WDL sehr zufrieden, bei Rohrbüchen etc. kam es immer zu raschen Reaktionen. Ein eige-

ner Mitarbeiter der WDL, der für unser Gemeindegebiet zuständig ist, wohnt in unmittelbarer Nähe und somit ergeben sich viele Vorteile“, beschreibt Bürgermeister Huber. Die Wasserdienstleistung an Unternehmen zu übergeben sei auch für ihn eine Vertrauensfrage. An ausländische Unternehmen wäre das kaum denkbar.

Unterschiedlicher Zugang

In den anderen Bundesländern liegt die Wasserversorgung traditionell in Gemeindehänden, während die Abwasserentsorgung vielerorts in Gemeindeverbänden organisiert wird. Im Hinblick auf die knappen Kassen und immer wiederkommenden Investitionen für Sanierungsmaßnahmen werden Modelle, wie oben beschrieben, für viele Gemeinden als neue Möglichkeit herangezogen. Ganz unterschiedlich haben viele Gemeinden deutlich mehr Wasser zur Verfügung als sie benötigen, oder weniger Wasser, welches sie von Brunnen oder Quellen aus Nachbarorten beziehen. Wasser, ein sich selbst erneuerndes Grundnahrungsmittel, wird in Österreich über den Niederschlag in überreichem Ausmaß nachgeliefert. Wichtig dabei ist, dass es gereinigt in den natürlichen Kreislauf zurückgegeben wird. Auch in der Hinsicht ist Österreich Vorreiter mit einer fast flächendeckenden Abwasserreinigung in Kläranlagen, die meist in den Händen der öffentlichen Hand sind.

Wasserleasing aus Oberösterreich

Innovatives PPP-Modell für die Wasserversorgung von Weyer

In Zeiten knapper Ressourcen ist auch in Österreich steigendes Interesse an Outsourcing-Modellen festzustellen. Besonders dann, wenn sichergestellt ist, dass die Hoheit über die Infrastruktur und die Entscheidung über die Gebühren in öffentlicher Hand bleiben.

Die Modellvielfalt ist dabei genau so groß wie die Zahl der unterschiedlichen Problemstellungen in den Gemeinden, so der Verantwortliche für das Wassergeschäft der Energie AG, Dipl.-Ing. Christian Hasenleithner. Ein Beispiel für ein erfolgreiches Projekt, das auf den konkreten Anlassfall maßgeschneidert wurde, ist die Modernisierung der Wasserversorgung für die oberösterreichische Gemeinde Weyer.

Das Problem eines überalterten Leitungsnetzes werden in den nächsten Jahren noch sehr viele österreichische Gemeinden haben. In der Ennstaler Marktgemeinde Weyer stammte der Kern der Wasserversorgung aus dem Jahre 1904. Dementsprechend hoch waren die Anzahl von Rohrbrüchen, Netzschäden und die Wasserverluste. Auch der Wasserbedarf hat im Laufe der Zeit stark zugenommen, so dass ein neuer Brunnenstandort gesucht wurde. Die Gemeinde hat sich nach einem intensiven Diskussionsprozess dazu entschieden, die Abwicklung des Vorhabens in Form eines Leasingmodells an einen privaten Partner auszulagern. So wurden Ausschreibung, Vergabe, Baumanagement und Finanzierung des € 4,5 Mio.-Projektes durch die WDL Wasserdienstleistungs GmbH abgewickelt.

Im Detail wurde folgende Lösung gewählt: Die Erneuerung der alten Quelfassungen (vor 1920) und die Errichtung



Der Wasserleitungsbau in Dürnbach bei Weyer. Heute gibt es rund 25 Kilometer Wasserleitungsleasing in der Gemeinde.

des neuen Brunnens wurden mit rund € 400.000 durch die Gemeinde finanziert. Damit stehen diese Anlagen inkl. Wasserrecht, vereinfacht gesagt also das Wasser, im Eigentum der Gemeinde. 25 km Leitungsnetz, 420 Hausanschlüsse und zwei Hochbehälter wurden durch die WDL als Bauherr errichtet (rund € 4,2 Mio.). Die Infrastruktur wurde

anschließend zur weiteren Nutzung über einen Zeitraum von 25 Jahren an die Gemeinde verleast. In einer eigenen Vereinbarung verpflichtete sich die WDL, ausschließlich das Wasser der Gemeinde zu übernehmen und kein Wasser aus der Leitung für eigene Zwecke zu entnehmen.

Damit konnten alle Sorgen vor einem „Ausverkauf“ des Wassers zerstreut werden.

Besonders wichtig war die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und WDL vor und während der Bauzeit. Die Praktiker des Gemeindebauhofs waren sowohl in die Planung als auch in die Bauüberwachung eingebunden, jene der Verwaltung in den Vergabeprozess. Die lückenlose Kontrolle war also gewährleistet. Nach Übergabe der Anlage kümmert sich die Gemeinde um Gebührenfestlegung und -einhebung. Zur Sicherstellung eines optimalen und werterhaltenden Betriebs wird die Gemeinde dabei von der WDL beraten.

Die Anlage wurde im Zeit- und Budgetrahmen fertiggestellt und ist seit nunmehr fast fünf Jahren völlig problemlos in Betrieb. Obwohl das Leitungsnetz derzeit „nur“ geleast ist, sind die Bürger stolz auf „ihr“ Weyrer Wasser und dieses für die 5000 Einwohner Gemeinde große Projekt.

Information

WDL GmbH
Böhmwaldstraße 3
4020 Linz
Tel.: 0732/9000
Fax: 0732/9000-3772
E-Mail: office@wdl.at
Web: www.wdl.at

Marktgemeinde Weyer

eine von über 1000 Gemeinden und Städten die auf unser Wasser Know how baut.



PROJEKT- UND BAUMANAGEMENT FÜR
4 QUELLFASSUNGEN
2 HOCHBEHÄLTER
25 KM LEITUNGSNETZ
420 HAUSANSCHLÜSSE
€ 4,5 Mio. FINANZIERUNG
2 BRUNNEN

Unser Wasser. **Unser Leben.**

24 Stunden am Tag. 365 Tage im Jahr.



WDLGmbH
WASSERDIENSTLEISTUNGSGmbH

www.wdl.at

EIN GUTES BEISPIEL FÜR BÜRGERNÄHE.



Die ARA führt österreichweit Verpackungsabfälle auf direktem Weg der Verwertung zu. Bürgernahe Sammlung macht es möglich, dass heute der Großteil aller Verpackungen getrennt erfasst und klimafreundlich recycelt wird. Ein weltweit anerkanntes Beispiel für nachhaltiges Wirtschaften, das ohne die hervorragende Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden in ganz Österreich nicht möglich wäre. Dafür aus nächster Nähe ein herzliches Dankeschön! www.ara.at

SO TRENNT MAN RICHTIG.

ARA 
Altstoff Recycling Austria

Elektrofahrzeuge erobern die Fuhrparks

GreenCart – Wirtschaftlich und umweltfreundlich

Nicht erst seit der letzten Ölpreiserhöhung werden Elektrofahrzeuge immer mehr zur kostenschonenden Alternative in Kommunen, Hotellerie, Tourismus und in Gewerbebetrieben.

Vorbei sind die Zeiten, wo Elektrofahrzeuge irgendwelche Defizite aufwiesen: die straßentauglichen Elektrofahrzeuge von GreenCart überzeugen durch leichte Bedienbarkeit und unglaubliche Flexibilität. GreenCarts verfügen über ein On-Board-Ladesystem und Panoramakabinen. Wie bei einem Pick-up ist der Aufbau der großvolumigen Transportfläche individuell gestaltbar. Der wieselflinke Elektrolaster transportiert vom sperrigen Gartengerät bis hin zu kostbaren Wäscheladungen alles bequem – und zwar bei jedem Wetter. Durch die kinderleichte Bedienung können GreenCarts von FahrerInnen ab 16 Jahren führerscheinfrei gelenkt werden. Dazu gibt es geprüfte Gurtsysteme,



Sicherheitsglas und einwandfreies ROPS Prüfzeugnis. Abgerundet wird das Angebot von einer dreijährigen Garantie, Haft- und Kaskoversicherung und einem flächendeckenden Servicenetz mit Mobilitätsgarantie. GreenCarts vereinen somit das Beste vom besten aller am Markt erhältlichen Carts.

Information

Cetra Trading GesmbH
Harald Weidhofer
Tel.: 01/269 89 31
Web: www.greencart.at

E.E.

Die Digilight lösen das „Schwarze Brett“ ab

Am Puls der Zeit mit digitalen Infosäulen

„Wir freuen uns über das große Interesse und stehen mit 12 Gemeinden kurz vor Vertragsabschluss“, freut sich Alexander Christ, GF der Digilight Werbe- und Netzwerk GmbH, „bis Weihnachten werden wir österreichweit mit 70 Standorten online gehen.“

Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern bekommen Digilight gratis zur Verfügung gestellt – für kleinere Gemeinden gibt es günstige Beteiligungsmodelle. Auf den sonnenlichttauglichen, vandalismussicheren LCD-Screens wird ein Programm-Mix aus Information, Unterhaltung und Werbung gesendet, wobei die Gemeinden 20 Prozent der Sendezeit nützen können. Einspielung und Kontrolle des Programms



Die elektronische Infosäule.

erfolgt über ein leicht zu bedienendes Content Management Programm. Die Hälfte der Sendezeit steht regionalen und nationalen Werbepartnern zur Verfügung, wodurch sich die Digilight refinanzieren.

Information

Digilight Werbe- und Netzwerk GmbH
Universitätsstraße 9
1090 Wien
KommR Robert Oman
Tel: 0676/634 50 60
oman@digilight.at
www.digilight.at

E.E.

„Digitales Österreich“
Explorer

E-Government-Anwendungen mit einem Klick



Christian Beyrl, Verkaufsleiter für öffentliche Unternehmen im Mittelstand, Microsoft

Auf der Kommunalmesse 2010 präsentierte Microsoft Lösungen, die die tägliche Arbeit in den österreichischen Gemeinden und Städten erleichtern können, wie z. B. Microsoft Office 2010 oder Lösungen für

Kommunikation und Zusammenarbeit. Neben diesen Neuheiten gingen wir auf die Anforderungen von Gemeinden und Bürgern an die IT ein (lesen Sie dazu den Beitrag der Donau-Universität Krems in dieser Ausgabe) und zeigten bereits realisierte Konzepte in diesem Bereich – wie z. B. den Explorer des „Digitalen Österreich“: Egal ob Rechtsauskunft, Lohnsteuerausgleich oder Sicherheitsinformationen: Mit dem ersten E-Government Browser weltweit ist das virtuelle Amt nur einen Mausklick entfernt. Die Initiative von Digitales Österreich mit Unterstützung von Microsoft Österreich erleichtert allen ÖsterreicherInnen den übersichtlichen, schnellen und sicheren Zugang zu ihren E-Government Anwendungen. So sind z. B. FinanzOnline, das Firmenbuch, der Strafregistrauszug oder die Meldebestätigung auf einen Klick erreichbar. Über 1000 Formulare stehen zum Download zur Verfügung, mehr als 350 Verfahren können online abgewickelt werden. Außerdem finden sich praktische Services der Partner des Webbrowsers (z. B. ÖBB Fahrplanauskunft oder die Sozialversicherungsleistungen). Der „Digitales Österreich“-Explorer vereint die Vorteile bewährter E-Government-Portale für Unternehmen (USPgv.at) und Bürger (HELPgv.at) sowie Online-Amtswege mit der Bürgerkarte mit der bewährten Sicherheit des meist genutzten Browsers, dem Microsoft Internet Explorer 8. Unter www.digitales.oesterreich.gv.at/explorer steht der kostenlose Webbrowser zum Download bereit.

Das Gräbersterben nimmt zu. Die Urnensäule bietet die perfekte Lösung

Ein todsicheres Geschäft

Die Gemeinden haben massive Probleme: Immer mehr Gräber werden aufgelassen und verursachen sehr hohe Kosten. Die Instandhaltung und Sanierung von Urnenwänden reißen ein Loch ins Gemeinde-Budget. Die Firma Grabkult bietet mit der Urnensäule eine einfache und zugleich geniale Lösung für diese Probleme.

Die Trauerkultur ist im Umbruch. Große Grabanlagen, die der Steinmetz zu überhöhten Preise aufstellt, finden nicht mehr den Zuspruch wie früher – viele Hinterbliebene verzichten daher auf ein Grabmal. Immer mehr Gräber werden aufgelassen. Es entstehen dadurch Landschaftslücken und zusätzliche Kosten, die die Gemeinden nicht so einfach aufbringen können. Die Urnenwände bieten keine Alternative. Sie müssen teuer vorfinanziert werden. Vor allem in Zeiten des Sparens kann das ein großes Loch in die Gemeindekassen reißen. Außerdem vergehen oft einige Jahrzehnte, bis die Wand zur Gänze belegt ist. Hinzu kommt die fehlende Ästhetik. Urnenwände wirken kalt und sind unpersönlich. Eine einfache wie geniale Lösung bieten die Urnensäulen der Firma Grabkult. Sie bestehen aus traditionellem Naturstein und fügen sich perfekt in das Erscheinungsbild eines jeden Friedhofs ein. Die Urnensäule besteht aus einzelnen Segmenten, die innen hohl sind, um die Urne darin aufzubewahren. Die Segmente (maximal vier an der Zahl) lassen sich problemlos zu einer bis zu 1,6 Meter hohen Säule zusammenfügen. Matthias Gelbmann, burgenländischer Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Andau, hat sich ebenfalls für dieses



Die neue pietätvolle Urnenbestattung am Friedhof in Andau.

System entschieden. Sein erstes Fazit: „Es ist fast unglaublich. In den ersten zwei Monaten haben wir 80 Prozent der Urnensäulen verkauft. Das hätten wir mit der Urnenwand nie geschafft.“ Die Herstellungskosten seien ebenfalls gering gewesen. Die Urnensäule ist eine neue, pietätvolle und vor allem leistbare Grabform. Eine Grabpflege ist ebenfalls nicht mehr verpflichtend.

Information

Grabkult
Ingenierbüro für Landschaftsplanung
Sternhofweg 54
5020 Salzburg
Tel.: 0676/6666 446
Mail: office@grabkult.com
Web: www.grabkult.com

BAWAG P.S.K. unterstützt Gemeinden

Online-Energie-Check/ gezielte Förderungen

Mehr als 2200 Haushalte haben die „Energimilliarde“ der BAWAG P.S.K. genutzt, um ihre Wohnbaupläne zu realisieren und verstärkt in Energie-sparmaßnahmen zu investieren. Auch immer mehr österreichische Gemeinden erkennen das mittelfristige Sparpotenzial solcher Maßnahmen und lassen die kommunale Energiebilanz analysieren und optimieren.

Um Energie nachhaltig zu nutzen, müssen private, gewerbliche und kommunale Nutzer eng zusammenarbeiten. Für Österreichs Gemeinden stellt die BAWAG P.S.K. in Kooperation mit Energy Globe eine umfassende Online-Analyse (unter www.energiespargemeinde.at) zur Verfügung.

Bis zu 500 Euro Förderungen warten

Der Online-Energie-Check ist einzigartig, da er sämtliche Bereiche der Energienutzung – öffentliche Bauten, Betriebe, Wohnungen, Einfamilienhäuser bis hin zur Mobilität – mit einbezieht. Dieser zeigt auf, wie die einzelnen Bereiche der Infrastruktur zusammenhängen und durch welche Änderungen der Energieverbrauch reduziert und somit Kosten eingespart werden können.



Vor allem im kommunalen Bereich zahlt sich jede Einsparung doppelt aus. Denn neben den allgemeinen Energiekosten werden sich auch in Zukunft die CO₂-Abgaben deutlich reduzieren. Davon profitieren auch die Einwohner der Gemeinden.

Mag. Peter Rauscher,
BAWAG P.S.K.

Über die BAWAG P.S.K. können bis zu 500 Euro Förderungen für den Online-Check als ersten Schritt zur „Energiespar-Gemeinde“ aktiviert werden.

Information

BAWAG P.S.K.
Abteilung Institutionelle
Kunden & Öffentliche
Hand
Mag. Peter Rauscher
05 99 05 DW 43009
Georg-Coch-Platz 2,
1018 Wien
[peter.rauscher@
bawagpsk.com](mailto:peter.rauscher@bawagpsk.com)
www.bawagpsk.com

E.E.

Pitters KommunalKolumne

Die Gemeinde im Zentrum von Umfragen

Dr. Harald Pitters, Trend-
experte und Kommunalforscher

Ergebnisse von Meinungsumfragen spielen sowohl in der Mediengesellschaft, in Politik und Wirtschaft als auch in der Wissenschaft eine zentrale Rolle. Man kennt sie als Hochrechnungen, Marktanteile, Popularitätswerte und Einschaltquoten sowie in Form von immer neuen Zahlen rund um das Internet. In Wirtschaftsunternehmen werden auf ihrer Basis bedeutende Entscheidungen gefällt, und kein politischer oder gesellschaftlicher Interessensvertreter kommt ohne ihre Erkenntnisse aus. Die Fähigkeit, empirische Statistiken in ihrer Aussagekraft richtig einschätzen zu können beziehungsweise sie selbst einzusetzen, stellt einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil dar. Auch auf Gemeindeebene hat sich die Bedeutung von Umfragen in letzter Zeit stark erhöht. Mehr als 80% der BürgerInnen geben an, solche Umfragen mit Interesse zu lesen. Inhaltlich umfassen die Befragungen auf Gemeindeebene ein breites thematisches Spektrum. Anforderungsprofile und Images im Zusammenhang mit Gemeinden werden dabei ebenso untersucht wie die Zufriedenheit mit den angebotenen Leistungen. Die Erhebung der Stimmung zu zentralen gemeindespezifischen Themen, etwa örtliche Gewerbeprojekte, Tourismus oder Lebensqualität im Allgemeinen, stellt für die Gemeindepolitik eine unverzichtbare Notwendig-

keit dar. Wichtige Gemeindeprojekte können so auf ihre mehrheitliche Verankerung in der Bevölkerung überprüft werden. Die Forderung nach mehr Einbindung des Bürgerwillens ist allgegenwärtig. Vor dem Hintergrund einer sich ständig modernisierenden Gesellschaft erscheint gerade auf der kommunalen Ebene die Berücksichtigung der „vox populi“ mehr denn je geboten. Seriöse und präzise Umfrageanalysen stellen dabei – im Zusammenspiel mit anderen zentralen Aspekten – eine wichtige Säule der kommunalpolitischen Entscheidungsfindung dar.

Zum Autor

Nach Beendigung seines Rechts- und Politikwissenschaftsstudiums in Salzburg, Madrid und Budapest promovierte Harald Pitters mit einer empirischen Untersuchung von politischen Trends in der modernen Mediengesellschaft. Er startete seine berufliche Laufbahn als Stagiaire bei der Europäischen Kommission in Luxemburg und war danach als Projektassistent für das „Eurobarometer“ in Brüssel tätig. Daraufhin erfolgte der Wechsel nach

Hamburg, wo er bei Ipsos Deutschland drei Jahre lang Forschungsprojekte im Bereich Medien- und Sozialforschung koordinierte. Danach arbeitete er fünf Jahre für das österreichische Gallup-Institut als leitender Projektverantwortlicher. Ab sofort schreibt Pitters die „KommunalKolumne“ zu aktuellen Gemeindefragen.



Dr. Harald Pitters,
ist Dozent und freier
Konsulent im Bereich
demoskopischer
Forschung mit
Schwerpunkt „Kommunalpolitik“
und „Öffentliche Meinung
und Europa“.

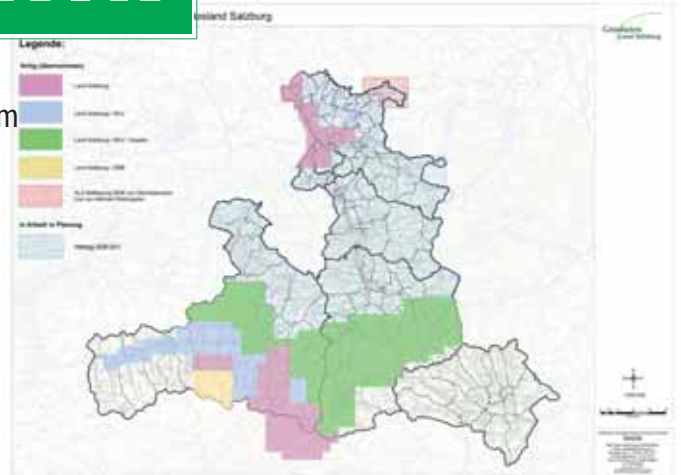
Wasserschutz: Schon sieben Bundesländer verwenden System

Salzburger Entwicklung senkt Behördenaufwand

SALZBURG

Das Wasserinformationssystem Salzburg vereint Informationen über Wasserrechtsverfahren, Gewässergüte, Gefahrenzonen oder auch zu den Trinkwasseranalysen. Durch diese umfassende Information sparen sich Planer und Behörden viel Zeit. „Seit 2000 haben wir das damalige digitale Wasserbuch ständig verbessert. Inzwischen wurde daraus das moderne ‚Salzburger Wasserinforma-

tionssystem‘. Diese Informationsquelle zu den Themen Wasserrechtsverfahren, Gewässergüte, Gefahrenzonenpläne und zu Trinkwasseranalysen unterstützt Behörden und Planer bei neuen Projekten. Sie haben alle relevanten Informationen online zur Verfügung und ersparen sich dadurch viele Wege“, beschreibt Landesrat Sepp Eisl den großen Vorteil dieser Entwicklung. Mit der Übernahme des



Das moderne Salzburger Wasserinformationssystem unterstützt Behörden und Planer.

Wasserinformationssystems (WIS) durch das Bundesland Wien nutzen nun insgesamt sieben Bundesländer die Salzburger Entwicklung. Für die Bevölkerung wurde

ein Internetdienst unter <https://service.salzburg.gv.at/wisonline> eingerichtet. Dort stehen die Informationen aus dem Wasserbuch für alle Interessierten zur Verfügung.

Europa: Neue Website für europäische Rechtsakte

Einfacher Zugang zum EU-Recht

BRÜSSEL

Die Europäische Union bietet einen einfachen Zugang zu Rechtsakten der EU in allen erfassten Regelungsbereichen. Hier finden sich etwa 3000 Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung, unter-

teilt in 32 Themenbereiche, die den Tätigkeitsbereichen der EU entsprechen. Zurzeit steht die Website in elf Sprachen, darunter auch Deutsch, zur Verfügung. Mehr auf www.europa.eu/legislation_summaries

Hilfe: Europäischer Kriseneinsatz in Pakistan

Tiroler Know-how hilft helfen

INNSBRUCK/ISLAMABAD

Bernd Noggler, Mitarbeiter der Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz beim Land Tirol, brach Ende August in den frühen Morgenstunden zum Kriseneinsatz in die Hochwassergebiete nach Pakistan auf. Er ist Teil

eines fünfköpfigen EU-Einsatzteams, das die Koordination der europäischen Hilfe in Pakistan übernehmen wird. Weitere Infos auf <http://ec.europa.eu/echo> oder www.tirol.gv.at/katschutz

Rating-Agenturen: Höhere Zinszahlungen für deutsche Städte und Gemeinden?

Rating-Agenturen tüfteln schon an Prüfungen

METELEN (Deutschland)

Metelen im Münsterland ist pleite. Der dortige Bürgermeister kann nur noch mit einem Nothaushalt regieren. Die 6500-Einwohner-Gemeinde in Deutschland plagt ein Schuldenberg von 3,8 Millionen Euro. „Wir können wirklich nicht mehr sparen. Wir haben uns auf die Kernaufgaben

beschränkt und haben keine freiwilligen Leistungen mehr zu streichen“, so Helmut Brüning, Bürgermeister von Metelen.

Metelen ist kein Einzelfall. Die Aufnahme von neuen Krediten gehört für viele deutsche Gemeinden inzwischen zum Alltagsgeschäft. Banken und Sparkassen stufen Gemeinden automatisch als

Top-Schuldner ein und leihen ihnen Geld zu besonders günstigen Zinssätzen. Was viele Kommunen in Deutschland noch gar nicht wissen: Die Kreditaufnahme könnte in Zukunft massiv erschwert werden. In den Schubladen der Rating-Agentur Fitch liegen bereits interne Unterlagen dazu. Die Frankfurter Rating-Experten haben fast 11.500 Städte und Gemeinden untersucht und herausgefunden, wie es um die Bonität deutscher Kommunen tatsächlich bestellt ist.



Internet in Tirol

Vollversorgung gefordert

INNSBRUCK

Gerade für kleine Gemeinden ist ein PC mit Internetanschluss essentiell, da viele Dienste, wie zum Beispiel die Buchhaltung, online erledigt werden. Laut einer Studie weist aber die Internetversorgung in vielen ländlichen Gebieten Tirols Nachteile gegenüber der 99-prozentigen Versorgung in den Städten auf. Jetzt soll die Vollversorgung durch die Versteigerung von freien Funkfrequenzen garantiert werden.

Nahversorgung interaktiv: Mattighofen setzt auf virtuelle Kommunikation

„Mattighofen Web 2.0“ startet im Herbst

MATTIGHOFEN/LINZ

Die Kaufmannschaft Mattighofen startet mit einem innovativen Nahversorger-Projekt: die Unternehmer tauchen mit ihrem Projekt „Mattighofen Web 2.0“ in die interaktiven Welten des Internets ein. Der Verein der Kaufmannschaft Mattighofen hat für dieses Projekt auch eine Unterstützung des Wirtschaftsressorts des Landes OÖ zugesagt bekommen. Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl sieht in diesem Projekt eine gute Methode, den Nahversorger-Standort Mattighofen langfristig ab-



Foto: Land OÖ

RMÖ-Regionalmanagerin Brigitte Dieplinger, der Obmann des Vereins Kaufmannschaft Mattighofen, Günther Ringeltaube, Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl und Christof Tiede, Wirtschaftssprecher in Mattighofen.

zusichern und auf Kundenwünsche rasch und individuell zu reagieren.

Die neue Website soll im Herbst 2010 online gehen.

Einkaufcenter

Jedes fünfte Shopping-Center floppt

WIEN

Einkaufszentren sind keine automatische Umsatzmaschine! Gemessen an ihren durchschnittlichen Quadratmeterumsätzen pro Jahr weisen rund 20 der aktuell 100 größten Shopping-Center in Österreich eine sehr schwache Performance auf. Darunter ist die ganze Bandbreite an Typen und Lagen zu finden: kleine und mittelgroße, rund 20 Jahre alte, aber auch sehr neue sowie innerstädtische und Stadtrandobjekte.

www.regioplan.eu

Radwegenetz im Ländle

Radler-Paradies

FELDKIRCH/RANKWEIL

Die Fahrradbegeisterung in Vorarlberg wird nach Kräften gefördert. Kürzlich begannen Bauarbeiten für einen weiteren Radweg in Feldkirch bzw. Rankweil. Dank ging auch an die Gemeinden, die den Weg des Landes in diesem Bereich sehr engagiert mitgehen.

Mountainbike-Strecken digitalisiert – 264 Routen – Gesamtlänge: 5700 Kilometer

Power-Strecken und „Bike fair play“

ST. PÖLTEN

Nach den schönsten Wandertouren und Radstrecken bietet Niederösterreich nun auch das gesamte Mountainbike-Streckennetz in digitalisierter Form an. Zur besseren Orientierung sind dabei alle 264 Mountainbike-Strecken in Niederösterreich, die mittlerweile eine Gesamtlänge von 5700 Kilometern umfassen, neu digitalisiert bzw. nach Fitness-Stufen kategorisiert worden. Alle Mountainbike-Strecken in den vier nÖ. Tourismusregionen Mostviertel, Waldviertel, Wienerwald und Wiener Alpen in Nieder-

österreich stehen unter www.mbike.at zum Download bereit. So kann man auf interaktiven Streckenkarten die Routen dank eines beweglichen Zooms erkunden und erhält dazu eine kurze Tourenbeschreibung, Bilder von der Tour und Informationen zur Anreise.

Europäische Vertretung

Brüssel: 15 Jahre Steiermark-Haus

BRÜSSEL/GRAZ

Ungeteilte Zustimmung aus der Landespolitik finden auch 15 Jahre nach seiner Gründung das Steiermark-Haus in Brüssel und seine Leiter Mag. Erich Korzinek und Dr. Claudia Suppan. Eine Delegation des Landtages nutzte erst unlängst einen Brüssel-Aufenthalt zu Gesprächen unter anderem mit EU-Spitzenbeamten und Österreichs EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn.

Vielfaltleben: Lebensministerium und Naturschutzbund schützen seltene Schlange

Hornotter wichtig für Öko-Gleichgewicht

WIEN/KLAGENFURT

Unsere größte heimische Giftschlange ist gefährdet. Die einst im Süden Österreichs weit verbreitete Hornotter findet heute nur noch an wenigen Orten in Kärnten und in der südlichsten Steiermark einen Platz zum Leben. vielfaltleben-Initiator Umweltminister Niki Belakovich appelliert: „Reptilien sind für das ökologische Gleichgewicht unverzichtbar. Auch wenn sie keine Kuschtiere sind, müssen wir

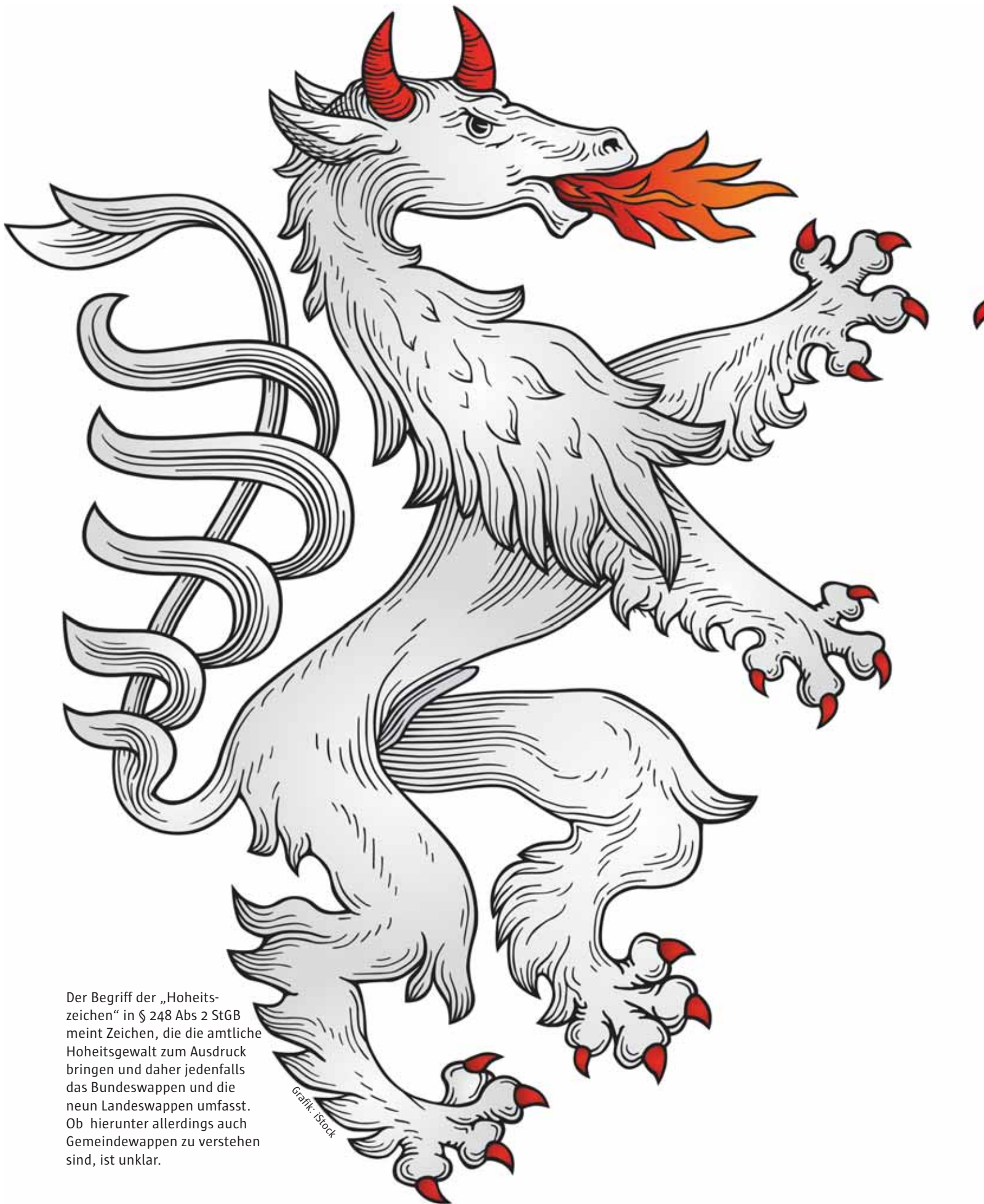


Foto: Conny

Ein seltenes Reptil braucht Schutz: Die österreichische Hornotter.

uns für ihren Schutz aktiv einsetzen.“ Mit einer Länge von bis zu 90 cm sind die österreichischen Exemplare die größten in Europa. „Die Hornotter ist relativ träge und nicht aggressiv, sie ver-

traut auf ihre Tarnfärbung und versucht bei Bedrohung stets zu fliehen. Lediglich wenn sie sich in die Enge getrieben fühlt, zischt sie laut und beißt zu“, sagt Reptilienexpertin Helga Happ.



Der Begriff der „Hoheitszeichen“ in § 248 Abs 2 StGB meint Zeichen, die die amtliche Hoheitsgewalt zum Ausdruck bringen und daher jedenfalls das Bundeswappen und die neun Landeswappen umfasst. Ob hierunter allerdings auch Gemeindewappen zu verstehen sind, ist unklar.

Grafik: iStock

Über die Verwendung von Hoheitszeichen



Geschützt wie das Logo einer Firma

Das Gemeindewappen auf dem Kaffeehäferl oder auf einer Aussendung des Gemeindevorstands im Wahlkampf – ist das zulässig oder liegt ein unbefugter oder gar herabwürdigender Gebrauch vor?

Barbara Gartner

Einen strafgerichtlichen Schutz von Wappen bietet § 248 Abs 2 Strafgesetzbuch (StGB). Nach § 248 Abs 2 StGB ist jeder, der auf eine Art, dass die Tat einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird, in gehässiger Weise eine aus einem öffentlichen Anlass oder bei einer allgemein zugänglichen Veranstaltung gezeigte Fahne der Republik Österreich oder eines ihrer Bundesländer, ein von einer österreichischen Behörde angebrachtes Hoheitszeichen, die Bundeshymne oder eine Landeshymne beschimpft, verächtlich macht oder sonst herabwürdigt, mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagsätzen zu bestrafen. Vom Begriff der „Hoheitszei-

chen“ in § 248 Abs 2 StGB sind Zeichen, die die amtliche Hoheitsgewalt zum Ausdruck bringen, und daher das Bundeswappen und die neun Landeswappen jedenfalls umfasst. Ob hierunter allerdings auch Gemeindewappen zu verstehen sind, ist unklar. Für eine Zuordnung von Gemeindewappen unter den Begriff der Hoheitszeichen spricht, dass Gemeinden als Träger von Hoheitsgewalt fungieren und durch ihre Gemeindewappen

Für eine Zuordnung von Gemeindewappen unter den Begriff der Hoheitszeichen spricht, dass Gemeinden als Träger von Hoheitsgewalt fungieren und durch ihre Gemeindewappen daher auch ihr Imperium zum Ausdruck bringen können.

daher auch ihr Imperium zum Ausdruck bringen können. Gegen eine Zuordnung von Gemeindewappen spricht hingegen, dass Strafnorm restriktiv zu



Die Wappen von Obritzberg-Rust bei St. Pölten, Merkendorf in der Südsteiermark (eines von nur fünf Wappen in Europa mit einer Ameise im Bild), Deutsch Schützen-Eisenberg im Burgenland, Markt Piesting in Niederösterreich, Bleiburg in Kärnten, Neustift im Mühlkreis (unten rechts) oder auch Wien-Mariahilf (im Uhrzeigersinn von ganz oben links). Jedes dieser Wappen wird nach heraldischen Grundsätzen, der sogenannten Blasonierung, beschrieben (siehe auch Kasten unten). Meist stellt das Motiv eine Sage oder historische Begebenheit oder auch Vorzüge des Ortes dar.

interpretieren ist, so dass eine Subsumtion von Gemeindepappen hierunter zwar nicht gänzlich ausgeschlossen, im Sinne einer grundrechtskonformen Interpretation (vgl. Art 7 EMRK) jedoch keinesfalls geboten erscheint. In der Literatur werden, soweit ersichtlich, dem Straftatbestand primär nur das Bundeswappen sowie die Landeswappen zugeordnet.

Weiters können beim Gebrauch von Wappen auch zivilrechtliche Vorschriften von Relevanz sein. Hier ist insbesondere an Ansprüche gegen eine Person, die urheberrechtlich oder markenrechtlich geschützte Symbole oder Schriftzüge einer Gebietskörperschaft (z. B. Stadtlogos) verwendet, zu denken. Ein Stadt- oder Gemeindepappen selbst ist allerdings gem. § 4 Abs 1 Z 1 lit a Markenschutzgesetz von der Registrierung als Marke exkludiert, da Zeichen, die ausschließlich aus Staatswappen, Staatsfahnen oder anderen staatlichen Hoheitszeichen oder aus Wappen inländischer Gebietskörperschaften bestehen, von der Registrierung als Marke ausgeschlossen sind. Auch diese Vorschrift zielt darauf ab, den Betrachter nicht darüber in die Irre zu führen, dass eine öffentliche Berechtigung vorliegt. Nicht von der Registrierung als Marke ausgeschlossen sind hingegen „Logos“ von Städten und Gemeinden, die vielfach stilisierte Teile des Gemeinde- bzw. Stadtwappens beinhalten. Darüber hinaus können auch Gemeinde- bzw. Stadtlogos urheberrechtlichen Schutz ge-

nießen. Hier gilt es allerdings zu beachten, dass gemäß § 1 Abs 1 Urheberrechtsgesetz nur solche Werke urheberrechtlich geschützt sind, die als eigentümliche geistige Schöpfungen qualifiziert werden können. Eine solche eigentümliche geistige Schöpfung hat der Oberste Gerichtshof (OGH) in Bezug auf Schriftzüge (Logos) bereits bejaht.

Gemeindepappen im Wahlkampf

Durch die Verwendung von Wappen einer Gebietskörperschaft versuchen wahlwerbende Parteien oftmals den Eindruck

Das Wappen von Markt Piesting

Blasonierung: In einem blauen Schild ein aufrecht stehender, über Eck gestellter, silberner Turm, mit fünf Zinnen bekrönt. Unterhalb der Zinnen, auf der rechten und linken Seite ein gewölbtes Fenster, aus welchen ebenso wie aus den Zinnen eine beziehungsweise fünf Feuerflammen schlagen. Zwischen beiden Fenstern in der Mitte des Turms ein rotweißbroter Schild, im Grunde des Turmes auf der rechten Seite ein offenes gewölbtes Tor. Im Schilde auf beiden Seiten neben dem Turm je ein bloßer, silberner Türkensäbel mit gelbem oder goldfarbenem Kreuz, die Griffe gegeneinander kehrend, über dem Wappen die historische Jahreszahl 1529 (später ergänzt).

Das Marktwappen wurde von Kaiser Ferdinand I. am 20. Mai 1533 zur Erinnerung an die 1529 und 1532 erfolgte Zerstörung des Ortes durch die Türken verliehen. Der Wappenbrief wird heute im NÖ Landesarchiv verwahrt, das Siegel ehemals anhängend, fehlt. Ein in das 16. Jahrhundert zurückreichender Siegelstempel „SIGILLUM DES MARCKS PIESTING“ wird in der Marktgemeinde aufbewahrt. Das Wappenrecht wurde in den Privilegien des Marktes von Kaiser Leopold I. (1659) über Kaiser Joseph I., Kaiser Karl VI., Kaiserin Maria Theresia, Kaiser Joseph II., Kaiser Leopold II. bis Kaiser Franz II. (1819) bestätigt und erneuert.

zu erwecken, ein besonderes Naheverhältnis zu dieser Gebietskörperschaft zu besitzen. Wahlkampfbroschüren oder Plakate können nun sowohl eine emotionale Nahebeziehung zu einer Gemeinde als auch ein institutionelles beziehungsweise organschaftliches Naheverhältnis zu dieser suggerieren. Ist Letzteres der Fall, ist jedoch zu prüfen, ob dem Verwendenden eine entsprechende Berechtigung überhaupt zukommt. Hier sind insbesondere zwei Fallkonstellationen zu beachten, nämlich einerseits der Gebrauch eines Gemeindepappens durch eine Person, die zwar (auch) Organ der Gemeinde ist, im konkreten Fall jedoch als Kandidat einer



wahlwerbenden Partei und damit als Privatperson agiert, ▶ und andererseits der Gebrauch durch eine Person, der keine öffentliche Stellung zukommt, durch die Wappenverwendung jedoch der Eindruck einer besonderen öffentlichen Berechtigung hervorgerufen wird.

Ein derartiges Verhalten kann in beiden Fällen die Verwirklichung des Verwaltungsstrafbestands einer unbefugten Wappenführung darstellen. Richtigerweise ist in beiden Fällen primär darauf abzustellen, ob die betreffende Publikation als Wahlkampfbrochure erkennbar ist und ob objektiv der Eindruck entsteht, dass der Wahlwerber über eine öffentliche Berechtigung oder Stellung verfügt und ihm Rahmen dieser öffentlichen Stellung handelt, wie ein Erkenntnis des VfGH aus dem Jahre 2003 zeigt.

Beispiel: Der VfGH maß im Zusammenhang mit der Verwendung des Salzburger Landeswappens auf Wahlkampfbrochüren (und Werbeplakaten) u. a. dem Umstand, ob die entsprechende Publikation unzweifelhaft als Wahlkampfbrochure erkennbar war; entscheidendes Gewicht zu. Der betreffende Wahlwerber hatte durch die Verwendung der Salzburger Landesfarben und den Abdruck des Salzburger Landeswappens versucht, seine Nahebeziehung zum Land Salzburg bildlich zu manifestieren. Nach Ansicht des VfGH sei der Betrachter einer Wahlkampfbrochure gewohnt, dass ein Wahlwerber oder eine wahlwerbende Partei auf unterschiedlichste Weise bemüht seien, ihre patriotische Gesinnung bzw. ihre Verbundenheit mit der jeweiligen politischen Einheit (Staat, Land, Gemeinde) zum Ausdruck zu bringen. Dadurch entstünde objektiv betrachtet nicht der Eindruck, dass der Wahlwerber bereits über eine öffentliche Berechtigung, Stellung oder Auszeichnung (iSd § 2 Abs 5 erster Satz Sbg. Landeswappengesetz 1989) verfüge.

Zählt nun eine Person, die ein Gemeindegewappen für Wahlkampfzwecke gebraucht, nicht zugleich auch zu dem gesetzlich

Beim Gebrauch eines Wappens auf Wahlkampfbrochüren ist zu prüfen, ob der Eindruck entsteht, dass der Wahlwerber über eine öffentliche Berechtigung oder Stellung verfügt.

zur Wappenführung befugten Personenkreis, ist daher zu prüfen, ob der Gesamteindruck einer besonderen Berechtigung oder Dignität des Trägers im Sinne einer staatlichen Berechtigung erweckt wird, obwohl dem Betreffenden diese öffentliche Funktion hinsichtlich des konkreten Gebrauchs nicht zukommt. Dasselbe gilt für Organwalter, denen zwar im Rahmen ihrer öffentlichen Funktion das Recht zur Wappenführung zukommt, sie jedoch ad personam das Wappen gebrauchen. In diesem Fall können sie sich nicht auf ihre organschaftliche Stellung berufen, da sie in concreto nicht zur Führung des Wappens berechtigt sind, weil es sich nicht um eine offizielle Verlautbarung der Gemeinde im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit handelt. Das Gemeindeorgan kann zu offiziellen Aussendungen der Gemeinde jedoch stets nur im Rahmen seiner Organkompetenzen und damit seines rechtlichen Aufgabenbereichs befugt sein.

Eingriff in die Freiheit der Wahl

Weiters kann dem Gebrauch eines Gemeindegewappens im Wahlkampf auch dann Relevanz zukommen, wenn der Eindruck erweckt wird, staatliche Organe würden mit ihren Symbolen in die Wahlwerbung und damit in die Freiheit der Wahl eingreifen. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn ein Organ einer Gemeinde auf deren amtlichem Briefpapier, welches auch das Wappen der Gemeinde beinhaltet, Wahlwerbung aussendet.

Beispiel: Eine derartige Fallkonstellation lag einem Erkenntnis des VfGH aus dem Jahre 2004 zugrunde, in welcher der VfGH über einen Wahlanfechtungsantrag betreffend die Wahl zum Gemeinderat der Marktgemeinde Fieberbrunn zu befinden hatte. Die Anfechtung wurde unter anderem damit begründet, dass der Bür-

germeister und der Gemeindevorstand der Gemeinde Fieberbrunn auf dem amtlichen Briefpapier der Marktgemeinde Fieberbrunn mit dem Gemeindegewappen eine „Richtigstellung des Gemeindevorstands“ (betreffend Aussagen eines Kandidaten einer wahlwerbenden Partei) verbreiten ließen, die als Wahlwerbung interpretiert werden konnte. Der VfGH hat diese ihrem Erscheinungsbild nach als Aussendung eines Gemeindeorgans eingestuft und nicht als (Meinungs-)Äußerung von Personen, die erkennbar als Repräsentanten einer (wahlwerbenden) Partei auftreten. Darüber hinaus beschränkte sich der Text der fraglichen Aussendung, so der VfGH weiter, auch nicht bloß auf eine „Information“ der Wahlberechtigten oder auf eine „Richtigstellung“ gegenüber der Kritik an bestimmten Maßnahmen des Gemeindevorstands. Da sich die Aussendung mit einzelnen ihrer Aussagen in subjektiv wertender Weise gegen einen bestimmten Wahlwerber wendete, nahmen die Mitglieder des Gemeindevorstands nach Auffassung des VfGH Einfluss auf die Wahlwerbung. Durch diese unzulässige Einflussnahme des Gemeindevorstands als Organ der Gemeinde wurde im Ergebnis eine Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Freiheit der Wahlen bewirkt.

Fact-Box RFG

Mehr zum Gebrauch von Wappen finden Sie im Heft 2/2010 der RFG!

Recht & Finanzen für Gemeinden (RFG) ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, Kommunalkredit, kommunals, LeitnerLeitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.



Kennenlern-Abo: 2 Hefte zum Preis von nur 20 Euro
MANZ Bestellservice:
Tel.: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: bestellen@manz.at



Dr. Barbara Gartner ist Sachbearbeiterin im Verfassungsdienst des Amtes der Kärntner Landesregierung



Ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer oder Kinder sind darauf angewiesen, dass Kfz-Lenker am Schutzweg auch anhalten.

1. Halbjahr 2010: Es gibt Handlungsbedarf bei Schutzwegunfällen

Trotzdem fällt die Unfallbilanz insgesamt positiv aus

Die Unfallbilanz für das erste Halbjahr 2010 fällt insgesamt positiv aus. Ein Problemfeld bleiben Fußgängerunfälle am Schutzweg. Rückgänge sind hingegen bei Alkohol- und Mopedunfällen zu verzeichnen.

Othmar Thann

15.712 Verkehrsunfälle passierten in den Monaten Jänner bis Juni 2010 auf Österreichs Straßen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 ist das ein Rückgang um acht Prozent. Auch bei der Zahl der Getöteten (Jänner bis Juni 2010: 247, Jänner bis Juni 2009: 287) und Verletzten (Jänner bis Juni 2010: 20.352, Jänner bis Juni 2009: 22.191) konnten Rückgänge verzeichnet werden. Insgesamt fällt die Halbjahresbilanz aus Sicht des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) für das Jahr 2010 sehr positiv aus. Die Zahl der Verkehrsunfälle in Österreich ist seit Beginn der Aufzeichnungen so niedrig wie noch nie. Dennoch gibt es nach wie vor Problembereiche – wie

Bestehende Schutzwege sollten auf ihre Sinnhaftigkeit und Konformität mit Sicherheitsvorschriften überprüft werden, denn nur sinnvoll angelegte Zebrastreifen können von Kfz-Lenkern rechtzeitig erkannt werden und Fußgängern wirklich Schutz bieten.

etwa Schutzwege –, bei denen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden müssen. In der Halbjahresbilanz zeigen sich bereits Entwicklungen, für die Lösungsansätze angedacht werden sollten.

Keine Entwarnung am Schutzweg

Während Unfälle mit Fußgängern insgesamt erfreulicherweise nach und nach zurückgehen, sind Fußgängerunfälle am Ze-

brastreifen weiterhin ein Problemfeld, bei dem sich in den vergangenen Jahren kaum Bewegung in den Unfallzahlen zeigt: Im Zeitraum Jänner bis Juni 2010 wurden 522 Fußgänger bei Unfällen am Schutzweg verletzt (Jänner bis Juni 2009: 554), zehn Menschen verunglückten tödlich (Jänner bis Juni 2009: Sechs). Ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer oder Kinder sind darauf angewiesen, dass Kfz-Lenker am Schutzweg auch anhalten. KfV-Erhebungen zeigen aber: Die Anhaltebereitschaft vor Schutzwegen ist gering. Wir schlagen deshalb an gefährlichen und exponierten Stellen, wie etwa vor Schulen, die Videoüberwachung von Schutzwegen – vorerst als Pilotprojekt – vor. Bestehende Schutzwege sollten außerdem auf ihre Sinnhaftigkeit und Konformität mit Sicherheitsvorschriften überprüft werden, denn nur sinnvoll angelegte Zebrastreifen können von Kfz-Lenkern rechtzeitig erkannt werden und Fußgängern



Dr. Othmar Thann ist Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit

wirklich Schutz bieten. Es braucht zielgerichtete Maßnahmen, um das Unfallgeschehen am Schutzweg zu reduzieren. Insgesamt ereigneten sich im ersten Halbjahr 2010 1840 Unfälle mit Fußgängern (Jänner bis Juni 2009: 1937), bei denen 1805 Menschen verletzt wurden (Jänner bis Juni 2009: 1885). 41 Fußgänger verunglückten im Zeitraum Jänner bis Juni 2010 tödlich (Jänner bis Juni 2009: 43).

Erfolgreiche Maßnahmen bei Alkoholunfällen und Moped-15

Dass es sich lohnt, Maßnahmen zu setzen, zeigen jedenfalls die Rückgänge bei Alkoholunfällen und bei Unfällen 15-jähriger Mopedlenker: In den Monaten Jänner bis Juni 2010 kam es in Österreich zu 1016 Alkoholunfällen, im Vergleichszeitraum 2009 waren es hingegen noch 1111 Unfälle, bei denen Alkohol eine Rolle spielte – das ist ein Rückgang um neun Prozent. Bei den durch Alkoholunfälle Verletzten konnte im Zeitraum Jänner bis Juni 2010 im Vergleich zum selben Zeitraum 2009 sogar ein Rückgang um zwölf Prozent verzeichnet werden. Die Unfallzahlen belegen, dass das vom Parlament im Vorjahr beschlossene Maßnahmenpaket wirkt. Derartige Maßnahmenbündel tragen maßgeblich dazu bei, das Unfallgeschehen in Österreich zu reduzieren. Ähnliche Effekte werden auch bei der verbesserten Moped-15-Ausbildung sichtbar, die seit September 2009 in Kraft ist: Im ersten Halbjahr 2010 ereigneten sich 579 Unfälle mit 15-jährigen Mopedlenkern. Im selben Zeitraum 2009 waren es noch 654 Unfälle – das ist ein Rückgang um elf Prozent. Die verbesserte Mopedausbildung sieht deutlich mehr Praxisstunden für 15-jährige Fahranfänger vor und trägt dadurch maßgeblich dazu bei, die Beherrschung des Fahrzeugs zu verbessern. Die Erfolge zeigen, dass die gesetzten Schritte in die richtige Richtung gehen. Diesen positiven Schwung gilt es nun auch in andere Bereiche zu tragen.

Für eine positive Entwicklung

Zukunft der Gemeinde: Strategien zur nachhaltigen Wertschöpfung

Der Druck durch und für Veränderungen in Kommunen war noch nie so groß wie heute. Zurückgehende Ertragsanteile, Energie- und Ressourcenverknappung, zunehmende Verstädterung oder demografische Veränderungen sowie eine Fülle von zusätzlichen Aufgaben bringen große Herausforderungen für Kommunen.

Klare Positionierung

Als Reaktion auf die Veränderungen gilt es, Potenziale für nachhaltige, zukunftsorientierte Perspektiven zu aktivieren. Oberste Priorität ist, die Kommune und die Region als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort zu stabilisieren und zu profilieren.

Aktuelle PwC-Studien zum Thema „Städte und Kommunen der Zukunft“ haben gezeigt, dass eine klare Positionierung die Basis für eine erfolgreiche Entwicklung der Kommune ist. Dazu muss sich die Gemeinde in einem interaktiven Dialog

mit allen wesentlichen Entscheidungsträgern ihrer Stärken und Schwächen und damit auch ihrer Chancen und Risiken bewusst werden. Für diese zukunftsfähige Vision bedarf es in weiterer Folge einer Strategie mit klaren Zielen und Maßnahmen für ein integriertes Entwicklungskonzept.

Herausforderung: Strategie

Ein Strategieentwicklungsprozess ist erfahrungsgemäß sehr anspruchsvoll, langwierig und nicht selten auch problembehaftet. Es gilt, die unterschiedlichen Interessen der zu beteiligenden Akteure miteinander abzustimmen. Externe Begleitung durch geschulte Moderatoren, Leadership und Konsequenz der Gemeindeführung sind wesentliche Erfolgskriterien für eine nachhaltige Umsetzung der Strategie in die Praxis.

PwC unterstützt Sie gerne bei der Strategieentwicklung und -umsetzung.

Ihre Ansprechpartnerin:

Mag. Karin Gastinger, MAS
Director Public Sector
PwC PricewaterhouseCoopers
Erdbergstraße 200
1030 Wien
Tel: +43 1 50188 2975
karin.gastinger@at.pwc.com
www.pwc.at



Burgenland

Gründung vor 150 Jahren in der Benedek-Kaserne

Geschichte ist auch der Boden, auf dem wir stehen und bauen

BRUCKNEUDORF

1860 wurde das k.u.k. Infanterieregiment in der Bruckneudorfer Benedek-Kaserne gegründet. Eine Gedenkfeier erinnerte daran. LH Hans Niessl: „Am Ge-

denktag verbinden sich Tradition und Moderne, Geschichtliches und Neues ... Geschichte ist nicht nur Geschehenes, sondern Geschichtetes – also der Boden, auf dem wir stehen und bauen.“

Begegnung und Bewegung im Jahr der Volkskultur 2010

Das Burgenland tanzt

EISENSTADT

Im Jahr 2010 steht Burgenland ganz im Zeichen des Tanzes. Eine gemeinsame Initiative der Kulturabteilung und des Burgenländischen Volksliedwerks unter dem Titel „Burgenland tanzt! 2010 Jahr der Volks-

kultur“ will eine Plattform für alle Formen des Tanzes bieten. Eingebunden sind alle im Burgenland beheimateten Tanzstile vom zeitgenössischen Tanz bis Volkstanz, von Healing Dance bis Biodanza, von Ballett bis Gesellschaftstanz.



Breite Basis gegen Reststoffdeponie Neudorf

In Neudorf ziehen alle an einem Strang

NEUDORF

Dem erneuten Vorstoß, in der Gemeinde Neudorf eine der größten Reststoffdeponien Österreichs zu platzieren, wurde Ende Juli 2010 bei einem „Runden Tisch“, an dem Vertreter von Land, Gemeinden und Bürgerinitiative teilnahmen, eine klare Absage erteilt. „Die Realisierung dieser Reststoffdeponie hätte schwerwiegende Nachteile für das Image und die zukünftige Entwicklung des nördlichen Burgenlandes. Wir haben in unserem Landesentwicklungsplan das Motto ‚Mit der Natur zu neuen Erfolgen‘. Ein solches Projekt

wäre ein massiver Widerspruch zu unseren Zielen“, betonten LH Hans Niessl und LR Werner Falb-Meixner unisono. Seit fast 20 Jahren wird versucht, auf dem Gemeindegebiet der KG Neudorf eine Reststoffdeponie zu errichten. Nur durch eine Kundmachung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurde offensichtlich, dass es wieder einen neuen Vorstoß gibt, in der Gemeinde Neudorf eine Reststoffdeponie zu errichten. Der Standort liegt inmitten des Natura 2000-Gebietes „Parndorfer Platte-Heideboden“.



Kärnten

Neue Ortsdurchfahrt mit Geh- und Radweg ist „Visitenkarte“ für St. Veit

Eröffnung im Zuge der „Kärnten eBike“-Tour

KLAGENFURT/ST. VEIT

Die Straßenbauarbeiten im Bereich St. Veit, auf der B 94 Ossiacher Straße, von der Hrust-Kreuzung bis zur Einbindung L 72 Hörzendorfer Straße mit Anschluss zum Jacques Lemans-Stadi-

on, sind abgeschlossen. Die Gesamtkosten für die in zwei großen Baulosen abgewinkelte Ortsdurchfahrt betragen sechs Millionen Euro, davon kommen vier vom Land Kärnten und zwei von der Stadtgemein-

de St. Veit. Der Geh- und Radweg kostet insgesamt rund 700.000 Euro. Mit der Realisierung der Projekte zur „Sonnenstadt St. Veit“, die auch in Italien vorgestellt werden sollen, werde in Kürze begonnen, teilten Dörfler und Mock mit. Der Bürgermeister dankte für die unbürokratische Abwicklung der Bauweise. Gerade die Einbindung etwa in die Gewerbesiedlung sei, so Mock, enorm wichtig. Auch den Firmenchefs, die nun schöne Parkanlagen und Vorplätze haben, wurde für ihre Geduld während der Baustellenphase und für ihre große Investition herzlich gedankt.



St. Veits Bürgermeister Gerhard Mock und LH Gerhard Dörfler präsentieren den neuen Radweg.

EU-Alpenraum-Projekt

Testgebiete haben gut bestanden

HERMAGOR/VÖLKERMARKT

Im Rahmen des transnationalen EU-Alpenraum-Projektes ACCESS wurden 13 Testgebiete in den beteiligten Partnerländern hinsichtlich der Durchdringung im öffentlichen Verkehr sowie bei Informations- und Kommunikationstechnologien miteinander verglichen. Dabei schnitten die Kärntner Testgebiete Hermagor und Völkermarkt gut ab. Beim Projekt ACCESS geht es um die verbesserte Erreichbarkeit von Einrichtungen und Dienstleistungen der ländlichen Grundversorgung.



Niederösterreich

Renaturierung

Rückbau der Untere-March-Auen

MARCHEGG

In Marchegg (Bezirk Gänserndorf) wurde Mitte August das Projekt LIFE + Renaturierung Untere March-Auen vorgestellt, das bei entsprechender positiver Bewertung nach der Einrei-

Luftbild des Donau-Seitenarms bei Haslau an der Donau.

chung im heurigen Herbst im September 2011 gestartet werden soll.

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt

Wie kann ich mich schützen?

TULLN

Bin ich Hochwasser gefährdet? Wie kann ich mich schützen? Welche Förderungen gibt es für den Hochwasserschutz? Um Fragen wie diese zu beantworten, veranstaltet das Land Niederösterreich

gemeinsam mit dem NÖ Landesfeuerwehrverband, dem NÖ Zivilschutzverband und der NÖ Landesfeuerwehrschule am 24. September 2010 einen Hochwasserinformationstag.

www.noel.gov.at

Finanzprobleme auch bei Italiens Kommunen

Urlaub gut genutzt

TERNITZ

Dass auch die Urlaubszeit genutzt werden kann, um auf europäischer Ebene neue Kontakte zu knüpfen, bewies GVV-SP-Präsident Bgm. Rupert Dworak, der auch Vorsitzender des Europaausschusses des Österreichischen Gemeindebundes ist. In seinem Urlaubsort Senigallia, rund 30 km nördlich der italienischen Hafenstadt Ancona, arrangierte er ein Treffen mit dem Bürgermeister Maurizio Mangialardi und dem Tourismusedirektor der Region, Enzo Monachesi. Die Urlaubsregion mit Senigallia, Rimini, Riccione oder Ancona ist von der Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben. Enzo

Monachesi, der Verantwortliche für den Tourismus in der Region, spricht von schweren Einbußen 2009. Rimini hatte mit über 20 Prozent Buchungsrückgang zu kämpfen. „Bürgermeister Maurizio Mangialardi, der heuer zum Stadtoberhaupt gewählt wurde, spricht von den gleichen Problemen der italienischen Städte und Kommunen, wie wir sie derzeit in Österreich kennen“, so Dworak. Sinkende Steuereinnahmen und steigende Belastungen im Gesundheits- und Sozialbereich stellen auch die Italiener vor fast unlöslichen Problemen.



Oberösterreich

Vereinswesen

Mitarbeiter besser anmelden

LINZ

Zelt- und Sommerfeste haben in der warmen Jahreszeit Hochsaison. Die OÖGKK empfiehlt veranstaltenden Vereinen, alle Helfer – auch wenn sie Mitglieder sind –, die gegen Bezahlung mitarbeiten, rechtzeitig anzumelden. Denn laut Gesetz unterliegen auch sie der Pflichtversicherung. Vereinsmitglieder, die ehrenamtlich mithelfen, müssen hingegen nicht zur Sozialversicherung angemeldet werden. Organisieren, Anpacken beim Aufbau und beim Fest dann ausschenken – ohne tatkräftige Unterstützung der Vereinsmitglieder geht kaum ein Sommerfest erfolgreich über die Bühne.

Initiativen für mehr Lebensqualität in den Gemeinden

Die Initiative ZeitBank 55+

LINZ

Oft sind es die kleinen Dinge, die Großes bewegen. Nach diesem Prinzip arbeitet die Initiative ZeitBank 55+. Hinter ZeitBank 55+ steht Nachbarschaftshilfe nach dem Modell von Tauschbörsen. Menschen, die älter als 55 Jahre sind und sich kennen, verpflichten sich im Rahmen gemeinsamer Spielregeln für einander da zu sein – und zwar abhängig

von ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten. Seit der Gründung der ersten ZeitBank 55+ wurden in Oberösterreich rund 3000 Stunden im Dienst der Nachbarschaftshilfe geleistet. Der Verein ist lokal, überparteilich und überkonfessionell. www.zeitbank.at

Grundlage von ZeitBank 55+ ist gelebte Nächstenliebe in allen Lebensbereichen.



Katastrophenschäden

Rasch und unkompliziert helfen

LINZ

Auf Initiative von Baureferent und LH-Stv. Hiesl wurde für die Sanierung und Errichtung von Güterwegen ein Landesbeitrag von über 400.000 Euro bewilligt. „Die Unwetter im Frühsommer haben enorme Schäden angerichtet. Es müssen deshalb einige Güterwege in Oberösterreich saniert werden. Ich freue mich, dass wir den Gemeinden rasch und unkompliziert mit Landesmitteln unter die Arme greifen können“, so Hiesl. „Güterwege sind die Lebensadern unseres ländlichen Raumes“, so LH-Stv. Hiesl abschließend.



Salzburg

Sommertourismus mit kräftigem Übernachtungs-Plus

Innovationskraft macht sich bezahlt

SALZBURG

„Der Tourismus ist und bleibt ein ganz zentraler Stabilitätsfaktor in Salzburg. Die heurigen Übernachtungszahlen weisen zur Hälfte des Sommers von Mai bis Juli ein kräftiges Plus aus. Salzburg liegt knapp drei Prozent über den Nächtigungszahlen des Vorjahres und mehr als drei Prozent über dem Schnitt der vergangenen fünf Jahre. Dies ist in erster Linie der Innovationskraft der Salzburger Urlaubsregionen und Unternehmen, aber auch den Bemühungen des Landes, etwa durch gezielte zusätzliche Investitionen,

aber auch durch bestens eingeführte Marken, wie Almsommer, Via Culinaria, Bauernherbst sowie dem konsequenten Ausbau des Sport- und Wellnessangebotes zu verdanken“, erklärte LHStv. Wilfried Haslauer Mitte August. Der Tourismus sei „maßgebliches Zugpferd unserer Wirtschaft. Umso wichtiger ist es, dass die Tourismuswirtschaft von der Politik die notwendigen Signale bekommt, dass wir auch in Zukunft bereit sind, die notwendigen Schritte für eine gedeihliche Zukunft zu unterstützen“, so Wilfried Haslauer.



Porträts von 30 Märkten

Neue Broschüre

SALZBURG

Zu den Mitgliedern der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein zählen 30 Städte und Marktgemeinden in Salzburg und Bayern. Die neue EuRegio-Broschüre „Städte und Märkte“ informiert über Geschichte, Ortsbild, Wirtschaft und aktuelle Situation dieser 30 Städte und Marktgemeinden in alphabetischer Reihenfolge. Die Artikel wurden von einem grenzüberschreitenden Autorenteam verfasst. www.euregio-salzburg.eu

Energieberatung

Bis zu 50 Prozent Einsparpotenzial

SALZBURG

Die unabhängige Energieberatung des Landes Salzburg erweitert ihr Angebot. In Zukunft werden neben Neubau- und Umbauberatungen auch Sanierungsberatungen durchgeführt. Zusätzlich werden Kunden der Energieberatung auch die Möglichkeit haben, sich mehrmals während eines Bauprojektes kostenlos beraten zu lassen. Die Energieberatung Salzburg ist rund um die Uhr via Mail unter energieberatung@salzburg.gv.at oder unter www.salzburg.gv.at/energieberatung erreichbar.



Steiermark

Elektronische Abfalldokumentation verpflichtend

FA 19D empfiehlt „eADok“

GRAZ

Aufgrund der mit 1. 1. 2009 in Kraft getretenen Verordnung über Abfallbilanzen (BGBl. II Nr. 497/2008) sind alle Sammler und Behandler von Abfällen verpflichtet, Art, Menge, Herkunft und Verbleib von Abfällen elektronisch aufzuzeichnen und einmal jährlich eine Abfallbilanz an das Elektronische Datenmanagement des Bundes (EDM) unter www.edm.gv.at zu melden. Die Verpflichtung zur elektronischen Aufzeichnung besteht seit 1. Jänner 2010 und die erstmalige Abfallbilanzmeldung hat für das Jahr 2010 bis spätestens 15. März 2011 zu erfolgen. Das Programm dient als Aufzeichnungs-,

Bilanzierungs- und Melde- werkzeug für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle und kann im Internet unter www.eadok.at kostenlos heruntergeladen werden. Die FA19D empfiehlt daher den Einsatz der Software „eADok“ für Gemeinden und Verbände, die keine eigenen Software zur Erfüllung der Abfallbilanzverordnung in Betrieb haben. Zur Unterstützung von Betrieben und Gemeinden hat das Land Steiermark seit März 2010 eine EDM-Service-stelle in der FA13A eingerichtet. DI (FH) Bernd Hammer (Tel. 0316/877-2806) steht den Gemeinden als fachlich und technisch versierte Ansprechperson zur Verfügung.



Die altehrwürdige Karl-Franzens-Universität in Graz.

Neues Zentrum für Regionalwissenschaften

Gelungener Start

GRAZ

Die Auftaktveranstaltung des neu gegründeten Zentrums für Regionalwissenschaften der Uni Graz war ein voller Erfolg. In der Aula fanden sich rund 180 Teilnehmer – darunter zahlreiche Bürgermeister, Gemeinderäte, Amtsleiter und Raumplaner – ein, um der Podiumsdiskussion „Ordnung durch Raumordnung? Die ROG-Novelle von 2010“ beizuwohnen. Bgm. Johann Pirer, Obmann

des Forum St. Lambrecht Institut für Gemeinde- und Regionalentwicklung, freute sich über das rege Interesse an dem gewählten Thema. Das Forum St. Lambrecht arbeitet bereits seit mehreren Jahren mit der Karl-Franzens-Universität eng zusammen und wird nunmehr ständiger Kooperationspartner des neu gegründeten Zentrums für Regionalwissenschaften sein.



Tirol

Elektronisches Management – optimale Auslastung

Fuhrpark mit Pool-System

INNSBRUCK

Die Tiroler Landesverwaltung führt einen Dienstfahrzeugpool mit 90 Autos auf vier Standorten in Innsbruck ein: Langfristig spart die Landesverwaltung mit dem zentralen Fahrzeugpool beträchtliche Kosten. Bislang waren die Dienstfahrzeuge der Landesverwaltung bestimmten Organisationseinheiten zugeteilt, mit Ende des laufenden Jahres wird ein zentrales Dienstfahrzeug-Poolsystem eingeführt. Der für den Bereich Fahrzeug- und Maschinenlogistik zuständige LR Christian Switak sieht in dieser Umstellung gleich mehrere Vorteile: „Wir erzielen damit einerseits eine

bessere Verfügbarkeit der Dienstfahrzeuge für jeden Bediensteten des Amtes der Tiroler Landesregierung, andererseits können Stehzeiten minimiert und dadurch die Auslastung verbessert werden. In weiterer Folge dürfte auch die Anzahl der Fahrzeuge reduziert werden. Langfristig spart die Landesverwaltung mit dem zentralen Fahrzeugpool beträchtliche Kosten ein.“

Vor der endgültigen Umstellung zum Jahresende läuft bis Herbst 2010 ein Probebetrieb an der BH Innsbruck, um Nachjustierungen noch vor dem Gesamtbetrieb vornehmen zu können.



Foto: VLK/W. Hollenstein

LH Herbert Sausgruber, LR Greti Schmid und LR Siegi Stemer stellen die Schwerpunkte der Initiative „Kinder in die Mitte“ vor.

Impulse für das Miteinander der Generationen

Kinder in die Mitte

BREGENZ

Im laufenden Jahr 2010 haben ca. 10.000 Menschen an der Planung oder Umsetzung von Projekten im Zeichen von „Kinder in die Mitte“ mitgewirkt. „Mit ‚Kinder in die Mitte‘ fördern wir eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung“, sagte LH Herbert Sausgruber. „Ziel ist es, Impulse in den verschiedensten politischen Handlungsfeldern zu setzen und dabei

möglichst viele Menschen aktiv einzubeziehen – in der Familienpolitik, an den Kindergärten und Schulen, in der Jugendarbeit, in den Gemeinden.“ Wie das Beispiel Spielraumgesetz: Es gibt Förderungen für naturnahen Spielplätze und Lebensräumen in Gemeinden, die ein Spielraumkonzept erarbeitet haben.

www.vorarlberg.at/kinderindiemitte



Neues Bergisel-Museum bekommt Panoramarundweg

Brennpunkt europäischer Geschichte

INNSBRUCK

In Ergänzung zum neu errichteten Bergisel-Museum wird nun auch die Gestaltung der Außenanlagen in Angriff genommen. „Ein Panoramarundwanderweg

wird das thematische Konzept des Museums als Brennpunkt der europäischen Geschichte der Neuzeit aufnehmen“, erklärt Kulturlandesrätin Beate Palfrader.

Sportförderungsfonds

90 Sportvereine gefördert

INNSBRUCK

Für die Durchführung von internationalen Veranstaltungen und österreichischen Meisterschaften erhalten rund 90 Sportvereine mehr als 140.000 Euro aus dem Sportförderungsfonds. 40.000 Euro davon

gehen in Nachwuchsveranstaltungen. „Tirol ist ein beliebter Austragungsort für Sportevents. Unsere Vereine haben einen guten Ruf als Gastgeber und Veranstalter“, freut sich LHStv. Hannes Gschwentner.



Vorarlberg

Funktionsfähige regionale Strukturen notwendig

Land steht hundertprozentig hinter seinen Feuerwehren

BREGENZ

Rund fünf Millionen Euro stehen 2010 im Landesfeuerwehreffonds für die Vorarlberger Feuerwehren bereit. Für LH Sausgruber besteht die Aufgabe des Landes darin, die Feuerwehren so gut

wie möglich zu unterstützen. Wichtiges Instrument dabei ist der Landesfeuerwehreffonds. So wurden für die Sanierung und Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Feldkirch knapp 200.000 Euro zugesichert.

Interessen von Natur und Tourismus gewahrt

Neue Beschneigungsrichtlinien

BREGENZ

Die Vorarlberger Landesregierung hat die neuen Richtlinien zur Bewilligung von Beschneigungsanlagen beschlossen. Gemäß den neuen Richtlinien darf die übliche Dauer der Wintersaison nicht verlängert werden, das

heißt mit der ganzflächigen Beschneigung der Skipisten darf nicht vor 1. November begonnen werden. Allerdings ist unter bestimmten Umständen die Schneeerzeugung zur Anlegung von Schneepots schon ab dem 1. Oktober erlaubt.



Verstorben

Burgenland: Trauer um Dr. Heinrich Wedral

Das Land verliert kompetenten Mitarbeiter und großartigen Menschen

EISENSTADT

„Mit großer Trauer und tiefer Betroffenheit“ reagiert

LH Hans Niessl auf das plötzliche Ableben von Dr. Heinrich Wedral. Der Leiter der Stabsstelle Europabüro und Statistik beim Amt der burgenländischen Landesregierung, der Anfang



Dr. Heinrich Wedral

August im Alter von 60 Jahren verstorben ist, habe sich „herausragende Verdienste um das Land Burgenland erworben“. Besonders hervorzuheben seien seine Leistungen um die Anerkennung des

Burgenlandes als Ziel-1-Gebiet und die Umsetzung der EU-Förderungen im

Land, die eine neue Ära der Modernisierung und des Aufstiegs eingeleitet haben. „Das Land Burgenland verliert nicht nur einen herausragenden, kompetenten und vielseitigen Mitarbeiter, sondern auch einen großartigen Menschen“, so Niessl. Auch als langjähriger Präsident der Psychotherapeuten im Burgenland hat sich Wedral große Verdienste erworben.

Kärnten: Erwin Frühbauer 84-jährig verstorben

„Kreiskys Verkehrsminister“ und „Sanierer der Kärntner Seekanalisation“

Villach

Im Alter von 84 Jahren ist Anfang August einer der schillerndsten Politiker in Kärnten verstorben. Erwin Frühbauer war jahrzehntelang Mitglied der Bundes- bzw. Landesregierung und ein politisches Schwergewicht in der SPÖ. Der gebürtige Steirer und Maschinenschlosser kam über die ÖBB in die Politik. Im Kabinett von Bruno Kreisky war Frühbauer für die SPÖ Verkehrsminister, danach war er 15 Jahre lang Mitglied der Kärntner Landesregierung, unter anderem als Landesrat



Erwin Frühbauer

und Landeshauptmannstellvertreter unter Landeshauptmann Leopold Wagner. In Kärnten führte Frühbauer auch über Jahre die Landesgruppe Kärnten des ÖGB. Zu Frühbauers unbestrittenen Leistungen zählt die Seenkanalisation, dank derer die Kärntner Seen zu den saubersten weltweit zählen. In seine Amtszeit fällt auch die Errichtung der Maltatal-Staumauer. Weniger ruhmreich war Frühbauers Wirken bei der „Sanierung“ des Zellstoffwerks in St. Magdalen bei Villach, die mit einer Milliarden-Pleite endete.

Personalia Kärnten

Klagenfurter Vizebürgermeister feiert runden Geburtstag

Alles Gute zum 50er, Albert Gunzer



Bgm. Christian Scheider, LHStv. Uwe Scheuch, Albert Gunzer, Christine Jeremias und LH Gerhard Dörfler.

KLAGENFURT

Der Klagenfurter Vizebürgermeister Albert Gunzer feierte seinen 50. Geburtstag. LH Gerhard Dörfler, LHStv. Uwe Scheuch, Bürgermeister Christian Scheider und Stadträtin Christine Jeremias überraschten ihn deshalb mit einer 50 km/h-Tafel. Gemeinsam gratulierten sie ihm herzlich zum „Runden“. Albert Gunzer ist seit April 2009 Erster Vizebür-

germeister der Landeshauptstadt, zuvor war er ab 2006 Stadtrat. Er ist Referent für Finanzen, Wirtschaft, Kultur und Liegenschaftsverwaltung. Von 2000 bis 2006 war er Vizepräsident der Wirtschaftskammer Kärnten und von 2004 bis 2006 Landtagsabgeordneter. Der gebürtige Bad St. Leonharder ist verheiratet, Vater von drei Kindern und Chef eines Farben-großhandels.

Verstorben

NÖ: Verkehrsunfall

Erich Jungwirth gestorben

WOLFPASSING

Erich Jungwirth, Vizebürgermeister von Wolfpassing im Bezirk Scheibbs, NÖ, ist Anfang August bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Sein Auto prallte auf einer geraden Straße gegen das Fahrzeug eines Bekannten, der einen Lkw überholte und das entgegenkommende Auto Jungwirths höchstwahrscheinlich übersah. Obwohl die Rettung nur wenige später am Unfallort war, kam jede Hilfe für beide Lenker zu spät.

Burgenland: Herzinfarkt

Bürgermeister Franz Kaiser tot

POTZNEUSIEDL

Der Bürgermeister von Potzneusiedl im Burgenland, Franz Kaiser, verstarb Mitte Mai unerwartet an einem Herzinfarkt. Er wurde nur 63 Jahre alt. Der SPÖ-Gemeindevertreterverband verliert einen äußerst beliebten Bürgermeister. Er war im Gemeinderat der ehemaligen Großgemeinde Gattendorf-Neudorf, bevor er 1990 in dem 505-Seelen-Ort Potzneusiedl als Bürgermeister gewählt wurde. Das Amt als Obmann der SPÖ Potzneusiedl hatte er bis zuletzt inne.

„Arbeitsbesuch“

Wein-Bürgermeister unter sich

GUMPOLDSKIRCHEN und LANGENLOIS

Liest man die Homepage von Gumpoldskirchen, erfährt man vom berühmtesten Weinort Österreichs. Und offensichtlich hat der Gumpoldskirchner Bürgermeister Ferdinand Köck auf der Langenloiser Homepage gestöbert. Und da dürfte ihn vor allem die Bezeichnung „größte Weinstadt

Österreichs“ dazu animiert haben, Vergleiche zwischen den beiden bekannten Weinorten zu ziehen und Langenlois mit seinem Amtsleiter, einem Winzer und Gemeinderat und dem Gumpoldskirchner Polizeichef zu besuchen. Dort im Kamptal bestimmt nämlich auch der Wein auf unvergleichliche Weise das Leben der Menschen ...



Foto: © Ulli Paur

In der Amtsstube außerhalb der Dienstzeit: Bürgermeister Hubert Meisl, Gemeindegeschäftsführer Harald Nirschl, Gemeinderat und Winzer Johannes Gebeshuber, Polizeiinspektionskommandant Abtl. Insp. Rudolf Jagos, Bürgermeister Ferdinand Köck und Ing. Gerold Merkl stellen fest: Dort wo Wein wächst, wächst auch die Lebensqualität.

Termin

ÖWAV Praxisseminar Umwelthaftung am 28. Oktober

Vermeidung von Haftungsfällen in der Wasser- und Abfallwirtschaft

WIEN

Zahlreiche umweltrelevante Gesetze wie beispielsweise das Wasserrechtsgesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, aber auch die Gewerbeordnung enthalten Strafbestimmungen für die der Nichteinhaltung von gesetzlichen oder behördlich vorgeschriebenen Bestimmungen.

Darüber hinaus wurde durch die Umwelthaftungsrichtlinie der EU ein weiterer haftungsrelevanter Rechtsbereich geschaffen, der für die Beeinträchtigung

von Gewässern, Böden und geschützten Pflanzen- und Tierarten insbesondere finanziell weitreichende Haftungen mit sich bringt. Das Seminar am **28. Oktober** in Wien hat zum Ziel, Führungskräften einen detaillierten Überblick über die relevanten Rechtsvorschriften zu geben.

Das Programm im Detail unter www.oewav.at Anmeldungen per Fax 01/532 07 47 oder E-Mail waschak@oewav.at

Österreichischer Verwaltungspreis 2010

Für mehr Effizienz und Innovation

Im August fiel der Startschuss für den Österreichischen Verwaltungspreis 2010. Wie die zuständige Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek ausführte, steigt „in Zeiten, in denen aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Situation an allen Ecken und Enden der Sparstift angesetzt werden muss, auch der Druck auf den öffentlichen Bereich. Mit weniger, aber gut motivierten MitarbeiterInnen muss es gelingen, das Service für die Bürgerinnen und Bürger ständig zu verbessern und sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Das bedeutet, dass am Steigern der Effizienz und an innovativen Lösungsansätzen permanent zu arbeiten ist.“ Um diese Effizienzsteigerungen und Innovationschübe sichtbar zu machen, schreibt das Bundeskanzleramt auch heuer wieder den Österreichischen Verwaltungspreis 2010 aus. Einer breiten Öffentlichkeit die Stärken und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichtbar zu machen und allen Verwaltungseinheiten zu ermöglichen, von den Besten zu lernen, ist das Ziel des Verwaltungspreises 2010.

Alle Organisationseinheiten im öffentlichen Dienst Österreichs, einschließlich der Eigenbetriebe und der Eigengesellschaften, sind herzlich eingeladen, sich bis zum

30. NOVEMBER 2010

mit ihren innovativen Projekten in den folgenden Kategorien zu bewerben:

► **Kategorie 1:** „BürgerInnenorientierung – Die Sichtweise von außen interessiert uns“.



Foto: BKA/Knie

Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Machen Sie mit und zeigen Sie die Innovationskraft, die im öffentlichen Dienst steckt.“

- **Kategorie 2:** „Management von Diversity, Integration und Gender – Potenzial für die Verwaltung von morgen“.
- **Kategorie 3:** „BürgerInnenmitwirkung – ein Mehr an Demokratiequalität“.
- **Kategorie 4:** „Bürokratieabbau und Zusammenarbeit zum Nutzen der BürgerInnen“.

Mit dem Verwaltungspreis werden herausragende Leistungen, innovative Entwicklungen und erfolgreiche Modernisierungsprozesse prämiert und einem größeren Publikum vorgestellt. Das Lernen voneinander sowie Austausch und die Vernetzung zwischen Verwaltungseinrichtungen werden gefördert. Weitere Informationen sowie den Link zum Online-Bewerbungsformular (Bewerbungen sind ausschließlich online möglich) finden Sie auf der Homepage des Bundeskanzleramtes unter www.bka.gv.at/verwaltungsinnovation (Unterpunkt „Wettbewerb“, „Österreichischer Verwaltungspreis“).

Sachbuch

Integrationspolitik in Kommunen

Die Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund stellt Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Im besonderen Maße gilt das auch für die Gemeinden als Ort der Zu-

wanderung und des Zusammenlebens. Anhand von zwei Gemeinden in Österreich wird gezeigt, wie die Integration auf kommunaler Ebene gestaltet und gefördert wer-



den kann.

Am praktischen Handlungsbedarf orientiert, liefert das Buch eine Viel-

falt von Anregungen für integrationspolitische Gestaltungsmöglichkeiten.

Das Buch

Gruber, Marika, „Integrationspolitik in Kommunen. Herausforderungen, Chancen, Gestaltungsansätze“, 1st Edition., 2010

ISBN: 978-3-7091-0212-1

ISBN-10: 3-211-99151-4

Springer-Verlag KG

Sachsenplatz 4-6

1201 Wien

Tel: 01/330 24 15

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes an verdiente Funktionäre

Mit Entschließung vom 3. August 2010

hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Johann Mossbauer**, ehem. Vizebürgermeister der Marktgemeinde Sattledt in Oberösterreich
- ▶ **Raimund Schrems**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Kirchdorf am Inn in Oberösterreich
- ▶ **Franz Stranzinger**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde St. Veit im Innkreis in Oberösterreich
- ▶ **Richard Knäuseder**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde St. Veit im Innkreis in Oberösterreich

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Josef Wührer**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Kirchdorf am Inn in Oberösterreich

Mit Entschließung vom 10. August 2010

hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienst um die Republik Österreich an

- ▶ **Hubert Waibel**, Ehrenpräsident des Vorarlberger Gemeindebundes und Ehrenmitglied des Österreichischen Gemeindebundes

Mit Entschließung vom 30. August 2010

hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Monika Zoitl**, ehem. Gemeinderätin der Marktgemeinde Hellmonsödt in Oberösterreich
- ▶ **Erika Marschner**, ehem. Gemeinderätin der Gemeinde Katsdorf in Oberösterreich
- ▶ **Stefan Schütz**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Haslach an der Mühl in Oberösterreich
- ▶ **Adolf Pfeiffer**, ehem. Stadtrat der Stadtgemeinde Grieskirchen in Oberösterreich
- ▶ **Ludwig Klimitsch**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Haslach an der Mühl in Oberösterreich
- ▶ **August Haderer**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Windhaag bei Perg in Oberösterreich
- ▶ **Günther Saumer**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Katsdorf in Oberösterreich
- ▶ **Günter Brunner**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Hellmonsödt in Oberösterreich
- ▶ **Fritz Preinfalk**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Katsdorf in Oberösterreich

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Johann Hartl**, ehem. Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Grieskirchen in Oberösterreich
- ▶ **August Schwertl**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde St. Lorenz in Oberösterreich

Mit Entschließung vom 31. August 2010

hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Anton Baumgartner**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Unterweißenbach in Oberösterreich
- ▶ **Karl Mayrhofer**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Waldhausen im Strudengau, OÖ
- ▶ **Veronika Stögmüller**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Haslach an der Mühl in Oberösterreich
- ▶ **August Geit**, ehem. Gemeinderätin der Marktgemeinde Haslach an der Mühl in Oberösterreich
- ▶ **Elfriede Haidinger**, ehem. Gemeinderätin der Marktgemeinde Andorf in Oberösterreich
- ▶ **Manfred Sesser**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Andorf in Oberösterreich
- ▶ **Hubert Altenhofer**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen in Oberösterreich
- ▶ **Alois Starzer**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen in Oberösterreich
- ▶ **Franz Fuchsberger**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen in Oberösterreich
- ▶ **Josef Rathmayr**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen in Oberösterreich
- ▶ **Josef Brandstetter**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Andorf in Oberösterreich
- ▶ **Josef Stegner**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Andorf in Oberösterreich

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Erwin Ertl**, ehem. Vizebürgermeister der Marktgemeinde Andorf in Oberösterreich
- ▶ **Franz Flotzinger**, ehem. Vizebürgermeister der Marktgemeinde Mörschwang in Oberösterreich

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Johann Gebetsberger**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Nussdorf am Attersee in Oberösterreich
- ▶ **Hermann Heisz**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Ruprechtshofen in Oberösterreich
- ▶ **Josef Neumeyr**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Karlstetten in Oberösterreich

Handbuch

Naturgefahren-Management

Vor dem Hintergrund einer dramatischen Veränderung des Weltklimas stellen Naturgefahren eine existenzielle Bedrohung der menschlichen Lebensgrundlage dar. Auch in Österreich ist jeder- wann und irgendwie mit Naturgefahren konfrontiert. Die Vor- sorge, Bekämpfung und Bewältigung von Katastrophen ist hingegen die Domäne von Experten, Ingenieuren, Behörden und Einsatzkräften. Naturgefahrenmanagement ist überwiegend Aufgabe des Staates: die Organisation ist komplex, die Rechtgrundlagen sind aber unübersichtlich und zersplittert. Das Buch richtet sich an die Betroffenen & Personen, die von Naturgefahren und Naturkatastrophen bedroht sind, mit diesen leben und umgehen müssen oder die Folgen zu bewältigen haben. Es ist ein Handbuch für Bürger, Entscheidungsträger und Praktiker, ein Beitrag zu mehr Sicherheit in einem von Naturgefahren geprägten Land.



Das Buch

Rudolf-Miklau, Florian, „Naturgefahren-Management in Österreich. Vorsorge – Bewältigung – Information“, Verlag LexisNexis ARD ORAC, 2009 ISBN: 978-3-7007-4109-1 48,00 Euro LexisNexis Fachbuchhandlung, Riemergasse 1-3, 1010 Wien Tel.: +43-1-534 52-1721 Fax: +43-1-534 52-142 E-Mail: buchhandlung@lexisnexus.at

Ratgeber

Mieten und Vermieten

Wohnen müssen alle, die meisten zur Miete. Das Miet- und Wohnrecht ist ein Rechtsbereich, mit dem sehr viele Menschen in Kontakt kommen, und zugleich eine sehr komplexe Materie. Mit seinem nun in 6. Auflage bei MANZ erschienenen Ratgeber „Mieten und Vermieten“ hat der Wiener Rechtsanwalt Herbert Rainer es sich zur Aufgabe gemacht, das Miet- und Wohnrecht so transparent wie möglich zu gestalten. Von „Abschluss eines Mietvertrags“ über „Fragen zum Mietzins“ bis zur „zwangsweisen Räumung“ gibt der Ratgeber Antworten auf alle entscheidenden Fragen eines Mietsverhältnisses: Wie kommt ein Mietvertrag zustande? Wann darf eine Wohnung untervermietet werden? Welche Rechte haben Vermieter und Mieter? u.v.m. Das mit vielen Beispielen, nützlichen Tipps und Hinweisen versehene Buch enthält außerdem alle Neuerungen der Wohnrechtsnovelle 2009.



Das Buch

Herbert Rainer, „Mieten & Vermieten“, 6. Auflage, MANZ 2010. 204 S. Preis 18,80 Euro ISBN 978-3-214-03858-8 Kundenbestellungen unter 01/531 61-100 oder Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH Johannesgasse 23 1010 Wien Tel.: +43 1 53161-0 bestellen@manz.at www.manz.at

Neuwahl von Präsident und Verwaltungsrat im Südtiroler Gemeindenverband

Karten werden neu gemischt

Die Gemeinderatswahlen im Mai 2010 haben nicht nur in zwei Drittel der Südtiroler Gemeinden für einen großen Wechsel in den Amtsstuben gesorgt, sondern sie betreffen auch den Südtiroler Gemeindenverband. In diesem Sinne werden Ende Oktober 2010 die Verbandsorgane neu gewählt.

Wer wählt?

Wahlberechtigt sind dabei die Bürgermeister/innen der 116 Gemeinden und die Präsidenten der sieben Bezirks-



„Die Neuwahl der Verbandsorgane wird mit großer Spannung erwartet.“ Vizepräsident Wilfried Battisti Matscher.

gemeinschaften als Vertreter der Mitgliedskörperschaften des Südtiroler Gemeindenverbandes. Die Wahl selbst wird im Rahmen der ersten Vollversammlung nach den Gemeinderatswahlen durchgeführt.

Wer wird gewählt?

Der Verband wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der aus dem Präsidenten und sechzehn Mitgliedern besteht. Mitglieder des Verwaltungsrates können nur Bürgermeister/innen und Referenten von Südtiroler Gemeinden sowie ehemalige Bürgermeister/innen ebendieser Gemeinden sein. Der neue Präsi-

dent des Gemeindenverbandes muss aus deren Reihen stammen.

Im Sinne der Satzung setzt sich der Verwaltungsrat folgendermaßen zusammen: Den Gemeinden gelegen im Einzugsbereich einer Bezirksgemeinschaft steht jeweils ein Verwaltungsratsmitglied zu. Die Gemeinde Bozen ist im Verwaltungsrat mit drei Mitgliedern vertreten, wovon zwei der italienischen Sprachgruppe angehören müssen. Den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, mit Ausnahme der Landeshauptstadt, und der Gruppe der Gemeinden bis 1200 Einwohnern steht jeweils ein Mitglied im Verwaltungsrat zu. Zwei weitere Mitglieder müssen der italienischen Sprachgruppe und eines der ladinischen Sprachgruppe angehören. „Die Neuwahl der Verbandsorgane wird mit großer Spannung erwartet. Im Gemeindenverband wurden in der letzten Amtsperiode sehr viele neue Akzente gesetzt und Projekte initiiert. Dabei gelang es, den Gemeinden ein neues Selbstvertrauen und mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zu verleihen. Wir hoffen, dass dieser Geist auch die zukünftige Amtszeit prägen möge“, betont Vizepräsident Wilfried Battisti Matscher.

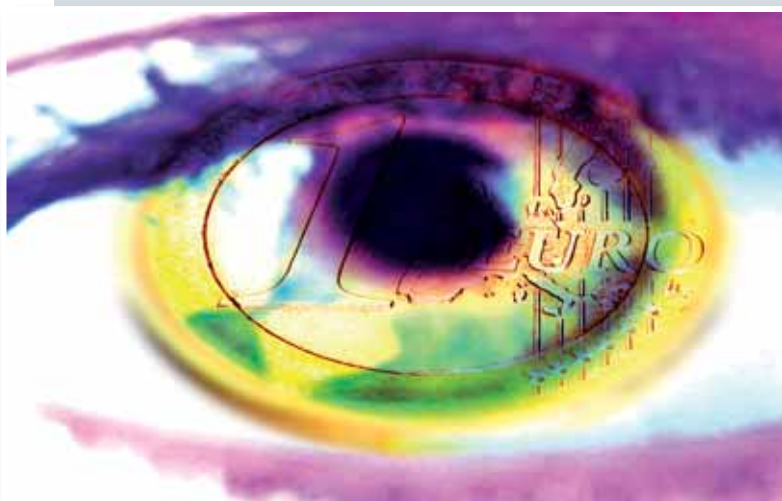
Kontakt



Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft, Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10, I-39100 Bozen Tel 0039-0471-304655, Fax 0039-0471-304625 Email: info@gvcc.net

KOMMUNALE FINANZIERUNG

Vorschau auf Ausgabe 11/2010 (November):



Die Finanzierung der Kommunen im Jahr 2011

Die Gemeinden und das liebe Geld

Die beherrschende Frage des heurigen Herbstes wird sein, wie die budgetäre Landschaft Österreichs aussehen wird. Bleibt kein Stein auf dem anderen oder geht es relativ normal weiter? Von der Antwort

auf diese Frage hängt ganz wesentlich ab, wie die finanzielle Lage der Gemeinden 2011 aussehen wird.

Es scheint aus heutiger Sicht klar zu sein, dass die Zahl der Abgangsgemeinden weiter steigen wird. Aber auch das ändert nichts an der Tatsache, dass die Gemeinden die Grundlagen der Daseinsvorsorge sicherstellen müssen. Dazu brauchen sie Geld. Woher und wie sie das auch in schwierigen Zeiten bekommen könnten, versuchen wir in der November-Ausgabe von KOMMUNAL zu beantworten.

Vorschau auf Ausgabe 10 (Okt.)

WINTERDIENST

► Gemeinden sorgen für Sicherheit auf den Wegen

Der Winter kommt bestimmt. Auch wenn es ein wenig abgedroschen ist, er wird kommen. Dann läuft wieder alles und schaut, ob die Gehsteige frei sind, in Gesetzbüchern wird geblättert, wer denn was zu kehren hat und so weiter.

KOMMUNAL versucht sich an Antworten.

VERKEHRSSICHERHEIT

► Damit auf den Straße alles geordnet abläuft

Verkehrssicherheit ist weit mehr, als ein paar Verkehrszeichen aufzustellen oder Straßenlaternen richtig zu bestücken und zu platzieren. Verkehrssicherheit ist auch Baustellensicherheit und – ganz wichtig – die Überwachung der Disziplin der Autofahrer. KOMMUNAL zeigt auf, wer bei diesem komplexen Thema was zu tun hat.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

► APA-DeFacto Datenbank & Content-management GmbH	102
► Austria Glas Recycling GmbH	89
► Bauernfeind GmbH.	93
► BAWAG PSK	117
► BRAMAC Dachsysteme International GmbH	104
► Digitales Österreich – Bundeskanzleramt	62
► Bundesministerium für Finanzen	68
► Bundesministerium für Inneres	
► Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	66
► CETRA Trading GmbH	115
► CityChannel Werbevertrieb GmbH	115
► Dr. Harald Pitters	117
► DRIZORO AUSTRIA DOM GmbH	99
► Ecolight Solare Beleuchtung GmbH	91
► E-Control GmbH	100
► Energie AG Oberösterreich Wasser GmbH	112
► Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG	81
► Familie- und Beruf Management GmbH	70
► FEEI	76
► Forum Qualitätspflaster e.V.	98
► Gesundheit Österreich GmbH, Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	71
► Gewerkschaft der Gemeindebediensteten	80
► GRABKULT Technisches Büro für Innenarchitektur & Landschaftsplanung	116
► Immorent AG	90
► ITT Austria GmbH	83
► KELAG – Kärntner Elektrizitäts-AG	98 + 105
► KOMMUNALKREDIT Austria AG	95
► Manpower GmbH	109
► Mascot	89
► MERCEDES-BENZ Österreich Ges.mbH	78
► Microsoft Österreich GmbH	115
► MÜNZE Österreich AG Medaillen	79
► Österreichische Post AG	101
► Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach	78
► P+M Projektentwicklung und Management Holding GmbH	92
► Personal & Informatik GmbH	94
► PwC Corporate Finance Beratung GmbH	125
► REECO Austria GmbH	87
► RIS GmbH Internet-Lösungen und Dienstleistungen	106
► Steinbauer Development GmbH	83
► WM Umwelttechnik GmbH	107

**Für über 80 Gemeinden rund um
Wien erfolgreich unterwegs:
Die Gemeindebetreuer von Wien Energie.**

Klosterneuburg

Schwechat

Mödling

Traiskirchen

Zahlreiche Gemeinden profitieren bereits von unserer sauberen Energie aus 100 % Wasserkraft. Auch Sie könnten bald zu ihnen gehören. Informieren Sie sich jetzt über unsere günstigen Tarife, das energiesparende Lichtservice und unsere umfangreichen Dienstleistungen auf www.wienenergie.at oder bei einem unserer Berater unter (01) 977 00-38171.



UNSERE KRAFT FÜR SIE.

WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**